

DIENSTAG, 9. FEBRUAR 2010

VORSITZ: HERR BUZEK

Präsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wurde um 9.05 Uhr eröffnet.)

2. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

3. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Bekanntgabe der eingereichten Entschließungsanträge): siehe Protokoll

4. Vorstellung des Kollegiums der Mitglieder der Kommission und Erklärung über die Rahmenvereinbarung über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission (Aussprache)

Der Präsident – Ich möchte den Präsidenten der Europäischen Kommission, Herrn Barroso, und die designierten Kommissare herzlich zu unserer Sitzung begrüßen. Herzlich willkommen, alle zusammen. Ein herzliches Willkommen an unsere Gäste.

Vor uns liegt eine der wichtigsten Entscheidungen dieser Legislaturperiode. Die Bürger Europas haben uns nämlich mit der Aufgabe betraut, die beste Europäische Kommission zu wählen. Wir haben die Anhörungen abgeschlossen und ich habe 26 Empfehlungsschreiben erhalten. Zum ersten Mal in der Geschichte wählen wir die Europäische Kommission als einen ebenbürtigen Gesetzgeber. Das verpflichtet uns dazu, besonders eng mit der Europäischen Kommission zusammenzuarbeiten. Wir repräsentieren zwei Institutionen der Europäischen Union. Im Zusammenhang damit sind wir eine vorläufige Rahmenvereinbarung eingegangen und heute werden wir diese billigen. Um 12.00 Uhr werden wir über diese Vereinbarung abstimmen. Die Abstimmung findet um 12.00 Uhr statt. Davor machen wir unter Umständen eine kurze Pause, wenn wir die Aussprache frühzeitig beenden.

Wir wollen, dass die Union von dynamischeren Institutionen repräsentiert wird, und deshalb ist die Vereinbarung so wichtig für uns. Darüber hinaus haben wir in den vergangenen Monaten gute Erfahrungen gemacht. Die Stunde der direkten Diskussion mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission hier im Plenum war ein großer Erfolg. Wir werden ähnliche Kontakte mit den Kommissaren, mit den Vizepräsidenten der Europäischen Kommission und so eine Stunde voller Fragen und Antworten haben. Dies wird uns helfen, die Arbeit der Kommission zu verstehen. Des Weiteren enthält unsere neue Rahmenvereinbarung viele Lösungen, die wir vorher nicht hatten. Die Europäische Kommission und das Europäische Parlament müssen bei ihrer Arbeit auch die Meinungen nationaler Parlamente berücksichtigen, die das Subsidiaritätsprinzip in der Europäischen Union repräsentieren.

Ich bin mir sicher, dass dies nicht nur der Beginn eines neuen Jahrzehnts, sondern auch einer neuen Art und Weise des Arbeitens in der Europäischen Union ist. Wir alle glauben daran. Dreißig Jahre nach den ersten direkten Wahlen zum Europäischen Parlament stehen wir vor einer weiteren großen Veränderung. Dies ist eine neue Ära in der Arbeit des Europäischen Parlaments - einer europäischen Institution.

Ich möchte zu Beginn unserer Aussprache Herrn Barroso bitten, das Wort zu ergreifen.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Kommission muss die allgemeinen Interessen der Union fördern und diesbezüglich entsprechende Initiativen ergreifen. Sie muss die Anwendung der Verträge und von Maßnahmen sicherstellen, die von den Institutionen in Übereinstimmung damit verabschiedet wurden. Sie muss die Anwendung der Gesetze der Union unter der Kontrolle des Gerichtshofes der Europäischen Union überwachen. Sie muss den Haushaltsplan erstellen und Programme verwalten. Sie muss koordinierende, Führungs- und Verwaltungsaufgaben wie in den Verträgen festgelegt ausüben. Mit Ausnahme der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, sowie in

anderen, in den Verträgen vorgesehenen Fällen, muss sie die externe Repräsentation der Union gewährleisten. Sie muss die ein- und mehrjährigen Programme der Union mit Blick auf die Erzielung interinstitutioneller Vereinbarungen sicherstellen.

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, ist dies der Text des Artikels 17(1) des Vertrages über die Europäische Union, des Vertrages von Lissabon. Ich habe ihn vorgelesen, da er die Bedeutung der Kommission im Hinblick auf die Ausführung des europäischen Projektes aufzeigt, einer Kommission, die Ihrem Parlament als Kollegium gemäß des selben Artikels rechenschaftspflichtig ist.

Wir erleben also hier und heute europäische Demokratie im Einsatz. Ihr Parlament, das sich aus direkt von der europäischen Öffentlichkeit gewählten Vertretern zusammensetzt, ist hier und heute aufgefordert, sein Urteil bezüglich des neuen Kollegiums der Kommissare zu fällen.

Da sie die am 16. September 2009 abgehaltene Abstimmung über den Präsidenten der Kommission ergänzt, ist diese Abstimmung ein entscheidender Teil der demokratischen Rechtmäßigkeit der Kommission und somit des europäischen Projektes als Ganzes.

Das heute hier vor Ihnen stehende Team ist bereit, sich den ihm bevorstehenden Herausforderungen zu stellen. Es vereint Erfahrung mit neuen Ideen, es spiegelt die große Bandbreite von Ansätzen und Sensibilitäten wider, die Europa zu diesem wunderbaren Land der Ideen machen. Dies ist ein Team, für das Sie mit Zuversicht stimmen können, ein Team, das Ihre Unterstützung verdient.

Und dann? Dann was? Werden die Dinge wieder so sein, wie sie zuvor waren? Nein, ich weigere mich zu glauben - und unsere Mitbürger würden dies nicht verstehen -, dass wir nach all den Jahren institutioneller Debatten im Wesentlichen so weitermachen wie zuvor. Wir durchleben in der Tat außergewöhnliche Zeiten.

Die Herausforderungen, mit denen die Wirtschafts- und Finanzkrise, der Klimawandel und die Energiesicherheit - um nur einige zu nennen - uns konfrontieren, sind einfach zu bedeutend für uns, um unseren Ansatz nicht zu ändern.

Präsident der Kommission. Dies ist eine Zeit, um mutig zu sein. Dies ist eine Zeit, um unseren Bürger zu zeigen, dass wir sie ernst nehmen, dass das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon einen wirklichen Unterschied in unserer Fähigkeit macht, ihren Interessen zu dienen. Ich bin der Meinung, dass unsere wirtschaftliche und soziale Lage nach einer radikalen Änderung der aktuellen Situation verlangt, und der neue Vertrag ermöglicht dies.

Unsere Aufgabe ist es, die neuen Mechanismen zu nutzen, um für neue Dynamik zu sorgen. Lassen Sie uns also dem intellektuellen Glanz des Pessimismus und der fortwährenden Verunglimpfung der Europäischen Union entfliehen, der dem Ruf Europas so sehr schadet. Lassen Sie uns die Diskussion weg von den institutionellen Beiträgen und hin zu den Auswirkungen der Politik lenken.

Was Europa benötigt, um erfolgreich zu sein, sind Politiken, die sich auf Ergebnisse, bessere Regierungsstrukturen und Vertrauen in unsere eigene Fähigkeit konzentrieren, die Probleme zu lösen, mit denen wir konfrontiert werden. Unsere Gemeinschaftswährung, der Euro, wird auch weiterhin ein wichtiges Werkzeug für unsere Entwicklung darstellen und jene, die der Meinung sind, dass er in Frage gestellt werden kann, müssen sich darüber im Klaren sein, dass wir unseren Kurs einhalten werden. Die Europäische Union verfügt über den nötigen Rahmen, um sich allen Herausforderungen zu stellen, die im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit auftreten können.

Wir können beginnen, indem wir uns fragen: Zählt die Europäische Union weltweit betrachtet? Und die Antwort lautet „Ja“. Aber zählt die Europäische Union weltweit betrachtet soviel wie sie sollte? Die Antwort lautet, „Noch nicht“.

Europa zählt, wenn wir mit einer starken und gemeinsamen Stimme sprechen, wenn die europäischen Interessen klar definiert und energisch verteidigt werden: Beispielsweise im Handel und bei der Wettbewerbspolitik. Europa ist weniger erfolgreich, wenn wir gemäß engstirniger nationaler Interessen handeln, auf unkoordinierte Art und Weise, oder in Bereichen, in denen die Europäische Union als Ganzes nicht in der Lage ist, ihre gemeinsamen Interessen zu verteidigen und voranzutreiben.

Zusammenfassend müssen wir uns als fragen: Tun wir alles in unserer Macht Stehende, um die europäischen Interessen zu definieren und zu verteidigen - Interessen, die aus mehr als nur der Summe ihrer Teile bestehen? Offen gesagt bin ich der Meinung, dass wir mehr tun müssen. Wir müssen unsere Arbeit mit Blick auf eine insgesamt längerfristige Vision ausrichten, darauf, wo wir die Europäische Union sehen wollen. So werden

Zusammenhalt und ein Richtungssinn gewährleistet, den Akteure in ganz Europa klar erkennen und unterstützen können.

Die politischen Richtlinien, die ich diesem Parlament vorgestellt habe, sind der Ausgangspunkt für diese Vision von „Europa 2020“. Sie sind das Resultat unserer Erfahrungen der vergangenen fünf Jahre. Und sie sind nicht zuletzt das Resultat intensiver Diskussionen mit diesem Parlament. Dank Ihrer tatkräftigen Unterstützung dieser Leitlinien, betrachte ich diese als einen brauchbaren Ausgangspunkt für uns.

Die allgemeinen Prioritäten sind klar: Erfolgreich aus der Krise hervorzugehen, eine Führungsposition beim Kampf gegen den Klimawandel und dem Vorantreiben der Energieeffizienz einzunehmen, neue Wachstumsquellen und den sozialen Zusammenhalt zu fördern, um unsere soziale Marktwirtschaft zu erneuern, ein freies und sicheres Europa der Bürger voranzutreiben und eine neue Ära für das globale Europa einzuläuten. Ich glaube an ein offenes und großzügiges Europa, ein Europa, das sich besonders für die Millenniumsentwicklungsziele engagiert.

Ich glaube an ein Europa, das sich mit Anderen solidarisch zeigt, wie wir dies vor kurzem in Haiti getan haben, wo wir auf wichtige Art und Weise zur Notfallhilfe beigetragen haben und des Weiteren mit maßgeblichen Fördermitteln zum Wiederaufbau beitragen werden. Durch eine bessere Koordination auf europäischer Ebene können wir jedoch mehr erreichen, und ich werde dahingehende Vorschläge machen und die neuen Möglichkeiten ausloten, die der Vertrag bietet. Der Europäische Auswärtige Dienst wird ebenfalls ein sehr wichtiges Instrument sein, um unsere Außenpolitik kohärenter und effektiver zu gestalten.

Ich kann Ihnen versprechen, dass wir, wenn Sie dieses Kollegium unterstützen, uns sofort an die Arbeit machen und die politischen Leitlinien in ein ehrgeiziges Arbeitsprogramm umwandeln werden - ein Arbeitsprogramm, das ich mit Ihnen besprechen möchte.

Unsere Vision von Europa 2020 ist sowohl eine strukturelle und umfangreiche Reformstrategie, als auch eine Ausstiegs- und Belebungsstrategie. Wir werden also sicherstellen, kurzfristige Maßnahmen zur Wiederbelebung Europas in unsere längerfristigen Ziele einzubetten und die Schaffung von Arbeitsplätzen durch nachhaltiges Wachstum fördern.

Wir werden die nächsten fünf Jahre damit verbringen, unsere Vision in die Realität umzusetzen: Europa in eine ressourceneffiziente, integrative, soziale Marktwirtschaft zu verwandeln - das widerzuspiegeln, was uns besonders macht, die europäische Lebensweise. Das bedeutet Wachstum, basierend auf Fachkenntnissen und Innovationen, Verbesserung unserer Produktivität, durch Steigerung unserer F&E- und Innovationsleistung, eine bessere Ausnutzung der potentiellen IKTs und Schaffung eines digitalen Binnenmarktes, Verbesserung von Bildungsergebnissen und die Förderung von Qualifikationen.

Dies bedeutet eine integrative Gesellschaft mit einer hohen Beschäftigungsquote: Verleihung von Macht an die Bürger durch hohe Beschäftigungsquoten, Nutzung von Flexicurity, Modernisierung der Arbeitsmärkte und sozialen Schutz, Bekämpfung von Armut, mit Blick auf die Schaffung einer integrativeren Gesellschaft.

Dies bedeutet grüneres Wachstum: Schaffung einer wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Wirtschaft, Bekämpfung des Klimawandels, Beschleunigung der Einführung von Smart Grids und wirklich EU-weite Netze, Modernisierung der industriellen Basis der EU und Umwandlung der Europäischen Union in eine ressourceneffiziente Wirtschaft.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen wir erkennen, dass die wechselseitige Abhängigkeit unserer Wirtschaften eine bessere und umfangreichere Koordination erfordert. Einige nationale Politiker sind, wenn wir ehrlich sind, nicht für einen koordinierteren Ansatz bei der Wirtschaftspolitik. Aber wenn wir die Krise überwinden, die soziale Dimension bekräftigen und eine gute Basis für eine starke wirtschaftliche Zukunft für Europa in der globalisierten Welt schaffen wollen, wenn wir unsere industrielle Basis verstärken und neue europäische Projekte und nicht nur bilaterale ins Leben rufen wollen, ist eine stärkere wirtschaftliche Koordination der einzige Weg nach vorn.

Während dieser Amtszeit müssen auch andere sehr wichtige Herausforderungen in Angriff genommen werden. Auf dem Gebiet Justiz und Inneres haben wir bereits ein sehr ehrgeiziges und weitreichendes Programm beschlossen. Dieses umfasst nicht nur den Kampf gegen Terrorismus und Kriminalität, sondern auch die Beschäftigung mit der sehr wichtigen Priorität eines gemeinsamen Ansatzes bezüglich Migration. Auf diesem Gebiet zeigen wir unseren Bürgern unser Engagement im Hinblick sowohl auf Freiheit als auch auf Sicherheit.

Wir werden uns während dieser Amtszeit auch auf die Revision des Haushaltsplans und auf neue finanzielle Perspektiven konzentrieren. Wir sind der Meinung, dass wir uns auf die Qualität der Ausgaben konzentrieren sollten, auf deren europäischen Mehrwert und deren Effektivität, damit die finanziellen Perspektiven zu einem Instrument werden, das der Realisierung der Ambitionen Europas dient: Für unsere Strategie für Wachstum und Arbeitsplätze und auch für die Ziele wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Kohäsion.

Für all dies sind starke europäische Institutionen und eine Entschlossenheit nötig, unser Ambitionsniveau zu erhöhen, Veränderungen herbeizurufen. Deshalb begrüßen wir es sehr, dass eine der im Vertrag festgelegten Hauptveränderungen die Stärkung aller europäischen Institutionen ist.

Ich beabsichtige diese dazu zu nutzen, den Beitrag zu stärken, den wir alle gemeinsam zum europäischen Projekt leisten können. Dies ist nicht die richtige Zeit für unsere Institutionen, um sich in unterschiedliche Richtungen zu orientieren. Aber die Kommission wird natürlich immer ein besonderes Verhältnis zum Parlament haben, da wir, unter der Gemeinschaftsmethode die beiden Institutionen sind, die bei der Identifizierung, Artikulierung und Realisierung der europäischen Interessen eine besondere Rolle spielen.

Dies macht uns zu den zwei Gemeinschaftsinstitutionen schlechthin und überträgt uns eine besondere Verantwortung bei der Gewährleistung, dass die Europäische Union mehr als nur die Summe ihrer Teile ist. In diesem Sinne habe ich in meinen Ihnen vorgestellten politischen Leitlinien ein besonderes Verhältnis mit dem Parlament angeboten. In diesem Sinne haben wir auch eine neue Rahmenvereinbarung besprochen, deren Prinzipien in der dem Parlament heute vorgestellten Entschließung enthalten sind.

Diese Rahmenvereinbarung sollte unsere gemeinsamen Bemühungen vorantreiben, wirklich europäische Antworten auf die Fragen, die Europäer sich heute stellen müssen, zu geben. Zusätzlich zur Aktualisierung der Vereinbarung, um den Vertrag von Lissabon widerzuspiegeln, muss sie also auch neue Wege aufzeigen, mittels derer wir Kooperation zu einer alltäglichen Realität werden lassen.

Sie muss uns dabei helfen, eine neue Kultur der Partnerschaft und des Zwecks zu gestalten, unseren gemeinschaftlichen Einfluss zu nutzen, um das europäische Projekt wirklich voranzutreiben. Einige dieser Angelegenheiten setzen des Weiteren eine Zusammenarbeit mit dem Rat voraus. Ich würde daher eine umfassendere Vereinbarung sehr begrüßen, die die Mitgesetzgeber, zusammen mit der Kommission, bezüglich einer Reihe von Prinzipien für die interinstitutionelle Zusammenarbeit vereint.

Ich sagte, dass wir mutig sein müssen. Ich sagte, dass wir nicht so weitermachen können, als ob alles normal wäre. Ich habe viele Innovationen und unsere Prioritäten zur Bewältigung der sozialen Situation umrissen. Ich bin davon überzeugt, dass diese unsere Institutionen stärken und uns dabei helfen werden, unsere Ziele, unter vollständiger Berücksichtigung unserer Werte, zu erreichen. Denn wir sollten niemals vergessen, dass unsere Union auf Werten begründet ist: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte.

Heute öffnet sich ein neues Kapitel unseres europäischen Abenteuers. Lassen Sie uns zusammenarbeiten, um es in einen wirklichen Erfolg zu verwandeln - für all unsere Bürger.

(Beifall)

Der Präsident – Dies war die Rede des Kollegiums der Kommissionsmitglieder und eine Darstellung der Rahmenvereinbarung bezüglich des Verhältnisses zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission. Die Rede wurde von Herrn Barroso gehalten. Wir besprechen beide dieser Angelegenheiten. Die Abstimmung über die Rahmenvereinbarung findet pünktlich um 12.00 Uhr statt, anschließend machen wir eine Pause bis 13.30 Uhr und fahren dann mit der Abstimmung über das Kollegium der Kommissionsmitglieder fort - das ist die heutige Tagesordnung.

Ich möchte des Weiteren die Vertreter des Europäischen Rates, den rotierenden Vorsitz und die spanische Regierung begrüßen. Wir begrüßen alle heute hier Anwesenden, die unseren Aussprachen zuhören. Herzlich Willkommen.

Joseph Daul, im Namen der PPE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, Herr López Garrido, Präsident der Kommission, meine Damen und Herren! Heute fällen wir unser Urteil bezüglich der Benennung der neuen Europäischen Kommission, eine wichtige Handlung, die die Vorrechte dieses Parlaments bestätigt und die Arte und Weise festlegt, auf die die Union einige Jahre lang funktionieren wird.

Bevor ich jedoch das Vertrauen ausspreche, das meine Fraktion und ich in die Barroso-II-Kommission haben, möchte ich meiner Meinung bezüglich des Kontextes Ausdruck verleihen, in dem sie funktionieren muss.

Im Hinblick auf diese Angelegenheit muss ich sagen, dass die Bürger Europas noch nicht davon überzeugt sind, dass der Vertrag von Lissabon richtig funktioniert. Wir erwarten sehr viel von diesem Vertrag und wir müssen alles daran setzen, um zu gewährleisten, dass er eine neue positive Phase des europäischen Abenteuers darstellt.

Rechtsvorschriften sind jedoch nicht alles. Die Frauen und Männer, die sie anwenden, müssen unseren Ambitionen gerecht werden. Sie müssen sicherstellen, dass das weltweite Ansehen Europas seiner Botschaft, seinem Wohlstand und seinen Erfolgen gleicht. Es ist eine Tatsache, dass die europäische Maschine nach wie vor besser eingestellt werden muss.

Daher haben wir nun eine Hohe Vertreterin, die gleichzeitig Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und als solche diesem Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig ist. Diese Schlüsselfigur muss die Stimme Europas in der Welt sein. Ihre Präsenz und ihre Ambition müssen jene der Union, der im Hinblick auf das BIP weltweit größten Wirtschaft, dem weltweit größten Markt, dem größten Beitragsleistenden zu internationalen Hilfsmitteln, verkörpern.

Es ist eine Tatsache, dass die Stimme Europas, von Haiti bis zum Iran, von Afghanistan bis zum Jemen, von Kuba bis hin zu den transatlantischen Beziehungen, denen wir einen hohen Stellenwert einräumen, unseren Hoffnungen bisher nicht gerecht wurde. Unsere Fraktion verlangt drastische Maßnahmen, um sicherzustellen, dass wir unseren Ansatz ändern und dieses Mal einen guten Start hinlegen. Mit Blick darauf, Herr Barroso, verlassen wir uns auch auf Ihr persönliches Engagement und Ihre Führung.

Wir zählen auch auf den neuen Präsidenten des Europäischen Rates, die Union auf der internationalen Bühne zu verkörpern, die Initiative für und den Vorsitz bei Versammlungen der Staats- und Regierungschefs zu übernehmen und als Bezugspunkt zu fungieren. Wir müssen ihm Zeit geben, sich einen Namen zu machen, aber ich stelle bereits jetzt mit Zufriedenheit fest, dass seine ersten Schritte in die richtige Richtung gehen.

Vom Ministerrat erwarte ich, dass er eng mit dem ihm gleichgestellten Parlament - und ich meine gleichgestellt - zusammenarbeitet. Das Beispiel von SWIFT zeigt uns jedoch das Ausmaß des Fortschritts, der gemacht werden muss.

Zu guter Letzt erwarte ich von der Kommission - und ich weiß, dass Herr Barroso diese Ansicht teilt - ein beispielhaftes Arbeits- und Vertrauensverhältnis. Darüber hinaus spiegelt die Rahmenvereinbarung, über die wir heute Mittag abstimmen werden, diesen gemeinsamen Willen unserer beider Institutionen wider.

Mein Damen und Herren, wir sind am Ende einer Anwendung angelangt, im Rahmen derer wir die Mitglieder der Kommission überprüft haben, und ich möchte diese Anwendung moderner Demokratie, die bisher von keinem anderen Parlament in Europa ausgeführt wird, loben.

Wir haben jedoch trotzdem noch viel zu tun, bevor wir unserer Aufgabe gewachsen sind, die darin besteht in der Lage zu sein, Politiker aus einer politischen Perspektive zu beurteilen. Wir müssen unsere Verfahrensabläufe weiter verbessern und sie in ihrer Relevanz und ihren Schwerpunkten mehr auf die Inhalte europäischer Politiken abstimmen.

Meine Damen und Herren, ich bin mir sehr wohl darüber im Klaren, dass zu diesem frühen Zeitpunkt nach der Einführung des Vertrages nicht alles sofort getan werden kann. Wir müssen jedoch ehrgeizig sein. Dies ist der Geist mit dem wir an diese Aussprache herangehen, die zur Benennung der neuen Kommission führen muss: Eine Kommission, die unter der Führung von Herrn Barroso und mit erfahrenen Kommissaren gut für die Bewältigung der Probleme der Europäer ausgerüstet ist, eine Kommission, mit der wir sowohl die wichtigsten politischen Ziele als auch die Prognosen bezüglich der Probleme oder der zur Bewältigung dieser Probleme anzuwendenden Lösungen teilen, mit denen wir uns befassen müssen, eine Kommission, die die Ergebnisse der Europawahl 2009 widerspiegelt und innerhalb derer meine politische Familie, die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) die einflussreichste Kraft ist, eine Kommission, deren wichtigste Priorität nicht zuletzt die Erfüllung der Erwartungen der Europäer ist, die von der Krise betroffen sind, Europäer, die darüber hinaus oftmals pessimistisch sind und die sich Sorgen über die Fähigkeiten ihrer Regierungschefs machen, das europäische Modell in der Welt zu verteidigen und zu fördern.

Deshalb wird die PPE-Fraktion für die Benennung der Kommission stimmen.

(Beifall)

Martin Schulz, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident, meine Damen und Herren! In den Tagen der Anhörungen machte die Kommission auf mich den Eindruck, als sei Abt José

Manuel mit seinen 26 Novizen des Trappistenordens erschienen. Das ist ein Orden, der sich dem Schweigegelübde unterworfen hat. Man hatte den Eindruck, der Abt hätte seinen Novizen gesagt: „Sagt lieber nichts, bevor ihr etwas Falsches sagt!“ Das war ein Schaden in den Anhörungen für einige der Neuen. Es war schon überraschend, sonst so beredete Persönlichkeiten wie Neelie Kroes plötzlich beim Absondern allgemeiner Phrasen zu erleben. Andere haben sich dem Schweigegelübde nicht unterworfen: Joaquín Almunia, Michel Barnier, der neue Kommissar Šefčovič oder auch Frau Georgieva, als das Schweigegelübde schon aufgehoben war, haben gezeigt, dass man sehr wohl, wenn man mit dem Parlament mutig in einen Dialog eintritt, mehr Profil gewinnen kann, als wenn man sich weichspülen lässt.

(Beifall)

Zugleich haben die Kommissare Almunia und Barnier auch gezeigt, welche Rolle sie in der zukünftigen Kommission zu spielen gedenken. Die Anlage des Ressortzuschnitts der einzelnen Kommissionsmitglieder zu beobachten, auch während der Anhörungen, war interessant. So viele widersprüchliche Zuordnungen, so viele Strukturen, die geradezu danach rufen, dass die Kompetenzkonflikte, die aus diesen Strukturen entstehen, eines Schiedsrichters bedürfen, der am Ende entscheidet, in welche Richtung es geht, das war interessant!

Auf der einen Seite bekommen die Kommissare gesagt: „Hier rede ich“, und auf der anderen Seite: „In Fällen von Kompetenzstreitigkeiten entscheide ich am Ende.“ Ich will beim besten Willen den römischen Cäsaren kein Unrecht tun, aber das schreit, Herr Barroso, schon danach, dass Sie nach dem Prinzip *divide et impera* verfahren wollen. Das aber ist der falsche Ansatz. Sie müssen sich darüber im Klaren sein: Wer ein Kollektivorgan in ein Präsidialsystem verwandeln will, der dreht ein großes Rad und muss sich am Ende auch sagen lassen, dass die Defizite bei ihm hängen bleiben und er dafür auch die Verantwortung zu übernehmen hat.

Die Kommission ist dann stark, wenn sie als Kollegialorgan handelt. Sie ist dann stark, wenn Sie sich nicht als eine technokratische Behördenleitung versteht, sondern begreift, dass die vor uns stehenden Herausforderungen transnationaler europäischer Antworten bedürfen. Ja klar, die Frage, die Sie zu Beginn Ihrer Rede aufgeworfen haben – Spielt Europa eine Rolle in der Welt? –, steht auf der Tagesordnung. Diese Frage wird nicht beantwortet sein, indem Sie alles auf sich zuschneiden, sondern indem Sie die Kompetenzen Ihrer Kommission so effektiv organisieren, dass die Kommission in Zusammenarbeit mit uns, dem Europäischen Parlament, die Antworten geben kann.

Die Wirtschaftskrise, die Finanzkrise, die ökologische Krise, die soziale Krise dieses Kontinents brauchen transnationale europäische Antworten. Sie brauchen nicht die Renationalisierung. Aus diesem Grund brauchen wir eine starke Kommission, die sich auch auf eine starke Mehrheit im Parlament stützen kann. Sie muss aber nicht auf José Manuel Durão Barroso zugeschnitten sein, sondern sie muss die Bandbreite der Fähigkeiten, die alle Kommissare einbringen, reflektieren!

(Beifall)

Die Frage „Spielt Europa eine Rolle in der Welt?“ konnte man in Kopenhagen gut beobachten. Wenn wir uns in unsere Einzelteile zerlegen, wenn es um die Umweltgesetzgebung geht, wenn Europa eine Renationalisierung betreibt statt eines gemeinschaftlichen ambitionierten Ansatzes, dann erleben wir auch auf anderen Gebieten das, was wir in Kopenhagen erlebt haben, nämlich dass die Entscheidungen zwischen Barack Obama und Hu Jintao fallen und nicht unter Beteiligung der Europäer. Wer nicht will, dass die Welt in eine Art neuen Bipolarismus verfällt, der braucht ein starkes Europa, der braucht ein ambitioniertes Europa. Deshalb brauchen wir auch eine funktionsfähige Kommission, die sich dieser Aufgabe verschreibt.

Nun haben Sie, Herr Barroso, in den Diskussionen über das interinstitutionelle Abkommen zwei Zugeständnisse gemacht, die für meine Begriffe von entscheidender Bedeutung sind. Die Folgenabschätzung und insbesondere die soziale Folgenabschätzung ist für uns als Sozialdemokraten, als Sozialisten und Demokraten, ein essenzieller Punkt. Entweder Sie begreifen als Kommission, und zwar alle Mitglieder dieser Kommission einzeln, dass die Abwendung von großen Teilen der Europäer von der europäischen Idee etwas damit zu tun hatte, dass die Menschen in Europa das Gefühl hatten, diese Kommission interessiert nur der Markt und nicht etwa der soziale Schutz der Bürgerinnen und Bürger. Immer mehr Menschen haben dieses Gefühl, dass kalte Technokratie und nicht soziale Fürsorge das Handeln der Kommission bestimmen. Wenn das nun in der sozialen Folgenabschätzung, die wir vereinbaren, in eine andere Richtung gedreht wird, dann ist das ein großer Fortschritt!

Das gilt übrigens auch für die Maßnahme in diesem interinstitutionellen Abkommen, mit der wir einverstanden sind, dass nämlich die zukünftigen legislativen Entschlüsse des Europäischen Parlaments binnen Jahresfrist in Initiativen der Kommission umgewandelt werden. Auch das ist ein enormer Fortschritt in der Kooperation unserer beiden Institutionen. Ein Trappistenabt, der mit Herman Ohneland, dem Ratspräsidenten, zusammenarbeiten soll, um Europa in der Welt zu repräsentieren – Herr Daul, das reicht nicht. Was wir brauchen, ist eine effektive Zusammenarbeit der europäischen Institutionen.

Aber nicht alles ist die Schuld von Herrn Barroso. Es gibt auch die 27 Regierungschefs in Europa, die glauben, die Kommission sei der verlängerte Arm ihrer Regierungszentralen. Was wir darauf als Antwort brauchen, ist eine enge Kooperation des Europäischen Parlaments mit einer Kommission, die sich dem sozialen, dem ökologischen Fortschritt in Europa verpflichtet fühlt. So kommt Europa zu seiner Rolle in der Welt. Wenn wir das gemeinsam anpacken, dann werden wir als Sozialdemokratische Fraktion, Herr Barroso, nach Ihrer Antwort in der Pause diskutieren, wie wir uns am Ende entscheiden werden. Das werde ich dann in der zweiten Runde nach unserer Fraktionsdiskussion und nach Ihrer Antwort vortragen.

(Beifall) <BRK>

Guy Verhofstadt, im Namen der ALDE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident! Im Namen meiner Fraktion freue ich mich heute hier zu sein und die Barroso-II-Kommission endlich vor uns zu haben. Ich bin der Auffassung, dass dies gut ist, da wir damit eine schlechte Zeitspanne für die Europäische Union beenden. Das sechsmonatige Nichtvorhandensein einer Kommission, die mit wirklichen Machtbefugnissen ausgestattet ist, sollte sich in der Zukunft nicht wiederholen, insbesondere in diesen Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise, in denen wir mit wichtigen Angelegenheiten, wie z. B. dem Klimawandel, Kopenhagen, usw. konfrontiert werden.

Vertrauen Sie auf jeden Fall meiner Erfahrung, wenn ich sage, dass es in Zukunft keine Zeiten mehr geben darf, in denen die Kommission nicht wirklich regiert, insbesondere wenn sich dieser Zustand über sechs Monate erstreckt. Ich hoffe, dass diese Kommission ihre Arbeit so bald wie möglich aufnehmen wird, sobald wir abgestimmt haben.

Wir erwarten unsererseits drei Dinge von Ihnen, Herr Barroso. Erstens, dass diese neue Kommission die treibende Kraft hinter der Europäischen Union ist. Wir sind der Meinung, dass dies in den vergangenen fünf Jahren nicht der Fall war. Dieses Mal wollen wir eine Kommission, die die letzten fünf Jahre hinter sich lässt und zur wirklichen treibenden Kraft hinter einer wesentlich intensiveren Integration der Europäischen Union wird. In der Tat zeigt alles was in den vergangenen paar Wochen und Monaten passiert ist, dass der Grund, weshalb die Position Europas in dieser multipolaren Welt problematisch ist, die Tatsache ist, dass keine gemeinschaftliche Perspektive und nicht genügend europäische Integration existiert - ich denke dabei an Kopenhagen und an den Mangel an Koordination in Haiti. Wir verlangen daher nach einer Kommission, die im Gegensatz zu dem was wir in den vergangenen paar Jahren gesehen haben, nicht immer sofort einen Kompromiss mit dem Rat sucht, bevor sie uns diesen präsentiert und versucht, uns zu überzeugen, diesen zu schlucken.

Wir erwarten von der Kommission, dass sie dem Rat ehrgeizige Projekte vorlegt - selbst wenn wir im Voraus wissen, dass sie keine 100%ige Unterstützung erhält - und dass sie sich anschließend an das Europäische Parlament als ihren einflussreichen Verbündeten wendet, um den Rat zu überzeugen.

(Beifall)

Das Zweite was wir von der Kommission erwarten - und ich wiederhole das, was Herr Schulz bereits gesagt hat, aber ich denke, dass es wichtig ist - ist, dass sie als Kollegium arbeitet. Ein starker Kommissionspräsident ist recht und gut, aber ein Kollegium, eine starke Kommission, die ihren Zusammenhalt demonstriert, ist entscheidend und noch viel wichtiger. Daher erwarten wir wirklich diese Art von Kommission, da dies zum ersten Mal - und Sie haben dies bestätigt, Herr Barroso - eine Kommission ist, die sich aus den drei wichtigsten politischen, in diesem Parlament anwesenden Familien zusammensetzt. Ich freue mich sehr, dass acht liberale Kommissare für einige sehr wichtige Geschäftsbereiche verantwortlich sind. Diese Kommission muss nun intern als eine Koalition zwischen diesen drei Bewegungen und diesen drei politischen Parteien operieren und muss versuchen, Kompromisse zu erzielen, die von der gesamten Kommission und vom gesamten Kollegium unterstützt werden.

Und zuletzt, die dritte Priorität dieser Kommission ist unserer Meinung nach ganz klar die Bekämpfung der Wirtschaftskrise, und ich glaube, dass die dringlichste Aufgabe darin besteht, dem Parlament und dem Rat so schnell wie möglich eine glaubwürdige Strategie für Europa 2020 vorzulegen. Das ist die wichtigste Aufgabe. Seien Sie im Hinblick darauf ehrgeizig, Herr Barroso. Hören Sie nicht zu sehr auf die Mitgliedstaaten.

Hören Sie stattdessen auf den spanischen Vorsitz, da er im Hinblick auf dieses Thema einige gute Ideen hat. Bewaffnen Sie sich mit ehrgeizigen Projekten. Gehen Sie nicht davon aus, dass eine schwache Koordination nationaler wirtschaftlicher Strategien ausreicht. In der Welt von morgen und in der multipolaren Welt brauchen wir wesentlich mehr als das. Wir brauchen eine sozioökonomische Regierung in der Europäischen Union. Es reicht nicht aus, eine monetäre Säule wie die Eurozone zu haben. In der Eurozone und in der Europäischen Union wird des Weiteren eine wirtschaftliche und soziale Säule benötigt. Dies ist die Strategie, die wir von Ihnen erwarten, da diese für die Zukunft Europas und für die Zukunft unserer Mitbürger äußerst wichtig ist.

(Beifall)

Daniel Cohn-Bendit, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss zugeben, dass dies unglaublich ist. Wir haben die Koalition der Heuchler vor uns. Der Valentinstag steht vor der Tür und Herrn Barroso wird gesagt: „Ich liebe Sie, aber ich liebe Sie nicht. Ich glaube Ihnen nicht, aber ich stimme trotzdem für Sie“. Dies ist also wirklich...

Ja, Herr Schulz, Sie machen eine großartige Aussage, wenn Sie sagen, „wir werden darüber nachdenken“, wenn jeder weiß, dass Sie für die Kommission stimmen werden. Das ist wirklich eine großartige politische Strategie!

(Beifall)

Ich möchte etwas sagen...Ich weiß nicht, warum Sie sich so aufregen, Herr Schulz! Noch sind Sie nicht Präsident des Parlaments! Beruhigen Sie sich mein Freund, beruhigen Sie sich!

Ich für meinen Teil - und die Redezeit von Herrn Schulz sollte um 30 Sekunden verkürzt werden - möchte einige sehr einfache Dinge ansprechen, zwischen uns. Wir verfügen über einige große Fraktionen, die die Barroso-Kommission unterstützen werden. Diese sind nicht in der Lage, zusammen eine Resolution vorzulegen, um zu erklären, weshalb sie die Kommission unterstützen.

Nicht in der Lage! Weshalb? Da Sie nicht für die Kommission sind - und zumindest Herr Verhofstadt bringt seine Ansicht klar zum Ausdruck, wenn er sagt, „Ich bin für die Liberalen“ und die Anderen sind für die PPE und die Anderen sind für die Sozialisten...

(Anmerkung von Herrn Verhofstadt bei ausgeschaltetem Mikrofon: „und Sie sind für die Grünen“)

Ich? Nein, es gibt keine. Aber ja...wie Sie wissen, Herr Verhofstadt, ist unsere Fraktion die einzige, die sich kritisch geäußert hat, selbst wenn Grüne in der Kommission waren. Dies ist nicht die Art und Weise, auf die wir Politik betreiben. Wir müssen wissen, ob diese Kommission eine Vision, Ambitionen und Entschlossenheit an den Tag legen wird.

Was gesagt wurde stimmt. Die Mehrheit der designierten Kommissionsmitglieder - ich sage nicht alle - hat keinerlei Entschlossenheit, Vision oder Ambitionen gezeigt. Wenn man jedoch die Kommission als Ganzes betrachtet, ergibt die Summe der Minusse ein Plus. Das ist die neue mathematische Formel der Barroso-Kommission.

Nein, so funktioniert das nicht. Deshalb, Herr Barroso, gefällt es mir, wenn Sie uns den Text des Vertrages vorlesen: Initiativen, welche Initiativen? Welche Initiative hat die Kommission zur Bewältigung der Krise in Griechenland vorgeschlagen? Solidarität, wo ist sie? In Spanien, wo ist sie? Ich habe sie nicht gesehen, ich habe nicht davon gehört.

Lassen Sie mich Ihnen einen Ratschlag geben. Eines der Probleme Griechenlands ist sein Verteidigungshaushalt. 4,3 % des griechischen BIP wird für die Verteidigung ausgegeben. Was ist das Problem? Das Problem ist Zypern, es ist das Verhältnis zur Türkei. Wo ist die Initiative der Kommission, wenn es um die Lösung des Zypern-Problems geht, damit das BIP Griechenlands von diesem albernen, idiotischen Konflikt entlastet wird, denn wir als Europäer lösen sollten? Die Initiative der Kommission: Sie hat keine!

Das Gleiche gilt im Hinblick auf Haiti. Baronin Ashton, ich weiß, dass Sie keine Feuerwehrfrau, Hebamme oder ähnliches sind. Ich möchte jedoch trotzdem, dass Sie sich etwas einfallen lassen, ich möchte, dass Sie etwas verteidigen. Sie sagen uns immer: „Es ist wichtig, wir müssen uns aufeinander abstimmen, ich werde dafür sorgen, dass wir uns aufeinander abstimmen ...“. Ich weiß nicht, warum es wichtig ist, die Hierarchie dessen, was wichtig ist, ist uns nicht bekannt, aber wir wissen, dass Sie alles als wichtig betrachten. So werden wir keine Fortschritte machen.

Daher glaube ich, dass wir ein Problem haben. Wir haben ein grundlegendes Problem hier, und dieses ist, dass wir als Parlament schlussendlich unsere *Übereinstimmung* mit der Kommission demonstrieren müssen. Und wir werden natürlich mit der Kommission und mit den Kommissaren zusammenarbeiten, und ich weiß, dass es natürlich eine Mehrheit geben wird.

Was ich mir jedoch ausnahmsweise wünschen würde, ist, dass wir all diese abgedroschenen Kommentare und all die bedeutungslosen Äußerungen unterbinden. Wir wollen ein politisches Europa. Jedes Mal, wenn sich die Gelegenheit für ein politisches Europa ergibt, vermässeln wir es! Als Europa in Kopenhagen kurz davor stand, Fortschritte zu machen, haben wir es vermässelt!

Ich würde mich freuen, wenn Herr Barroso und die Kommissare - der Vergangenheit und der Zukunft - uns sagen würden, warum sie es vermässelt haben, warum Europa nicht politisch war, warum Europa kein globaler Spieler war. Herr Verheugen verlässt die Kommission. Er war die Nummer zwei in der Kommission und er lässt Deutschland und alle anderen, die ihm zuhören, wissen, dass Europa kein globaler Spieler war, dass Europa seine Rolle nicht gespielt hat. Er sagt nicht, weshalb er seine Rolle nicht gespielt hat.

Es ist immer jemand anders und ich würde mir ausnahmsweise wünschen, dass wir in dieser Kommission, in dieser Aussprache, keine weiteren gegenstandslosen Kommentare wie jene von Herrn Schulz, Herrn Verhofstadt und Herrn Daul zu hören bekommen: „Das Beste wäre, diese Kommission abzulehnen, damit wir gemeinsam endlich begreifen, was auf der Welt wirklich passiert“.

Was auf der Welt wirklich passiert ist, dass Europa mit der Wirtschaftskrise, der Umweltkrise und der Finanzkrise nicht fertig wird. Es gibt genug davon. Es gibt genug von jenen, die es nicht ertragen können, von deren besänftigenden Worten in die Irre geführt zu werden - sie haben uns bereits ausgetrickst, sie sagen uns: „Wir sind gegen, wir sind gegen“, und letztendlich enthalten sie sich. „Wir sind gegen, wir sind gegen, aber wir werden dafür stimmen.“ Das ist dieses Parlamentes unwürdig. Lassen Sie uns aufwachen, weil Europa es braucht!

(Beifall)

Jan Zahradil, im Namen der ECR-Fraktion. – (CS) Meine Damen und Herren, Herr Barroso! Meine Fraktion, die EKR-Fraktion, hat Sie zusammen mit den Liberalen und der Volkspartei unterstützt und ohne dies würden Sie heute nicht hier sitzen. Wir haben Sie unterstützt, als andere dies nicht taten und wir haben Sie aufgrund Ihres langjährigen Rufes als Reformier unterstützt. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie diesem Ruf in dieser Legislaturperiode voll und ganz gerecht werden würden.

Ich erinnere mich daran, als Sie 2005 eine interessante Idee bezüglich der Vereinfachung der europäischen Gesetzgebung und der Bewältigung des nun undurchdringlichen Dschungels des Gemeinschaftsrechts hatten. Ich würde mir wünschen, dass Sie zu dieser Idee zurückkehren, da es eine gute Idee war. Wir leben im Zeitalter des Vertrages von Lissabon, wir leben in einer Zeit, in der die Verabschiedung neuer Gesetze noch einfacher ist und ich möchte Sie daher bitten, es nicht zuzulassen, dass die europäische Wirtschaft von Auswüchsen ungerechtfertigter und unbegründeter Vorschriften erstickt wird, es nicht zuzulassen, dass modische, politisch korrekte Themen siegen, die eine Entschuldigung für eine weitere Zentralisierung, weitere Vorschriften und eine weitere Bürokratisierung der Europäischen Union sein könnten.

Wenn Sie diesen Weg einschlagen, können Sie sich auf uns verlassen. Wenn Sie den Pfad der Reform einschlagen, wenn Sie sich als ein wahrer Reformier erweisen, dann können Sie auf unsere Unterstützung und Kooperation zählen. Wenn Sie jedoch die althergebrachten Wege weiter verfolgen und sich auf den ebenen und ausgetretenen Pfaden bewegen, dann behalten wir uns das Recht vor, anderer Meinung zu sein oder Ihnen gar zu widersprechen. Ich würde hoffen, Herr Präsident, dass ersteres letzteres überwiegt und dass wir in wesentlich stärkerem Ausmaß zusammenarbeiten und auf der gleichen statt auf gegenüberliegenden Seiten der Barrikaden stehen können. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg dabei.

Lothar Bisky, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident! Herr Barroso, im September 2009 musste ich Ihnen sagen, dass Ihre politischen Leitlinien eine gescheiterte Kommissionspolitik fortsetzen. Ihre neoliberalen Leitlinien offenbaren weder eine Strategie für mehr soziale Gerechtigkeit, noch machen sie Europa krisensicherer. Es sind keine Arbeitsgrundlagen, um Armut und soziale Ausgrenzung in Europa erfolgreich zu bekämpfen. Jetzt präsentieren Sie uns ein Kommissionskollegium, das zu Ihrem Programm bestens passt. Dafür dürfen Sie von meiner Fraktion keinen Beifall erwarten.

Nun hat dieses Parlament in der neuen Legislaturperiode schon bewiesen, dass es mit der demokratischen Kontrolle und Mitgestaltung ernst macht. Das begrüße ich. Ich erinnere an die Ablehnung einer

Kommissionsanwärterin und an die neue Rahmenvereinbarung zwischen Parlament und Kommission, und ich hoffe, dass wir morgen im Rahmen des SWIFT-Abkommens erneut ein gewissenhaftes Parlament erleben.

Transparenz und Fairness in den Vereinbarungen zwischen den Institutionen sind entscheidend, doch erst auf dieser Basis beginnt Politik. Es geht um die Menschen in Europa und weltweit, es geht um gute Arbeitsplätze, es geht um mehr Recht auf gute Bildung und faire Löhne, um ihren Anspruch auf eine friedliche Entwicklung und auf eine intakte Natur. Deshalb, Herr Barroso, wird meine Fraktion weder Ihren Leitlinien noch Ihrem Personalvorschlag zustimmen. Stellen Sie sich auf eine harte, aber auch faire Auseinandersetzung mit Ihnen und Ihrem Kollegium ein!

Nigel Farage, im Namen der EFD-Fraktion. – Herr Präsident! Hier vor uns haben wir die neue Regierung Europas, eine Regierung, die nun nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon über enorm viel Macht verfügt, nicht nur einen Außenminister und Botschaften hat, nicht nur die Befähigung Verträge zu unterzeichnen, sondern nun auch die Befähigung, Notfallmaßnahmen anzuordnen, um buchstäblich die Macht über Länder übernehmen zu können, und trotzdem haben die Vorsitzenden der großen Fraktionen des Europäischen Parlaments heute noch mehr Macht und deren noch raschere Ergreifung gefordert.

Vielleicht sollten wir uns daran erinnern, dass dieser Vertrag, der dieser Kommission diese Machtbefugnisse einräumt, in der Europäischen Union keinerlei demokratische Rechtmäßigkeit besitzt. Sie haben Referenden ignoriert, Sie haben Referenden verweigert und Sie haben die armen Iren dazu gezwungen, ein zweites Mal abzustimmen.

Ich habe den Eindruck, dass der gemeinsame Nenner dieser Kommission die bloße Anzahl derer ist, die Kommunisten waren oder dem Kommunismus sehr nahe standen. Herr Barroso selbst war ein Maoist. Siim Kallas, alles andere als ein studentischer Aktivist, war sogar ein Mitglied der Obersten Sowjets - wir haben Kommunisten erster Klasse hier. Baronin Ashton leitete die CND und weigert sich nach wie vor, uns zu sagen, ob sie Gelder der Kommunistischen Partei Großbritanniens angenommen hat.

Ich könnte noch weitere Beispiele nennen, aber dann wären wir noch lange hier. Aber wir haben mindestens 10 Kommunisten in dieser Kommission und es muss sich anfühlen, wie eine Rückkehr zu den guten alten Zeiten. Die Kommunisten müssen eine gewisse Nostalgie verspüren. Während sich vor 60 Jahren ein Eiserner Vorhang auf Europa herabsenkte, haben wir es heute mit der eisernen Faust der Europäischen Kommission zu tun. Wir haben dies an Artikel 121 und daran gesehen, dass Griechenland gewissermaßen in ein Protektorat verwandelt wird.

Armes Griechenland, gefangen im wirtschaftlichen Gefängnis des Euro! Armes Griechenland, gefangen im modernen *Völkerkerker*, aus dem es anscheinend kein Entkommen gibt! Was Griechenland braucht, Herr Barroso, ist Abwertung, nicht Sadomonetarismus. Wer weiß, welche Auswirkungen dies auf Griechenland hat.

1968 hatten wir die Breschnew-Doktrin der beschränkten Souveränität. Heute haben wir „gemeinsame Werte“. Wir haben eine „immer enger zusammenrückende Europäische Union“ und „zusammengefasste Souveränität“ und das ist, was Sie verwendet haben, aber natürlich wird dies nicht nur Griechenland betreffen, da Spanien, Portugal und Irland das Gleiche widerfahren wird. Artikel 121 wird auf all diese Länder angewandt werden.

Herr Barroso, Sie haben vorhin gesagt, dass wir unseren Kurs einhalten werden, und das bedeutet, dass Millionen von Menschen in Europa leiden werden, da Sie versuchen, dieses katastrophale, Euro genannte Projekt zusammenzuhalten. Es wird auseinanderfallen. Daran besteht kein Zweifel, so sicher wie dies auch in Großbritannien während des Wechselkursmechanismus 1992 geschah. Sie können lachen, Sie können lächeln. Es wird nicht funktionieren. Es kann nicht funktionieren. Es wird auseinanderfallen, und was die Völker Europas betrifft, je früher dies geschieht, desto besser.

Wir brauchen demokratische Lösungen für dieses Problem. Wenn Sie weiterhin Ihren extremen Euronationalismus vorantreiben, wird dies zu Gewalt führen. Wir müssen gegen diese Kommission stimmen. Wir müssen die Zukunft Europas in freien und fairen Referenden in die Hände der Bürger der einzelnen Mitgliedstaaten legen.

Zoltán Balczó (NI). – (HU) Die Europäische Kommission ist der bestimmende Entscheidungsträger der Europäischen Union. Die Anforderungen bezüglich der Kommissare sollten folgende sein: Die richtige Person, basierend auf deren beruflicher Laufbahn und Bereitschaft, in der richtigen Position. Die Art und Weise, auf die Kommissare ernannt und gewählt werden, stellt jedoch sicher, dass solch ein positives Ergebnis

nur zufällig erzielt wird. Die Regierungen empfehlen Personen nicht für eine bestimmte Position, sondern für ein Amt. Jeder, der von ihnen nominiert wird - es sei denn der- oder diejenige tritt zurück - wird EU-Kommissar. Der Präsident der Kommission versucht eine Position für die fragliche Person zu finden und so wird die Abfolge umgekehrt. Das bedeutet, dass ich versuche einen Mantel zu finden, der zum Knopf passt. Ein weiterer Punkt, der es verdient, erwähnt zu werden: Auf die Anhörungen des Fachausschusses folgt keine Abstimmung, sondern ein kleiner Kreis von Leuten schreibt Berichte über die Anhörung. Sie sprechen immer über Demokratie und haben immer noch Angst vor direkten Wahlen. Egal ob es sich um die EU-Verfassung, ein Referendum oder eine Ausschusssitzung über einen potentiellen Kandidaten handelt. Die designierten Kommissionsmitglieder haben im Verlauf der Anhörungen kaum etwas Konkretes gesagt. Sie wollten keine Verpflichtung eingehen, keine Verantwortung übernehmen. Es wurde trotzdem klar, dass sie den Ansichten der vorangegangenen Kommission treu bleiben, aber ein zentralisiertes Europa wollen. Sie haben die Lektionen der Finanzkrise nicht gelernt, sondern verfolgen weiterhin eine liberale Wirtschaftspolitik. Daher werden viele von uns hier nicht für die Kommission stimmen, und das macht uns nicht zu Europa-Gegnern. Wir tun lediglich das, was unsere Wähler - viele Millionen europäischer Bürger - von uns erwarten.

József Szájer (PPE). – (HU) Herr Präsident, Herr Barroso! In einer erheblichen Anzahl europäischer Sprachen wird die Idee, dass etwas funktioniert - in der Lage ist zu funktionieren - und dass etwas arbeitet, auf sehr ähnliche Art und Weise ausgedrückt. Wir sind in der Europäischen Union nun an einem Punkt angelangt, an dem wir sagen können, „zurück an die Arbeit, Europa“, lassen Sie uns zurückkehren, lassen Sie uns arbeiten, lassen Sie uns funktionieren. Die Basis dafür wird von dem neuen Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, vom Vertrag von Lissabon, einem vor kurzem gewählten Parlament und der neuen, sich derzeit bildenden Kommission gewährleistet.

Es ist an der Zeit, dass wir die Tage institutioneller Auseinandersetzungen hinter uns lassen und institutionelle Grundregeln etablieren und unsere Aufmerksamkeit wirklich auf die Sorgen und Fragen europäischer Bürger lenken und uns darauf konzentrieren. Dies ist von elementarer Bedeutung, da wir die Unterstützung der Menschen zurückgewinnen müssen, deren Unterstützung wir auf unserem Weg verloren haben. Meine Damen und Herren, wertere Abgeordnete des Parlaments, wir alle haben in dieser Hinsicht Dinge zu erledigen. Die Vorgehensweisen der vergangenen paar Wochen und Monate waren nicht immer ehrenwert. So hat das Parlament z. B. einem designierten Kommissionsmitglied keine faire Gelegenheit gegeben, gehört zu werden. Lassen Sie uns daher über die Kommission urteilen, lassen Sie uns über den Rat urteilen, lassen Sie uns damit arbeiten, aber lassen Sie uns manchmal auch einen Blick auf uns selbst werfen. Die enge Zusammenarbeit dieser Institutionen ist notwendig, um Ergebnisse zu erzielen.

Herr Kommissionspräsident, meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen, auch im Namen meiner Partei, viel Erfolg wünschen, da wir, wenn wir Ihnen viel Erfolg wünschen, nicht nur einigen einzelnen Personen Erfolg wünschen, sondern den Bürgern Europas. Europa möge in den Augen europäischer Bürger zu guter Letzt ein wahres Beispiel für die Schaffung von Arbeitsplätzen, Wohlstand, Entwicklung, eine aktive Präsenz in der Welt, Fairness sein und nun, auf der Basis seiner neuen Verfassung, des Vertrages von Lissabon, erwachsen werden und voll zur Geltung kommen.

Meine Damen und Herren, wenn mein Computer nicht funktioniert, drücke ich den Neustart-Knopf. Unser Computer hat nun sogar eine neue Software, bekannt als der Vertrag von Lissabon. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns diesen Neustart-Knopf drücken.

Hannes Swoboda (S&D). - Herr Präsident! Herr Kommissionspräsident, Sie haben sicher eine Kommission mit Stärken und mit Schwächen. Ich möchte mich auf die Stärken konzentrieren.

Wir haben ein außenpolitisches Team, das nicht so leicht irgendwo wieder zu finden ist, außenpolitisch und auch entwicklungspolitisch. Herr Kollege Szájer, Sie können doch nicht leugnen, dass wir jetzt ein besseres Team haben, als wir es bei der ursprünglichen Anhörung der ersten Kandidatin aus Bulgarien hatten. Ich bin fest davon überzeugt, dass Catherine Ashton dieses Team auch gut koordinieren wird.

Es wird immer wieder von der einen Telefonnummer gesprochen, die Henry Kissinger angeblich gefordert hat. Wir haben vielleicht nicht diese eine Telefonnummer, aber wenn Sie das mit den Vereinigten Staaten von Amerika vergleichen – z. B. beim Klimaschutz – wen sollen wir anrufen? Obama oder den Senat, der sich bisher geweigert hat, eine Lösung zu finden? Und bei der Frage der Abrüstung – Obama, der für die Abrüstung ist, oder den Senat, der keine Lösungen gebracht hat? Machen wir uns doch nicht selbst immer schlechter, als wir sind! Wir haben die Chance, uns jetzt gut zu präsentieren!

(Beifall)

Was die Wirtschaftspolitik betrifft, so haben wir ein starkes Team. Ich hoffe und bin davon überzeugt, dass die Kolleginnen und Kollegen aus der Kommission, die sich in den Anhörungen nicht so stark gezeigt haben, diese Stärke auch noch entwickeln werden. Und sozialpolitisch haben wir einen Kommissar, der die Dinge ernst nimmt, einen Kommissionspräsidenten, der uns fest zugesagt hat, das Soziale und das Sozialpolitische auch in den Vordergrund zu rücken. Wir zählen darauf! Wir zählen nicht nur darauf, wir werden auch darauf dringen, dass das Wirklichkeit wird.

Im Rahmenabkommen haben wir einiges miteinander gelöst. Wir haben manchmal gestritten, aber wir haben uns zusammengerauft. Es ist ein sehr gutes Abkommen, wenn wir es ernst nehmen – Sie von der Kommission und wir vom Europäischen Parlament! Und wenn wir den Rat dazu bekommen, dass er die dort enthaltenen Grundsätze der Transparenz auch ernst nimmt, dann können wir wirklich etwas Großartiges leisten.

Durch den Vertrag von Lissabon und durch das Rahmenabkommen ist vom Anfang des Gesetzgebungsprozesses bis zu dessen Ende, bis zur Umsetzung, in einem Ausmaß Transparenz gegeben, wie es vielleicht in vielen nationalen Parlamenten nicht gegeben ist. Daher die Forderung an die Kommission und an den Rat, das ernst zu nehmen.

Bei SWIFT ist die Transparenz nicht ernst genommen worden – weder von der Kommission noch vom Rat. Wir haben jetzt ein Kommissionsmitglied, das für den Rat verantwortlich war. Das ist eine Vorgangsweise, die wir uns in diesem Parlament nicht mehr gefallen lassen können. Es ist nun nicht etwa zu diesem Schlamassel gekommen, weil das Parlament halsstarrig wäre, sondern weil schon im Übergang, wo bereits klar war, dass dieses Parlament mehr zu sagen haben wird, Rat und Kommission – vor allem der Rat – es nicht verstanden haben, das Parlament zu beteiligen. Das ist das Entscheidende. Da haben wir, Herr Kommissionspräsident, mit den legislativen Entschlüssen und mit der Verpflichtung der Kommission zu antworten –, entweder mit einem eigenen Gesetzesentwurf oder mit einer klaren Erklärung, warum die Kommission nicht handelt – auch einen wesentlichen Fortschritt gemacht. Tun wir doch nicht so, als ob in den nationalen Parlamenten immer das Initiativrecht des Parlaments so groß wäre. Im Wesentlichen sind sie doch von den Regierungen dominiert, und was die Regierung vorschlägt, wird in den Parlamenten oft nachvollzogen. Hier ist es nicht so. Was die Kommission vorschlägt, ist für uns noch nicht Gesetz, sondern wir arbeiten daran, auch unsere eigenen Vorstellungen einzubringen.

Nehmen wir diese Chance wahr, mit der neuen Kommission, mit einem neuen Vertrag und einem neuen Rahmenabkommen! Seien wir als Parlament der Kommission gegenüber selbstbewusst! <BRK>

Der Präsident – Das Wort wird nun, zum ersten Mal während dieser Aussprache, von einer Frau ergriffen. Es ist sehr schade, dass dies so spät geschieht.

Diana Wallis (ALDE). – Herr Präsident! Ich hoffe, es war es wert, darauf zu warten. Ich möchte mich auf die Entschließung über die Rahmenvereinbarung konzentrieren, da ich Teil des Verhandlungsteams des Parlaments war.

Präsident Barroso, wir hatten, das werden Sie wahrscheinlich zugeben, einige sehr interessante Diskussionen über die Bedeutung von Worten, insbesondere in meiner Sprache, aber eine der Formulierungen, die Sie zu Beginn unserer Versammlungen benutzt hatten, war, dass Sie über Ihr uneingeschränktes Engagement für die „parlamentarische Dimension“ der Europäischen Union sprachen und ich denke, dass Sie bei der Verwendung dieser Formulierung absolut ehrlich und positiv waren, jedoch haben wir diese nie besprochen. Nach Lissabon und nach der Entschließung über die neue Rahmenvereinbarung, ist dieses Parlament wesentlich mehr als nur eine „Dimension“ – es ist eine Realität, eine reale Kraft, ein wirkliches Parlament, das diesen Namen verdient.

Ich denke, Sie könnten die ursprüngliche parlamentarische Versammlung eine „Dimension“ nennen, aber nicht dieses Parlament. Dieses Parlament ist nun ein vollständiger, gesetzgebender Partner, gemäß der Entschließung, der auf einer gleichwertigen, integrativen und informierten Grundlage mit dem Rat behandelt werden muss und nicht durch das Ausweichen auf quasi-legale oder andere Instrumente umgangen werden kann, wie angemessen sie auch immer sein mögen. Ein Parlament, das absolut und rechtmäßig dazu in der Lage ist, Ihre Kommission, als Exekutive, zur Rechenschaft zu ziehen. Wir freuen uns darauf, nicht nur Sie selbst Herr Barroso, sondern all Ihre Mitkommissarinnen und -kommissare hier in diesem Plenarsaal für eine Fragestunde zu sehen.

Dieses Parlament wird auf sein Aufsichtsrecht im Hinblick auf nachfolgende Änderungen Ihres Teams bestehen. Dieses Parlament ist bereit, seine ordnungsgemäße Rolle als das einzige transnationale, direkt

gewählte Parlament in internationalen Beziehungen zu übernehmen. Aber vor allem möchte dieses neue, durchsetzungsfähige Parlament, das eine pro-europäische Mehrheit enthält, dass Sie - bitte - die Führung übernehmen und dabei werden wir Ihr bereitwilliger Partner sein und Sie unterstützen. Aber bitte, wir sind keine bloße „Dimension“, wir sind ein echtes, reales Parlament.

Jill Evans (Verts/ALE). – Herr Präsident! Der Entschließungsantrag der Grünen/EFA-Fraktion verlangt nach einem neuen politischen Ansatz auf nationaler und europäischer Ebene und nach neuen Ideen und entschlossenen Maßnahmen. Wir können die Wirtschafts-, Sozial- und Klimakrisen, denen wir uns gegenübersehen, nicht mit den gleichen Politiken und Einstellungen überwinden, aufgrund derer sie zustande kamen. Wir können kein demokratischeres und effektiveres Europa schaffen, es sei denn, wir tun dies innerhalb des wirklichen und sich verändernden politischen Klimas.

Die Nationalversammlung in Wales beginnt heute mit dem Prozess für ein Referendum über umfangreichere Gesetzgebungsbefugnisse. In Katalonien, in Schottland, in Flandern und anderswo finden Veränderungen statt. Morgen diskutieren wir über die Erweiterung der EU um Länder, die sich gegenwärtig außerhalb deren Grenzen befinden, wir haben jedoch noch nicht einmal damit begonnen, uns mit der internen Erweiterung zu befassen, jenem Prozess, mittels dessen Länder innerhalb der EU-Grenzen Unabhängigkeit erlangen. Diese Fragen wurden in den Aussprachen über die Wahl der neuen Kommission, trotz der um uns herum stattfindenden Veränderungen, nicht beantwortet. Ich möchte Präsident Barroso noch einmal bitten, diese Fragen zur Sprache zu bringen.

Adam Bielan (ECR). – (PL) Herr Barroso! Vor fünf Monaten habe ich dafür gestimmt, Sie mit der Mission der Schaffung der Europäischen Kommission zu betrauen, da ich der Meinung war, dass Sie der beste der in Frage kommenden Kandidaten seien. Ich bereue diese Wahl nicht, aber heute, wenn wir über das Kollegium der Kommissionsmitglieder sprechen, das uns vorgestellt wurde, kann ich meine Enttäuschung nicht verbergen. Nach Abschluss der Anhörungen der designierten Kommissionsmitglieder weiß ich, dass unter ihnen viele Personen sind, die hervorragend qualifiziert sind, aber leider wissen wir auch, dass unter ihnen auch Personen ohne jegliche Erfahrung sind, die während der Anhörungen einen entsetzlichen Auftritt hingelegt haben.

Ich bin mir bewusst, dass Sie bei der Wahl der Mitglieder der Kommission nur wenig Handlungsspielraum haben. Ich unterstütze das Recht der nationalen Regierungen, deren Kandidaten nominieren zu können, voll und ganz, trotzdem bin ich der Auffassung, dass die vorgeschlagene Zusammensetzung der Kommission nicht optimal ist. In Ihrer Rede haben Sie gefragt, ob die Europäische Union in der Welt zählt. Die beste Antwort darauf ist die vor kurzem getroffene Entscheidung, den Gipfel zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten abzusagen. Glauben Sie wirklich, dass diese Zusammensetzung des Kollegiums es der Union ermöglicht, ihre Position zu stärken?

Abschließend möchte ich auch noch meine Enttäuschung darüber zum Ausdruck bringen, dass wir während der Anhörungen nicht genügend Antworten auf Fragen bezüglich der Angelegenheit der Energiesicherheit bekommen haben.

Søren Bo Søndergaard (GUE/NGL). – (DA) Herr Präsident! Ich möchte Herrn Barroso zunächst einmal viel Glück wünschen, da es dem Präsidenten der Kommission wirklich gelungen ist, eine Kommission zusammenzusetzen, die sein politisches Projekt im Hinblick auf die EU widerspiegelt. Meine Fraktion ist mit diesem politischen Projekt jedoch überhaupt nicht einverstanden. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen. Arbeitnehmer in vielen Ländern sind zu dem Schluss gekommen, dass die EU immer mehr zum Synonym für die Unterminierung der Bezahlung und der Arbeitsbedingungen wird, für die sie gekämpft haben. Wir haben den Präsidenten der Kommission wiederholt gefragt, was er konkret unternehmen wird, um sicherzustellen, dass Gastarbeiter nicht länger unterbezahlt, nicht länger diskriminiert und nicht länger ausgebeutet werden können. Das Problem ist, dass wir weder bisher noch bei den Anhörungen eine genaue Antwort bekommen haben. Daraus schließe ich, dass diese Kommission Sozialdumping akzeptiert. Dies ist eine Kommission, für die der Binnenmarkt wichtiger ist als die Sicherung der Interessen des gewöhnlichen Arbeiters. Im Hinblick auf eine Sache besteht jedoch etwas Hoffnung, da Herr Barroso während der Zusammenkunft mit unserer Fraktion sich sehr darum bemühte, zu betonen, welch ein großer Befürworter der Gleichberechtigung der Geschlechter er sei. Worte reichen jedoch nicht aus. Als die erste Barroso-Kommission 2004 ernannt wurde, waren neun der 25 Kommissare weiblich. Heute stellt Herr Barroso uns eine Kommission zur Zustimmung vor, von deren 27 Mitgliedern nur acht Frauen sind. Dies hat sich also verschlechtert. Daraus können wir nur schließen, dass Herr Barroso auch auf diesem Gebiet nur Worte und keine Taten liefert. Dies ist ganz einfach nicht genug.

Timo Soini (EFD). – (FI) Herr Präsident! In Finnland gedenken wir des Winterkrieges. Vor siebzig Jahren hat die kommunistische Sowjetunion das winzige Finnland angegriffen. Wir haben unsere Unabhängigkeit und unser Recht auf Selbstbestimmung verteidigt.

Dies hat sich während des zweiten Weltkriegs, der für Europa als Ganzes eine furchtbare Qual war, fortgesetzt. Im Anschluss daran hatten wir ein starkes Bedürfnis nach Unabhängigkeit und ein starkes Bedürfnis, über unsere Angelegenheiten selbst zu entscheiden. Helsinki, Moskau und London waren die einzigen Hauptstädte, die während des zweiten Weltkriegs nicht besetzt waren. Aus diesem Grund wünsche ich mir, dass jede Nation frei über ihre eigenen Angelegenheiten entscheiden kann.

Was die Kommission angeht, hat diese sicherlich gute Absichten und es sitzen gute Personen in der Kommission, u. a. Olli Rehn, ein Finne mit Moral und Charakterstärke. Auf welche Art und Weise waren die Völker Europas - die Finnen, die Deutschen, die Briten, die Dänen - jedoch in der Lage, für diese Kommissare zu stimmen und sie zu wählen? Überhaupt nicht. Wie können sie vergessen werden? Das darf nicht geschehen. Die EU ist eine Bürokratie und keine Demokratie.

Ich bin für die Zusammenarbeit zwischen unabhängigen Staaten. Ich bin Finne, ich bin Europäer und ich liebe unseren Kontinent, das bedeutet jedoch nicht, dass ich die Europäische Union unterstütze. Jeder von uns hat Stimmen erhalten. Ich habe 130.000 Stimmen in Finnland erhalten. Wie viele Stimmen haben die Kommissarinnen und Kommissare erhalten und wo? Hier erhalten sie vielleicht 300 Stimmen, aber das ist auch schon alles.

Was liegt der Demokratie zugrunde? Die nationale Souveränität. Das bedeutet, dass nur ein Volk, das unabhängig von allen anderen seine eigene Nation bildet, ein ewiges und uneingeschränktes Recht hat, immer über seine eigenen Angelegenheiten zu entscheiden. Dies ist ein grundlegendes Prinzip.

(Beifall)

Bruno Gollnisch (NI). – (FR) Herr Präsident! Wir sind am Ende des Verfahrens angelangt, das der Benennung der Kommissare vorausgeht, mit Anhörungen, die absolut alltäglich sind. Die designierten Kommissionsmitglieder kamen hierher, um uns zu sagen, dass sie der Europäischen Union sehr zugetan seien, dass sie ihr Bestes tun würden, um mehr über Dinge zu erfahren, mit denen sie nicht vertraut seien und dass sie Hand in Hand mit dem Parlament arbeiten würden.

Nichts davon ist sehr wichtig oder sehr interessant. Trotzdem musste es, damit das Parlament seine Unabhängigkeit zur Schau stellen konnte, einen Sündenbock, ein Sühneopfer geben. Dieses Opfer war Frau Jeleva, gegen die letzten Endes, wie ich hinzufügen möchte, relativ wenige Anklagepunkte vorlagen. Wenn es hier um Interessenkonflikte geht, dann ist die Vergangenheit bestimmter Kommissare, die ich hier nicht mit Namen nennen möchte - des Kommissars für Wettbewerb, des Kommissars für Landwirtschaft, des Kommissars für internationalen Handel - mit Sicherheit wesentlich besorgniserregender und trotzdem stellte diese kein großes Problem für dieses Parlament dar.

In Wirklichkeit bedaure ich Sie etwas, Herr Barroso, da Sie nun Teil dieses Systems des Vertrages von Lissabon sind - Lissabon, die Hauptstadt Ihres Landes, eine wunderbare Stadt und eine die besseres verdient, als ihren Namen für solch ein Dokument herzugeben. Sie werden sich mit vielen Leuten beschäftigen müssen. Von nun an, mit der Rahmenvereinbarung, haben Sie mit dem Präsidenten des Parlaments und der Konferenz der Präsidenten zu tun, von der die fraktionslosen Mitglieder aufgrund eines ungeheuerlichen Verstoßes gegen die Vorschriften der Geschäftsordnung ausgeschlossen sind. Sie werden es mit dem neuen - und permanenten - Präsidenten der Union zu tun haben, dessen Benennung jedoch nicht das Ende der rotierenden Präsidenten bedeutet. Sie werden es mit Baronin Ashton, der Hohen Vertreterin der Union für Auswärtige Angelegenheiten und Sicherheitspolitik, zu tun haben, die in ihrer Jugend im Hinblick auf die wahre sowjetische Bedrohung eine ausgemachte Pazifistin war, die jedoch, und daran haben wir keinerlei Zweifel, hinsichtlich des Iran äußerst kämpferisch sein wird.

Dies wird eine schwierige Politik sein. Ich habe gerade Gelächter gehört, als sich jemand an die marxistische Vergangenheit einiger von Ihnen erinnerte. In Wirklichkeit sind Sie nach wie vor Internationalisten, Sie sind jedoch keinesfalls mehr Proletarier. Sie stehen dem Schicksal der europäischen Arbeitnehmer nun völlig gleichgültig gegenüber.

(Der Redner erklärt sich damit einverstanden, auf eine „Blue-Card“-Frage gemäß Artikel 149 Absatz 8 zu antworten.)

William (The Earl of) Dartmouth (EFD). – Herr Präsident! Vielleicht kann ich Herrn Gollnisch berichtigen. Weiß Herr Gollnisch, dass Baronin Ashton nicht nur in Ihrer Jugend eine Pazifistin war, sondern dass Sie bis mindestens 1983 Vize-Vorsitzende der CND war, eine Tatsache, die sie nicht verlautbaren ließ?

Bruno Gollnisch (NI). – (FR) Herr Präsident! Ich beantworte keine Frage über die Vergangenheit von Baronin Ashton. Ich weiß, dass Kriegstreiber, die für einen kommunistischen Sieg waren, auch in meinem Land als „Pazifisten“ bezeichnet wurden.

Jaime Mayor Oreja (PPE). – (ES) Herr Präsident! Im Namen der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) möchte ich Herrn Barroso meine bedingungslose, unbeugsame und uneingeschränkte Unterstützung zusagen. Dies basiert nicht nur auf dem, was er heute gesagt hat, sondern auch auf Reden, die er im Parlament gehalten hat und die uns dazu ermuntern haben, ihn noch stärker und maßgeblicher als je zuvor zu unterstützen.

Ich möchte erwähnen, dass der Hauptgrund für diese Unterstützung nicht die Anzahl der Kommissare ist, die unsere Fraktion oder unsere politische Familie in der Kommission hat, sondern vielmehr im Wesentlichen auf der Überzeugung beruht, dass dies eine einzigartige und historische Zeit für die Europäische Union ist. Diese Kommission ist nicht irgendeine Kommission und dieses Parlament ist nicht irgendein Parlament, nicht nur wegen des Vertrages von Lissabon, sondern auch, weil wir gerade eine in der Europäischen Union noch nie dagewesene Krise durchleben: Eine wirtschaftliche und soziale Krise.

Wir glauben nicht, dass der Vertrag von Lissabon das Wichtigste ist. Das Wichtigste ist, dass eine Änderung der Einstellung hinsichtlich des Lenkens aller europäischen Institutionen in Richtung einer größeren politischen Ambition stattfindet. Wir unterstützen die von Herrn Barroso geleitete Kommission daher voll und ganz. Wir unterstützen die Kommission auch, da wir uns, obwohl wir momentan eine Wirtschafts- und Finanzkrise durchleben, auf ein neues Stadium zubewegen: Die soziale Krise. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern werden immer größer werden und es wird zu immer mehr sozialen Unruhen kommen. Die Wirtschafts- und Sozialkrise wird zweifelsohne immer mehr soziale Unruhen verursachen. Ein weiterer Grund ist, dass wir eine Krise der Werte durchleben, die es unbedingt erfordert, dass wir alle, nicht nur die Kommission, unsere persönlichen Einstellungen ändern. Wir alle müssen unsere Einstellung ändern.

Unsere Fraktion ist daher der Meinung, dass die beste Art und Weise zu verändern, umzuwandeln und zu verbessern, die Unterstützung der von Herrn Barroso geleiteten Europäischen Kommission ist.

Ich bin daher der Auffassung, dass die PPE-Fraktion im Kontext dieser Aufgabe und der von uns zu erledigenden Arbeit jene Fraktion ist, die von uns allen die größtmögliche Veränderung verlangt. Das Europäische Parlament muss sich ebenfalls ändern. Die Kommission kann nicht alleine für die oftmals fehlende Einigkeit in diesem Parlament verantwortlich gemacht werden, die der hauptsächliche Grund dafür ist, weshalb es keine europäische Stimme in der Welt gibt.

Kader Arif (S&D). – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Handelspolitik wird eine wichtige Rolle in der Außenpolitik der Union spielen. Leider ist diese Handelspolitik heute das Symbol des Verschwindens der Gemeinschaftsinteressen, da sie lediglich die Hinzufügung nationaler Interessen darstellt.

Zu einem Zeitpunkt, zu dem wir uns wünschen, dass Europa seine Werte - Solidarität, soziale Gerechtigkeit - verteidigt, wenn wir uns wünschen, dass Europa in der Lage ist, soziale Rechte, Umweltrechte, den Schutz von Menschenrechten und den Schutz der Rechte von Gewerkschaften, in seine Handelsabkommen zu integrieren, stellen wir fest, dass der einzige, von der Kommission an uns gerichtete Vorschlag darin besteht, Abkommen zu schließen, in denen zum Ausdruck kommt, dass es keine Alternativen zum Markt und zum Handel gibt, und dass sie dem Selbstzweck dienen. Dies ist, vom Standpunkt meiner politischen Familie aus, inakzeptabel.

Zu einem Zeitpunkt, zu dem wir uns wünschen, dass diese Handelspolitik die Industriepolitik und die Auswirkungen, die diese auf die Beschäftigungspolitiken haben könnte, integrieren kann, stellen wir fest, dass die Kommission in den heute morgen vom Präsidenten der Kommission gemachten Anmerkungen keinerlei Garantien im Hinblick auf diese Punkte gegeben hat. Leider überrascht mich dies jedoch nicht. Es wurde nichts über die horizontale Sozialklausel gesagt, über den Schutz öffentlicher Dienste, über die Art und Weise Europas, seine Politik wieder zu verändern oder eine völlig andere Politik zu haben.

Zum Abschluss meiner Anmerkungen zu diesen Angelegenheiten, Herr Barroso, glaube ich, dass Vertrauen auf Gegenseitigkeit beruht. Mit Ihren Anmerkungen heute morgen haben Sie uns nicht das geboten, was wir

benötigen, um Ihnen zu vertrauen. Denken Sie bitte daran, dass ich aufgrund der Tatsache, dass Sie diese Garantien nicht gegeben haben, nicht garantieren kann, dass wir Ihnen vertrauen werden.

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). - Herr Präsident! Ich habe ein Gefühl: Endlich, endlich geht es los! Mehr als acht, fast neun Jahre für den neuen Vertrag, mehr als acht, fast neun Monate für die neue Kommission. Das ist nicht das Europa, das handelt, aber wir müssen handeln. Menschen suchen Arbeit, Unternehmen suchen Märkte, Verbraucher suchen Verlässlichkeit, Griechenland sucht Stabilität, und Europa sucht seine Rolle in der Welt. Deswegen ist es gut, dass die Zeit der komplizierten Debatten, die nur Profis verstehen konnten, vorbei ist, und deswegen ist es gut, dass die Kommission jetzt so arbeiten kann, dass die Menschen wirklich wieder etwas davon haben.

Wir wollen zwei Dinge von Ihnen, Herr Barroso. Seien Sie mutig, und machen Sie Europa stark nach innen und nach außen! Wir wollen, dass Sie mutig sind, ja, wir wollen auch da mehr Europa, wo die Mitgliedstaaten oder die Umfragen vielleicht anderes wollen, bei der Wirtschaft und bei den Finanzen, bei der Innen- und der Justizpolitik, aber auch bei der Außen- und Sicherheitspolitik. Das ist besonders an Sie gerichtet, Baroness Ashton. Die Defizite liegen ja auf der Hand. Für kleine und mittlere Unternehmen funktioniert der Binnenmarkt nicht gut genug. Oft genug wegen nationaler, nicht wegen europäischer Bürokratie.

Griechenland braucht Hilfe, ja! Dafür braucht es ein starkes Europa. Ich freue mich, dass die Kommission jetzt einen Vorschlag gemacht hat. Wer glaubt, dass wir in der Außenpolitik schon weit genug sind, der ist spätestens seit Kopenhagen eines Besseren belehrt. Deswegen sagen wir noch einmal: Herr Barroso, machen Sie Europa stark, nach innen und nach außen! Unsere Unterstützung dafür haben Sie. <BRK>

Timothy Kirkhope (ECR). – Herr Präsident! Unsere Fraktion unterstützt Herrn Barroso und seine reformistische Agenda für ein Europa sehr, das sich auf die Befassung mit den wirklichen Bedenken unserer Mitbürger und auf die Ergreifung von Maßnahmen dort konzentriert, wo es den Bemühungen unserer Mitgliedstaaten einen Mehrwert verleihen kann. Wir sind daher der Meinung, dass er es verdient hat, eine Liste von Kommissionskandidaten zu erhalten, die über das Talent und die Fähigkeit verfügen, die Umwandlung seiner ehrgeizigen Pläne in die Realität zu unterstützen.

Aber bei einigen dieser Benennungen wurde er im Stich gelassen. Die Tatsache, dass die Erfahrung und die Kompetenz der einzelnen Kandidaten sehr unterschiedlich ist, kann durch nichts verschleiert werden und dies war in unseren Anhörungen offensichtlich. Es ist nicht akzeptabel, dass die Staatsoberhäupter einiger Mitgliedstaaten die Bildung der Kommission immer noch als eine Möglichkeit betrachten, eine Kollegin oder einen Kollegen für seine Unterstützung in der Vergangenheit zu belohnen, ein regionales politisches Problem zu lösen oder einen ministeriellen Bekannten in einen bequemen Vorruhestand zu schicken.

Es ist klar ersichtlich, dass einige Mitgliedstaaten die Tatsache ausnutzen, dass wir nur eine einzige Stimme für die gesamte Kommission haben, um Kandidaten den Zugang zu erleichtern, die diesen aufgrund ihrer Verdienste unter Umständen nicht erlangen würden. Die Einzelstimme muss abgeschafft werden. Wir müssen für individuelle Kandidaten stimmen, da nur dann alle Mitgliedstaaten ihre Verantwortung im Hinblick auf diesen Prozess ernster nehmen und die fähigsten zur Verfügung stehenden Kandidaten für die Kommission abstellen werden.

Miguel Portas (GUE/NGL). – (PT) Herr Präsident! Ich möchte Dr. Barroso über die Bedeutung von Verantwortung im Hinblick der Ereignisse befragen, die den Euro den Angriffen von Spekulanten ausgesetzt haben. Heute Nachmittag werden wir die Gründe hinter diesem Ereignis genauer ergründen, momentan möchte ich mich jedoch auf die Anmerkungen von Joaquín Almunia konzentrieren, da diese die sofortige Anhebung der Spreads auf den internationalen Kreditmärkten sowie der Zinssätze für Portugal und Spanien ausgelöst haben, die die Position des Euro selbst vergangene Woche weiter geschwächt haben. Es macht keinen Sinn, mir zu sagen, dass Joaquín Almunia das was er gesagt hat, nicht gesagt hat. Was auch immer die Journalisten gehört haben, haben die Spekulanten ebenfalls gehört und sie haben keine Zeit verloren, zu handeln.

Präsident Barroso, die Rolle eines Kommissars besteht nicht darin, Öl ins Feuer zu gießen. Dieses Parlament kann niemandem zustimmen, der seiner Aufgabe zum kritischen Zeitpunkt nicht gewachsen war. Dies ist das erste Problem und das zweite ist eines von Signalen. Was haben die europäischen Institutionen angesichts der Angriffe auf die öffentliche Verschuldung Griechenlands, Spaniens und Portugals bisher unternommen? Herr Trichet hat sich darauf beschränkt, zu sagen, dass kein Staat in der Lage sein sollte, sich auf eine Spezialbehandlung zu verlassen, wenn die Botschaft genau das Gegenteil sein sollte: Nämlich den Spekulanten zu sagen, dass keine Spaltung stattfindet, da dies ein Europa der Solidarität ist. Dies ist die politische Frage,

die aufgetreten ist und aus diesem Grund erwarten wir, aufgrund dessen, was die Anmerkungen Ihres Kommissionskandidaten angerichtet haben, ernsthafte Antworten.

Klaus-Heiner Lehne (PPE). - Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich eine kurze Anmerkung zu der interinstitutionellen Vereinbarung und der hier vorliegenden Entschließung machen! Zunächst einmal begrüße ich, dass sich jetzt abzeichnet, dass die Kommission bereit ist, das indirekte Initiativrecht des Europäischen Parlaments praxisnäher zu akzeptieren. Das heißt im Klartext, dass es in Zukunft konkrete Fristen geben wird, binnen derer die Kommission sich verpflichtet, auf unsere Beschlüsse zu reagieren. Das ist gut, auch angesichts der Erfahrungen, die wir in der letzten Legislaturperiode gemacht haben. Es ist ebenfalls eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber auch durch diese Vereinbarung erreicht, dass wir in allen Fragen mit dem Rat gleich behandelt werden. Das ist die logische Folge des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon.

Ich begrüße des Weiteren, dass es auch gelungen ist, im Bereich der legislativen Programmierung einen engeren Schulterschluss zwischen Parlament und Kommission herzustellen. Wir werden ja in Zukunft eine Art gemeinsames Legislativprogramm der drei Institutionen verfassen müssen, und da ist es hilfreich, wenn Kommission und Parlament als die traditionellen Träger des Gemeinschaftsinteresses sich im Vorfeld weitestgehend einigen.

Ich bin nicht ganz zufrieden mit den Ergebnissen bezüglich der Folgenabschätzung, des so genannten *impact assessment*. Hier wird sich das Parlament überlegen müssen, wie es den eigenen Bereich der Folgenabschätzung angesichts der Tatsache, dass die Europäische Kommission die vom Parlament verlangte, wirklich unabhängige Folgenabschätzung nicht vornehmen möchte, qualitativ verbessert. Ich begrüße es, dass hier bereits in den Erklärungen angekündigt werden wird, dass es bei der Gesetzgebung zum auswärtigen Dienst eine enge Kooperation geben wird. Auch hier haben Kommission und Parlament ein weitestgehend gemeinsames Interesse, das wir auch definieren sollten, bevor mit dem Rat gesprochen wird.

Ich finde es auch gut – und das ist auch etwas, was aus dem Lissaboner Vertrag eigentlich zwingend folgt –, dass die Stellung des Hauses im Bereich internationale Verhandlungen zu internationalen Abkommen nachdrücklich verbessert werden und dem Parlament tatsächlich Zugang zu allen Informationen und zu allen Konferenzen gewährt werden soll. Das ist ein ganz entscheidendes Anliegen gewesen, und ich bin froh, dass wir dieses Anliegen auch durchsetzen konnten. <BRK>

Evelyn Gebhardt (S&D). - Herr Präsident! Herr Barroso! Wir haben uns sehr gefreut, dass wir am 1. Dezember den Lissabon-Vertrag erhalten haben, ist damit doch eine stärkere Sozialpolitik und eine Stärkung der Verbraucherinnen und Verbraucher im innenpolitischen Bereich der Europäischen Union verbunden. Nun haben wir aber feststellen müssen, dass Sie – im Gegensatz zu dem, was im Lissabon-Vertrag steht, nämlich eine horizontale Verpflichtung für den Verbraucherschutz – mit der Verteilung der Portfolios in Ihrer Europäischen Kommission genau das Gegenteil gemacht haben, denn jetzt ist nicht nur eine Kommissarin, sondern es sind mehrere Kommissare für den Verbraucherschutz zuständig.

Meine Frage an Sie: Wie wollen Sie das eigentlich handhaben? Wie soll in diesem Politikbereich, einem Bereich, der ganz besonders wichtig für die Verbraucherinnen und Verbraucher, für die Bürgerinnen und Bürger Europas ist, Kohärenz herrschen? Die Zuständigkeiten sind verteilt worden. Welche der Kommissarinnen oder welcher Kommissar wird dann diese Kohärenz bringen? Und bitte, erklären Sie uns nicht, es sei das Kollegium, das entscheiden wird. Wir brauchen klare Zuständigkeiten. Und erklären Sie uns am Ende auch nicht, Sie werden entscheiden, wenn es Streit zwischen den verschiedenen Kommissaren gibt. Sie sind nicht allmächtig, und Sie gehören einem Kollegium an.

Da habe ich ganz große Schwierigkeiten, Herr Barroso, da müssen Sie mich noch aufklären, wie Sie diese Zerstückelung der Politik im Bereich des Verbraucherschutzes, aber auch in anderen Bereichen, zum Beispiel der Außenpolitik, wirklich so in den Griff bekommen können, dass wir eine Politik haben, bei der wir nach fünf Jahren sagen können, ja, es hat sich gelohnt, solch eine Kommission zu haben. Ich weiß noch nicht, wie ich nachher abstimmen werde. Das wird sehr davon abhängen, was Sie uns antworten werden.

Adina-Iona Vălean (ALDE). – Herr Präsident! Ich glaube, dass Sie sich mehr als bewusst sind, dass Europa an einem Wendepunkt angelangt ist, und Sie haben die Möglichkeit, die Dinge in die eine oder in die andere Richtung zu lenken: Entweder in die düstere Richtung, mit schwerwiegenden Wirtschaftskrisen, einer schlechten Wettbewerbsumgebung für europäische Unternehmen, mehr Vorschriften und bürokratischen Hürden, oder in die mutige Richtung, indem Sie alle Möglichkeiten wahrnehmen, die der Vertrag von Lissabon bietet, um Europa stärker zu machen und einen geschlossenen Ansatz zu globalen Märkten und Herausforderungen anwenden.

Möglichkeiten und Lösungen zu den globalen Herausforderungen finden sich auf Sektoren wie z. B. der digitalen Agenda der IKT, Forschung und Entwicklung und Energie. Ein neuer Vertrag, der nun endlich von allen Mitgliedstaaten ratifiziert wurde, gibt Ihnen - auf einem Silbertablett - die Werkzeuge an die Hand, um diese Ziele zu erreichen.

Was ich am meisten fürchte, ist die sich vergrößernde Lücke zwischen den Erwartungen der Bürger und der kleinen Welt Brüssels. Das Vertrauen und die Zuversicht, die wir von unseren Bürgern erwarten, verschwinden nach und nach. Wie viele Male habe ich die Diskrepanzen zwischen der europäischen Verwaltung, die ein stumpfes politisches Ziel verfolgt, und den wirklichen Sorgen der Menschen beobachten können? Was bringt es, eine gemeinsame Energiepolitik auszuarbeiten, wenn wir unsere Bürger nicht mit sicherer, erschwinglicher und grüner Energie versorgen können? Was bringt es, Daten über Energieinfrastrukturen zu sammeln?

Ich bin der Meinung, dass wir keine Patentrezeptlösungen einführen können. Die Kommission muss die Unterschiede, die Möglichkeiten und die Mittel der einzelnen Mitgliedstaaten berücksichtigen. Sie werden visionär und kreativ sein müssen, um Europa aus der düsteren Vergangenheit zu befreien. Dabei wird das Parlament Sie unterstützen. Wenn wir die Gelegenheit verpassen, wird Europa innerhalb von fünf Jahren keine zweite Chance bekommen.

Lajos Bokros (ECR). – Herr Präsident! Griechenland steht am Rande des finanziellen Ruins. Spanien und Portugal haben ebenfalls mit zunehmenden Schwierigkeiten zu kämpfen. Wenn die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank und der Europäische Rat nicht handeln, dann droht nun der Zerfall der Eurozone.

Was wir in dieser Situation erkennen können, ist die suboptimale Aufteilung von Geschäftsbereichen zwischen den Kommissaren. Joaquín Almunia, auf den man sich bei der Verwaltung finanzieller und wirtschaftlicher Angelegenheiten verlassen konnte, wurde nun in den Bereich Wettbewerb versetzt, was ihm gar nicht liegt. Olli Rehn, der ein ausgezeichnete Kommissar für Erweiterung war, befasst sich nun mit wirtschaftlichen und finanziellen Angelegenheiten, was nicht in seinen fachlichen Kompetenzbereich fällt.

Weshalb ist es im Interesse Europas, die intellektuelle Kampfkraft der Kommission genau in den Zeiten einer Krise zu schwächen?

Werner Langen (PPE). – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt die zweite Kommission Barroso. Es wurde hier bereits gesagt, wie sich das System verändert hat. Es ist die vierte Kommission, seit ich hier bin. Die beiden ersten Kommissionen Santer und Prodi waren Kollegialorgane. Die erste Kommission Barroso hat mit Einzelakteuren gegläntzt – ich denke an Herrn Dimas, Frau Kroes oder auch an Herrn McGreevy, der unter Ihrer Führung jahrelang untätig geblieben ist. Wenn Sie jetzt das Präsidialsystem einführen, Herr Präsident, dann empfehle ich: Führen Sie, aber kehren Sie zurück zum Kollegialsystem! Das ist besser für Europa und besser für die Zusammenarbeit mit dem Parlament.

Die Bürger haben Erwartungen – Sie haben von Mut gesprochen – hinsichtlich der europäischen Agenda: Erstens gilt es, den Euro zu stabilisieren, die Eurozone zu erweitern und die nationalen Regierungen in die Pflicht zu nehmen, zweitens im weltweiten Maßstab moderne und technologieorientierte Arbeitsplätze zu schaffen, denn die Lissabon-Strategie aus dem Jahr 2000 ist gescheitert, obwohl die Ziele richtig sind. Drittens geht es darum, Europa auf der Grundlage seiner bisherigen Erfolge und nicht auf der Grundlage von Katastrophenmeldungen und Verzichtsszenarien fortzuentwickeln und zum gleichberechtigten Partner mit den USA und China zu machen, und viertens kommt es darauf an, die Zukunftsfragen nicht nur zu stellen, sondern gemeinsam mit dem Parlament auch zu beantworten.

Offene Märkte und mehr Bildung, Wachstum und Wohlstand dürfen nicht die Themen der Vergangenheit sein, sondern müssen Zukunftsthemen bleiben, genauso wie soziale Sicherheit, industrielle Basis und keine Finanzmarktausdehnung.

Wir wollen eine faire Zusammenarbeit mit Ihnen und der Kommission. Die Kommission muss dabei der Motor, nicht der Oberlehrer Europas sein. Zwei Fraktionen haben sich hier zur Totalopposition entschlossen, das sind die Grünen und die Kommunisten. Sie stellen knapp 13 % der Abgeordneten. Wenn der Kommissionspräsident und die Kommission mit dem Rest gut zusammenarbeiten, dann werden wir gemeinsam den Erfolg haben, den wir brauchen! <BRK>

Alejandro Cercas (S&D). – (ES) Herr Kommissionspräsident! Wie Sie wissen, wollen die Mitglieder der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament eine wirkliche Veränderung der sozialen Agenda Europas und eine erneuerte soziale Agenda.

Viele von uns hoffen, dass Ihre Rede einige kleine „positive Signale“ enthält, in den Versprechen, die Sie unserer Fraktion gegeben haben, in der Rede von Kommissar Andor und in der institutionellen Vereinbarung, dass wir zukünftige europäische Gesetze für eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorlegen müssen. Es besteht die Hoffnung, dass Sie die Lektionen aus den letzten Wahlen und dem überwältigenden Schweigen der Arbeiterverbände bezüglich der neuen Kommission gelernt haben.

Daher würden wir uns sehr freuen, Herr Barroso, wenn das was gegenwärtig ein etwas vages Versprechen ist, Realität würde und die Kommission den Mehrwert einer wirklichen Veränderung einbringen würde. Wir würden uns sehr freuen, wenn Barroso-II nicht Barroso-I gleichen würde.

Herr Kommissionspräsident, wir haben Kommissar Andor zugehört und wir haben diesen Traum, diese Hoffnung. Wir können Ihnen Loyalität versprechen, wenn Ihr Engagement bezüglich allem, was Sie bei Ihren Auftritten und in der mit dem Parlament getroffenen Vereinbarung angekündigt haben, aufrechterhalten wird.

Was wir brauchen, Herr Barroso - und Sie sind ein intelligenter Mann -, ist, dass diese Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen die Nachhaltigkeit des wirtschaftlichen Modells abdecken, für das Sie sich einsetzen. Ansonsten wird Europa keine Zukunft haben. Europa muss seine Agenda mit der seiner Bürger und Arbeitnehmer in Einklang bringen, da es ansonsten keine wirtschaftliche Integration und definitiv keine politische Integration erzielen wird, was unser Plan ist. Unser Plan ist die Schaffung eines Europas mit großen politischen Ambitionen, das in der Lage ist, seine Bürger erneut zu begeistern, auf der Welt wieder relevant zu sein...

(Der Präsident unterbricht den Redner.)

Mirosław Piotrowski (ECR). – (PL) Herr Präsident! Die designierten Kommissionsmitglieder werden von den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten vorgeschlagen. Sobald sie vom Europäischen Parlament angenommen wurden, haben sie keinerlei Verpflichtungen mehr gegenüber ihren eigenen Ländern. Prinzipiell sollten sie für eine gleichmäßige Entwicklung in ganz Europa arbeiten. Dafür sind Kompetenz und Vertrauen nötig. Der erste dieser Aspekte erschien während der Anhörungen fraglich. Die Antworten der Kandidaten waren oftmals bereits vorab ausgearbeitet und unglaublich allgemein gehalten. Frau Ashton hat einige Details kurz angesprochen, aber ihre Antworten waren enttäuschend. Insgesamt ist das Team der Kommissarinnen und Kommissare, das seine Fähigkeiten bei den Anhörungen zur Schau stellte, schwach und die wenigen qualifizierten Kandidaten können dieses Image nicht ändern. Wir müssen jedoch *en bloc* für die gesamte Kommission stimmen, und sie hat keine klare Handlungsstrategie vorgelegt.

Können wir der Kommission vertrauen? In der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten wurde uns diese Frage gestellt: Würden wir den Haushalt unserer eigenen Familie und das Schicksal unserer Familie in die Hände dieser Kommission legen? Viele von uns haben diese Frage negativ beantwortet und tun dies immer noch.

Mario Mauro (PPE). – (IT) Herr Präsident, Präsident der Kommission, meine Damen und Herren! Wenn wir der Version der Tatsachen treu bleiben würden, die von Herrn Cohn-Bendit vorgeschlagen wurde, für deren Auslegung der Schlüssel Scheinheiligkeit ist, hätte die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) sich entschieden, dafür zu stimmen, da sie dreizehn Kommissare hat, ebenso die Liberalen mit neun, wohingegen die Sozialisten sich unter Umständen enthalten müssten, da deren Benennungen spärlicher ausfallen.

Die Dinge sind jedoch anders. Die Stimmen so vieler von uns sind in Wirklichkeit an die Antwort auf eine tiefgreifendere Frage gebunden: Welche Rolle ist die Barroso-Kommission an diesem historischen Scheideweg aufgefordert zu spielen?

Sie ist dazu aufgefordert, Herr Präsident, die Hoffnungen von Millionen Bürgern und Unternehmen wiederherzustellen, die sich in Schwierigkeiten befinden, und deren Machtlosigkeit gegenüber persönlichen Interessen und Regierungen durch beharrliche Entschlossenheit und mittels der Kraft von Ideen zu beenden.

Sie ist dazu aufgefordert, Herr Präsident, der Immigration und der Energiepolitik ein europäisches Gesicht zu verleihen und Eurobonds auszugeben, um den Aufschwung sicherzustellen. Sie ist dazu aufgefordert, Herr Präsident, eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik mit Überzeugung zu etablieren, liebe Baronin Ashton, die ihren Namen verdient.

Herrn Schulz zufolge gleichen Sie, meine Damen und Herren, Trappisten-Mönchen, die ein Schweigegelübde abgelegt haben. Diesbezüglich, ihres idealen Pfades der Heiligkeit, schlage ich vor, dass Sie ein anderes Gelübde

ablegen: Ein Handlungsgelübde. Es gibt in der Tat viel zu tun. Herr Präsident, lassen Sie uns dies schnell tun, lassen Sie es uns gut tun, lassen Sie es uns gemeinsam tun. Ich wünsche Ihnen alles Gute, Präsident Barroso!

Gianluca Susta (S&D). – (IT) Präsident der Kommission! Die Progressiven unter uns sprechen Ihnen heute das Vertrauen aus, damit Sie nicht länger den Erpressungen jener ausgesetzt sind, die wenig Vertrauen in diese Gemeinschaft Europas haben und damit Sie sich nicht den Regierungen der Siebenundzwanzig unterordnen müssen.

An eine Gemeinschaft Europas zu glauben bedeutet, Ihr ohrenbetäubendes Schweigen zu brechen und eine zentrale Rolle bei den wichtigsten internationalen Angelegenheiten einzunehmen, europäische Interessen im industriellen und wirtschaftlichen Bereich zu verteidigen, die Sozialpolitik zu bekräftigen und mehr Investitionen im Kampf gegen die weltweite Armut zu tätigen, ihr Bündnis mit den Vereinigten Staaten zu konsolidieren, jedoch auf gleicher Augenhöhe, die Position der Europäischen Union in internationalen Einrichtungen, beginnend mit dem UN-Sicherheitsrat, zu verfestigen, den Multilateralismus im Welthandel wiedereinzuführen und die Agenda im Kampf gegen die globale Umweltverschmutzung festzulegen.

Unsere heute abgegebene Stimme stellt ein bedingtes Vertrauensvotum, ohne Ausnahmen, in die Kommission und in die einzelnen Kommissarinnen und Kommissare dar, um das neue, in Lissabon geborene Europa, einen politischen Akteur unter den größten Weltmächten, voll und ganz zu verwirklichen und zu erreichen, dass es vor allem eine Gemeinschaft des Schicksals sein kann, die sich ihrem eigenen wirtschaftlichen und zivilen Fortschritt verschreibt und die sich selbst eine Mission für Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit in der Welt auferlegt, eine Gemeinschaft, nicht nur der Erinnerung, die in der Gegenwart mittels ihres eigenen Wohlstands und eines vergangenen Ruhmes lebt, der nun verblasst ist.

Alain Lamassoure (PPE). – (FR) Herr Präsident, Herr Barroso! Der Erfolg des Vertrages von Lissabon hängt nun von Ihnen und Ihrem Team ab.

Erstaunlicherweise hat der erste permanente Präsident des Europäischen Rates sich dazu entschlossen, nach seiner Wahl zu verschwinden. Er war erfolgreich damit. Keiner außerhalb seines Landes wusste vor zweieinhalb Monaten etwas über ihn und keiner hat seitdem mehr über ihn erfahren. Der Premierminister der spanischen Regierung hatte die Güte hierherzukommen und uns die Prioritäten Spaniens für die sechsmonatige spanische Präsidentschaft vorzustellen. Das ist genau das Gegenteil von dem, was die Verfasser des Vertrages von Lissabon - von denen viele hier im Plenarsaal anwesend sind - wollten. Keiner - weder die Menschen in Europa noch der Präsident der Vereinigten Staaten - weiß noch, wer für Europa zuständig ist.

In einer Welt, die von der Krise auf den Kopf gestellt wurde, auf einem Kontinent, der jegliche Orientierung verloren hat, der über 20 Millionen Arbeitslose hat, der angesichts der Wachstumsmächte durch einen langfristigen Abschwung gefährdet ist, braucht Europa einen Piloten, eine Richtung, eine Ambition, ein bedeutendes vereinigendes Projekt, das unsere 27 Nationen und eine halbe Milliarde freier Bürger mobilisieren kann. Nun, Herr Barroso, haben Sie keine Angst, wagen Sie etwas! Zielsetzungen, Strategie, Methode, Finanzierung - für all dies ist ein völlig neuer Ansatz erforderlich. Die Aussichten auf eine Rückkehr zu einem starken Wachstum waren nie schlechter. Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten war nie nötiger. Das Missverhältnis zwischen unseren Kompetenzen und unseren finanziellen Ressourcen war nie größer. Die Erwartungen der Bürger waren nie höher. Und zweifellos war das Europäische Parlament nie bereiter, eine ambitionierte Politik zu unterstützen, um die 10 Jahre aufzuwiegen, die durch die endlosen institutionellen Auseinandersetzungen verlorengegangen sind. Als Freund sage ich Ihnen: Die Unterstützung des Parlaments wird nicht im Verhältnis zu Ihrer Umsicht, sondern zu Ihrem Mut stehen.

(Beifall)

Dagmar Roth-Behrendt (S&D). - Herr Präsident! Herr Barroso, wir sind in einer anderen Situation und in einem anderen Institutionengefüge. Die drei Institutionen Parlament, Rat und Europäische Kommission werden nach dem Vertrag von Lissabon anders zusammenarbeiten müssen, als sie es bisher getan haben. Ich glaube, dass wir alle daran interessiert sein müssen, das zu einem Erfolg zu bringen. Ihre Beteiligung an dem ersten Teil des Interinstitutionellen Abkommens gibt mir – die ich ja Ihnen gegenüber nicht immer unkritisch bin – den Eindruck, dass Sie das auch wollen.

Der erste Teil dieses Abkommens, das wir mit Ihnen verhandelt haben, enthält wichtige Teile für die Rolle des Europäischen Parlaments in der Zusammenarbeit, insbesondere mit Ihnen, aber auch mit dem Rat: Die Verstärkung des Dialogs zwischen Parlament und Europäischer Kommission, die Möglichkeit, mehr Informationen als bisher zu erhalten, also ein gleichwertiger Partner im Gesetzgebungsverfahren sein zu können, eine wirkliche Fragestunde, in der Kommissarinnen und Kommissare, die ja Politikerinnen und

Politiker sind, hier Fragen beantworten und Rede und Antwort stehen, ohne sich zu verstecken, so wie das in der Vergangenheit war. Bisher hatten ja nur Sie, Herr Barroso, den Mut, das zu tun. Jetzt werden es alle tun. Das ist gut. Das dient uns allen, und das dient auch der europäischen Demokratie und hoffentlich auch dem Interesse der Bürgerinnen und Bürger für das, was wir tun, nämlich für unsere Gesetzgebungsarbeit für alle.

Und schließlich, Herr Barroso, die Frage der legislativen Initiativen: Ich bin der Überzeugung, dass wir mit dem, was wir mit Ihnen für unsere Zusammenarbeit aushandeln konnten und heute in eine Entschließung gegossen haben, dem Initiativrecht des Europäischen Parlaments so nahe gekommen sind, wie man nur kommen kann. Weiter erlaubt es das Konstrukt *sui generis* nicht. Sie haben daran mitgearbeitet, und Sie haben ehrlich daran mitgearbeitet. Das respektiere ich und schätze es sehr, wie Sie sich dabei eingebracht haben.

Die Folgenabschätzungen sind von den Kolleginnen und Kollegen bereits angesprochen worden. Sie haben sich verpflichtet, das transparent zu machen, kooperativ zu handeln. Soziale Folgenabschätzungen sind für Sie wichtig, haben Sie gesagt. Das ist für uns ein essenzieller Punkt. Mit all dem bin ich zufrieden. Ich glaube, dass wir heute endlich mit der Arbeit beginnen sollten. <BRK>

Jacek Saryusz-Wolski (PPE). – Herr Präsident! Ich möchte mich auf die Rahmenvereinbarung und eine spezielle Partnerschaft zwischen der Kommission und dem Parlament beziehen, die Sie angesprochen haben und die wir natürlich begrüßen.

Das Parlament kämpft nicht seines Stolzes und Ruhmes wegen um seine Befugnisse. Wir möchten, nach all dem Kummer den wir beobachtet haben, als die Referenden abgehalten wurden, die Lücke demokratischer Rechtmäßigkeit schließen. Wir beginnen eine neue Ära des Gemeinschaftsverfahrens. Verteidigen Sie deshalb bitte nicht die Kompetenzen der Kommission, da wir, das Parlament, nicht Teil dieses Gemeinschaftsverfahrens waren. Ich beziehe mich hier auf das Gesetzgebungsmonopol der Kommission. Dieses Monopol existierte, als das Europäische Parlament nicht das war, was es heute ist, deshalb begrüße ich die Mittelwegslösung, die unsere Initiativen in gesetzgebenden Angelegenheiten berücksichtigt, und die Sie angenommen haben. Dieses Parlament wird die Umsetzung dieser Mittelwegslösung in die Praxis sehr genau beobachten und dabei unsere Anfrage an die Kommission, gesetzgebende Maßnahmen zu ergreifen, berücksichtigen.

Mein zweiter Punkt betrifft den gemeinsamen Auswärtigen Dienst. Seine Glaubwürdigkeit sollte von zwei Quellen anerkannt werden - nicht nur vom Rat, sondern auch vom Europäischen Parlament - und bisher sind wir nicht ganz zufrieden. Ich schaue Ihre Vizepräsidentin, Lady Ashton, an. Wir bedauern die Tatsache, dass wir der Hochrangigen Gruppe nicht angehören. Wir sind der Meinung, dass wir in den Prozess mit einbezogen werden sollten, der von diesem Parlament immer gefordert wurde. Wir sollten in die Nominierungen von Botschaftern und EU-Sonderbeauftragten mit einbezogen werden. Vielleicht besteht noch Handlungsspielraum, da dies nicht unserem Ruhm dient, sondern dazu, diesem Dienst eine wirkliche Glaubwürdigkeit in den Augen der Europäer zu verleihen. Ansonsten wird er schwächer sein, während beide Seiten möchten, dass er stärker ist.

Luis Manuel Capoulas Santos (S&D). – (PT) Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident! Ich habe mich besonders für die Anhörungen bezüglich der designierten Kommissionsmitglieder für Landwirtschaft und Fischerei interessiert, Bereiche, die ich im Europäischen Parlament mit besonderer Aufmerksamkeit verfolge. Deren Hintergrund erscheint mir, in beiden Fällen, angemessen. Wichtiger als deren Persönlichkeiten und Fähigkeiten zu kennen, ist es jedoch, über die Art und Weise der politischen Bedingungen Bescheid zu wissen, unter denen sie ihre Aufgabe erfüllen werden müssen. Damit meine politische Fraktion und ich guten Gewissens für die Amtseinsetzung der Kommission stimmen können, sind Sie, Herr Barroso, in der Lage mir zu garantieren, diesen beiden Kommissaren all Ihre Unterstützung zukommen zu lassen, um sicherzustellen, dass die tiefgreifenden Reformen, die sie in diesen so alltäglichen Politiken, Landwirtschaft und Fischerei, initiieren werden, ihren Gemeinschaftscharakter beibehalten und jeglicher Art der Renationalisierung eine Absage erteilen werden?

Paulo Rangel (PPE). – (PT) Herr Präsident! Ich möchte diese Gelegenheit hauptsächlich dazu nutzen, um der Kommission und dem Präsidenten der Kommission die Art und Weise aufzuzeigen, auf die sie mit diesem Parlament während dieser Monate der Amtseinsetzung zusammengearbeitet haben. Keine andere Einrichtung weltweit, die über vollziehende und gesetzgebende Initiativbefugnisse verfügt, unterliegt derartigen Anforderungen: Ihr Präsident muss dem Parlament ein Programm vorlegen, sie muss an Anhörungen mit allen Fraktionen teilnehmen, sie ist von einer absoluten Mehrheitswahl abhängig und sie muss all ihre Kommissare hierherbeordern, damit diese nacheinander bezüglich deren eigener Programme angehört werden können, gefolgt von drei oder vier Stunden direkter Fragen - Fragen die beantwortet werden müssen.

Die Kommission hat sich bereit erklärt, Verhandlungen mit dem Parlament bezüglich einer Rahmenvereinbarung aufzunehmen, in der sie zunächst eingewilligt hat, die Befugnisse des Parlaments im Hinblick auf die Gesetzgebungsinitiative zu begründen und auszuweiten. Als zweiten Punkt hat sie dem Prinzip der absoluten Freiheit des Zugriffs auf Informationen zugestimmt, sowohl im Hinblick auf gesetzgebende und politische Maßnahmen, als auch in Bezug auf internationale Verhandlungen und zum Abschluss hat sie sich des Weiteren damit einverstanden erklärt, die Meinung des Parlaments bezüglich der Kommissare sowie deren Umbesetzung zu berücksichtigen.

Das ist meiner Ansicht nach ein ganz klarer Beweis dafür, dass die Kommission seit Juli bewiesen hat, dass sie bereit ist, enge Kontakte mit dem Parlament zu pflegen und dadurch hat sie auf eine eindeutige, offensichtliche und unmissverständliche Art und Weise unter Beweis gestellt, dass das in den Vertrag von Lissabon eingebettete strategische Bündnis zur Förderung des Gemeinschaftsverfahrens, über das Herr Saryusz-Wolski gesprochen hat, das Bündnis zwischen dem Parlament und der Kommission ist. Aus diesen Gründen verdienen sowohl die Kommission als auch die Rahmenvereinbarung die vollständige Unterstützung der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten).

Othmar Karas (PPE). - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Zustimmung ist in der Demokratie nie ein Freibrief, sondern immer Vertrauensvorschuss, der erst zu rechtfertigen ist. Schlagen wir daher gemeinsam ein neues Kapitel auf, machen wir nicht bloß weiter wie bisher. Wie Sie, Ihr Kommissionspräsident, gesagt haben. Der Vertrag, die Krisen, die Globalisierung machen Verhaltensänderungen von uns allen notwendig. Wir benötigen mehr europäisches Bewusstsein in den Mitgliedstaaten, mehr Aufrichtigkeit gegenüber der Europäischen Union, mehr EU in Europa, mehr EU in der Welt. Das setzt *leadership* jedes einzelnen Kommissars voraus und die Bereitschaft zur Politisierung der EU-Debatte.

Das Europäische Parlament und die Kommission müssen eine neue Partnerschaft eingehen. Eine Partnerschaft für ein Europa der Bürger, eine Partnerschaft gegen Nationalismen, Protektionismen und Extremismen, Verlogenheit, Verdummung, Verantwortungslosigkeit und mangelnden Respekt. Wir benötigen neben dem Stabilitätspakt für die Währung einen Nachhaltigkeitspakt für alle Politikbereiche, um glaubwürdiger zu werden und verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Es wird notwendig sein, das Defizitverfahren, die Exit-Strategie und Europa 2020 zu einem gemeinsamen Konzept zu entwickeln, damit die Staatsverschuldung sinkt, Defizite abgearbeitet werden, Innovation gefördert sowie Wachstum und Beschäftigung nachhaltig geschaffen wird.

Zum Schluss, Herr Präsident, fordere ich Sie auf, eine Eröffnungsbilanz zu machen und Vorschläge zu einer Koordinierung der Wirtschafts-, Sozial-, Steuer-, Forschungs-, Innovations- und Bildungspolitik vorzulegen, weil wir mehr EU in Europa - das heißt mehr solidarisches, gemeinschaftliches Handeln - brauchen.

Gunnar Hökmark (PPE). – Herr Präsident! Die größte Herausforderung für diese Kommission wird nicht die Bekämpfung der Krise sein, die wir erlebt haben. Wir lassen diese langsam hinter uns und obwohl es immer noch eine wichtige Aufgabe sein wird, den von uns beschlossenen Politiken gerecht zu werden, muss die größte Herausforderung die Vorbereitung der Basis für die zukünftige Wirtschaft Europas sein, um sicherzustellen, dass dies eine dynamische Wirtschaft sein wird, die in der Lage ist, mit der Weltwirtschaft zu konkurrieren und eine Führungsrolle dabei zu übernehmen.

Dazu sind Politiken für neue Arbeitsplätze, Investitionen und ein dynamisches wirtschaftliches Wachstum erforderlich. Andernfalls werden wir weiterhin mit den von der Krise verursachten Problemen konfrontiert werden - der Arbeitslosigkeit und den Defiziten. Es ist wichtig, dass die Kommission, die heute hier im Parlament angenommen werden wird, diese Herausforderung ernst nimmt.

Die europäischen Wähler haben im Juni eine ganz klare Botschaft abgegeben. Sie wollen nicht das auf Vorschriften basierende Modell der Sozialisten, sondern ein Modell, das auf Offenheit basiert und die Basis für faire Voraussetzungen und ein soziales Europa schafft, was Arbeitsplätze, Wachstum, Möglichkeiten und grenzüberschreitende Integration bedeutet. Dies ist die Aufgabe dieser neuen Kommission - die Basis für die Wirtschaft, Wohlstand und soziale Sicherheit zu schaffen, indem sie aufgeschlossen ist und „Ja“ zu Innovationen sagt.

Tunne Kelam (PPE). – Herr Präsident! Die Europäische Gemeinschaft ist nun über 50 Jahre alt. Einige Leute sprechen davon, dass sie eine Midlife Crisis durchlebt - sich etwas müde fühlt, moralisch abgenutzt, zögerlich gegenüber einer Erweiterung.

Vor diesem Hintergrund, Herr Barroso, haben Sie eine historische Möglichkeit, Ihre staatsmännischen Fähigkeiten unter Beweis zu stellen, wirkliche Reformen durchzuführen und langfristige Visionen umzusetzen. Ihre zweite Amtszeit fällt mit dem 60. Jahrestag des Schumanplans zusammen. Die einzige Lösung für die Gründerväter Europas war kein politisches Gezänk, sondern sich über nationale Interessen hinwegzusetzen, um supranationale europäische Politiken, basierend auf einer offenen und großzügigen Einstellung zu etablieren, wie Sie selbst gesagt haben.

Zunächst einmal erwarten wir die wirkliche Implementierung gemeinsamer europäischer Politiken, insbesondere die Vollendung des gemeinsamen Energiemarktes. Die Europäische Kommission war bisher die Hauptverbündete und Mitarbeiterin des Europäischen Parlaments. Wir wünschen Ihnen und dem gesamten Kollegium der Kommissionsmitglieder alles Gute.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – (RO) Ich bin der Meinung, dass die Hauptaufgabe der neuen Kommission in der Umsetzung des Vertrages von Lissabon besteht. Es ist Ihre Aufgabe, den Bürgern Europas zu zeigen, dass der neue Vertrag ihren Erwartungen gerecht wird und deren Vertrauen in diesen zu gewinnen.

Die Kommission muss in den nächsten paar Jahren, abgesehen von den vielen anderen wichtigen Angelegenheiten, mit denen sie sich beschäftigen wird, zwei sehr wichtige Politiken zur Revision vorlegen: Die gemeinsame Agrarpolitik und die Kohäsionspolitik. Ich bin der Meinung, dass die Haushaltspolitik für den Zeitraum zwischen 2014 und 2021 erst nach Abschluss dieser Politiken ausgearbeitet und strukturiert werden kann. Aus diesem Grund muss dies im neuen Rahmenprogramm der Kommission absolute Priorität haben. Ich hoffe, dass die Revision dieser beiden Politiken mittel- und langfristig dazu beitragen wird, die wirtschaftliche, finanzielle und soziale Situation in allen Mitgliedstaaten auszugleichen, um Ungleichgewichten der Art und Weise vorzubeugen, wie wir sie gegenwärtig beobachten können und die die nachhaltige Entwicklung der Europäischen Union als Ganzes gefährden.

Csaba Sándor Tabajdi (S&D). – (HU) Die neuen Mitgliedstaaten sind zu Recht besorgt, dass nationaler Egoismus und Renationalisierung innerhalb der Europäischen Union zunehmen. Die Europäische Union kann ohne Solidarität, Kohäsion oder den Aufholprozess der weniger entwickelten neuen Mitgliedstaaten nicht existieren. Das 2020-Programm muss von der Kommission unter der Leitung von Herrn Barroso derart geformt werden, dass wir die Politiken der Gemeinschaft, die wir bisher verfolgt haben, nicht abbauen, sondern erhalten - während wir sie gleichzeitig reformieren - und stärken, insbesondere die Kohäsions- und Regionalpolitik sowie die gemeinsame Agrarpolitik. Wir können erschreckende Absichten erkennen, wobei einige versuchen, diese Politiken auslaufen zu lassen und insbesondere die gemeinsame Agrarpolitik abzubauen. Der Rat sollte konkrete Maßnahmen erarbeiten, damit die weltweite Krise nicht zu einer Beschäftigungs- und Sozialkrise wird. Abschließend dürfen wir es nicht zulassen, dass die tragische griechische Situation zu dem Schluss führt, dass wir die Eurozone nicht weiter stärken und die Erweiterung auf dem westlichen Balkan nicht fortsetzen sollten.

Lena Ek (ALDE). – Herr Präsident! Albert Einstein sagte, dass das Leben wie Fahrradfahren ist: Um im Gleichgewicht zu bleiben, muss man sich ständig bewegen. Das ist genau das, was wir von der neuen Kommission erwarten. Gleichzeitig machen wir uns jedoch Sorgen. So ist z. B. die Angelegenheit des Klimawandels zwischen einer Reihe von Geschäftsbereichen aufgeteilt. Das ist äußerst besorgniserregend. Die Angelegenheiten der Industrie- und der Energiepolitik werden indessen von Kommissaren nur einer Fraktion bearbeitet. Das ist ebenfalls äußerst besorgniserregend. Was wir nun brauchen, ist Ausgewogenheit und Unterstützung für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, und es ist wichtig, dass die 2020-Strategie dies widerspiegelt.

Die ersten Worte eines Romans sind immer am schwierigsten zu schreiben. Den Eindruck, den die Kommission erweckt, und ihre Arbeitsweise werden in der EU-2020-Strategie niedergeschrieben und von dieser widerspiegelt werden, und dies wird ein Indiz der Arbeit und der Qualität der neuen Kommission sein. Ich hoffe, dass sie nachhaltig sein wird.

Ulrike Lunacek (Verts/ALE). - Herr Präsident! Meine Damen und Herren des neuen Kollegiums, meine Damen und Herren hier im Plenum und auf der Galerie! In diesen Zeiten einer Wirtschafts-, Finanz- und Klimakrise erwarten die Bürgerinnen und Bürger Europas Führung von Ihnen. Sie erwarten mutige und klare Projekte. Herr Barroso, Sie haben heute ein paar Mal gesagt: „Nicht weitermachen wie bisher, wir müssen kühn und mutig sein.“ Das haben wir weder in Ihren Leitlinien erkannt noch in den Anhörungen der meisten Kommissare und Kommissarinnen.

Beispiel Außenpolitik: Frau Ashton, Sie sind diejenige, die die gemeinsame Stimme Europas sein sollte und müsste. Da geht es nicht nur darum, gut zu koordinieren oder die Mitgliedstaaten zu konsultieren. Sie sollen

dem Rat mutige, konkrete Projekte vorlegen, zum Beispiel für einen europäischen zivilen Katastrophenschutz nach dem Bericht Barnier. Sie müssen vorangehen, auch in Fragen der Finanzkrise. Wir brauchen eine gemeinsame Finanzmarktaufsicht, eine Finanztransaktionssteuer.

Legen Sie diese Vorschläge dem Rat vor! Machen Sie das, und warten Sie nicht darauf, ob der Rat Ja oder Nein sagt oder einzelne Mitgliedstaaten bei Ihnen Lobbying betreiben. Wenn wir von Ihnen diese Führung bekommen, dann werden Sie auch die Zustimmung des Europäischen Parlaments erhalten. Derzeit haben Sie sie noch nicht. <BRK>

John Bufton (EFD). – Herr Präsident! Ich muss ein Thema zur Sprache bringen, das ich in Bezug auf das Vereinigte Königreich für sehr wichtig erachte.

Momentan können wir uns in Großbritannien gegen die 48-Stunden-Arbeitswoche aussprechen. Nachdem ich jedoch Herrn Andor bei den Anhörungen zugehört habe - ich habe nichts gegen Herrn Andor persönlich -, mache ich mir große Sorgen über die Richtung, in die er uns meiner Meinung nach führen wird. Meiner Ansicht nach ist es recht wahrscheinlich, dass Großbritannien das Recht, sich dagegen auszusprechen, verlieren wird. Falls dies geschieht, werden drei Millionen Menschen in unserem Land dabei schlecht wegkommen. Sie machen gerne Überstunden. Unsere freiwillige Feuerwehr in Großbritannien - insbesondere in meiner Region, Wales, wo 75 % dieses Dienstes von freiwilligen Feuerwehrleuten erbracht wird - ist in Gefahr.

In unserem Land finden bald Wahlen statt, und ich rufe alle heute hier anwesenden britischen Abgeordneten dazu auf, gegen die neue Kommission zu stimmen. Dies sollte darauf basieren, dass, wenn diese Möglichkeit, sich gegen die 48-Stunden-Arbeitswoche auszusprechen, für die guten Leute in meinem Land entfällt, dies schwerwiegende Konsequenzen für uns haben wird. Es hängt von ihnen ab. Die drei Millionen Menschen werden beobachten, wie sie abstimmen, und ich ebenfalls.

Andreas Mölzer (NI). - Herr Präsident! Der Vertrag von Lissabon soll die Europäische Union stärken und damit naturgemäß zuallererst die Europäische Kommission und auch unser Parlament. Grotesk ist es da allerdings, dass man dessen ungeachtet eher politisch schwache Repräsentanten an die Spitze der EU-Institutionen stellt. Politische Beobachter sind sich darüber einig, dass die neue Kommission keine wirklichen politischen Schwergewichte enthält. Wenn schon der Kommissionspräsident der kleinste gemeinsame Nenner zwischen den Machthabern der großen EU-Staaten ist, setzt sich dies bei den einzelnen Kommissaren offenbar ganz ungebremst fort. Und besonders der neue Ratspräsident und die Hohe Beauftragte gelten ja eher als politische Leichtgewichte. Dies lassen uns dann auch wichtige politische Partner, etwa die USA, bereits deutlich spüren, und wir wissen nicht, was sich mit weiteren Partnern, mit Russland etwa, ergeben wird.

Daraus ergibt sich die Frage, ob ein gestärktes EU-Parlament in der Zusammenarbeit mit einer eher schwachen Kommission wirklich positive Arbeit für die Integration und die Interessen der europäischen Völker leisten kann. <BRK>

Paul Rübzig (PPE). - Herr Präsident! Mein Wunsch an die neue Kommission ist, dass sie sich verstärkt um die kleinen und mittleren Betriebe bemüht. Dort arbeiten zwei Drittel unserer Arbeitnehmer, und sie schaffen 50 % des Bruttonutzenprodukts. Wir müssen vor allem darauf schauen, dass die Bonität bei den kleinen und mittleren Betrieben erhöht wird, weil gerade in Krisenzeiten Risikokapital von besonderem Interesse ist, um weiterhin gute Löhne bezahlen zu können. Wir müssen im Wettbewerb stärker werden, und dafür müssen wir die Infrastruktur besser unterstützen. Vor allem die transeuropäischen Netze gehören gestärkt.

Wir müssen schauen, dass die kleinen und mittleren Betriebe auch in der Forschung eine Chance bekommen, über das europäische Institut für Technologie neue Produkte und Dienstleistungen anbieten zu können. Und wir müssen die berufliche Aus- und Weiterbildung stärken. Das ist eine große Aufgabe für die Europäische Kommission. Ich wünsche der neuen Europäischen Kommission viel Erfolg und Fortüne für die Zukunft! <BRK>

Milan Zver (PPE). – (SL) Ich gehöre zu jenen, die der Meinung sind, dass heute ein großartiger Tag für die europäische Demokratie ist, nicht nur weil wir neue europäische Institutionen und Strukturen zum Abschluss bringen werden, sondern auch weil wir diese interinstitutionelle Vereinbarung annehmen werden, die den Einfluss, den europäische Bürger, zusammen mit dem Vertrag von Lissabon, auf die europäische Politik ausüben können, sogar erweitert.

Mir erscheint dies momentan besonders relevant, da wir bereits die Anzeichen der ersten Krise der europäischen Demokratie gesehen haben oder am Horizont erkennen können. Dies wird durch ständig sinkende Wahlbeteiligungen, das immer stärker schwindende Vertrauen der Menschen in fundamentale demokratische Institutionen und die Tatsache bescheinigt, dass Demonstranten in einigen europäischen Hauptstädten mit Gewalt begrüßt und in anderen die Symbole des Totalitarismus und ähnlicher Regime gefeiert werden.

Kurz gesagt glaube ich, dass es höchste Zeit ist, dass die europäische Politik auch etwas unternimmt, um Demokratie auf der Ebene der Schaffung von Institutionen zu entwickeln, aber das wird nicht ausreichen. Wir müssen uns des Weiteren bemühen, das Niveau demokratischer politischer Kultur anzuheben, insbesondere in ehemals kommunistischen Ländern.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – (ES) Herr Präsident! Die Mitglieder der spanischen Delegation der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament werden für das Mandat der Kommission stimmen, das auf den Namen Barroso-II getauft wurde. Wir haben gute Gründe dafür. Einer davon ist, dass wir davon überzeugt sind, dass nicht einmal Herr Barroso den Kritikern von Barroso-I zustimmen könnte, wenn er über ein Mandat für die Barroso-II-Kommission verfügt.

Jeder kann die Gründe dafür erkennen. Europa hat sich verändert, die Welt hat sich verändert und sie ist in eine Krise geraten. Eine globalisierte Welt, die mit einer globalisierten Krise konfrontiert ist und ein global relevantes Europa braucht. Statt auf die Krise mit weiteren Krisen zu reagieren, müssen wir handeln, und zwar jetzt. Wir müssen Maßnahmen ergreifen, um auf den Klimawandel, neue Energiequellen, die Bedeutung unserer Außenpolitik im globalen Maßstab und auf unseren Beitrag zu einer sichereren Welt beim Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus einzugehen. Wir müssen diese Maßnahmen jetzt ergreifen.

Sechs Monate sind seit den Wahlen vergangen und es ist nun an der Zeit, dass wir eine Kommission haben, die ihre volle Leistung erbringt und vollständig funktionsfähig ist. Das ist das was die 500 Millionen Europäer, die uns beobachten, genau jetzt erwarten. Wir sind daher aufgrund der Tatsache, dass Untätigkeit keine Option ist, davon überzeugt, die einzige Option für Barroso-II darin besteht, die Kritiker von Barroso-I mit Maßnahmen zu überraschen, mit soliden Maßnahmen.

Cristian Dan Preda (PPE). – (RO) Ich möchte ebenfalls sagen, dass heute ein wichtiger Tag ist, da wir nicht nur für eine Kommission für 27 Mitgliedstaaten, sondern auch für ein einheitliches Europa stimmen. Es wurde in diesem Plenarsaal angemerkt, dass die Implementierung des Vertrages von Lissabon eine dringende Angelegenheit ist. Sie ist eine dringende Angelegenheit, die von einer großen Schwierigkeit überschattet wird, da die gegenwärtige Krise der Implementierung dieses Vertrages alles andere als zuträglich ist, der ein einheitliches Europa für 27 Länder und ein Europa schaffen muss, das von allen Europäern als gleich glaubwürdig befunden wird.

Ich möchte betonen, dass die größte Herausforderung, der die Europäische Union sich gegenübersteht, meiner Ansicht nach der Solidaritätssinn zwischen den Europäern der alten und der neuen Länder ist, mit anderen Worten, die Solidarität zwischen Europäern aus Ost und West. Dies ist die einzige Art und Weise, auf die wir Europa für diejenigen glaubwürdig machen können, die früher oder später einen Beitritt zu unserer Union anstreben, unabhängig davon, ob es sich um den westlichen Balkan, die Republik Moldau, die Türkei oder Island handelt.

Liisa Jaakonsaari (S&D). – (FI) Herr Präsident! Die Bildung der Kommission hat definitiv zu lange gedauert. Zukünftige Historiker werden sich sicherlich darüber wundern, wie es möglich war, sechs Monate mit der Zusammensetzung der Kommission zu verbringen, während wir hier in Europa die tiefste Rezession der europäischen Wirtschaftsgeschichte durchlebten.

Ich glaube, dass dieser Prozess als Ganzes der Kommission und dem Parlament mehr Macht verliehen und diese gestärkt hat. Deshalb überrascht es mich, dass die Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz einstimmig entschieden hat, gegen die neue Kommission zu stimmen, besonders da sie selbst oftmals gesagt hatten, dass sie durch den Prozess viel gewonnen haben und ihre Ziele akzeptiert wurden. Ehrlich gesagt denke ich, dass dies ein Fall von extremem Populismus ist.

Die Existenzfähigkeit des Binnenmarktes und ein soziales Europa sind wie Bruder und Schwester: Sie gehen Hand in Hand. Es ist sehr wichtig, dass eine Bewertung der sozialen Auswirkungen ein Schritt in die Richtung eines sozialen Europas ist.

Eva Lichtenberger (Verts/ALE). - Herr Kommissar Barroso! Herr Präsident! Meine Enttäuschung richtet sich nicht nur auf die Personen in der Kommission, sondern sie richtet sich auch auf Ihre Vergabe von Dossiers. Sie haben manche so aufgesplittet, dass es in Zukunft sehr schwierig wird, von den Ausschüssen aus konkrete Verhandlungen zu führen. Und weiters haben Sie einigen Kommissaren ein Ressort weggenommen, in dem sie sich eigentlich bewährt hatten, und ihnen ein ungeliebtes gegeben. Nun sehe ich das auch ein wenig psychologisch. Ein unglücklicher Kommissar, Herr Kommissionspräsident, kann viel Schaden anrichten, weil er besonders am Anfang seiner Tätigkeit mit sehr vielen Einflüsterern konfrontiert sein wird, mit denen er nicht umgehen kann. Das ist meines Erachtens eine Fehlentscheidung.

Der zweite Punkt ist die Interinstitutionelle Vereinbarung. Wir werden wirklich darum kämpfen, dass sie umgesetzt wird, denn der Vertrag von Lissabon ist in Kraft. Wir werden bei internationalen Verträgen mitreden, und wir werden das realisieren, auch wenn hinhaltend Widerstand geleistet wird, sowohl vom Rat als auch von der Kommission. Darauf soll sich diese Kommission auch vorbereiten. <BRK>

Czesław Adam Siekierski (PPE). - (PL) Herr Präsident! Die Europäische Union befindet sich in einer vollständig neuen Situation. Der Vertrag von Lissabon hat wichtige Veränderungen eingeführt. Was können wir zwei Monate nach seinem Inkrafttreten sagen? Nun, wenn wir genauer darüber nachdenken, ist er nur ein guter und wichtiger Anfang. Erst jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, diesen Bestimmungen und Entschlüssen wirkliche Inhalte zu verleihen. Wir sollten eine entsprechende Kompetenzteilung zwischen den Institutionen oder den neu geschaffenen wichtigen hohen Ämtern vornehmen und politische Prinzipien und Regeln für die Zusammenarbeit etablieren. Des Weiteren müssen wir das Prinzip wirklicher Gleichheit zwischen den Mitgliedstaaten aufrechterhalten, jedoch auch zwischen den Mitgliedstaaten und der Union. Es ist wichtig, die Bedeutung der von den einzelnen Mitgliedstaaten übernommenen Präsidentschaft nicht herabzusetzen.

Nur eine geschlossene Union, die mit einer Stimme spricht, wird auf der Welt die Position einnehmen, die sie verdient. Die im Laufe der vergangenen zwei Monate gesammelten anfänglichen Erfahrungen geben Anlass zu einer Reihe von Zweifeln. Diese Probleme sollten daher äußerst sorgfältig überdacht werden, und es sollten Maßnahmen ergriffen werden, die es uns ermöglichen, die erwarteten Effekte und eine neue Qualität hinsichtlich der Arbeit der Europäischen Union zu erzielen.

Csaba Sógor (PPE). - (HU) Die einst von Kissinger gestellte Frage wird oft wiederholt - wer wird ans Telefon gehen? Das sollte heißen, dass wir starke Persönlichkeiten und überzeugende Gesichter brauchen. Nein! Wir brauchen starke Institutionen. Wir brauchen einen Rat, ein Parlament, eine Union, in der jeder im Rat ans Telefon gehen kann, da er oder sie in der Lage ist, eine kompetente Antwort zu geben und eine kompetente Lösung anzubieten. Ich würde nun gerne eine solche Telefonanfrage stellen: Wir hätten gerne ein Europa, in dem die Rechte der traditionellen nationalen Minderheiten ebenfalls respektiert werden, in dem es keine slowakischen Sprachgesetze gibt. Mit dem Inkrafttreten dieses Sprachgesetzes wird nicht nur gegen die Grundrechte der EU und die Bestimmungen der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte verstoßen, sondern auch eine der größten Errungenschaften der europäischen Integration, das Funktionieren eines vereinheitlichten Binnenmarktes ist in Gefahr. Ich fordere, dass die Kommission gemäß der Stellungnahme des Juristischen Dienstes die nötigen Schritte ergreift, um sicherzustellen, dass das Gemeinschaftsrecht weiterhin zuverlässig die Oberhand behält.

Derek Vaughan (S&D). - Herr Präsident! Die Strukturfonds waren für Regionen wie Wales in der Vergangenheit äußerst wichtig und sind es auch heute noch. Sie haben vielen Einzelpersonen, Gemeinschaften und Unternehmen geholfen. Während der schwierigen wirtschaftlichen Zeiten der jüngsten Vergangenheit waren sie besonders wichtig.

Deshalb ist es entscheidend, dass all diese Gruppen auch in der Zukunft von den Strukturfonds profitieren können. Ich bin der Meinung, dass allen Regionen in ganz Europa, die sich nach 2013 qualifizieren, ein Strukturfonds zur Verfügung stehen sollte. Ich denke, dass wir die Renationalisierung von Strukturfonds ausschließen sollten, und ich habe die Anmerkungen des designierten Kommissars für Haushalt und Finanzplanung besonders begrüßt, der seinen Widerspruch gegen die Renationalisierung der Kohäsionspolitik und der Strukturfonds zum Ausdruck gebracht hat.

Ich bin des Weiteren der Meinung, dass es entscheidend ist, dass die Finanzierung 2013 für all die von mir genannten Gruppen nicht plötzlich eingestellt wird. Daher ist es meiner Ansicht nach wichtig, dass Regionen, die nach 2013 aus der Konvergenz herausfallen, ein Übergangstatus eingeräumt wird. Ich würde hoffen, dass die Kommission der Kohäsionspolitik und den Strukturfonds in den kommenden Wochen und Monaten die Priorität einräumt, die diese verdienen.

Gay Mitchell (PPE). – Herr Präsident! Ich möchte hier ein Thema ansprechen, das ich bereits in meinem eigenen Land zur Sprache gebracht habe, in der Hoffnung, dass wenn ich es von oben nach unten und von unten nach oben anspreche, wir irgendwie Bewegung in die Sache bringen könnten.

Wir sprechen andauernd über die Bankenkrise und was wir für kleine und mittelständische Unternehmen tun können. Das Problem ist, dass es viele kleine und mittelständische Unternehmen gibt, die einfach keine Kredite bekommen können, obwohl ihre Geschäfte existenzfähig sind und sie Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Der wichtigste Grund dafür ist meiner Erfahrung nach das Fehlen von Bankleitern. Wir sind in diese Krise geraten, da das Bankensystem auf Automatik gestellt war - und in vielen Fällen immer noch ist. Die Europäische Zentralbank und die Europäische Kommission haben die Finanzinstitute stark unterstützt. Nun ist es an der Zeit, dass wir zu den traditionellen Bankleitern zurückkehren, und all unseren Einfluss dafür geltend machen, die basierend auf Charakter, Qualifikation und Erfolgslaufbahn kalkulierte Risiken eingehen können.

Ich bin wirklich der Meinung, dass dies einen Unterschied machen würde und ich habe den 27 hier anwesenden Kommissaren Folgendes zu sagen: Unterschätzen Sie Ihre Fähigkeit zur Beeinflussung nicht...

(Der Präsident unterbricht den Redner.)

Jörg Leichtfried (S&D). - Herr Präsident! Herr Kommissionspräsident, ich möchte Ihnen zwei Dinge mitgeben, die für mich von ganz entscheidender Bedeutung sind. Es ist heute viel über das Überwinden der Krise gesprochen worden. Dabei muss man auf eines aufpassen: Diese Krise ist nicht überwunden, wenn wieder Boni bezahlt werden, wenn die Banken wieder stabil sind. Diese Krise ist erst dann überwunden, wenn diejenigen, die jetzt arbeitslos geworden sind, ihre Arbeitsplätze wieder zurückbekommen haben. Und wenn auch diejenigen, die bis jetzt noch überhaupt keine Arbeit gehabt haben, arbeiten können. Dann ist diese Krise überwunden.

Deshalb ist es ganz wichtig für Ihre Kommission, dass Sie das Ziel verfolgen, Arbeitsplätze zu schaffen, Arbeitsplätze zu sichern und dafür zu sorgen, dass diejenigen, die hart arbeiten, auch genug für ihre Arbeit bekommen und stärker am allgemeinen Wohlstand partizipieren, als dies bisher der Fall war. Wenn Ihnen das gelingt, Herr Kommissionspräsident, dann bin ich der Meinung, dass die zukünftige Kommission erfolgreicher sein wird als die letzte. <BRK>

Seán Kelly (PPE). – Herr Präsident! Wie bei der Wahl des Papstes hoffe ich, dass wir heute Abend in der Lage sein werden zu sagen „*Habemus Papam, habemus Kommission*“, aber ein Bereich der mir und einer Menge Leute Sorgen bereitet, ist, dass wir gemäß des Vertrages von Lissabon einen Ratspräsidenten hätten benennen sollen, um Klarheit zu schaffen. Ich bin mir nicht sicher, ob diese Klarheit gegeben ist, und vielleicht könnte Herr Barroso das für uns beantworten.

Wenn es hart auf hart kommt, in Krisenzeiten, wer wird die eine Stimme sein, die Europa repräsentiert? Wird es Herr Van Rompuy sein? Wird es Baronin Ashton sein? Wird es einer der Kommissare sein? Wird es die rotierende Präsidentschaft sein, oder wird es Präsident Barroso selbst sein? Ich hätte gerne eine Antwort darauf.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Herr Präsident! Ich werde versuchen, zu Beginn einige konkrete Fragen zu beantworten und werde dann auf die allgemeineren eingehen.

Erstens, die Eurozone, einige Mitglieder dieses Parlaments haben Angelegenheiten in Bezug auf die Eurozone und einige momentan existierende Probleme angesprochen, denen wir uns in Mitgliedstaaten der Eurozone gegenübersehen. Lassen Sie mich zunächst einmal daran erinnern, dass der Euro einer der großen Erfolge in der Geschichte Europas ist. Seit ihrer Schaffung mit 11 Teilnehmern, ist die Eurozone mittlerweile auf 16 Mitgliedstaaten angewachsen. Die Eurozone hat sich als eine Zone der Stabilität und der Schaffung von Arbeitsplätzen erwiesen. Natürlich war sie von der Krise betroffen. Länder außerhalb der Eurozone waren auch von der Krise betroffen. Ich muss Sie nicht daran erinnern, dass ich erst vor einigen Tagen den Premierminister Islands empfangen habe, eines Landes ganz in unserer Nähe - und nicht Mitglied der Eurozone - das in der Tat mit dieser Krise konfrontiert wurde. Ich möchte noch einmal wiederholen, dass diese Krise nicht in der Eurozone verursacht wurde. Sie kam von außerhalb der Eurozone.

Die Wahrheit ist jedoch, dass der Euro jene Länder geschützt hat, die die Einheitswährung teilen. Ich bin der Meinung, dass die europäische Situation heute wesentlich schwieriger wäre, wenn wir den Euro nicht gehabt hätten. Wir haben noch nicht alle Vorteile des Euro ausgenutzt. Dazu müssen wir die wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Eurozone verstärken. Es stimmt, dass wir nicht nur eine Währungsunion haben.

Wir sollten eine wirkliche Wirtschaftsunion haben. Der Vertrag verleiht uns neue Möglichkeiten, die ich zu nutzen beabsichtige. Olli Rehn, der neue Kommissar für diese Angelegenheiten, wird - wenn wir Ihre Unterstützung erhalten - diese Linie entwickeln.

Vorauszuschauen, wie die Eurozone gefestigt werden kann, ist sehr wichtig, hält uns jedoch nicht davon ab, auch die Gegenwart zu betrachten. Die Zeit, die die Eurozone durchläuft, ist schwierig. Dies kann nicht abgestritten werden. Andere Länder außerhalb der Eurozone sehen sich ebenfalls sehr schwierigen Zeiten gegenüber. Lassen Sie uns dies ebenfalls zugeben. Ich muss jedoch sagen, dass die Situation auf den Finanzmärkten manchmal auf eine Art und Weise dargestellt wird, die die Probleme verstärkt und nicht immer eine objektive Bewertung der Situation darstellt. Derartige Analysen stammen für gewöhnlich aus Ländern außerhalb der Eurozone.

Die Eurozone verfügt jedoch über die Kompetenz, mit den Schwierigkeiten fertig zu werden, denen sie sich gegenwärtig gegenüberstellt. Wir haben unser System von Steuerregelungen, den Stabilitäts- und Wachstumspakt, der richtig implementiert werden muss. Im Falle Griechenlands verfügen wir über die Kompetenz, dessen Steueranpassungsprogramm zu bewerten und zu überwachen. Wir haben die Möglichkeit, mutige Strukturreformen in Griechenland zu empfehlen, die von der Kommission zukünftig ebenfalls genau überwacht werden.

Am 3. Februar hat die Kommission ein Paket für Griechenland verabschiedet, das Anfang nächster Woche zum Rat geht. Selbstverständlich erfordert die Lösung vor allem Maßnahmen von der griechischen Seite. Unterstützung für die Entschlossenheit der griechischen Behörden wird das Vertrauen in die erfolgreiche Ausführung des ehrgeizigen Programmes, das sie angenommen haben, stärken.

Mitgliedstaaten, insbesondere jene in der Eurozone, sollten immer im Hinterkopf behalten, dass ihre individuellen Wirtschaftspolitik Auswirkungen auf die Wirtschaften der anderen haben. Ich begrüße klare Hinweise darauf, dass sich alle Mitgliedstaaten der Herausforderungen bewusst sind und entsprechend handeln werden.

Es gab eine konkrete Frage bezüglich der Verbraucherpolitik, ich glaube von Frau Gebhardt. Es gibt in der Kommission eine Person mit einer klaren Verantwortung für die Verbraucherpolitik, nämlich Kommissar Dalli. Er wird für diese Politik verantwortlich sein, Initiativen in diesem Bereich vorschlagen und diese mit Ihnen im IMCO-Ausschuss und im Plenum besprechen. Spezifische Angelegenheiten des Zivilrechts werden der Verantwortung des Kommissars für Justiz, Vizepräsident Reding, unterliegen. Dies ist in den meisten Exekutiven in Europa normal, wo der Justizminister sich mit diesen spezifischen Angelegenheiten befasst.

Natürlich müssen alle Entscheidungen bezüglich neuer Initiativen vom Kollegium gebilligt werden. Ich fühle mich der Kollegialität äußerst verpflichtet. Und tatsächlich haben viele von Ihnen die Kommission dazu angehalten, Kollegialität groß zu schreiben. Im Rahmen des Vertrages ist der Präsident der Kommission der Garant für Kollegialität. Dies ist bei Politiken heutzutage eine normale Tendenz. Immer mehr Angelegenheiten sind naturgemäß transversal oder horizontal. Sie müssen ein gemeinsames Ziel haben, und sie erfordern die Integration verschiedener Sektoralpolitiken.

Was in der Kommission geschieht, ist mehr oder weniger das gleiche, wie das, was in nationalen und in globalen Regierungen geschieht. Wir sehen es nun sehr oft, dass Staats- und Regierungschefs sich auf koordinierte und kohärente Art und Weise mit Angelegenheiten befassen müssen, mit denen sich zuvor jene einzeln befasst hatten, die in den verschiedenen Regierungen dafür verantwortlich waren.

Dies ist also genau das, was wir zu tun beabsichtigen. Ich möchte diesen Punkt mit besonderem Stolz betonen, da wir nun die neue Kommission, basierend auf den Erfahrungen der vorangegangenen, aufbauen. Die vorangegangene war die erste Kommission dieses erweiterten Europas - das erste Mal, dass wir eine Kommission mit 27 Mitgliedern aus 27 verschiedenen Ländern hatten. Die Tatsache, dass die Kommission mit einem wirklich kollegialem Geist und zielgerichtet zusammengearbeitet hat, beweist in der Tat, dass die erweiterte Europäische Union mit 27 oder mehr Mitgliedern arbeiten kann. Ich denke, dass dies auch für die Zukunft von entscheidender Bedeutung ist.

Es gab einige konkrete Fragen bezüglich der Kohäsionspolitik und einiger Gemeinschaftspolitiken, wie Fischerei und Landwirtschaft - z. B. die Frage von Herrn Capoulas Santos. Die Kohäsionspolitik wurde im Vertrag von Lissabon verankert. Ihrer Natur nach ist sie eine europäische Politik. Wir müssen sehen, wie wir den Reformprozess fortsetzen können, damit wir das Preis-Leistungs-Verhältnis der Politik verbessern und sicherstellen können, dass die Kohäsions- und die Regionalpolitik in eine wirkliche Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit aller Regionen Europas umgewandelt werden. Wir müssen sicherstellen, dass die

Politik dies erreichen kann, damit wir bei der nächsten Finanzierungsdebatte gute Karten haben. Lassen Sie mich Ihnen mein volles Engagement - und ich denke ich kann sagen, das volle Engagement der neuen Kommission - bezüglich der Prinzipien sozialer, wirtschaftlicher und territorialer Kohäsion zusichern, die ebenfalls im Vertrag von Lissabon verankert sind. Natürlich werden wir alles in unserer Macht Stehende tun, um die gemeinsamen Politiken Europas zu fördern.

Es gab einige konkrete Fragen bezüglich der Sozialverträglichkeitsprüfung - die Frage von Herrn Cercas. Ich möchte verdeutlichen, was ich bereits zuvor öffentlich gesagt habe. Wir haben uns dazu verpflichtet, diese Sozialverträglichkeitsprüfung mittels des dafür zuständigen Ausschusses in unsere Arbeit einfließen zu lassen. Wir sind der Meinung, dass wir im Hinblick auf die Sozialverträglichkeitsprüfung große Fortschritte gemacht haben. Wir sind immer dazu bereit, diese Arbeit zu verbessern, und wir sind der Meinung, dass die soziale Dimension in unserer Arbeit richtig angegangen werden sollte.

Einige Mitglieder dieses Parlaments haben mir Fragen bezüglich Energiesicherheit gestellt. Ich möchte betonen, dass wir Energiesicherheit in unseren Vorschlag für die 2020-Strategie der Europäischen Union mit einbeziehen werden. Eine der Innovationen der 2020-Strategie der Europäischen Union ist genau, einige Politiken zusammenzubringen, die vormals separat behandelt wurden. Ich bin der Meinung, dass die Förderung von Energiesicherheit und Energieeffizienz ein wichtiger Teil unserer Agenda für Wettbewerbsfähigkeit und ein grüneres, nachhaltiges und ressourceneffizientes Wachstum in Europa sein sollte. Dies unterstreicht, für wie wichtig wir diese Agenda halten.

Einige von Ihnen haben mir Fragen bezüglich KMU und den Wert des Binnenmarktes gestellt - Herr Hökmark und andere. Es ist sehr wichtig, den Binnenmarkt nun wieder anzukurbeln. Es ist wichtig, klarzustellen, dass es beim Binnenmarkt nicht nur um einen Markt geht, selbst wenn Märkte wichtig sind.

Einige Leute glauben, dass wir Märkte verteidigen, weil wir Marktfundamentalisten sind. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Wir glauben, dass der Binnenmarkt vor allem die Basis für das europäische Projekt ist. Ohne Binnenmarkt werden wir keine starke Europäische Union haben. Wenn Sie es zulassen, dass der Binnenmarkt fragmentiert wird, werden wir erneut mit dem hässlichen Gesicht wirtschaftlichen Nationalismus in Europa konfrontiert werden. Wir müssen uns couragiert für den Binnenmarkt aussprechen und sagen, dass dieser existiert, um die Schwächsten zu verteidigen - die Verbraucher, um kleine und mittelständische Unternehmen vor Monopolen zu schützen und natürlich, um das europäische Projekt als Ganzes zu verteidigen. Deshalb habe ich Herrn Monti darum gebeten, einen Bericht zu erstellen, damit wir einige neue Ideen einbringen können und auch eine größere Einigkeit bezüglich der Wiederankurbelung und Vertiefung des Binnenmarktes als eine der großen Errungenschaften der Vergangenheit und der Zukunft unseres europäischen Projektes zu erzielen.

Präsident der Kommission. (FR) Ich möchte nun eine oder zwei allgemeine Angelegenheiten erwähnen, die einige von Ihnen angesprochen haben. Herr Daul, Herr Schulz, Herr Lamassoure - der eine Rede gehalten hat, in der er die Bedeutung von Mut betont hat - Herr López Aguilar, Herr Mayor Oneja und viele andere haben die Angelegenheit der Ambition angesprochen. Das ist meiner Ansicht nach ein äußerst wichtiger Punkt, und wir müssen eine ehrliche Aussprache dazu halten.

Einige von Ihnen, und insbesondere Herr Schulz, haben mich erneut bezüglich der Angelegenheit des Marktes und der Sozialpolitik befragt. Ich möchte Ihnen noch einmal sagen: Es ist nicht die Kommission, die Sie von der Notwendigkeit eines sozialen Zweckes überzeugen müssen. Sie werden mit uns zusammenarbeiten müssen, um zu versuchen, bestimmte Hauptstädte zu überzeugen, da die Wahrheit ganz deutlich ist: Einige Hauptstädte glauben, dass es bei Europa nur um den Markt geht und dass sie unter dem Prinzip der Solidarität für die Sozialpolitik verantwortlich sind. Ich bin anderer Meinung. Ich bin der Meinung, dass wir, um auch eine emotionale Bindung zu Europa zu haben, eine soziale Dimension benötigen. Wir brauchen eine soziale Dimension, die das, was auf europäischer Ebene getan werden kann, mit dem verbindet, was auf nationaler Ebene getan werden kann. Keiner möchte ein europäisches Sozialversicherungssystem oder ein zentralisiertes Gesundheitssystem in Europa schaffen. Das ist nicht das, was wir vorschlagen.

Darüber hinaus sollte dies nicht als ein Wettbewerb zwischen der nationalen und der europäischen Ebene betrachtet werden. Wenn es zusätzlich zu unserer Arbeit bezüglich des Binnenmarktes, des Wettbewerbs, der staatlichen Beihilfepolitik und anderer Politiken, wie z. B. der Außenhandelspolitik, keine soziale Dimension in Europa gibt, werden wir Schwierigkeiten haben, die Rechtmäßigkeit des europäischen Projektes zu gewährleisten.

Ich möchte daher diesen Punkt hervorheben: Wir sind nicht diejenigen, die von der Notwendigkeit für eine soziale Dimension überzeugt werden müssen. Arbeiten Sie mit uns zusammen, um Europas soziale Dimension

- die soziale Marktwirtschaft - zu stärken, die darüber hinaus als ein Ziel im Vertrag von Lissabon verankert ist. Ich engagiere mich sehr dafür, und wir müssen uns bemühen, es zusammen zu erreichen. Daran besteht absolut kein Zweifel.

(Beifall)

Was die Regierung betrifft - eines der Lieblingsthemen von Herrn Verhofstadt und auch von mir - möchte ich Sie nochmals bitten, helfen Sie uns, unterstützen Sie uns. Ich bin für eine verstärkte Regierung Europas, und Europa braucht diese verstärkte Regierung. Meine Rede - Sie werden es eine Rede nennen, es ist eine Rede, aber es ist trotzdem eine Rede, die ich im Namen des neuen Kollegiums halte, und die eine politische Ambition widerspiegelt, eine politische Einstellung - ist klar. Wir leben in beispiellosen Zeiten. Wie ich bereits sagte, brauchen wir sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas mehr Entschlossenheit im Hinblick auf europäische Angelegenheiten. Ich bin absolut davon überzeugt, intellektuell und politisch, dass, wenn Europa nicht gemeinsam handelt, wir es riskieren, in Zukunft auf internationaler Ebene lediglich eine unbedeutende Rolle zu spielen. Ich habe dies in meinen Leitlinien erwähnt, vor den Staats- und Regierungschefs, und ich werde es beim informellen Europäischen Rat übermorgen wiederholen, da ich davon überzeugt bin.

Ich bin der Meinung, dass jüngste Entwicklungen lediglich dazu gedient haben, diese Situation noch deutlicher hervorzuheben. Die internationale Finanzkrise hat gezeigt, wie stark unsere einzelnen Wirtschaften voneinander abhängig sind. Die Probleme, mit denen die Eurozone gegenwärtig konfrontiert wird, zeigen ebenfalls, wie stark unsere einzelnen Wirtschaften voneinander abhängig sind. Wir müssen daher unsere Anstrengungen im Hinblick auf europäische Koordination und Regierung verstärken. Brüssel muss nicht notwendigerweise nationale Kompetenzen erhalten: Dies ist eine Diskussion des 20. Jahrhunderts und eine, die wie ich glaube, überholt ist. Es ist nicht richtig, dies zu einer „es ist für Brüssel, es ist für die Kommission, es ist gegen die Mitgliedstaaten ...“-Diskussion zu machen, da dies lächerlich ist.

Es ist eindeutig, dass, obwohl wir in der Welt von heute eine Rolle spielen wollen, unsere Mitgliedstaaten alleine nicht einflussreich genug sind, um zu gleichen Bedingungen mit den Vereinigten Staaten, Russland oder China zu verhandeln. Daher brauchen wir diese Dimension, nicht um Brüssel zu stärken, sondern um Europa zu stärken, und vor allem, um uns auf die wahren Interessen all unserer Mitbürger zu konzentrieren. Dies ist der Punkt, in dem wir zusammenarbeiten müssen, und auch dahingehend bitte ich Sie: Unterstützen Sie uns. Wir brauchen Ihre Unterstützung, nicht auf einem Kurs, der unwillkürlich zum Krieg zwischen den Institutionen führen wird - wir brauchen die institutionelle Partnerschaft nun mehr denn je -, sondern um die Interessen Europas in der Welt zu verteidigen.

Zuletzt, im Hinblick auf Außenbeziehungen, lassen Sie uns auch hier absolut klar sein. Im Hinblick worauf zählt Europa auf der Welt? Europa zählt auf der Welt in Angelegenheiten, in denen es eine koordinierte Position vertritt. Es wird im Hinblick auf den Handel respektiert, das kann ich Ihnen versichern. Unsere Wettbewerbsrechte werden von allen großen internationalen Konglomeraten respektiert. Wir haben eine gemeinsame Politik. Wir haben Institutionen. Wir verfügen über eine Handlungsbasis. Denken Sie jedoch daran, dass wir in einem Zeitalter leben, insbesondere im Hinblick auf die internationale Sicherheit, in dem Europa nicht über die gleichen geopolitischen und Verteidigungsinstrumente verfügt wie andere. Wenn ich mit einigen unserer internationalen Partner spreche, kann ich sehr klar erkennen, dass diese vor allem die Sicherheit betreffend denken. Sie denken an das strategische Gleichgewicht. Und im Hinblick darauf darf Europa, und das muss ganz klar gesagt werden, nicht naiv sein.

Das Problem in Kopenhagen war entgegen der Meinung einiger nicht fehlende Ambition von Seiten Europas. Ganz im Gegenteil, wir waren mit Abstand die Ehrgeizigsten. Was Kopenhagen mir gezeigt hat, war, dass wir ein europäisches Interesse auf den verschiedenen Gebieten zum Ausdruck bringen mussten und dieses permanent und strategisch mit all unseren Partnern verteidigen mussten. Deshalb dürfen wir nicht nur eine großzügige Politik betreiben, obwohl dies wichtig ist. Wir müssen des Weiteren über die Stärke verfügen, um unsere Großzügigkeit zu verteidigen und über die Überzeugung, um unsere Interessen zu verteidigen. Dies ist, was ich zu tun beabsichtige, und ich hoffe auch, dass ich dabei auf Ihre Unterstützung zählen kann.

Zu guter Letzt sprachen einige Mitglieder - u. a. Herr Lehne und Herr Swoboda, Frau Roth-Behrendt, Frau Wallis und Herr Rangel - lange über die institutionelle Frage und insbesondere über die Rahmenvereinbarung. Ich möchte Ihnen sagen, dass ich in den Verhandlungen mit Ihnen den genauen Geist und den Wortlaut des Vertrages von Lissabon übermittelt habe.

Einige Leute haben noch nicht realisiert, dass das Europäische Parlament nun Befugnisse hat, über die es vor dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon nicht verfügt hat. Ich glaube an die europäische Dimension des Parlamentarismus und wenn ich das Wort „Dimension“ verwende - mein Englisch ist nicht so gut wie Ihres,

Frau Wallis -, möchte ich damit kein vages Konzept ausdrücken. Für mich bedeutet „Dimension“ Tiefe, Wirkungsbereich. Es ist auf alle Fälle etwas sehr ehrgeiziges.

Ich möchte in diesem Geiste mit dem Parlament zusammenarbeiten. Nicht gegen andere Institutionen, da ich glaube - und ich muss es hier sagen -, dass wir einen sehr starken Rat und Europäischen Rat brauchen. Ich begrüße die Innovationen im Vertrag von Lissabon, nicht zuletzt das Vorhandensein einer permanenten Präsidentschaft des Europäischen Rates, da dies langfristig für Kontinuität und Stetigkeit sorgt.

Ich begrüße die Schaffung des Postens der Hohen Vertreterin sehr, die gleichzeitig Vizepräsidentin der Europäischen Kommission ist. Hierbei geht es nicht darum, die Dinge komplizierter zu machen, ganz im Gegenteil! Statt zwei Zentren für Außenbeziehungen zu haben, eines auf der Seite des Rates und eines auf der Seite der Kommission, haben wir nun eine Schlüsselfigur - in diesem Fall Baronin Ashton -, die die europäischen Interessen mit zwischenstaatlicher Rechtmäßigkeit verteidigt, was bei Außenbeziehungen sehr wichtig bleibt, jedoch auch mit europäischer Rechtmäßigkeit.

Daher sage ich dies mit großer Überzeugung. Ich bin der Meinung, dass es ein Fehler wäre, nun eine Diskussion oder einen institutionellen Konflikt zu beginnen. Wir brauchen die verschiedenen Institutionen. Manche konnten es sich nicht verkneifen, die immer wieder zitierte Frage von Herrn Kissinger und der Telefonnummer zu stellen. Ich habe es bereits einmal gesagt: Herr Kissinger war Außenminister. Ich bin der Meinung, dass die Entsprechung der US-Außenministerin von nun an Baronin Ashton sein wird. Sie trägt die Verantwortung und ist dazu in der Lage, diese Rolle zu spielen.

Auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs haben wir jedoch, außer den Beziehungen zu unseren Mitgliedstaaten, den Präsidenten des Rates im Vertrag von Lissabon verankert, der Europa in Angelegenheiten der Außenpolitik und der gemeinsamen Sicherheit vertritt, und die Kommission, die Europa gemäß Artikel 17 in allen anderen Aspekten der Außenbeziehungen vertritt. Das ist unser System.

Einige Leute hätten gerne ein völlig einheitliches System. Wie einige angemerkt haben, haben die Vereinigten Staaten manchmal auch kein völlig einheitliches System. Manchmal verhandeln wir mit der US-Regierung und stellen dann im Nachhinein fest, dass der Kongress nicht genau die selbe Linie verfolgt wie die US-Regierung.

Es ist hier auch wichtig zu verstehen, dass wir 27 Mitgliedstaaten umfassen. Wir haben ein System, das eine Verbesserung des Binnenmarktsystems darstellt. Statt einer Präsidentschaft, die alle sechs Monate wechselt, haben wir eine permanente Präsidentschaft des Rates. Wir haben nun die Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der Kommission. Es stimmt, dass dies ein Schritt nach vorn ist, aber Dynamismus ist wichtiger als Mechanismus und unter Berücksichtigung dieser Tatsache müssen wir unseren Handlungen eine neue Dimension hinzufügen.

Ich möchte abschließend eine Bitte an dieses Parlament richten. Macht zieht Verantwortung nach sich. Ich werde hier ganz offen mit Ihnen sein, meine Damen und Herren: Das Europäische Parlament hat durch diese Revision eine große Anzahl an Befugnissen hinzugewonnen. Ich hoffe, dass diese Befugnisse nicht nur für Wohlfühl-Politiken eingesetzt werden, sondern auch als Teil der Verantwortung der Regierung Europas, zusammen mit den anderen Institutionen. Dies ist ein großer Test der Verantwortlichkeit aller Institutionen - des Europäischen Parlaments, der Kommission und des Europäischen Rates.

Einige von Ihnen haben mich - ernsthaft, wie ich denke - darum gebeten, mutiger zu sein. Ich kann Ihnen sagen, dass ich dazu bereit bin, Bemühungen in diese Richtung zu unternehmen. Die Kommission alleine wird jedoch nicht in der Lage sein, dies in die Tat umzusetzen. Lassen Sie uns bezüglich dieses Punktes ehrlich sein. Dies wäre eine Illusion, und die Kommission kann ihren Einfluss, ihre Macht, ihre Richtung, nicht gegen den Willen unserer Mitgliedstaaten, die demokratischen Staaten sind, ausüben und einschlagen.

Wir müssen diese Dinge zusammen mit einer Parlamentarischen Versammlung - in diesem Fall mit einem Europäischen Parlament - etablieren, die ihre Verantwortung wirklich übernimmt, die nicht einfach nur, wie einige Leute sich das wünschen, ein Ort ist, um zu protestieren. Darüber hinaus ist mir aufgefallen, dass einige Leute lauter sprechen, weil sie schwächer sind! Was wir deshalb brauchen ist, dass alle europäischen Fraktionen, die an der Macht sind, zusammenarbeiten.

Einige Fraktionen haben gesagt, dass sie gegen uns stimmen würden. Was die extremen Lager betrifft, so kann ich Ihnen sagen, dass ich besorgt wäre, wenn sie für uns stimmen würden. Ich brauche diese Art der Unterstützung nicht. Die Kommission will deren Unterstützung nicht. Die Kommission möchte jedoch die Unterstützung aller europäischen Mächte und bittet um diese. Darum bitte ich Sie. Ich bitte mit Bescheidenheit

darum, aber auch in dem festen Glauben, dass wir Ihre Unterstützung brauchen, und dass Sie uns dabei helfen können, die Lücke zu füllen, die momentan existiert.

Was ist das wirkliche Problem? Lassen Sie uns auch bei diesem Thema ehrlich sein. Wenn wir mit unseren Mitbürgern darüber sprechen, besteht in Europa derzeit - und dies wird mein letzter Punkt sein, Herr Präsident - eine fundamentale Lücke zwischen den von uns dargelegten Ambitionen und den Ergebnissen, die es uns gelingt zu erzielen.

Einige wollen diese Lücke nun als Mittel nutzen, um unsere Ambitionen herabzusetzen. Andere - und wir gehören zu diesem Lager - wollen unsere Ergebnisse verbessern, damit diese mit unseren Ambitionen übereinstimmen. Ich zähle auf dieses Parlament, um unseren Ambitionen gerecht zu werden, Ambitionen für ein stärkeres Europa, in einer immer anspruchsvoller werdenden Welt.

Ich bitte Sie, die neue Kommission zu unterstützen, damit wir den europäischen Traum mit unseren Ambitionen in die Realität umsetzen können.

(Beifall)

Präsident – Vielen Dank, Herr Barroso, für Ihre detaillierten Antworten auf die Fragen und Anmerkungen, die aus dem Plenarsaal an Sie gerichtet wurden und auch für Ihre sehr umfassende Behandlung unserer gegenseitigen Beziehungen - der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments. Wir sind uns der Verantwortung bewusst, die auf dem Europäischen Parlament lastet. Unsere Vereinbarung ist neuer Art und Weise, und unsere Zusammenarbeit ist enger denn je. Unsere gemeinsame Verantwortung, die zweier Gemeinschaftsinstitutionen - des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission - ist besonders bedeutsam. Ich danke Ihnen auch für die Präsentation Ihrer Vision der Arbeit der Europäischen Kommission sowie der Ziele dieser Arbeit. Ich möchte mich nochmals bei Herrn López Garrido bedanken, der die spanische Präsidentschaft vertritt, sowie bei der gesamten spanischen Delegation, dass sie hier im Plenarsaal unseren Beratungen und Aussprachen beiwohnen.

Ich habe fünf Entschließungsanträge erhalten⁽¹⁾ die gemäß Artikel 106(4) der Geschäftsordnung eingereicht wurden.

Die Aussprache ist beendet.

Die Abstimmung findet am Dienstag den 9. Februar 2010 statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Carlo Casini (PPE), schriftlich – (IT) Ich möchte meine Freude als Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen über die Übereinkunft zum Ausdruck bringen, die hinsichtlich der Hauptpunkte einer neuen Rahmenvereinbarung zwischen der Kommission und dem Parlament erzielt wurde.

Ich muss jedoch klarstellen, dass wir uns tiefgreifendere Gedanken über die Natur der Beziehung zwischen diesen beiden Institutionen machen müssen. Die Aussichten für demokratisches Wachstum in der Union sind weiterhin derart, dass das Parlament als die Vertretung der Bürger und der Rat als eine Art zweite, die Staaten vertretende Kammer betrachtet werden. In solch einem Kontext sollte die Kommission als eine Regierung betrachtet werden, und es ist klar, dass diese Konfiguration Regelungen erfordern würde, die wesentlich detaillierter sind, als die heute verdientermaßen umrissenen Anpassungen.

Ich würde des Weiteren gerne an das Initiativrecht der Bürger erinnern. Die relevanten Regeln werden auf die Auswirkungen zugeschnitten werden müssen, von denen wir der Meinung sind, dass sie als ein Ergebnis folgen müssen. Diese Auswirkungen müssen im Vergleich zu jenen betrachtet werden, die dem existierenden Recht jedes Bürgers entstammen, einen Antrag an das Europäische Parlament zu stellen und zu jenen, die mit den eingeschränkten Befugnissen des Parlaments zusammenhängen. Das Parlament besitzt kein Initiativrecht, verfügt jedoch über die Berechtigung, von der Kommission die Initiierung von Gesetzen zu fordern.

Edite Estrela (S&D), schriftlich – (PT) Nun, da das institutionelle Problem mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon und der Wahl der neuen Kommission behoben wurde, beginnt eine neue Phase in der Geschichte der Union. Eine neue Ära, deren Ziel es ist, in ihrer Initiativkompetenz und in ihrer Vorausschau im Hinblick auf die großen Herausforderungen unserer Zeit ehrgeizig zu sein. Eine neue Ära, in der die Kommission bei

⁽¹⁾ Siehe Sitzungsprotokolle

der Suche nach Lösungen für die Probleme, von denen europäische Bürger betroffen sind, vollständig harmonisch mit dem Parlament zusammenarbeitet, wie dies in der interinstitutionellen Vereinbarung vorgesehen wurde. Eine neue Ära europäischer Führung in Bezug auf die wichtigen Angelegenheiten der heutigen Zeit und angemessene Reaktionen auf die Herausforderungen der Zukunft. Eine neue Ära in der Integration eines faireren Europas, das mehr Solidarität beweist.

Das neue Kollegium der Kommissionsmitglieder, auf der Basis der während der Anhörungen gemachten Aussagen, erfüllt die notwendigen Kriterien, um auf gegenwärtige Bedürfnisse zu reagieren. Es ist eine ausgeglichene Kommission, die die Erfahrung ihrer Veteranen mit der Frische der anderen Hälfte ihrer Mitglieder kombiniert. Sie ist angesichts der Tatsache, dass ein Drittel ihrer Mitglieder weiblich sind, auch im Hinblick auf ihre Vertretung der Geschlechter ausgeglichen. Dies ist im Vergleich zu vorher ein kleiner Anstieg. Der Machtausgleich zwischen den drei Institutionen schwächt niemanden, sondern stärkt Europa eher.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich – (PT) Mit der Vorstellung der neuen Europäischen Kommission hat Präsident Barroso ein Programm präsentiert, das eine Fortsetzung der neoliberalen, föderalistischen und militaristischen Politik der alten Kommission darstellt. Das Kollegium der Kommissionsmitglieder, das er vorgestellt hat, wird die gleiche Richtung beibehalten. Dies wurde auch während der Anhörungen bestätigt, die in den Parlamentarischen Ausschüssen stattfanden. Wir werden einen Zeitraum von Vorschlägen für die Vertiefung der europäischen kapitalistischen Integration durchlaufen, die wir im Moment durchleben.

Die vorangegangene Kommission ließ eine beträchtliche Menge vorbereiteter Arbeit zurück, inklusive der Leitvorstellung und dem, was als die öffentliche Konsultation bezüglich der Strategie bezeichnet wird, die der sogenannten Strategie von Lissabon Kontinuität verleihen wird. Vorerst wird sie als die EU-2020-Strategie bezeichnet, aber sie haben bereits gesagt, dass es tatsächlich darum geht, „sie in die Tat umzusetzen: Vorhandene Instrumente in einem neuen Ansatz zu nutzen“. Anders gesagt, wir werden mehr von dem sehen, was wir jetzt momentan bereits haben.

Sie ignorieren die Notwendigkeit, abzuwägen, inwieweit die im Namen der Lissabon-Strategie gebilligten Maßnahmen implementiert wurden, und bis zu welchem Grad die zu diesem Zeitpunkt bekanntgegebenen Ziele erreicht wurden, oder welche Konsequenzen die Anwendung des Stabilitätspaktes hatte. Sie verbergen die Tatsache, dass wir in der EU als Ganzes über 23 Millionen Arbeitslose haben, wobei die jüngere Generation besonders betroffen ist, da deren Arbeitslosenquote nun 21 % übersteigt. Außerdem leben mehr als 85 Millionen Menschen in Armut. Es bleibt uns keine andere Wahl, als gegen diese neue Kommission zu stimmen.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), schriftlich – (PL) Herr Präsident! Die Europäische Kommission, deren Vorsitzender Herr Barroso ist, hat heute mehr Unterstützung erhalten als 2004. In der Aussprache, die der Abstimmung voranging, wurden jedoch zahlreiche Vorbehalte zum Ausdruck gebracht, sowohl hinsichtlich der Zusammensetzung der Kommission als auch im Hinblick auf die unklare Kompetenzaufteilung im Rahmen des neuen Kollegiums. So ist z. B. der Verbraucherschutz Teil des Geschäftsbereichs von nicht weniger als sechs verschiedenen Kommissaren. Momentan kann man sich schwer vorstellen, wie diese geteilten Zuständigkeiten die Effektivität der Arbeit der betreffenden Kommissare in der Praxis beeinflussen werden. Die Europäische Kommission, die heute, am 9. Februar 2010 gewählt wurde, muss schnell mit der Arbeit beginnen, da die alte Kommission seit ca. Oktober letzten Jahres, als die Wahl der neuen Kommission hätte stattfinden sollen, lediglich die Stellung gehalten, jedoch keinerlei neue Initiativen ergriffen hat. Die Einhaltung der Rahmenvereinbarung bezüglich der Kontakte mit dem Parlament wird ein Test für die neue Kommission sein, insbesondere im Hinblick auf das Prinzip der Gleichbehandlung von Parlament und Rat.

Ich möchte des Weiteren darauf hinweisen, dass die interinstitutionelle Vereinbarung über eine bessere Gesetzgebung von 2003 während der Amtszeit der gegenwärtigen Kommission revidiert werden wird. Als Berichterstatterin für den Rechtsausschuss arbeite ich gegenwärtig daran und ich hoffe, dass eine konstruktive Zusammenarbeit mit der neuen Kommission zu wirklichen Ergebnissen auf diesem Gebiet führen wird.

Rareș-Lucian Niculescu (PPE), schriftlich – (RO) Das neue Kollegium der Kommissionsmitglieder ist das erste vollständige Team der Europäischen Union, das 27 Mitgliedstaaten umfasst. Rumänien und Bulgarien, die der Europäischen Union am 1. Januar 2007 beigetreten sind, haben erst jetzt die Möglichkeit, einen Kommissar für eine vollständige fünfjährige Amtszeit vorzuschlagen.

Ich gratuliere Rumänien dazu, dass es Herrn Ciolos gewählt hat. Ich denke, dass sein Auftritt während der Anhörungen, die vor dem Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung stattfanden, einen großen Eindruck bei allen Anwesenden hinterlassen hat. Ich bin des Weiteren der Meinung, dass seine Professionalität

ein gutes Zeichen ist, wenn wir an die großen Herausforderungen denken, die uns auf dem Gebiet erwarten, das er verwalten wird. Ich beziehe mich hauptsächlich auf die bevorstehenden Aussprachen über die Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik.

Um die geeignetsten Lösungen zu finden, die den Bedürfnissen und Interessen aller Mitgliedstaaten angepasst sind, muss der neue Kommissar sich sehr gut mit der europäischen Landwirtschaft auskennen, viel arbeiten und sehr diplomatisch sein. All dies sind Qualitäten, von denen ich weiß, dass er sie besitzt. Ich wünsche dem gesamten Kollegium der Kommissionsmitglieder viel Erfolg, und ich hoffe, dass die Arbeit, die es im Laufe seiner zukünftigen Amtszeit ausführen wird, darin erfolgreich ist, die Europäische Union näher an ihre Bürger heranzubringen.

Rafał Kazimierz Trzaskowski (PPE), *schriftlich – (PL)* Ich gratuliere Herrn Barroso und dem gesamten Kollegium der Kommissionsmitglieder, hoffe jedoch gleichzeitig, dass wir nun eine unabhängigere und dynamischere Kommission haben werden. Eine Kommission, die vor allem die gemeinsamen Interessen schützt und mutige Reformen von EU-Politiken einleiten wird, etwas womit wir jetzt, nach all den Jahren, die wir mit der Reformierung unserer Institutionen zugebracht haben, beginnen müssen. Im Hinblick auf die Beziehungen zwischen der Kommission und dem Parlament sind wir Zeugen einer neuen Offenheit, die nicht nur den neuen Befugnissen des Parlaments entstammt, sondern auch, wie wir vergangenen Herbst gehört haben, dem Bestreben Herrn Barrosos, eine spezielle Partnerschaft mit dem Parlament zu etablieren. Es ist eine Tatsache, dass bestimmte Vorschriften der vorläufigen Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen die Rolle des Parlaments beim Entscheidungsfindungsprozess erheblich stärken und diesen Prozess so demokratischer gestalten werden. Der Teufel steckt jedoch im Detail, weshalb wir die Verhandlungen über deren gesamten Verlauf hinweg genau beobachten werden, um sicherzustellen, dass Versprechen, wie z. B. das Parlament in den Prozess des Aufbaus der EU-Diplomatie mit einzubeziehen, eingehalten werden.

(Die Sitzung wurde um 11.50 Uhr unterbrochen und um 12.05 Uhr wieder aufgenommen.)

VORSITZ: Jerzy BUZEK

Präsident

5. Abstimmungsstunde

Der Präsident.-Als nächster Punkt folgt die Abstimmung.

(Einzelheiten über die Abstimmungsergebnisse: Siehe Protokoll)

5.1. Rahmenvereinbarung über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission (B7-0091/2010) (Abstimmung)

- Vor der Abstimmung:

José Manuel Barroso, *Präsident der Kommission* - Herr Präsident, vor einigen Monaten habe ich in meinem politischen Leitfadens und hier in der Vollversammlung vorgeschlagen, diese besondere Partnerschaft zwischen dem Parlament und der Kommission auf ein neues Niveau zu führen. Ich habe vorgeschlagen, unsere Beziehung weiterhin positiv zu verstärken und zu entwickeln, um dem neuen Vertrag und der gemeinsamen Zielverfolgung über eine vereinte Gestaltung Europas Rechnung zu tragen.

In den letzten Wochen führte ich tiefgründige Diskussionen mit dem Verhandlungsteam, welches von Herrn Lehne geleitet wird, und den Sie für die Überarbeitung des Rahmenvertrages ernannt haben. Lassen Sie mich diese Gelegenheit ergreifen, ihnen allen für sehr intensive Diskussionen und eine sehr konstruktive Vorgehensweise zu danken.

Ich bin sehr zufrieden, dass wir nun ein gemeinsames Verständnis für die Grundsätze gefunden haben, die unsere Beziehungen in den kommenden Jahren bestimmen werden. Sie sollten unsere Zusammenarbeit unter besonderer Beachtung des vertraglich festgelegten institutionellen Gleichgewichts verstärken.

Als Präsident der Europäischen Kommission werde ich den in der Resolution festgelegten Grundsätzen zustimmen, die Sie bereits angenommen haben. Sie werden mich bei der Entwicklung der Position des neuen Kollegiums leiten, welches den gesamten Rahmenvertrag überarbeitet.

Mit der Annahme dieser Resolution durch solch eine beeindruckende Mehrheit in diesem Haus, bin ich überzeugt, dass wir über eine hervorragende Grundlage zur Festigung unserer Beziehungen verfügen. Für die Probleme, welche nicht nur unsere beiden Institutionen sondern auch den Rat beunruhigen, hoffe ich aufrichtig, dass sich der Rat unseren gemeinsamen Anstrengungen anschließt, die Arbeit aller Institutionen zum Nutzen für Europa zu verbessern.

Wenn Sie dem Kollegium noch heute zustimmen, werde ich den designierten Vizepräsidenten Šefčovič bitten, die Verhandlungen seitens der Kommission bei der Überarbeitung des Rahmenvertrages zu führen. Ich möchte Ihnen versichern, dass er für effektive und schnelle Verhandlungen genauso engagiert ist wie ich, und ich bin sicher, wie das gesamte neue Kollegium.

Präsident. - Danke sehr, Präsident Barroso, für Ihre überaus positive Beurteilung unserer Verhandlungen. Ich möchte im Namen von uns allen unserer Verhandlungsgruppe unter dem Vorsitz von Herrn Lehne sowie allen Kollegen, die sich bei den Verhandlungen so engagiert haben, danken.

(Beifall)

Wir haben zwar noch keine Gesetzesinitiative auf der Grundlage des Vertrages von Lissabon, aber uns wurde von der Kommission eine Antwort bezüglich unserer Erwartungen versprochen. Wir haben nicht nur eine Fragestunde mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, es gibt auch eine Fragestunde mit den Kommissionsmitgliedern, eine Einladung des Präsidenten der Europäischen Kommission an den Präsidenten des Europäischen Parlaments und an das Kollegium der Kommissionsmitglieder, sowie unsere Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten, was sehr wichtig ist.

Wir denken über das Subsidiaritätsprinzip nach; wir brauchen eine Folgenabschätzung, um ihn so weit wie möglich zu verbessern, und wir hoffen, dass er nach diesem Gesichtspunkt stärker sein wird, als es ursprünglich in unserer Vereinbarung der Fall war. Aber es gibt noch genug Hoffnung für uns alle, dass wir in Zukunft alles Notwendige für unsere Bürger tun können.

(Die Sitzung wurde um 12.10 Uhr unterbrochen und um 13.30 Uhr wieder aufgenommen)

VORSITZ: Jerzy BUZEK

Präsident

6. Abstimmungsstunde (Fortsetzung)

Der Präsident. – Vor der Stimmabgabe hören wir Redebeiträge von den Vorsitzenden der politischen Fraktionen über die Wahl der neuen Kommission.

Joseph Daul, im Namen der PPE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, Herr López Garrido, Herr Kommissionspräsident, vielen Dank, dass Sie mir die Gelegenheit geben, Ihnen zu erläutern, weswegen ich - im Namen der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) - der Überzeugung bin, dass Herr Barroso und sein Kommissionskollegium, mit der Unterstützung durch Mitarbeiter der Kommission, den Herausforderungen, vor denen sie stehen, gewachsen sind.

Europa ist aus einer internationalen Krise heraus entstanden, und zum ersten Mal in 60 Jahren steht es vor einer neuen internationalen Krise, die zwar anderer Art, aber ohne Zweifel ernst und gefährlich ist. Es ist dabei, sie zu überwinden, aber wir sind noch nicht über den Berg. Der Euro hat seine Aufgabe als monetärer Schild gemeistert; man kann gar nicht in Worte fassen, wie viel wir ihm zu verdanken haben: die automatischen Stabilisatoren, diese berühmten Solidaritätsmechanismen, die zu... Sie alle haben in hohem Maße von ihnen profitiert, meine Freunde!

(Beifall)

Wo wären wir heute ohne die Solidaritätsmechanismen? Allzu häufig sind sie als eine Belastung für unsere Volkswirtschaften angesehen worden, aber sie haben viel geleistet, um das europäische Modell über Wasser zu halten. Ein attraktives, viel kopiertes Modell, an dem unsere Mitbürger zu Recht hängen, das aber durch neue Herausforderungen in Frage gestellt wird.

Die Welt ist zwar multipolar geworden, aber nicht so, wie wir es uns erträumt haben; wir träumten, dass sie idealistisch, friedlich und multilateral sein würde. Aber nein, sie ist zu einer Welt des Wettbewerbs, des

Kampfes geworden - sicherlich ein friedlicher, aber auch ein heftiger - wenn es darum geht, den anderen das eigene Modell aufzuzwingen.

Angesichts dieser Herausforderung darf die Union die vielen Werkzeuge, die ihr zur Verfügung stehen, nicht vergeuden. Sie muss sich selbst treu bleiben, indem sie Ideen und die Menschen mit einbezieht und indem sie beim Kampf gegen die globale Erwärmung vorangeht; aber sie muss sich zudem mit den Mitteln ausstatten, um wettbewerbsfähig zu sein.

Wie ich weiß, ist es das, was die neue Kommission mit uns erreichen will. Wir alle kennen Europas Schwächen: die Demographie, die Mittelknappheit, die industriellen Herausforderungen, die Staatsdefizite, die schwache Wirtschaftskontrollen. Das ist ein weiterer Grund, aus dem wir das Beste aus unseren Werkzeugen machen sollten: der Euro und die Währungspolitik, technologische Errungenschaften, industrielle Flaggschiffe, landwirtschaftliches Potenzial, das die Ernährungssicherheit unserer 500 Millionen Mitbürger sicherstellt.

Zu diesem Zweck erwarte ich, dass die Kommission bei der europäischen Gesetzgebung, der wir zustimmen sollen, Fantasie und Führungsstärke beweist. Ich erwarte von ihr, dass sie europäische Interessen verteidigt, von unseren Partnern Gegenseitigkeit fordert und nicht zögert, bei Verstößen die rechtlichen Mittel zu ergreifen, die ihr zur Verfügung stehen.

Verehrte Kommissare, es ist Ihre Verantwortung, den Binnenmarkt mit uns, mit dem Rat, zu vollenden. Dazu müssen wir Tabus bei der Besteuerung und den sozialen Dimensionen brechen. Die Mitgliedstaaten können nicht länger so tun, als handle es sich bei diesen beiden Bereichen um eingeschränkte und unantastbare Kompetenzen, die jenseits gemeinsamer Maßnahmen liegen.

Gleichzeitig müssen wir jedoch hinsichtlich externer Herausforderungen viel energischer sein: Sicherheit und Verteidigung, aber auch Handel, technologische und industrielle Standards, und Umweltstandards. Europa muss seine Werte, den Frieden und den Wohlstand seiner Bürger verteidigen. Europa muss ein internationaler Akteur sein, und nicht bloß eine Region des Wohlstands und des Rechts. Es darf sich nicht der Werkzeuge berauben, die seine Macht mit sich bringt.

DiePPE-Fraktion erwartet, dass die Kommission gleichzeitig an all diesen Fronten effektiv arbeitet. Wenn sie dies tut - und ich habe keinen Grund daran zu zweifeln - wird sie stets die Unterstützung der PPE-Fraktion haben.

Herr Barroso, die PPE-Fraktion vertraut auf Sie; sie bittet Sie, mutig zu sein und Reformen anzustoßen. Sie bittet Sie, zum Wohle der Sache, die uns hier zusammenbringt, weitsichtig zu sein: Der Schaffung eines politischen Europas.

(Beifall)

Martin Schulz, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Sozialisten und Demokraten haben sich die Entscheidung nicht leicht gemacht. Wir haben vor fünf Monaten hier über den Kommissionspräsidenten abgestimmt, wir haben ihm unser Vertrauen damals nicht gegeben, aber er hat eine Mehrheit bekommen. Auf der Grundlage dieser Mehrheit, die bedauerlicherweise von Leuten abhing, die eigentlich nicht für den Vertrag von Lissabon sind, hat er uns ein Kollegium vorgestellt, und heute geht es darum, dass wir dieses Kollegium bewerten.

Und man muss dieses Kollegium bewerten. Man hat zwei Möglichkeiten: Man kann hingehen und dieses Haus aufteilen in die Rechte und die Linke. Die Rechte und die Linke sind miteinander in einem ideologischen Konflikt und müssen so abstimmen. Das ist eine Möglichkeit. Aber so funktioniert Europa nicht. Wir haben in diesem Parlament keine Mehrheit, die EVP hat in diesem Parlament keine Mehrheit, die ALDE hat in diesem Parlament keine Mehrheit. Europa ist kein Gebilde, in dem irgendeine politische Kraft sich alleine eine Mehrheit basteln und sagen könnte, dass Europa jetzt genau so durchregiert wird. Europa ist der permanente Kompromiss. Das macht dieses Europa manchmal so schwerfällig und auch so schwer verständlich. Aber besser der permanente Kompromiss, der zu Erfolgen und zu mehr sozialer Gerechtigkeit führt, als eine ideologische Grundsatzschlacht, die am Ende verpufft, ohne dass konkrete Ergebnisse dabei herauskommen.

(Beifall)

Deshalb ist es für uns schwierig, eine Güterabwägung vorzunehmen. Natürlich haben wir alle die Lust an der Rauferei. Natürlich macht es mir auch mehr Spaß, mit den Kolleginnen und Kollegen anderer Fraktionen vom Grundsatz her zu streiten, aber Europa braucht auch konkrete Ergebnisse. Wir haben uns deshalb die Frage gestellt, was wir als Sozialdemokraten, als Sozialisten und Demokraten, verlangen und durchsetzen

können. Dann haben wir Kriterien definiert. Ein Kriterium war, dass wir wollten, dass in dieser Kommission an einer hohen Stelle die politische Kraft, die die zweite Kraft in Europa ist, repräsentiert wird. Deshalb wollten wir den Hohen Beauftragten für die Außen- und Sicherheitspolitik, und wir haben diesen Posten durchgesetzt.

Ich will zur Inhaberin dieses Postens etwas sagen. Cathy Ashton muss sich in diesem Parlament nicht als Kommunistin beschimpfen lassen von einem Mann, der in Frankreich als Leugner des Holocaust rechtskräftig verurteilt ist! Cathy Ashton hat unser volles Vertrauen!

(Anhaltender Beifall)

Wir haben die Frage gestellt: Können wir die Abschätzung der sozialen Folgen als einen Regelmechanismus in die Gesetzgebung der Europäischen Union einführen? Für uns war die Frage, ob Maßnahmen – wie zum Beispiel die Dienstleistungsrichtlinie in der Vergangenheit – überhaupt noch auf den Weg gebracht werden können. Nein, wir wollten einen Mechanismus, nach dem jede Maßnahme, die diese Kommission ergreift, auf die Auswirkungen, die sie auf die sozialen Sicherungssysteme der Mitgliedstaaten hat, geprüft wird, bevor sie ergriffen wird. Das ist verankert worden. Wir wollten – und das ist für mich ein Quantensprung in der europäischen Politik –, dass die legislativen Entschlüsse dieses Parlaments binnen Jahresfrist von der Kommission in eigene legislative Initiativen umgewandelt werden. Das ist ein Riesenfortschritt, weil es bedeutet, dass das leider nicht vorhandene Initiativrecht dieses Parlaments auf eine indirekte Art und Weise durchgesetzt wird. Wir empfinden das als einen großen Fortschritt.

Wir wollten schließlich erreichen, dass wir als zweite Kraft in diesem Parlament und auch als Fraktion, ohne die keine qualifizierte Mehrheit in diesem Parlament zustande kommt, uns auch in der Kommission wiederfinden. Drei der sieben Vizepräsidenten sind Sozialdemokraten. Da sind Sie uns weit entgegengekommen. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten viele Bedenken geltend gemacht, auch heute morgen wieder in unserer Diskussion. Wir haben uns in der Güterabwägung zwischen diesen Bedenken und den Fortschritten, die wir erreicht haben, dafür entschieden, Ihnen das Vertrauen für die nächsten fünf Jahre auszusprechen. Und wenn ich sage „Ihnen“, dann gilt das dem Kollegium der Kommissarinnen und Kommissare. Sie können auf unsere Unterstützung rechnen, wenn Sie ernst nehmen, was ich Ihnen mit auf den Weg gebe: Entweder wird Europa ein soziales Europa oder es wird scheitern. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, dafür zu sorgen, dass es sozialer wird. Die sozialdemokratische Fraktion wird dieser Kommission ihr Vertrauen geben.

(Beifall) <BRK>

Guy Verhofstadt, im Namen der ALDE Fraktion. – Herr Präsident, meine Fraktion wird der Europäischen Kommission ihre Unterstützung anbieten. Die Allianz der Liberalen und Demokarten ist eine verantwortungsbewusste Fraktion und wir sind der festen Überzeugung, dass die nächsten fünf Jahre für die Europäische Union und die europäischen Bürger von derart entscheidender Bedeutung sein werden, dass wir eine Kommission benötigen werden, die eine breite pro-europäische Unterstützung in diesem Parlament hat.

Aber lassen Sie mich auch eines ganz klar sagen. Unsere Unterstützung steht, mehr noch als in den vergangenen fünf Jahren, unter Vorbehalt. Wir erwarten, dass die neue Europäische Kommission der Motor der Europäischen Union ist. Wir wollen eine Kommission mit einer mutigeren, ehrgeizigeren und ganzheitlicheren wirtschaftlichen und sozialen Herangehensweise, eine Kommission, die an vorderster Front einer solchen Strategie steht - einer Strategie, die die Mitgliedstaaten dazu zwingen kann, das zu tun, was sie tun müssen.

Ich glaube, dass wir - besonders in der Eurozone - erkennen müssen, dass es - neben der existierenden geldwirtschaftlichen Säule - eine große Notwendigkeit für eine echte wirtschaftliche und soziale Säule gibt. Die heutigen Probleme in der Eurozone sind ein klarer Beweis für das Scheitern der schwachen Herangehensweise, die wir in den letzten 10 Jahren mit der so genannten offenen Koordinierungsmethode verfolgt haben. Das Gleiche gilt für andere Bereiche - beim Klimawandel, der Außenpolitik und der Verteidigungspolitik.

Die grundlegende Annahme hinter dieser neuen, mutigen Herangehensweise ist die Erkenntnis, dass Europa in der multipolaren Welt von morgen keine bedeutende Rolle spielen kann, wenn es nicht effektiver wird und seine eigene Integration in naher Zukunft weiter vertieft. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie dieser Annahme gerecht werden und in all diesen Bereichen mit klaren, verbindlichen und ehrgeizigen Vorschlägen und Reformen vortreten. Wir erwarten, dass die Kommission, um dies zu erreichen, das Initiativrecht voll ausschöpft. Ich rede natürlich von der Kommission als Ganzes, die als Kollegium arbeitet, als eine geschlossene

politische Institution, die die europäische Integration vorantreibt. Eine starke Kommission kann hilfreich sein, und eine starke Kommission ist in dieser Hinsicht unabdingbar.

Der Vertrag von Lissabon bietet neue Werkzeuge und hat unsere Handlungsfähigkeit gesteigert. Hohe Vertreterin Ashton, wir fordern Sie auf, diese neuen Werkzeuge einzusetzen. Wir erwarten mehr von einer Hohen Vertreterin als wir bisher gesehen haben. Ihre Rolle verlangt es und die Europäische Union bedingt es. Nutzen Sie die Chancen. Die Lektion, die wir von Haiti gelernt haben, verdeutlicht es. Legen Sie unverzüglich einen Bericht für die Einführung einer europäischen Katastrophenschutztruppe vor. Dennoch wird meine Fraktion diese Kommission, mit ihrer starken liberalen Präsenz, unterstützen, und wir sind bereit, uns gemeinsam mit ihr für das Voranbringen der europäischen Sache einzusetzen.

(Beifall)

Daniel Cohn-Bendit, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (FR) Herr Präsident, Sie wissen sehr gut, dass die Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz nicht für diese Kommission stimmen wird, und gleichzeitig bieten wir Ihnen unsere Ideen, unsere Vorstellungen und unsere europäische Entschlossenheit an.

Herr Barroso, spielen Sie nicht das Spiel zu sagen, dass diejenigen, die nicht für die Kommission stimmen, gegen Europa sind. Nicht mit uns, den Europäischen Grünen. Dieses Spiel können Sie mit anderen spielen, aber nicht mit uns. Wir bieten an, mit Ihnen bedingungslos zusammenzuarbeiten, wenn Sie bei einem europäischen Steuersystem Fortschritte machen wollen. Wenn Sie wollen, dass Europa über seine eigenen Ressourcen verfügt, werden wir Sie gegen die Mitgliedstaaten unterstützen, die ihre wirtschaftliche Souveränität verteidigen. Ich kann sie benennen: ob es sich um Deutschland oder Frankreich handelt, wir werden Sie unterstützen.

Wenn Sie die Hüter der Verträge sein wollen - es finden beispielsweise heute Verhandlungen im Rat über die Rückkehr von Flüchtlingen nach Libyen statt, und wir fordern den Rat auf, uns mitzuteilen, was die rechtliche Grundlage für diese Verhandlungen ist. Wird das Parlament Teil des normalen Gesetzgebungsverfahrens sein? Der Rat teilt uns mit: „Das wird Ihnen am Ende der Verhandlungen mitgeteilt“. Das ist unmöglich; es ist die Aufgabe der Kommission einzugreifen, um sicherzustellen, dass die europäischen Institutionen über die rechtliche Grundlage dieser Verhandlungen informiert sind.

Ich kann Ihnen eine ganze Reihe von Beispielen nennen. Wenn Sie Fortschritte beim Klimawandel machen wollen, wenn Sie wollen, dass Europa über die Drei mal Zwanzig hinausgeht, wenn Sie näher an 30 % kommen wollen, dann haben Sie die Unterstützung der gesamten Verts/ALE-Fraktion. Wenn Sie nach der Finanzkrise im Bereich der Finanzregulierung vorangehen wollen, haben Sie unsere volle Unterstützung. Wenn Sie und Ihre Kommission hinsichtlich des Schutzes von Europa weitergehen wollen, haben Sie unsere Unterstützung. Wenn Sie das Zypern-Problem lösen wollen, haben Sie unsere Unterstützung. Wenn Sie endlich die verrückte Situation beenden wollen, in der ein Land wie Griechenland - wie ich schon früher gesagt habe - 4,3 % seines BIPs für Verteidigung ausgibt, werden Sie unsere Unterstützung haben. Sie werden Sie bedingungslos haben!

Aus diesem Grund, Herr Barroso, sage ich, dass wir heute mit „Nein“ stimmen werden; auch wenn wir vielleicht einen Fehler begehen. Wir wissen, dass wir beim letzten Mal einen Fehler begangen haben, als es um Herrn Dimas ging. Wir haben einen Fehler begangen und das geben wir auch zu. Wenn Sie also unsere Träume erfüllen können und nicht die Erwartungen erfüllen, die wir nach dem heutigen Tag an Sie haben, werden wir offen sagen, dass wir einen Fehler begangen haben, und wir werden Sie unterstützen.

(Beifall)

Timothy Kirkhope, *im Namen der ECR-Fraktion.* – Herr Präsident, einige Mitgliedstaaten glauben, die Nominierung eines Kommissars ist eine günstige Gelegenheit, um ein inländisches Problem aus der Welt zu schaffen oder eine politische Schuld zu begleichen. Die Europäische Kommission sollte die talentiertesten und erfolgreichsten politischen Führer Europas zusammenbringen, Menschen mit Erfahrung und Kompetenz, um ihr zu helfen die enormen Herausforderungen, vor denen wir stehen, anzugehen.

Nach Jahren des institutionellen Gerangels muss Europa sich wieder darauf konzentrieren, zu Ergebnissen in Bereichen zu kommen, wo es einen Wert zur Arbeit der Mitgliedstaaten beitragen kann und wo unsere Mitbürger erwarten, dass die Nationen Europas zusammenarbeiten. Es muss Anstrengungen unterstützen, um die schwache wirtschaftliche Erholung zu fördern und Wachstum und Beschäftigung zu erzeugen, und es muss hinsichtlich der Energiesicherheit und des Klimawandels eine Führungsrolle übernehmen. Es muss zentrale Reformen für den europäischen Haushalt und viele der wichtigsten Ausgabenprogramme vorlegen.

Mit Herrn Barroso haben wir die richtige Führungspersönlichkeit, um die Kommission voranzubringen. In seinen politischen Richtlinien umreißt er eine ehrgeizige Agenda, die sich auf Fragen in dieser Angelegenheit konzentriert, eine Agenda, die wir prinzipiell unterstützen. Jeder einzelne Mitgliedstaat hätte seine Anstrengungen unterstützen sollen, indem man den stärksten Kandidaten für die Position des Kommissars entsendet, aber in einigen Fällen ist Herr Barroso arg im Stich gelassen worden. Natürlich muss er jedes Mitglied seiner Mannschaft unterstützen - wir würden von einer Führungspersönlichkeit in seiner Position nicht weniger erwarten - und, obwohl wir einige Geschäftsbereiche in Frage stellen, hat er bei der Zusammenstellung seiner Mannschaft vermutlich aus dem, was man ihm geboten hat, das Beste gemacht.

Aber während einige Kandidaten hervorragend sind und in den Anhörungen eine gute Leistung erbracht haben, sind andere nur durchschnittlich und haben einen schlechten Eindruck hinterlassen. Manche haben sich von seinen eigenen politischen Richtlinien distanziert. Herr Präsident, wenn die Wahl erfolgreich ausgeht, werden wir natürlich konstruktiv mit jedem Kommissar zusammenarbeiten und wir hoffen immer noch positiv überrascht zu werden, aber bitte lassen Sie uns wenigstens durch dieses Parlament eine jährliche Bewertung der Kommission durchführen.

Es handelt sich hierbei immer noch um ein grundlegend fehlerhaftes Verfahren, dass wir nicht gänzlich unterstützen können. Aus diesen Gründen werden sich die Europäischen Konservativen und Reformisten heute der Stimme enthalten. Einige Fraktionen sind sich uneins; wir sind uns in dieser Position aber einig.

Lothar Bisky, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – Herr Präsident, Herr Barroso, Kolleginnen und Kollegen! Auch meine Fraktion hat sich aktiv an den Anhörungen der Kandidatinnen und Kandidaten beteiligt. Von einigen haben wir einen durchaus positiven Eindruck. Weniger begeistert sind wir von dem neuen Zuschnitt mancher Ressorts. Das betrifft auch den etwas undurchsichtigen – vielleicht ja bald doch durchsichtigeren – Aufgabenbereich der Hohen Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik, die zugleich auch stellvertretende Kommissionspräsidentin ist.

Manche Kandidatinnen und Kandidaten haben uns allerdings fachlich enttäuscht. Dabei galten all unsere Fragen zuerst den politischen Vorhaben. Wohin soll sich der europäische Integrationsprozess entwickeln? Welche Maßnahmen sind den Kommissionsanwärtern am wichtigsten? Darauf gab es zu viele vage Antworten und solche, die wir politisch nicht unterstützen werden. Trotz der Beschwörung eines sozialeren Europas wird am Kurs der Deregulierung, an der Privatisierung oder am Flexicurity-Konzept festgehalten. Die Flexibilität der Arbeitnehmer steht ganz oben, die sozialen Sicherheiten stehen ganz hinten.

Der Klimaschutz steht auf der Tagesordnung, doch wir sehen keine Abkehr von der Kohleverstromung oder vom Atomstrom. Ich sehe keine Führungsrolle der EU beim Klimaschutz und bei der Entwicklungshilfe. Von konsequenter Abrüstung, besonders hinsichtlich der Nuklearwaffen innerhalb Europas, ist keine Rede. Herr Barroso, Herr Präsident, so sehr ich es schätze, dass sich die Kandidatinnen und Kandidaten der Anhörung gestellt haben – meine Fraktion kann Ihrem Kollegium kein positives Votum erteilen!

Nigel Farage, *im Namen der EFD-Fraktion.* – Herr Präsident, noch in Generationen wird man Kindern eine Geschichte erzählen. Man wird ihnen erzählen, dass Europa einmal geteilt war; es gab eine große Mauer in seiner Mitte und die Menschen im Osten waren sehr arm und sie hatten keine Demokratie und sie lebten unter einem bösen System, genannt Kommunismus, das Millionen seiner eigenen Leute ermordete. Aber, welch` Freude, die Mauer fiel und am Ende waren wir 27 Nationen, und die Menschen lebten in einer Demokratie und 500 Millionen Menschen lebten in Frieden...

(Beifall)

Es geht noch weiter. Ich verspreche Ihnen, es geht noch weiter.

(Beifall)

Nun, ich muss sagen, das ist das erste Mal, dass ich jemals so einen Beifall bekommen habe, und ich bin versucht, Herr Verhofstadt, mich wieder zu setzen, aber, wenn ich darf, geht die Geschichte leider noch weiter.

Die verantwortlichen Politiker wurden gierig; sie wollten das Geld für sich selbst und sie wollten Macht. Also griffen sie auf Lügen und Täuschungen zurück, sie inszenierten den spektakulärsten bürokratischen *Staatsstreich*, den die Welt je gesehen hat. Und dafür brauchten sie keine Kugeln. Sie waren viel klüger, viel durchtriebener. Sie setzten einen neuen Vertrag in Kraft - er wurde der Vertrag von Lissabon genannt. Dann gaben sie 27 Menschen vollkommen unbegrenzte Macht. Diese Leute würden alle Gesetze machen. Sie hatten natürlich schon eine Flagge und sie hatten schon eine Hymne, aber sie machten sich auch noch daran, einen

neuen Staat zu erschaffen. Aber sie dachten dabei nicht an die Menschen. Was sie taten bestand darin - ob es ihnen bewusst war oder nicht - genau das gleiche böse System zu schaffen, unter dem die Menschen in Osteuropa vorher gelebt hatten. Aber das Unglaubliche war, dass viele der neuen Herren auch vorher für das gleiche böse System gearbeitet hatten. Nun, natürlich war der Plan fehlerhaft und ihr abstruser Währungsplan scheiterte. Aber immer noch hörten die neuen Herren nicht auf die Menschen. Nein, sie machten das Leben immer härter: Sie führten Zig-Millionen in die Armut; sie verwehrten den Menschen ein Mitspracherecht und schließlich mussten diese Menschen auf Gewalt zurückgreifen, um ihre Nationalstaaten und Demokratien zurückzubekommen.

Die Moral der Geschichte ist, dass sie nichts aus der Historie gelernt hatten. Geehrte Mitglieder des Europäischen Parlaments, bevor Sie dieser Kommission Macht verleihen, denken Sie daran, dass vor 60 Jahren ein Eiserner Vorhang in Europa fiel und jetzt, mit dieser Kommission gibt es in der Wirtschaft eine eiserne Faust, wie man sie heute in Griechenland erlebt.

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort)

Hans-Peter Martin (NI). - Herr Präsident! Nach dem Märchenerzählen, das Sie gerade gehört haben, würde ich gerne zur Realität zurückkehren. Mein Sohn ist siebzehn Jahre alt und lernt sehr intensiv Englisch, weil er weiß, dass Englisch die Arbeitssprache ist, und er hofft, dass er dadurch einen entsprechenden Job bekommt. Er ist ein begeisterter Europäer, aber EU-politikverdrossen – zu Recht. In Deutschland schreibt „Der Spiegel“ schon von grassierender Politikverachtung – zu Recht. Trotzdem wünschen sich Millionen junge Europäerinnen und Europäer eine funktionierende, tüchtige, kühne Demokratie im 21. Jahrhundert. Doch was wird uns hier heute auf der Kommissionsbank geboten? Sind das die Tüchtigen und die Besten, die wir brauchen?

Wir hier oben in der letzten Reihe repräsentieren eine unabhängige Bürgerliste, die entscheidend dazu beigetragen hat, dass die Rechtsradikalen, die es hier gibt, nicht wieder eine Fraktion darstellen. Wir sind glühende Proeuropäer. Aber genau aus diesem Grund sind wir äußerst enttäuscht über das Personal, das Sie uns anbieten, und über dessen Qualität. Würden wir hier einen Assistenten einstellen, der so zur Lachnummer wird, wie man bei Youtube jetzt Günther Oettinger in „Oettinger talking English“ sehen kann? Vermutlich nicht. Würden wir es hier kompetenzmäßig mit einem österreichischen Kommissar zu tun haben wollen, der in seinem Bereich gar nicht ausgewiesen ist?

Es gäbe hier im Parlament, Herr Kommissionspräsident, sehr viele erfahrene Parlamentarier, mit denen Sie sich schmücken könnten. Eine haben Sie zum Beispiel mit der Schwedin, das ist richtig. Aber warum haben Sie nicht Othmar Karas? Warum haben Sie nicht hier einen Deutschen genommen, statt dem, was Sie haben? Weil Sie nicht dürfen. Weil wir trotz des Lissabon-Vertrags immer noch gefangen sind, weil wir immer noch nicht so selbständig sind, dass wir souverän entscheiden können – Sie nicht und wir als Parlament nicht.

Leider dürfen wir auch weiterhin nicht Kommissare einzeln abwählen. Das ist ein demokratischer Zustand, wie wir ihn in Österreich im 19. Jahrhundert hatten. Das ist nicht tauglich für das Europa, das wir brauchen, von dem wir träumen. Ich warne Sie: Passen Sie auf, wenn Sie so weitermachen, spielen Sie den Nationalisten und genau den EU-Feinden in die Hände. Stattdessen brauchen wir mehr Demokratie! <BRK>

Bruno Gollnisch (NI). – (FR) Herr Präsident, ich bin ganz Ihrer Meinung. Ich will mich kurzfassen. Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Schulz hat über mich behauptet - zwar nicht namentlich, aber doch unmissverständlich -, ich sei von den französischen Gerichten des Revisionismus für schuldig befunden worden.

Ich möchte Herrn Schulz sagen, dass er sich irrt, und ich habe hier zu seiner Verfügung und zur Verfügung des gesamten Immunitätsausschusses des Europäischen Parlaments den weitreichenden Beschluss des Obersten Gerichtshofs Frankreichs, des Kassationshofs, der alle in meiner Sache gefällten Urteile aufgehoben hat, und der in seinem außergewöhnlichen Urteil erklärte, dass ich aufgrund von Satzfragmenten, die künstlich zusammengesetzt wurden, um eine Aussage zu konstruieren, strafrechtlich verfolgt worden bin und weiterhin, dass diese Aussage, obwohl sie auf diese Weise von meinen politischen Gegnern zusammengeschrieben wurde, nicht unter die gesetzlichen Bestimmungen fällt. Es handelt sich hierbei um eine äußerst selten vorkommende Entscheidung, da das Gericht die Entscheidung eines Gerichts geringerer Instanz aufhob und den Fall selbst entschieden hat, was beim französischen Kassationshof nur äußerst selten geschieht. Die Aufhebung und das Fällen eines Urteils in ein und demselben Fall durch den Kassationshof wurde zum ersten Mal Teil unserer Rechtsgeschichte während der Dreyfus-Affäre. Somit ist Herr Gollnisch genauso unschuldig wie Herr Dreyfus.

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Ich möchte noch etwas hinzufügen. Ich habe nicht gesagt, dass Baroness Ashton eine Kommunistin sei. Ich habe gesagt, dass sie eine von jenen Pazifisten sei, die Lenin womöglich als Weggefährten bezeichnet hätte.

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort)

Der Präsident. – Vielen Dank. Das sollte nur eine persönliche Bemerkung sein.

6.1. Vorstellung des Kollegiums der Kommissionsmitglieder (B7-0071/2010) (Abstimmung)

6.2. Wahl der Kommission (B7-0090/2010) (Abstimmung)

Der Präsident. – Ich möchte dem neu gewählten Kommissionskollegium und Präsident Barroso herzlich gratulieren: Ihnen allen meinen Glückwunsch. Es liegt sehr viel Arbeit vor uns und die Erwartungen unserer Bürger sind hoch; es ist an der Zeit zu handeln und diese Erwartungen zu erfüllen. Ich werde die Ratspräsidentschaft und den Präsidenten des Europäischen Rates über das Ergebnis unserer Abstimmung und die Benennung der Europäischen Kommission bis zum 31. Oktober 2014 informieren. Vielen Dank, und nochmals herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Diego López Garrido, amtierender Ratspräsident. – (ES) Herr Präsident, im Namen des Rates der Europäischen Union möchte ich ganz kurz Herrn Barroso und der gesamten Kommission zu dem Zustimmungsvotum, der Unterstützung und dem Vertrauen, das ihr dieses gesamte Plenum, das Europäische Parlament, geschenkt hat, gratulieren.

In den kommenden Monaten und Jahren werden diese beiden Institutionen, die Kommission und das Europäische Parlament, bei der Erledigung der Aufgaben, vor denen die Europäische Union steht, eine entscheidende Rolle spielen: Der Klimawandel, die Sicherheitsaufgaben, die wirtschaftliche Globalisierung müssen bewältigt werden, eine weitere Krise wie jene, die wir derzeit erleben, muss verhindert werden, die neuen Initiativen und Einrichtungen des Vertrages von Lissabon müssen geschaffen werden (die Bürgerinitiative, die Solidaritätsklausel und natürlich der Europäische Auswärtige Dienst).

Die Kommission und das Europäische Parlament werden eine entscheidende Rolle bei all diesen Dingen spielen und wir, als Rat, wollen, dass die Kommission hart arbeitet. Sie hat sehr viel Macht, die, wie hier schon gesagt wurde, nicht unbegrenzt ist, aber sie hat natürlich die Macht, um das zu tun, was sie tun muss. Wir wollen, dass die Kommission schnell und klug arbeitet, weil es das ist, was die europäische Öffentlichkeit will. Nach einer Periode der institutionellen Unsicherheit, die Europa erlebt hat, will sie, dass wir alle uns an die Arbeit machen, damit wir die verlorene Zeit aufholen und diese neue politische Phase, diese neue Situation in Europa, das definitive Europa des 21. Jahrhunderts, sofort einläuten können.

Daher möchte ich sagen, Herr Barroso, dass Ihre Rede pro-europäisch war und dass Sie, wie auch das Europäische Parlament, die volle Unterstützung des Rates haben werden, um mehr Europa zu schaffen und Europa den Menschen, die durch dieses Parlament vertreten werden, näher zu bringen, da die Bürger letztendlich in Europa im Mittelpunkt stehen.

Präsident. – Vielen Dank, Herr López Garrido, Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten der spanischen Regierung. Vielen Dank. Nun hat Herr Barroso das Wort.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Herr Präsident, ich möchte ganz kurz in meinem eigenen Namen und im Namen aller Mitglieder der Kommission meine tiefe Dankbarkeit für das Vertrauen, das in uns gesetzt wurde, zum Ausdruck bringen. Das Abstimmungsergebnis erfüllt uns mit Stolz und Demut. Wir erkennen, dass es durch das ganze politische Spektrum eine starke Unterstützung gibt; dies ist ein wichtiger Augenblick für Europa, ein wahres Mandat zum Mut.

Ich möchte dem Herrn Ratsvorsitzenden außerdem für seine herzlichen Worte danken. Ich glaube, wir haben nun die geeigneten Bedingungen, um uns an die Arbeit zu machen. Aber lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen. Während der Stimmabgabe habe ich einige Bemerkungen gehört und ich möchte ganz klar sagen, dass diejenigen, die die totalitäre Sowjetunion mit der Europäischen Union vergleichen, nicht wissen, was es bedeutete, in einer Diktatur zu leben, und sie wissen nicht, was Demokratie bedeutet.

(Beifall)

In der Europäischen Union haben wir ein demokratisches Europäisches Parlament, und das bedeutet Demokratie. In der Europäischen Union haben wir eine Europäische Kommission, die von Ihnen, den gewählten Vertretern der Bürger Europas, gewählt wurde, und das bedeutet Demokratie. Wir sind der Überzeugung, dass wir mit der demokratischen Legitimierung, die uns durch Sie, durch die Designation der demokratischen Regierungen all unserer 27 Mitgliedstaaten, stolz und zuversichtlich, mit aller Entschlossenheit für das Gut der Demokratie in Europa arbeiten werden, ein Europa, das tatsächlich ein Symbol der Freiheit in der Welt ist.

Der Präsident. – Die Abstimmungsstunde ist geschlossen und jetzt ist es Zeit für Glückwünsche.

VORSITZ Miguel Angel MARTÍNEZ MARTÍNEZ

Vizepräsident

Der Präsident. – Meine Damen und Herren, wir werden jetzt zu den mündlichen Erklärungen zur Abstimmung weitergehen.

16 Abgeordnete möchten eine Erklärung zur Abstimmung abgeben. Ich möchte Sie daran erinnern, dass es das Verfahren erlaubt, den Text schriftlich vorzulegen, das heißt, Sie müssen sich mit Ihren Reden nicht beeilen, da Ihre Anliegen im ausführlichen Sitzungsbericht genauer dargelegt sind.

Zuerst haben wir drei Erklärungen zur Abstimmung bezüglich der Rahmenvereinbarung über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission. Jeder Sprecher hat eine Minute Zeit.

7. Stimmerklärungen

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Entschließungsantrag B7-0091/2010

Clemente Mastella (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, die soeben angenommene Rahmenvereinbarung stärkt wesentlich die Rolle des Europäischen Parlaments – eine Rolle, die mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon an Bedeutung gewonnen hat.

Präsident Barroso, wir haben Ihnen unser Vertrauen gegeben, und wir erwarten, dass Sie Ihrerseits unsere erweiterten Vorrechte anerkennen.

Insbesondere halten wir eine engere Zusammenarbeit für wichtig, mit dem Ziel, einen regelmäßigen Dialog zwischen den beiden Institutionen herzustellen. Als Signale dafür sehen wir die Verpflichtungen, die Sie in diesem Plenum eingegangen sind, Ihre Bereitschaft zur Institutionalisierung eines regelmäßigen Dialogs über grundlegende Schlüsselfragen und wichtige Gesetzesvorschläge, sowie Ihre Zusage, innerhalb von drei Monaten nach der Verabschiedung eines Antrags für eine Gesetzgebungsinitiative Bericht über dessen weiteren Verlauf zu erstatten.

Herr Präsident, unsere Institutionen stehen vor der Aufgabe, die so genannte „demokratische Methode“ umzusetzen, durch den Aufbau einer besonderen Partnerschaft mit dem Ziel, die wahren Interessen Europas zu definieren, umzusetzen und vor allem zu schützen. Dies bedeutet eine größere Verantwortung für die Kommission, aber auch für uns, die unmittelbaren Vertreter unserer europäischen Bürgerinnen und Bürger.

Herr Präsident, all diese Ziele erfordern ein stärkeres Engagement aller: der Kommission, des Europäischen Parlaments, der nationalen Parlamente und der Regierungen. Das ist das Europa, das die Bürgerinnen und Bürger von uns verlangen, und wir müssen in der Lage sein, ihnen dieses Europa in den nächsten fünf Jahren zu garantieren.

Bernd Posselt (PPE). – Herr Präsident! Ich habe für die Kommission gestimmt und bin auch für das Rahmenabkommen, das einen historischen Fortschritt darstellt. Trotzdem habe ich gegen die Entschließung gestimmt, weil wir sie gestern als fertigen Text auf den Tisch bekommen haben, sie nicht ernsthaft besprechen konnten und der Teufel im Detail steckt. Deshalb will ich klar sagen: Ich habe Bedenken gegen manche Formulierungen, etwa was die Fragerechte der einzelnen Parlamentarier betrifft oder auch die Gefahr einer Kumpanei zwischen Kommission und Parlament, wenn die Kommission in der Konferenz der Präsidenten sitzt, wenn es um die Tagesordnung geht.

Deshalb fordere ich, bei der endgültigen Aushandlung des Textes noch einmal Korrekturen vorzunehmen. Es wurde mit Recht gesagt: Das Parlament hat mehr Macht. Es braucht eine enge Partnerschaft mit der Kommission, aber keine Kumpanei. Und es bedarf nicht weniger, sondern mehr Demokratie, denn gerade wenn wir mehr Macht haben, brauchen wir auch mehr Demokratie innerhalb des Parlaments. <BRK>

Daniel Hannan (ECR). – (FR) Herr Präsident, niemand in diesem Haus kann ernsthaft glauben, dass von 500 Millionen Europäern diese 27 Frauen und Männer die qualifiziertesten Kandidaten für ein Amt als europäischer Kommissar sind. Die Kommission verfügt über maßlose Macht. Neben ihrer Rolle als europäische Exekutive, hat sie das Initiativrecht für Gesetzgebung. Wen aber wollen wir ernennen, um diese Befugnisse auszuüben? Eine Reihe von Kompromisskandidaten, die von den nationalen Regierungen nominiert worden sind, als Dank für erwiesene Dienste oder einfach nur, um sich Rivalen vom Leibe zu halten.

Nehmen wir zum Beispiel die Kandidatin meines eigenen Landes, Baronin Ashton. Es wird gesagt, dass die französische Regierung gegen sie ist, weil sie kein Französisch spricht. Das aber, Herr Präsident, ist noch die geringste ihrer Schwächen! Baronin Ashton, hat sich für ein Amt noch nie allgemeinen Wahlen stellen müssen. Wie kann die Europäische Union den Iran oder Kuba über Demokratie belehren, wenn diese Frau, die Leiterin des Auswertigen Dienstes der Union, selbst nicht einmal eine gewählte Amtsperson ist? Baronin Ashton und ihre Föderalistenfreunde bezeichnen uns als Europegegner. Wenn jedoch sie und ihre Freunde von der Kampagne für nukleare Abrüstung den Kampf gewonnen hätten, wäre unser Kontinent geteilt geblieben, und hunderte Millionen Europäer wären noch immer der marxistischen Tyrannei ausgesetzt. Kein echter Europäer...

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Entschließungsantrag B7-0071/2010

Viktor Uspaskich (ALDE). – (LT) Natürlich möchte auch ich die neue Kommission und ihre Mitglieder willkommen heißen und beglückwünschen. Ich möchte aber auch einige Dinge ansprechen, über die weder in den Fraktionen oder den Parlamentssitzungen, noch in den Plenarsitzungen diskutiert wurde. zunächst die Ernennung der Mitglieder selbst: In meiner Fraktion habe ich gesagt, dass zumindest die Kandidaten, die von zwei Dritteln der Abgeordneten ihres nationalen Parlaments unterstützt werden, in die Europäische Kommission berufen werden sollten. Das ist ein Punkt.

Außerdem wurde nicht darüber diskutiert, und das halte ich für sehr wichtig, dass die neue Kommission dem Schutz der europäischen Geschäftsleute vor Importen aus den Ländern besondere Aufmerksamkeit widmen sollte, die nicht die von uns geförderten Werte teilen. Werte wie Umweltschutz, soziale Sicherheit und letzten Endes demokratische Institutionen. Genau hier muss mehr Geld ausgegeben werden, denn solche Importe machen unsere Dienstleistungen und Güter teurer und erschweren unseren Geschäftsleuten den Wettbewerb...

Daniel Hannan (ECR). – (FR) Herr Präsident, Baronin Ashton und ihre Föderalistenfreunde bezeichnen uns als Europegegner. Wenn jedoch sie und ihre Freunde von der Kampagne für nukleare Abrüstung den Kampf gewonnen hätten, wäre unser Kontinent geteilt geblieben, und hunderte Millionen Europäer wären noch immer der marxistischen Tyrannei ausgesetzt. Kein echter Europäer und kein echter Demokrat kann guten Gewissens diese Kandidaten unterstützen. Dieses Haus richtet sich selbst, wenn es, allein auf Grund von deren Unterstützung der europäischen Integration für sie stimmt.

Entschließungsantrag B7-0090/2010

Iva Zanicchi (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich bin sehr froh, dass ich für dieses neue Kommissionskollegium gestimmt habe. Ich bin froh, weil ich hochqualifizierte Männer und Frauen mit klar definierten Programmen gesehen habe. Bitte erlauben Sie mir, zuallererst Herrn Tajani viel Erfolg bei seiner Arbeit zu wünschen, denn er ist ein sehr bedeutender Mann, der für die europäische Industrie einen großen Beitrag leisten kann.

Schließlich möchte ich als stellvertretende Vorsitzende des Entwicklungsausschusses hervorheben, welch hervorragenden Eindruck die designierte Kommissarin Georgieva gemacht hat. Sie ist wirklich eine entschlossene und fähige Frau und wird für den Entwicklungsausschuss eine ausgezeichnete Bezugsperson sein. Ich wünsche ihnen allen viel Erfolg bei ihrer Arbeit.

Peter Jahr (PPE). - Herr Präsident! Angesichts der großen Herausforderungen, vor denen Europa steht, ist es wichtig und sehr zu begrüßen, dass wir über eine handlungsfähige Kommission verfügen. Daneben ist

eine vertrauensvolle und gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen Parlament und Kommission entscheidend, wenn wir erfolgreich sein wollen. Die heute verabschiedete Vereinbarung bildet eine wichtige Grundlage dafür.

Das Parlament verfügt nun über eine volle Mitentscheidung und ist somit gleichberechtigt in allen Bereichen, die die Kommission und den Rat betreffen. In diesem Sinne werden wir mit der Kommission intensiv zusammenarbeiten – vertrauensvoll, aber nicht unkritisch. Gerade das SWIFT-Abkommen zeigt, dass keine Fragen mehr am Parlament vorbei entschieden werden dürfen. Ich erwarte ganz einfach, dass wir in diesem hohen Haus noch einmal über das SWIFT-Abkommen diskutieren dürfen. <BRK>

Alfredo Antoniozzi (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich habe für die Barroso-Kommission gestimmt, weil ich sicher bin, dass sie den Herausforderungen der Wirtschafts- und Finanzkrise gewachsen sein wird, denen wir mit Mut und Entschlossenheit begegnen müssen.

Ich hoffe außerdem, dass einige der Themen, die mir besonders am Herzen liegen, mit der notwendigen Aufmerksamkeit angegangen werden. Damit meine ich insbesondere die Regionalpolitik, der beim Wachstum und der Entwicklung unserer Territorien eine ganz wesentliche Bedeutung zukommt, und bei der nach der Reform des Haushalts der Europäischen Union auf keinen Fall Kürzungen vorgenommen werden dürfen.

Ich hoffe, dass man die Bewältigung der Wohnungskrise unterstützen wird, mit der unsere Mitbürger konfrontiert sind, und die oftmals erschreckende Ausmaße annimmt, besonders in den großen Ballungsräumen. Ich hoffe daher, dass spezifische Finanzinstrumente für Sozialwohnungen und andere Wohnungspolitik wieder zu den Prioritäten der neuen Kommission zählen werden, der ich hiermit aufrichtig alles Gute für ihre Arbeit wünsche.

Ryszard Czarnecki (ECR). – (PL) Herr Präsident, vor wenigen Monaten habe ich noch aus voller Überzeugung für Herrn Barroso als Chef der Europäischen Kommission gestimmt. Offen gesagt: Es gab keine Alternative. Herr Verhofstadt, der liberale, und Herr Juncker, der föderalistische Kandidat, waren inakzeptabel. Als jemand, der Herrn Barroso befürwortet hat, muss ich heute mit Bedauern sagen, dass die von ihm vorgestellte Kommission sehr viele personelle Mängel aufweist. Weder ich noch meine Kollegen können eine Kommission mit einer Kandidatin unterstützen, die, ganz offen gesagt, immer noch ihr Metier erlernt. Wenn sie eine Studentin der Internationalen Beziehungen wäre und sich bei einer mündlichen Prüfung so wie bei den Anhörungen anstellte, würde man sie wahrscheinlich aus dem Raum werfen. Sie würde in Polen keine einzige Prüfung bestehen. Ich kann keiner Kommission zustimmen, deren dänisches Mitglied Kohlebergwerke schließen will, unter anderem in meinem Land. Auch aus diesem Grund habe ich mich der Stimme enthalten. Ich bin der Meinung, dass hinter dieser Kommission noch sehr viele Fragezeichen stehen, und wir werden sie genau beobachten.

Joe Higgins (GUE/NGL). – Herr Präsident, ich habe gegen die Ernennung der neuen EU-Kommission gestimmt, weil diese schlichtweg dieselbe konservative, neoliberale Wirtschaftspolitik weiterführen wird, die in den kapitalistischen Wirtschaftssystemen vieler EU-Staaten bereits in eine katastrophale Krise gemündet hat. Es wird sich zeigen, dass diese – angeblich neue – EU-Kommission denselben alten und schalen Beigeschmack unter demselben alten neoliberalen Barroso-Einfluss haben wird.

Diese Politik der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung – geführt, wohlgermerkt, auf Drängen des europäischen Großkapitals – hat gerade verheerende Auswirkungen auf das Leben der Arbeiterklasse, durch Massenarbeitslosigkeit und brutale Angriffe auf den Lebensstandard. Bei ihrer Haltung zur Krise in Griechenland und in Irland ist sich die Spitze der Kommission darüber einig, dass die Arbeiterklasse den Preis zahlen muss, wohingegen die Banker und Spekulanten gerettet werden. Die Arbeiter und die Armen Europas müssen ihre Kräfte gegen diese katastrophale Politik und für ein wirklich demokratisches und sozialistisches Europa mobilisieren und sich daher gegen die Politik dieser neuen Kommission stellen.

Frank Vanhecke (NI). – (NL) Da mir nur sehr begrenzt Zeit zur Verfügung steht, kann ich natürlich nur auf einige der vielen, vielen Gründe eingehen, warum wir diese Europäische Kommission nicht unterstützen. Einer dieser Gründe ist beispielsweise die Tatsache, dass die aktuelle Europäische Kommission weiterhin ganz selbstverständlich auf einen EU-Beitritt der außereuropäischen, islamistischen Türkei hinarbeitet, obwohl eine große Mehrheit der Europäer, die nie die Gelegenheit hatten, ihre Meinung diesbezüglich zu äußern, dies kategorisch ablehnt.

Ein weiterer Grund ist die Tatsache, dass sich diese Europäische Kommission nach wie vor für die Einwanderung von weiteren Millionen von Nicht-Europäern ausspricht, deren Zahl langfristig wohl sogar in zweistellige Millionenhöhe gehen wird; sie ist für Einwanderung auf einen Kontinent, der sowieso selbst

schon zig Millionen von Arbeitslosen hat. Ein anderer Grund ist die Tatsache, dass sich in den Anhörungen bereits gezeigt hat, dass nicht ein einziger der neuen europäischen Kommissare bereit ist, irgendetwas gegen das Demokratiedefizit zu unternehmen.

Das sind genug Gründe, um dieser neuen Europäischen Kommission die Stimme zu verweigern.

Francesco Enrico Speroni (EFD). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir haben von der neuen Kommission keine konkreten oder zufriedenstellenden Antworten bezüglich der Bekämpfung von illegaler Einwanderung innerhalb der Europäischen Union erhalten. Das allein würde schon ausreichen, um ihre Arbeit und ihr Programm abzulehnen.

Da ist auch noch ein anderer Faktor: Die Kommission, und vor allem ihr Präsident, hat sich als äußerst zurückhaltend erwiesen, wenn es darum ging, Gesetzesinitiativen des Parlaments anzunehmen. Das ist eigentlich ein Bruch mit der Demokratie, zumindest kommt es so rüber. Wir Abgeordneten sind die einzigen direkt gewählten Vertreter des Volkes, und wenn unser Initiativrecht nicht eingehalten wird, oder zumindest versucht wird, sich darüber hinwegzusetzen – obwohl dies unter dem neuen Vertrag von Lissabon durch Artikel 255 der Verträge sanktioniert wird –, können wir für Herrn Barroso oder seine Kommissare kein Vertrauensvotum abgeben.

Syed Kamall (ECR). – Herr Präsident, wenn man sich die Liste der Kandidaten, die uns heute hier gegenüberstanden, ansieht, dann glaube ich, dass die meisten Abgeordneten in diesem Haus, ungeachtet ihrer politischen Überzeugung, sagen würden, dass unter diesen Kandidaten einige gute, vielleicht einige sehr, sehr gute, einige schlechte und auch einige ziemlich schwache dabei waren. Leider haben einige von ihnen auch nicht alle Fragen zu ihrer Vergangenheit beantwortet. Wir können jedoch als Abgeordnete des Europäischen Parlaments nicht über die einzelnen Kommissare abstimmen, und so hatten wir die Wahl, entweder für alle en bloc zu stimmen oder sie alle abzulehnen. Das ist sehr traurig und bedauerlich, und aus diesem Grund habe ich mich enthalten.

Wir hörten Herrn Barroso über ein Europa sprechen, das sich einer Krise stellt. Wenn wir wirklich auf eine Krise reagieren wollen, sollten wir sicher gehen, dass wir nicht immer mehr ungeeignete Regeln aufstellen. Wir müssen für eine angemessene Folgeneinschätzung jeder Richtlinie oder Verordnung sorgen. Nehmen Sie als Beispiel die Richtlinie zu Managern alternativer Investmentfonds, die europäischen Unternehmern die Mittel kürzen und damit die Schöpfer von Wohlstand aus der Europäischen Union vertreiben und die Investitionen in Entwicklungsländern verringern wird. Wenn wir doch nur das Maß an Regulierung verringern könnten, mit der sich hier beschäftigt wird!

Nirj Deva (ECR). – Herr Präsident, ich bin von den Menschen im Südosten Englands gewählt worden, um die EU zu reformieren. Die Blockabstimmung über alle 27 Kommissare mit einer Stimme ist die gewohnte Prozedur: keine Reform, keine Transparenz, keine Rechenschaftspflicht, keine verantwortungsvolle Bestätigung. Herr Barroso genießt mein persönliches Vertrauen; genauso wie einige andere Kommissare, mit denen ich in der Vergangenheit zu tun hatte. Aber das bedeutet nicht, dass das ganze Kollegium der Kommissare ein Vertrauensvotum bekommt. Jeder Kommissar ist einmalig in der politischen Geschichte. Niemand sonst in einer so genannten Demokratie hat die Macht, dieselben Gesetze einzubringen, zu erlassen und auszuführen, ohne einzeln von allen gewählt zu werden. Das, Herr Präsident, ist völlig inakzeptabel, und daher musste ich mich leider meiner Stimme enthalten.

Philip Claeys (NI). – (NL) Ich habe gegen die neue Kommission gestimmt, da es keinerlei Anzeichen dafür gibt, dass diese anfangen wird, an der Verringerung der Kluft zwischen dem Durchschnittseuropäer und den europäischen Institutionen, insbesondere der Europäischen Kommission, zu arbeiten.

Ich hörte mir den damaligen designierten Kommissar für Erweiterung bei seiner Anhörung im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten an, in der er offenbar zu verstehen gab, dass er beispielsweise ohne weiteres dazu bereit wäre, alle Beschwerden gegen den Beitritt der Türkei als nichteuropäisches Land unter den Teppich zu kehren, wie es nun bereits seit fünf Jahren getan wird.

Die neue Kommission fordert außerdem mehr Wirtschaftsimmigration, sogar noch mehr Bevormundung und Einmischung; dies alles sind sicherlich besonders empörende Umstände unter dem Vertrag von Lissabon, der eine alles andere als beruhigende Perspektive bietet.

Gerard Batten (EFD). – Herr Präsident, ich habe gegen die Kommission gestimmt, da ich überhaupt nicht von einer Europäischen Kommission regiert werden will, ganz gleich wie sie zusammengesetzt ist, aber es gibt besondere Gründe, gerade gegen diese zu stimmen. Eine Reihe ihrer Mitglieder gehörten der

Kommunistischen Partei an, oder standen dieser nahe. So wie zum Beispiel Herr Barroso, Herr Šefčovič, Herr Füle, Herr Piebalgs und Herr Šefčovič, um nur ein paar zu nennen. Baronin Ashton war Schatzmeisterin der Kampagne für nukleare Abrüstung, die kaum besser als eine kommunistische Tarnorganisation war, und die einen Teil ihrer Mittel aus dem Sowjetblock bezog.

Sie ist nicht dazu geeignet, die Verantwortung für die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu übernehmen. Die vornehme Frau Baronin arbeitete daran, die Verteidigungspolitik ihres eigenen Landes zu unterlaufen, als wir uns der schwersten Bedrohung durch unsere Feinde – einer nuklearen Bedrohung – gegenübersehen. Die Kommission ist de facto die neue Regierung der Europäischen Union. Europa schlafwandelt in eine Katastrophe. Wir werden nun von Kommunisten, Kollaborateuren und Verrätern regiert.

Seán Kelly (PPE). – Herr Präsident, ich habe heute gerne für die Kommission gestimmt, da ich glaube, dass das unter diesen Umständen und gemäß der Geschäftsordnung das Richtige war. Wir brauchen eine Kommission und jetzt haben wir eine.

Es wurde aber von einer Reihe von Kollegen auch gesagt – und das zu Recht –, dass es ein besseres System wäre, jeden Kommissar nach seinen jeweiligen Leistungen zu wählen, anstatt en bloc. Wenn man schließlich eine Fußballmannschaft aufstellt, die einen repräsentieren soll, würde man die auch nicht en bloc auswählen. Man würde jeden Spieler einzeln nach seinen Leistungen auswählen, um das bestmögliche Ergebnis zu erzielen. Ich denke, wir sollten darauf hinarbeiten, die Vorschriften zu erneuern, um sicherzugehen, dass bei der nächsten Wahl der Kommission jeder Anwärter nach seiner Leistung gewählt werden kann. Das würde die Länder dazu bringen, den bestmöglichen Kandidaten aufzustellen und gewährleisten, dass jeder von ihnen sein Bestes leistet. Ich denke, dass wir dadurch eine bessere Mannschaft hätten. Aber einstweilen freue ich mich darauf, in den nächsten fünf Jahren so eng wie möglich mit der Kommission zusammenzuarbeiten.

Paul Rübig (PPE). - Herr Präsident! Mich freut es, dass es heute im Parlament große Einigkeit gegeben hat. Viele haben ein starkes Europa gefordert. Einigkeit macht stark, und deshalb freut es mich, dass ein derart gutes Votum für die neue Kommission zustande gekommen ist. Nur ein leistungsfähiges Europa kann letztlich auch sozial sein. Hierzu hat es ein klares Bekenntnis der Kommission gegeben, denn letztlich kann man nur das verteilen, was vorher erarbeitet worden ist. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns um Aus- und Weiterbildung kümmern und in Europa Infrastruktur und Forschung in den Mittelpunkt stellen.

Es ist relativ einfach, die Reichen arm zu machen, aber es ist etwas intelligenter, anstrengender und umfassender, die Armen reich zu machen. Das sollte das Ziel Europas bleiben! <BRK>

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Entschließungsantrag B7-0091/2010

Zigmantas Balčytis (S&D), schriftlich. – Die interinstitutionellen Beziehungen zwischen dem Parlament und der Kommission bewegen sich mit dem Vertrag von Lissabon in eine andere Richtung. Wir Parlamentarier senden ein deutliches Signal an die Kommission, dass das Europäische Parlament nie wieder ein bloßer Beobachter sondern ein gleichberechtigter Akteur bei der Gestaltung der europäischen Politik sein wird. Politischen Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene fehlt die Kohärenz und sie belassen Europa vollkommen handlungsunfähig, wenn unerwartete Situationen eintreffen. Und wenn diese auftreten, sind wir nicht dazu in der Lage, effektiv und koordiniert auf sie zu reagieren. Der Kommissionspräsident hat zugesagt, für ein offenes, transparentes und konstruktives Verhältnis zum Europäischen Parlament einzutreten, um gemeinsam klare und realisierbare politische Ziele festzulegen und eine qualitativ hochwertige Gesetzgebung zu garantieren. Nun ist es an der Zeit, dass sich Herr Barroso an seine Versprechen erinnert und sicherstellt, dass die Forderungen des Europäischen Parlaments klar in der Rahmenvereinbarung berücksichtigt werden.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), schriftlich. – (LT) Ich unterstütze diese Rahmenvereinbarung, denn die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission ist besonders wichtig, um die Stabilität und die Leistungsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken. Diese Vereinbarung besagt, dass die Kommission, nachdem das Europäische Parlament eine Anfrage zu einer Gesetzesinitiative erhalten hat, innerhalb eines Monats antworten und innerhalb eines Jahres eine geeignete europäische Rechtsvorschrift erarbeiten muss. Falls die Europäische Union es ablehnt, den erwünschten Rechtsakt vorzubereiten, muss sie ihre Entscheidung ausführlich begründen. Bis jetzt hatte die Europäische Kommission das Initiativmonopol für europäische Gesetzgebung, aber der Vertrag von Lissabon legt fest, dass eine Mehrheit im Parlament das Recht hat, europäische Rechtsvorschriften auf den Weg zu bringen. Das Parlament und die Kommission werden bei von Bürgerinitiativen ausgehenden Anfragen zu Gesetzesinitiativen frühzeitig eng

zusammenarbeiten. Bei der Unterzeichnung von Verträgen werden Experten des Europäischen Parlaments ebenfalls in die Beratungen mit einbezogen werden. Die Vereinbarung wird dem Parlament das Recht geben, an bestimmten internationalen Gesprächen der Europäischen Union als Beobachter teilzunehmen und mehr Informationen über internationale Verträge zu erhalten.

Andrew Henry William Brons (NI), schriftlich. – Wir unterstützen zwar die Teile des Vorschlags, die eine Gleichbehandlung von Parlament und Rat bezüglich des Zugangs zu Sitzungen und Informationen vorsehen; sowie einen regelmäßigen Dialog zwischen dem Kommissionspräsidenten und dem Präsidenten des Parlaments; die Zusammenarbeit bei Bürgerinitiativen; Folgenabschätzungen von Rechtsvorschriften; und die Anwendung von nicht zwingenden Rechtsinstrumenten („soft law“) (anstatt bestrafendes Recht?); wir lehnen jedoch ab: eine erneute Bestätigung und Stärkung von verpflichtenden Fristen für die Umsetzung von Richtlinien; sowie den Gebrauch einer Sprache, die die Europäische Union und ihre Beamten beweihräuchert.

Maria Da Graça Carvalho (PPE), schriftlich. – (PT) Ich begrüße den heute angenommenen Entschließungsantrag über eine neue politische Rahmenvereinbarung, welche die institutionellen Beziehungen zwischen der Europäischen Kommission und dem Parlament regelt und die Rechte des Parlaments stärkt, die ihm durch den Vertrag von Lissabon übertragen wurden.

Die Garantie, dass die Kommission das Grundprinzip der Gleichbehandlung von Parlament und Rat anwendet, ist einer der Aspekte, die für das neue in dieser Vereinbarung angesprochene institutionelle Gleichgewicht von Bedeutung sind.

Ich möchte außerdem betonen, wie wichtig es ist, dass zwischen der Kommission und dem Parlament ein regelmäßiger Dialog stattfindet, durch Zugang zu den jeweiligen Sitzungen der Konferenz der Präsidenten, der Konferenz der Ausschussvorsitzen und des Kollegiums der Kommissare.

Außerdem wird die neue „Fragestunde“ mit Mitgliedern der Kommission in Plenarsitzungen zu einer besseren Rechenschaftspflicht der Exekutive beitragen.

Edite Estrela (S&D), schriftlich – (PT) Ich habe für die Entschließung des Europäischen Parlament zu einer revidierten Rahmenvereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission für die nächste Legislaturperiode gestimmt, da es sich um eine wichtige Vereinbarung handelt, nicht nur auf Grund ihres symbolischen Werts – sie ist nämlich ein klares Zeichen für die Bereitschaft der beiden europäischen Institutionen, Parlament und Kommission, gemeinsam am europäischen Projekt zu arbeiten –, sondern auch wegen ihres Inhalts, da sie die Pflichten der Parteien festlegt, damit diese besser zukünftigen Herausforderungen begegnen und die Probleme der Bürgerinnen und Bürger lösen können.

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) Das Europäische Parlament ist von der Kommission und vom Rat oft vor *faits accomplis*, also vor vollendete Tatsachen, gestellt und dazu degradiert worden, lediglich bereits getroffene Entscheidungen zu ratifizieren. Dieser Zustand, den dieses Haus hier anprangerte, hat ein Ungleichgewicht in den Beziehungen zwischen den drei wichtigsten europäischen Institutionen geschaffen. Das Parlament wird von Rechts wegen zu einem immer wichtigeren Partner des Rates im Entscheidungsprozess, daher ist es von besonderer Bedeutung, dass ihm die Kommission genauso viel Aufmerksamkeit widmet, wie sie für den Rat aufbringt.

Ich hoffe sehr, dass die überarbeitete Rahmenvereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission, anstatt nur Kanten zu glätten, die Verfahren beschleunigt, zu engerer Zusammenarbeit führt und einen schnellen und effizienten Informationsaustausch fördert, der dafür sorgt, dass die Stimme der gewählten Vertreter der Mitgliedstaaten frühzeitig gehört und berücksichtigt wird. So wie die Vereinbarung vorbereitet wurde, glaube ich, dass dies möglich ist.

Aus diesen Gründen ist die Initiative des Präsidenten der Europäischen Kommission, eine besondere Partnerschaft zwischen dem Parlament und der von ihm geführten Institution aufzubauen, vollkommen gerechtfertigt. Ich hoffe, sie wird nicht nur aufblühen, sondern auch Früchte tragen.

José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich. – (PT) Angesichts der Auswirkungen des Vertrages von Lissabon auf die Institutionen der Europäischen Union und die Stärkung der Mitverantwortung im Entscheidungsprozess, ist es unbedingt notwendig geworden, eine Reihe von Verfahren zu entwickeln, die einen regen und effizienten Informations- und Meinungsaustausch über die Strategien zur Konsolidierung und zum Ausbau der europäischen Integration sichern und gewährleisten. Die Möglichkeit, systematisch Arbeitssitzungen vor der legislativen und regulatorischen Arbeit einer jeden Institution abzuhalten, wird

sicher die Zusammenarbeit, die gegenseitige Abstimmung von Ideen, Projekten und Perspektiven sowie die Verbesserung von Entscheidungsentwürfen fördern. Auf diese Weise werden wir administrative und bürokratische Prozeduren, besonders hinsichtlich der Erwidern und Verbesserung von Entschlüssen, umgehen, wodurch wir das Risiko einer Ausuferung von Vorschlägen und Gegenvorschlägen vermeiden.

Diese Vereinbarung verstärkt die Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Institutionen und gewährleistet, dass die Kommission das Grundprinzip der Gleichbehandlung von Parlament und Rat anwendet. Aus diesen Gründen ist eine rasche Umsetzung dieser Rahmenvereinbarung unbedingt erforderlich, und man muss begreifen, dass für eine bessere Effizienz und Wirksamkeit dieser institutionellen Beziehung eine fortlaufende Evaluierung nötig ist.

Robert Goebbels (S&D), schriftlich. – (FR) Ich habe mich zu der Rahmenvereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission der Stimme enthalten. Das Parlament als Mitgesetzgeber sollte nicht versuchen, immer noch mehr Befugnisse auf Kosten der Kommission zu erlangen. Durch den ganzen Vertrag, und nichts als den Vertrag beschneidet das Parlament das Initiativrecht der Kommission. Wie Präsident Buzek sagte: „Gerade sind wir einen Schritt weiter hin zum Initiativrecht für Abgeordnete gekommen.“ Wenn eines Tages Parlamentarier Gesetzesvorschläge unterbreiten können, wird jede Lobby einen Abgeordneten finden, der ihre jeweiligen Interessen vertritt. Ich möchte an der bewährten Gemeinschaftsmethode festhalten, bei der die Kommission als Hüterin und Richterin über die gemeinsamen europäischen Interessen über das Initiativmonopol für Gesetzgebung verfügt. Mehr Treffen zwischen der Kommission und den parlamentarischen Gremien abzuhalten, ist nicht der richtige Weg, um zu einer effektiveren Europapolitik zu gelangen.

Ian Hudghton (Verts/ALE), schriftlich. – Ich habe für die neue Rahmenvereinbarung zwischen dem Parlament und der Kommission gestimmt. Nun, da der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist, hat dieses Haus mehr Befugnisse erlangt und unsere Zusammenarbeit mit der Kommission muss entsprechend angepasst werden. Ganz besonders begrüße ich den Teil der neuen Vereinbarung, der festlegt, dass der Kommissionspräsident dem Parlament uneingeschränkt Rechenschaft ablegen muss, falls dieses einem Kommissar das Vertrauen entzieht. Ich habe heute zwar für die neue Kommission gestimmt, aber ich bin gegen das Alles-oder-nichts-System, bei dem das Parlament die Kommission als Ganzes annehmen oder ablehnen muss. Jedes Verfahren, das darauf abzielt, dass wir einzelne Kommissionsmitglieder zur Rechenschaft ziehen können, ist zu begrüßen.

Elisabeth Köstinger (PPE), schriftlich. – Die Zustimmung des Europäischen Parlaments zur neuen Kommission ist kein Freibrief, sondern ein Vertrauensvotum. Immerhin kann nun endlich die Arbeit gemeinsam mit einer voll arbeitsfähigen Kommission aufgenommen werden. Die Rolle des Europäischen Parlaments wurde mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags gefestigt und gestärkt und dementsprechend wurde mit der heute beschlossenen Rahmenvereinbarung über die interinstitutionellen Beziehungen die Gleichstellung des Europäischen Parlaments gegenüber der Kommission als gleichwertiger Partner bekräftigt, was ich ausdrücklich begrüße. Wir haben damit eine gute Grundlage für die zukünftige Zusammenarbeit geschaffen und werden den partnerschaftlichen Dialog als gleichberechtigter Partner auch mit Nachdruck einfordern. Es wird wohl auch für die Kommission von großem Interesse sein, das Europäische Parlament frühzeitig bei Legislativinitiativen einzubinden, um im Interesse und zum Wohl der Menschen in Europa und einer gelebten Demokratie einen effizienten Ablauf zu gewährleisten. <BRK>

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), schriftlich. – (FR) Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden nach allgemeinem Wahlrecht gewählt und sind als solche Vertreter der europäischen Bürgerinnen und Bürger. Daher ist es unbegreiflich, dass die Konferenz der Präsidenten sich damit begnügen soll, sich Zugang zu denselben Informationen zu erbetteln, die der Kommission und dem Rat zur Verfügung stehen, oder an einigen ihrer Sitzungen teilzunehmen, wenn sie selbst doch auch den Sitzungen des Parlaments beiwohnen können! Wie kann es sein, dass das Parlament nicht seine repräsentative Rolle geltend macht, um zu erreichen, dass seine Initiativen von der Kommission automatisch angenommen werden. Warum akzeptiert das Parlament die Tatsache, dass, falls das Parlament sein Vertrauensvotum für einen Kommissar widerrufen möchte, die Kommission dies verweigern kann? Wie können wir hinnehmen, dass das Parlament keine verbindliche Stellungnahme abgeben kann, wenn die Kommission ihre Arbeitsweise ändert?

Wie ist es möglich, dass das Parlament nicht nachdrücklichere Forderungen stellt für die Delegationsvorsitzenden, denen bei der Vertretung in internationalen Konferenzen nur ein Beobachterstatus eingeräumt wird? Dass der Vertrag von Lissabon dem Europäischen Parlament eine Rolle als Rumpfparlament zuweist, ist eine Sache, aber dass die Abgeordneten diesem Unsinn auch noch zustimmen, ist noch einmal

etwas ganz anderes. Ich werde aus Respekt vor der Würde des Mandates, das mir vom französischen Volk übertragen wurde, gegen diese Entscheidung stimmen.

Nuno Melo (PPE), *schriftlich*. – (PT) Mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon war es nötig, eine neue Rahmenvereinbarung auszuhandeln, um die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission zu regeln. Der Entschließungsantrag, der heute von einer überwältigen Mehrheit angenommen worden ist, spiegelt die neue und außerordentlich wichtige Rolle des Europäischen Parlaments wider. Die Ausweitung der Kompetenzen des Parlaments, die Gleichbehandlung von Parlament und Rat sowie andere neue Rechte des Parlaments auf verschiedenen Gebieten stehen deutlich im Geiste des Vertrages von Lissabon. Unter diesem Gesichtspunkt bringt der angenommene Antrag eine Vertiefung des EU-Verfassungsprozesses zum Ausdruck, die in die richtige Richtung geht.

Andreas Mölzer (NI), *schriftlich*. – Der Entschließungsantrag zur neuen Rahmenvereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission für die neue Wahlperiode enthält einige sinnvolle Ansatzpunkte. Dies betrifft das Einfordern einer Garantie von Seiten der Kommission, dass in Zukunft der Grundsatz der Gleichbehandlung von Parlament und Rat angewendet wird, aber auch die genaue Festlegung von Fristen, die die Kommission bei der Vorlage von Gesetzesinitiativen einhalten soll.

Unannehmbar und sinnwidrig ist aber die Forderung, dass einzelne Kommissare vom Kommissionspräsidenten nach Vorschlag des Parlaments zum Rücktritt aufgefordert werden sollen. Dies würde nur dann Sinn machen, wenn auch bei der Wahl der Kommission die Möglichkeit bestünde, über jeden Kandidaten einzeln abzustimmen, was derzeit aber nicht der Fall ist. Aus diesem Grund habe ich gegen den Entschließungsantrag gestimmt. <BRK>

Birgit Schnieber-Jastram (PPE), *schriftlich*. – Ich bedaure die in der vorliegenden Rahmenvereinbarung fehlenden Hinweise auf die Kontrollmöglichkeiten des Europäischen Parlaments sowie die mangelnde Deutlichkeit der Grundsätze der Gewaltenteilung in Teilen der Vereinbarung. Ich habe mich deshalb zu einer Enthaltung entschlossen. <BRK>

Nuno Teixeira (PPE), *schriftlich*. – (PT) Der Vertrag von Lissabon verkörpert ein neues institutionelles Gleichgewicht, das dem Europäischen Parlament einen deutlich verbesserten Status gegenüber den anderen Institutionen zuweist. Die Rahmenvereinbarung zielt darauf ab, die täglichen Beziehungen zwischen Parlament und Kommission in einer verstärkten und den neuen Aspekten des Lissaboner Vertrages angepassten Partnerschaft zu regeln, ausgehend von den Versprechen, die der kürzlich gewählte Präsident der Kommission, José Manuel Durão Barroso, gegeben hat, und von seinem Vorschlag für eine „Besondere Partnerschaft zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission“. Es ist zu begrüßen, dass die Kommission verpflichtet ist, innerhalb kurzer Zeit auf alle Forderungen nach Gesetzesinitiativen zu reagieren, denn dies spiegelt die wachsende Bedeutung des Europäischen Parlaments als Mitgesetzgeber, vor allem in Bereichen wie Regionalpolitik, wider. Als äußerst positiv werte ich auch, dass die Vereinbarung eine Garantie enthält, dass die Kommission das Grundprinzip der Gleichbehandlung von Parlament und Rat anwenden wird, sowie ein höheres Maß an interinstitutioneller Zusammenarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung des Rechtsetzungsprogramms und des jährlichen Arbeitsprogramms vorsieht. Aus diesen Gründen und vor allem auch weil er die Rolle des Europäischen Parlaments stärkt und die Europäische Union neu belebt, habe ich für diesen Antrag gestimmt.

Róza, Gräfin von Thun Und Hohenstein (PPE), *schriftlich*. – (PL) Die neue Rahmenvereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission beinhaltet einige wichtige Elemente. Erstens: das Prinzip der Gleichbehandlung von Parlament und Rat, das die demokratische Legitimation der Europäischen Union stärkt. Zweitens erhält das Parlament zusätzliche Befugnisse bei der Überwachung von Gesetzesinitiativen der Kommission, wodurch es mehr Einfluss auf die Gesetzgebung haben wird.

In die Vereinbarung wurde eine Klausel über die verpflichtende Veröffentlichung von Übereinstimmungstabellen aufgenommen, für die ich mich in meinem Bericht über Binnenmarktanzeiger stark gemacht habe, sowie verbindliche Fristen für die Umsetzung von Richtlinien, die zwei Jahre nicht überschreiten sollten. Dadurch besteht die Möglichkeit, dass der Plan zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes schneller vollendet wird. Die Vereinbarung stärkt ebenfalls das Gemeinschaftskonzept und verbessert die Arbeit beider Institutionen. Sie verpflichtet sie auch zu einer Funktionsweise, die den Charakter der Europäischen Union als wahre Gemeinschaft gewährleistet.

Silvia-Adriana Țicău (S&D), *schriftlich*. – (RO) Ich habe für die Entschließung des Europäischen Parlaments zu einer überarbeiteten Rahmenvereinbarung zwischen Parlament und Kommission für die nächste

Legislaturperiode gestimmt, da ich diese Vereinbarung für unverzichtbar für die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und der zukünftigen Europäischen Kommission halte. Die europäischen Institutionen müssen dafür sorgen, dass die „Gemeinschaftsmethode“ effizient und zum Wohle der europäischen Bürgerinnen und Bürger eingesetzt wird. Gemäß den Bestimmungen des Vertrages von Lissabon, der ein neues institutionelles Gleichgewicht schafft, kann das Europäische Parlament die Kommission auffordern, einen Gesetzgebungsvorschlag zu unterbreiten, und letztere muss diesen Vorschlag innerhalb eines Jahres nach der Anfrage des Parlaments vorlegen. Die Ausweitung der Befugnisse des Parlaments, die interinstitutionelle Zusammenarbeit sowie die Vereinfachung von EU-Rechtsvorschriften garantiert ein besseres Funktionieren des Gesetzgebungsverfahrens der EU und eine aktivere und direktere Miteinbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Erarbeitung europäischer Rechtsakte. Die Kommission muss die im Vertrag von Lissabon vorgesehenen Verfahren und Bedingungen regeln, unter denen Bürgerinnen und Bürger der EU die Kommission auffordern können, einen Gesetzesvorschlag für Themen vorzulegen, die ihnen wichtig erscheinen.

Anna Záborská (PPE), schriftlich. – (FR) Wir werden heute bei unserer Februartagung 2010 Zeuge vom unmittelbaren Beginn der institutionellen Zusammenarbeit für die nächsten fünf Jahre. Obwohl das Parlament seine interne Arbeit nach den Europawahlen aufgenommen und rasch über die Verteilung der verantwortungsvollen Posten sowie über seine internen Regeln entschieden hat, kostete uns die Umsetzung der Vereinbarungen zur interinstitutionellen Zusammenarbeit zwischen Rat und Kommission im Lichte des Vertrages von Lissabon doch einige Zeit. Das parallel ablaufende Verfahren zur Bestimmung der zukünftigen Kommissare hat die Einführung eines Initiativrechts, über das das Parlament von nun an verfügt, erleichtert. Künftig muss die Kommission gemäß Artikel 225 AEUV nach der Verabschiedung eines Antrags für eine Gesetzgebungsinitiative Bericht über dessen weiteren Verlauf erstatten. Falls es das Europäische Parlament mit einfacher Mehrheit beantragt, muss die Kommission innerhalb eines Jahres einen Gesetzesvorschlag unterbreiten oder den Vorschlag in das Arbeitsprogramm des folgenden Jahres mit aufnehmen. Ich bitte jeden Menschen guten Willens, die Arbeit des Parlaments genau zu beobachten, da natürlich die Abgeordneten diese Bestimmung besonders auf dem Gebiet der universellen Sozialethik nutzen werden.

Entschließungsantrag B7-0071/2010

Andrew Henry William Brons (NI), schriftlich. – Einige sind vielleicht überrascht, dass wir einen Antrag der GUE/NGL-Fraktion unterstützen. Wir teilen zwar manche ihrer Kritikpunkte an der Europäischen Union, jedoch haben wir wohl eine ganz andere Ansicht dazu, was die EU ersetzen sollte. Zudem sind unsere Ideologien vollkommen unterschiedlich. Wir sind Nationalisten, die für die Souveränität des Nationalstaats eintreten. Sie sind Internationalisten. Wir glauben an ein System basierend auf freier Wirtschaft, mit einem gewissen Grad an Regulierung und Eigentum an öffentlichen Gütern, wohingegen sie vermutlich für ein viel höheres Maß an Staatseigentum stehen. Wir befürworten Folgendes: die Ablehnung neoliberaler Wirtschaftspolitik; die Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit (obwohl wir vielleicht diese anders definieren); und die Kritik an den Ausflüchten, der Inkohärenz und den ungenügenden Antworten einiger Kommissare. Wir stimmen aber gerne mit jedem ab, dessen Vorschläge wir teilen.

Carlo Casini (PPE), schriftlich. – (IT) Indem ich klar dafür gestimmt habe, möchte ich den Worten von Präsident Barroso mehr Nachdruck verleihen, mit denen er den Aufbau eines vereinten und stärkeren Europas innerhalb der nächsten fünf Jahre verkündet hat.

Zu Beginn seiner Rede erinnerte er an die Grundwerte der europäischen Einigung, allen voran die Menschenwürde. Ich stimme dem vorbehaltlos zu, aber das Problem ist, dass „Würde“ zu einem mehrdeutigen Wort geworden ist, da es nicht nur verwendet wird, um das Leben und die Gleichheit der Menschen zu garantieren, sondern auch zur Benachteiligung und zum Schaden der schwächsten Glieder der Gesellschaft und sogar zur Rechtfertigung von Tod. Ich hoffe daher, dass die Kommission in den nächsten fünf Jahren so arbeiten wird, dass das Wort „Würde“ wieder seine eindeutige und wahre Bedeutung erlangt.

Es ist von symbolischer Bedeutung, dass am 15. Dezember letzten Jahres, während der heißen Phase der Bildung einer neuen Kommission, 500 000 europäische Bürgerinnen und Bürger aus 17 Ländern in einer gemeinsamen Petition unsere Institutionen dazu aufforderten, nach dem Grundsatz der gleichen Würde aller Menschen bei jeder Entscheidung die Charta der Grundrechte zu interpretieren und umzusetzen.

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) Ich habe für die designierte Kommission gestimmt, da ich mir ihrer Schlüsselrolle in der gesamteuropäischen Struktur sowie ihrer wachsenden Bedeutung als Initiator der Gesetzgebung bewusst bin. Als Portugiese möchte ich meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, dass das anspruchsvolle Amt des Präsidenten der Kommission erneut meinem Landsmann

José Manuel Durão Barroso anvertraut wurde, einem Mann, der unbestreitbar bereits zuvor diese Aufgabe hervorragend erfüllt hat.

Ich bin mir über die Schwierigkeiten im Klaren, die in letzter Zeit aufgetreten sind, aber ich hoffe, dass die Europäische Union und das europäische Projekt bessere Tage erleben werden. Ich wünsche ihm und seiner Mannschaft größtmöglichen Erfolg.

José Manuel Fernandes (PPE), *schriftlich*. – (PT) Mit Blick auf die Grundsätze der Subsidiarität, Vertretung und Gleichberechtigung der einzelnen Mitgliedstaaten, möchte ich hervorheben, wie wichtig es ist, die Verantwortungen und Zuständigkeiten zwischen den Mitgliedern der Europäischen Kommission aufzuteilen. Die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten wird immer mehr vertieft, und die Interventionsfähigkeit der Europäischen Union auf weltweiter Ebene hat an Bedeutung gewonnen; vor diesem Hintergrund wäre es nicht nachzuvollziehen, wenn die verschiedenen strategischen und politischen Entscheidungen unter den Europäischen Institutionen aufgeteilt würden.

Alle neuen Kommissare wurden im Europäischen Parlament befragt und angehört, wo sie ihre Erwartungen und Projekte in ihren jeweiligen Fachbereichen äußern konnten, wobei sie stets betonten, wie wichtig es sei, die Aufgaben durch Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ressorts und Zuständigkeitsbereichen der Europäischen Kommission aufzuteilen. Dieser Ansatz zeugt weder von Unfähigkeit noch deutet er Präsidialismus an, vielmehr stärkt er das Prinzip der Mitentscheidung durch einen kooperativen Führungsstil, der wiederum für einen effektiven und nützlichen Dialog zur Festigung der Europäischen Union sorgt. Daher habe ich gegen diesen Antrag gestimmt.

João Ferreira (GUE/NGL), *schriftlich*. – (PT) Die von der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke vorgelegte Entschließung betrifft wichtige Aspekte unserer Beurteilung des Kollegiums der Kommissare, das dem Parlament vorgestellt wurde. Außerdem fasst sie einige der wesentlichen Gründe zusammen, warum wir gegen diese Kommission gestimmt haben. So hat der Präsident der Europäischen Kommission ein Programm vorgestellt, das die gescheiterte neoliberale Politik der vorigen Kommission weiterführt. Die Kommissare fühlen sich selbstverständlich an dieses Programm gebunden und haben es auch vorbehaltlos in den Anhörungen im Parlament verteidigt. Zudem wurde dieses Team ausgewählt, um dieses Programm zu verwirklichen, dessen Strategie nicht etwa zur notwendigen Veränderungen der politischen Einstellung führen wird, indem es mehr soziale Gerechtigkeit, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Armutsbekämpfung fördert, sondern das vielmehr gefährliche Elemente enthält, die diese schwerwiegenden Probleme noch verschärfen werden. Alles in allem: Wir kämpfen für ein Europa der Gerechtigkeit und des sozialen Fortschritts, des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, der Kooperation zwischen souveränen, gleichberechtigten Staaten und für ein Europa, das den Frieden fördert; mit den von dieser Kommission vorgeschlagenen Richtlinien stehen die Chancen jedoch schlecht, dieses Europa zu erreichen.

Nuno Melo (PPE), *schriftlich*. – (PT) Nach mehrwöchigen Anhörungen mit den neuen Kommissaren wäre dies nicht der passende Zeitpunkt, die Qualität eines Kommissionskollegium in Frage zu stellen, das bereits in verschiedenen Ausschüssen viele Stunden lang sehr nützliche Erläuterungen über die anstehenden Politiken gegeben hat. Daher ist es jetzt an der Zeit, der EU eine Kommission zur Verfügung zu stellen, die in der Lage ist, auf die schwierigen jüngsten Geschehnisse zu reagieren.

Nuno Teixeira (PPE), *schriftlich*. – (PT) Dem Parlament und der Kommission werden Schlüsselfragen der Europäischen Union gegenüberstehen, nämlich der Weg aus der Krise durch Erholung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes, die Sanierung der öffentlichen Haushalte der Mitgliedstaaten sowie die Verhandlungen über den Finanzrahmen für die Zeit nach 2013, bei dem – und das möchte ich betonen – die Kohäsionspolitik eine ganz besondere Rolle spielen wird.

Ich hatte die Gelegenheit, den designierten Kommissar für Regionalpolitik, Johannes Hahn, bezüglich seines Interesses an der Schaffung eines spezifischen Programms zur dauerhaften finanziellen Unterstützung der Regionen in äußerster Randlage zu befragen.

Ich habe ihm auch einen Vorschlag für ein flexibleres System der Inanspruchnahme von Strukturfonds durch „Übergangsregionen“ unterbreitet, das sind jene Regionen, die zwischen den Zielen „Konvergenz“ und „Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ liegen.

Der designierte Kommissar hat sich nicht nur als kompetent und konsequent erwiesen, er zeigte sich auch bereit, diese Möglichkeiten zu prüfen, weshalb ich zuversichtlich bin, dass er sich auch in Zukunft bereitwillig und mit viel Fingerspitzengefühl für Regionen in äußerster Randlage, wie etwa Madeira, einsetzen wird.

Ich habe dieser Kommission unter der Führung von José Manuel Barroso mein Vertrauensvotum gegeben, da sich die Kommissare im Allgemeinen technisch gut vorbereitet, seriös und ambitioniert gezeigt haben, sich den Herausforderungen der EU stellen zu können, ohne die Werte zu vergessen, auf denen die EU aufgebaut ist, nämlich Solidarität und territorialen Zusammenhalt.

Entschließungsantrag B7-0090/2010

Zigmantas Balčytis (S&D), *schriftlich*. – (LT) Wir haben heute der Zusammenstellung der Europäischen Kommission zugestimmt, obwohl wir feststellen müssen, dass immer noch Zweifel über manche designierte Kommissare bestehen. Sowohl dem Rahmenwerk für die Aktivitäten der Kommission als auch insbesondere den Programmen der einzelnen Kommissare fehlt die soziale Komponente. Man hat den Eindruck, dass das Hauptkriterium für die Festlegung von Zielen und Aufgaben die Stärkung der Rolle Europas in der Welt ist, wobei die Rechte und Hoffnungen unserer Bürgerinnen und Bürger sowie sozialer Schutz ins Hintertreffen geraten sind. Die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten hat beschlossen, die Kommission zu unterstützen, da zu einem Zeitpunkt, da Europa unter einer endlosen Wirtschafts- und Finanzkrise sowie steigender Arbeitslosigkeit leidet und die Bürgerinnen und Bürger Europa desillusioniert gegenüberstehen, das Europäische Parlament und Europa allgemein nicht in Lager von Position und Opposition gespalten sein darf. Jetzt kommt es vor allem darauf an, sich auf diese wichtigsten Punkte der politischen Agenda zu konzentrieren, um sobald als möglich diesem Zustand der Unsicherheit und Instabilität in Europa ein Ende zu setzen und die drängendsten Probleme, wie die Finanzkrise und die Arbeitslosigkeit, schneller und wirksamer zu lösen.

Bastiaan Belder (EFD), *schriftlich*. – (NL) Die Kommission Barroso II ist eine gemischte Truppe. In den letzten Wochen sind uns einige starke, aber auch einige sehr schwache Kandidaten begegnet. Das macht es nicht einfacher, diese Kommission als Ganzes zu beurteilen. Noch verstärkt wird dieses zweiseitige Gefühl dadurch, dass sich viele designierte Kommissare offenkundig während der Anhörungen dem Parlament anbiedert haben. Wofür sie jedoch wirklich stehen, ist selbst jetzt manchmal noch nicht klar.

Die niederländische Reformierte Politische Partei im Europäischen Parlament hat entschieden, sich der Stimme zu enthalten. Und das, um dem zweiseitigen Gefühl, das diese Kommission bei uns hinterlassen hat, Ausdruck zu verleihen. Es kommen aber noch andere Dinge hinzu. Eine Kommissarin, die auch die erste Vizepräsidentin ist, bereitet uns ernsthafte Bedenken. Baronin Ashton kommt die zweifelhafte Ehre zu, als erste EU-Beamtin eine Karriere in der Kommission mit einem Posten im Ministerrat zu verbinden. Wir können dieses ungerechtfertigte, institutionell risikoreiche Unternehmen nicht unterstützen. Hinzu kommt noch, dass uns Baronin Ashton zu keinem Zeitpunkt den Eindruck vermitteln konnte, dass sie dem Druck, der mit diesem Amt verbunden ist, standhalten kann. Sie ist eines der schwächsten Glieder in dieser Kommission und man hat bei ihr niemals den Eindruck bekommen, dass sie sich bei den Auswärtigen Angelegenheiten wirklich zu Hause fühle. Wir blicken daher etwas besorgt auf die Zeit von 2010 bis 2014.

Sebastian Valentin Bodu (PPE), *schriftlich*. – (RO) Wir haben eine neue Kommission, die ihr Mandat zwar zu einem schwierigen Zeitpunkt übernommen hat, die aber aus einer Gruppe von Experten besteht, auf deren Schultern die Verantwortlichkeiten aller 27 Mitgliedstaaten liegen. Wir haben den Vertrag von Lissabon, der die Machtverhältnisse ändert und der Kommission Anpassungsfähigkeit abverlangt. Die Europäische Union befindet sich somit in einer neuen, heiklen Situation, in der Leistung, Stabilität und Dynamik gefordert sind, wenn es darum geht, kohärente Politik vorzuschlagen und umzusetzen.

Wir stehen vor einer neuen finanziellen Vorausschau, die eine vernünftige Antwort der Kommission durch Reformen und neue Anpassungen in allen Sektoren, angefangen bei der Wirtschaft, erforderlich macht.

Alle Mitgliedstaaten bekommen das volle Ausmaß der Finanzkrise zu spüren. Die von Griechenland geläutete Alarmglocke stößt auf starke Resonanz, von Staaten mit gut koordinierter Wirtschaft bis hin zu solchen, die auf allen Ebenen damit zu kämpfen haben, ihr Haushaltsdefizit zu verringern. Eine stabile, gut koordinierte Wirtschaftspolitik in allen 27 Ländern kann ein ausgeprägtes Ungleichgewicht auf EU-Ebene vermeiden und in einem zweiten Schritt ihre positive Wirkung entfalten. Das Handeln der EU soll Lösungen für die mit der Krise verbundenen Probleme bieten und kreative Ansätze zur Wiederherstellung der Stabilität in den Mitgliedstaaten liefern. Mit anderen Worten: Es soll das Defizit beseitigen, Ungleichheiten vermeiden und gleichzeitig die Wirtschaft stärken.

Sophie Briard Auconie (PPE), *schriftlich*. – (FR) Wie meine Kolleginnen und Kollegen der drei wichtigsten Fraktionen des Europäischen Parlaments habe auch ich gerade der Ernennung des von Herrn Barroso vorgestellten europäischen Kommissionskollegiums zugestimmt. In der Tat ist es ein gutes Team aus Personen

mit unterschiedlichen und sich ergänzenden Erfahrungen. Bis 2014 werden Christdemokraten, Liberale und Sozialisten ihre politischen und geographischen Unterschiede beiseite lassen und innerhalb eines Kollegiums zusammenarbeiten, um dem allgemeinen europäischen Interesse zu dienen. Drei Wochen lang haben die Abgeordneten des Europäischen Parlaments durch das parlamentarische Anhörungsverfahren in hervorragender Weise die Qualität der Kandidaten überprüft. Danach war es unsere Pflicht, diese neue Mannschaft voll zu unterstützen. Wir erwarten nun, dass diese Kommission „Barroso II“ uns durch ihre konsequente Entschlossenheit überraschen wird, die Europäische Union voranzubringen. Ihre Hauptaufgabe wird darin bestehen, all unseren europäischen Mitbürgern jeden Tag aufs Neue den Mehrwert des europäischen Projekts zu vermitteln.

Maria Da Graça Carvalho (PPE), *schriftlich*. – (PT) In Zeiten einer finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Krise, die Europa gerade durchlebt, ist es außerordentlich wichtig, eine starke Kommission zu haben, die in wesentlichen Bereichen, wie Energiesicherheit und Klimawandel, ein ehrgeiziges und mutiges Programm vorweisen kann.

Mit einem Ressort ausschließlich für Klimawandel und einem anderen, das Innovation und Forschung verbindet, zeugt die neue Struktur der Kommission eindeutig von einem ehrgeizigen Projekt und einer glaubwürdigen Strategie für Europa bis 2020.

Diese neue Kommission, unter der Leitung von Präsident Barroso und mit einer neuen Organisation für diese Bereiche, erfüllt die erforderlichen Kriterien, um ein Motor für den wirtschaftliche Aufschwung zu sein, der auf effizienter Nutzung der Ressourcen und Innovation basiert und mehr soziale Gerechtigkeit als Ziel hat.

Ich heiße das neue Kommissionskollegium und Präsident Barroso willkommen und gratuliere ihnen zu diesem Wahlergebnis. Im Vergleich zur vorherigen Kommission zeugt dieses Ergebnis von einer breiteren Unterstützung durch das Parlament, und es gibt ein klares Signal der Ermutigung für die neue institutionelle Zusammenarbeit zwischen Parlament und Kommission, damit diese in einer weltweit führenden EU immer mehr mit einer Stimme sprechen können.

Françoise Castex (S&D), *schriftlich*. – (FR) Wie alle französischen Fraktionsmitglieder der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament habe ich gegen diese Kommission gestimmt. Die Mehrheit der Kommissare vertreten die liberale Haltung der Europäischen Union, die wir ablehnen. Andere wurden von ihren Mitgliedstaaten nominiert und haben keinerlei Zielsetzungen für Europa oder eigene Visionen. Eines steht fest: Die zukünftigen Kommissare haben sich zu keinem der Themen verpflichtet, die wir für wesentlich halten. Welche Strategie wird uns aus der Krise führen? Wie sollen wir auf den sozialen Notstand und dringende Klimaprobleme reagieren? Wie wollen wir das Projekt Europa wiederbeleben? Da wir auf diese Fragen keine hinreichenden Antworten erhalten haben, stimmten wir dagegen, denn wir können der Europäischen Kommission keinen Blankoscheck ausstellen. Wenn sie diese Ziele nicht erreicht, glaube ich nicht, dass diese Kommission den europäischen Bürgerinnen und Bürgern eine neue Zukunft bieten oder Europa eine wichtige Rolle in der Welt verschaffen kann. Deshalb können wir sie nicht unterstützen. Selbstverständlich muss ich nun fünf Jahre lang mit den Vorschlägen dieser Kommission arbeiten. Aber meine Stimme soll heute mein Misstrauen und meine politische Wachsamkeit zum Ausdruck bringen, die ich in dieser Amtsperiode an den Tag legen werde.

Nessa Childers (S&D), *schriftlich*. – Zusammen mit meiner Fraktion der Sozialisten und Demokraten habe ich mich sehr über die endgültige Zusammenstellung der zukünftigen Kommission gefreut. Insbesondere die Kommissare für Umwelt und Energie werden in Europas Entwicklung in den kommenden Jahren eine Schlüsselrolle spielen, und es freut mich, dass Präsident Barroso die richtigen Vertreter ausgewählt hat.

Nikolaos Chountis (GUE/NGL), *schriftlich*. – (EL) Ich habe gegen die vorgeschlagenen Kommissare (das Kollegium) gestimmt, da diese dieselbe neoliberale Politik verfolgen werden, die die Europäische Union in diese vielschichtige Krise und in gewaltige Ungleichheiten gestürzt hat. Sie werden den Vertrag von Lissabon und die EU-Strategie für 2020 vorantreiben, die die Herrschaft des Marktes stärken, zum Anstieg von Arbeitslosigkeit und unsicheren Jobs führen, das soziale Sicherungssystem auflösen und demokratische und soziale Rechte einschränken werden. Undurchsichtige Verfahren und das Demokratiedefizit in der Europäischen Union sorgen für Misstrauen unter der Bevölkerung und verschärfen die Vertrauenskrise gegenüber den europäischen Institutionen, was kürzlich die außerordentlich schwache Beteiligung an den Europawahlen gezeigt hat. Eine Fortsetzung dieser Politik wird die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger Europas zerschlagen. Die europäische Linke wird sich durch das Europäische Parlament dieser Politik widersetzen und die Hoffnungen der jungen Generation auf ein demokratisches, soziales, feministisches,

ökologisches und friedliebendes Europa verwirklichen, indem sie Seite an Seite mit den Arbeitern und sozialen Bewegungen kämpfen wird.

Carlos Coelho (PPE), *schriftlich*. – (PT) Ich möchte Dr. Barroso nicht nur zu seiner ausgezeichneten Arbeit während der ersten Amtszeit gratulieren, sondern auch zu seiner verdienten Wiederbenennung als Präsident der Europäischen Kommission für eine neue Amtsperiode. Ich hoffe, dass das Parlament und die Kommission eng und voller Respekt für die Zuständigkeiten und Vorrechte des jeweils anderen zusammenarbeiten, mit dem Ziel, eine besondere Partnerschaft zwischen den beiden Institutionen aufzubauen, wie sie Präsident Barroso in seinen politischen Leitlinien vorgeschlagen hat. Ich bin zuversichtlich, dass der gewählte Präsident der Kommission die Versprechen einhalten wird, die er diesem Parlament gegeben hat, und die zu einer überarbeiteten Rahmenvereinbarung führen sollen. Nur auf diesem Weg können wir die Integration eines Europas vollenden, dessen wichtigstes Ziel es ist, die Rechte unserer Bürgerinnen und Bürger zu verteidigen.

Die Anhörungen der designierten Kommissare sind immer wichtige Momente, die die Bedeutung der europäischen Demokratie zeigen. Das Parlament hat seine Aufgaben wahrgenommen und das Verfahren war fair, prägnant und transparent. Ich glaube, dass die zweite Barroso-Kommission noch stärker und politisch noch besser vorbereitet sein wird als die vorherige. Zu einem Zeitpunkt, da sich jeder nach wirtschaftlichem Aufschwung und der Schaffung von Arbeitsplätzen sehnt, hoffe ich, dass sie geschlossen auftreten wird, und dass all ihre Mitglieder ihrer großen Verantwortung gerecht werden.

Mário David (PPE), *schriftlich*. – (PT) Die neue Barroso-Kommission wurde vom Europäischen Parlament mit einer großen Mehrheit angenommen. Ich habe selbstverständlich auch für sie gestimmt. Und ich habe das nicht nur aus Gewissensgründen, sondern auch mit Hingabe und Vertrauen getan. Ich habe so gestimmt, weil das neue Kollegium der Kommissare aufgrund seiner Erfahrungen ein viel höheres politisches Potential besitzt und Garantien bietet, dass es sich fest und entschlossen den großen Herausforderungen der Europäischen Union stellen wird: der schweren Finanzkrise, die wir derzeit durchleben, und ihren schrecklichen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen, insbesondere Arbeitslosigkeit; der Sicherheit und dem Kampf gegen den Terrorismus; der Stärkung der Rolle Europas in der Welt, und damit eines Europas mit einer aktiven gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik; dem Kampf gegen den Klimawandel und der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaften bei der Verteidigung unseres Sozialmodells. Das realistische und ehrgeizige Programm, das José Manuel Barroso vorgestellt und unser Parlament gebilligt hat, kann nun endlich zum Wohle der 500 Millionen europäischen Bürgerinnen und Bürgern umgesetzt werden. Ich wünsche dem Präsidenten der Europäischen Kommission und seiner Mannschaft viel Glück.

Marielle De Sarnez (ALDE), *schriftlich*. – (FR) Im September haben die Mitglieder der Partei „Mouvement Democraté“ (Demokratische Bewegung) nicht für die Ernennung Herrn Barrosos zum Präsidenten der Kommission gestimmt, da seine Erfolgsbilanz nicht für eine Wiederwahl sprach. Auch heute haben sie nicht für das Kommissionskollegium gestimmt, da der Mangel an Ehrgeiz, den einige der Mitglieder während der Anhörungen an den Tag legten, nur wenig Hoffnung auf eine starke Kommission bot, die die EU braucht. Außerdem haben jüngste Entwicklungen leider deutlich gezeigt, dass diese Mannschaft mit gewissen Situationen nicht klarkommt. Erste Zweifel kamen bereits im Dezember, während des Kopenhagener Gipfels, wo sich Europa als unfähig erwies, mit einer Stimme zu sprechen. Diese haben sich im Januar bestätigt, als Baronin Ashton es versäumte, nach Haiti zu reisen, um die Solidarität Europas zu zeigen, oder die Geberkonferenz in Montreal zu besuchen, wo ihre Präsenz zur Koordination der Hilfen der EU und der Mitgliedstaaten erforderlich war. Schließlich können jetzt, im Februar, keine Zweifel mehr bestehen, da Griechenland von Spekulanten angegriffen wird, ohne dass die Kommission einen glaubwürdigen Rettungsplan vorweisen kann. Aus diesen Gründen haben die gewählten Vertreter der Partei „Mouvement Democraté“ der Kommission Barroso II nicht ihr Vertrauen ausgesprochen.

Martin Ehrenhauser (NI), *schriftlich*. – Als überzeugter Proeuropäer kann ich der neuen EU-Kommission nicht zustimmen. Sie beruht auf intransparenten Entscheidungen in den nationalen Parteien und Regierungskanzleien. Die vorgeschlagenen EU-Kommissare sind nicht unabhängige Schwergewichte, wie sie sich vor allem jüngere Bürgerinnen und Bürger zu Recht wünschen. Bei der Auswahl wurde auch nicht nach fachlichen Kriterien entschieden. Alleine die Tatsache, dass zwischen der Nominierung des österreichischen Kommissars Johannes Hahn und seiner Ressortzuteilung vier Wochen lagen, beweist dies. Trotz des nunmehr in Kraft getretenen EU-Reformvertrags von Lissabon kann das EU-Parlament auch weiterhin nicht einzelne Kommissare wählen oder ihnen das Misstrauen aussprechen. Politische Persönlichkeiten wie der französische und der spanische EU-Kommissar gehen da unter. Diese EU-Kommission steht nicht für mehr Demokratie und Aufbruch, sie ist die Fortsetzung des Wegs, der uns in die derzeitige Krise führte. <BRK>

Göran Färm, Anna Hedh, Olle Ludvigsson, Marita Ulvskog und Åsa Westlund (S&D), schriftlich. – (SV) Im letzten Herbst haben wir gegen Herrn Barroso gestimmt, da er nicht unsere Auffassung über die Bedeutung von guten Arbeitsbedingungen, Gleichheit und eines Übergangs zu einer nachhaltigen Gesellschaft teilt. Heute wird über das Kollegium von 26 Kommissaren abgestimmt.

Vor der Wiederwahl von Herrn Barroso als Kommissionspräsident haben wir klare Forderungen für eine Revidierung der Entsenderrichtlinie gestellt. Herr Barroso war gezwungen, nachzugeben und räumte erstmals ein, dass bezüglich der Urteile des Europäischen Gerichtshofs, unter anderem im Fall Laval, Probleme bestünden. Er versprach auch, so bald wie möglich eine Verordnung zur Lösung dieser Probleme auf den Weg zu bringen. Das war ein sehr bedeutsamer Sinneswandel des Kommissionspräsidenten, aber es reichte für uns nicht aus, um seine Kandidatur zu unterstützen.

Heute werden wir zur gesamten Gruppe der Kommissare Stellung beziehen, und wir hoffen, dass bestimmte Kommissare – denen Schlüsselpositionen zur Bekämpfung der Beschäftigungskrise, der Regulierung der Finanzmärkte und dem Schutz grundlegender Arbeitnehmerrechte übertragen wurden – in der Lage sein werden, einen Unterschied zu machen. Besonders erfreulich ist, dass Herr Barnier und Herr Andor deutlich zum Ausdruck gebracht haben, dass es bei der Interpretierung der Entsenderrichtlinie durch den Europäischen Gerichtshof Probleme gäbe. Sie haben außerdem klar gesagt, dass sie bereit sind, die Arbeit an der Umsetzung notwendiger Änderungen der europäischen Gesetzgebung zu beginnen.

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) Ich begrüße es, dass der Vertrag von Lissabon vorsieht, dass weiterhin jeder Mitgliedstaat einen Kommissar stellen kann; dies ist ein wesentlicher Ansatz, wenn wir wollen, dass sich alle Meinungsströme in Europa in den Prozessen und Projekten der Kommission wiederfinden können.

Ich bedauere einige der Schwierigkeiten, die während der parlamentarischen Anhörungen aufgetreten sind, und die dazu geführt haben, dass einer der Kandidaten zurücktreten musste, und ich hoffe sehr, dass so etwas in Zukunft seltener vorkommt.

Meines Erachtens ist die Methode der Überprüfung der Kandidaten für das Amt eines Kommissars durch das Parlament für die europäische Integration von Vorteil, da sie zu mehr Transparenz bei der Diskussion und Beurteilung der Eignung der einzelnen Kandidaten für den geplanten Posten beiträgt. Und ich plädiere dafür, dass die Anhörungen in einer fordernden aber höflichen Atmosphäre stattfinden, denn das Europäische Parlament und seine Abgeordneten sollten nicht versuchen, die Anhörungen zu einem Spektakel grundloser Beleidigungen und Auseinandersetzungen zu machen.

Ich hoffe, die Kommission wird sich für eine bessere Gesetzgebung entscheiden, stets daran denken, dass die ordnungsgemäße Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips notwendig ist und vorrangig eine zentrale politische Rolle beim Kampf gegen die Wirtschaftskrise einnehmen.

José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich. – (PT) Die Erfahrung und Flexibilität der von José Manuel Durão Barroso geführten Kommission, sowie offenkundiges Engagement, Kompetenz und eine Anerkennung der großen europäischen Sache durch die Kommissare, die wir heute in diesem Parlament gehört haben, werden in dieser für die Erholung der Wirtschaft entscheidenden Phase ausschlaggebend sein, um ein vereintes und sozial gerechtes Europa aufrechtzuerhalten, das in der Lage ist, eine führende Rolle im Kampf gegen den Klimawandel einzunehmen und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen durch die Unterstützung von Forschung und Innovation zu stärken.

Zu betonen ist die erneute Erwartung, dass das Team erkennt, dass die große Vielfalt an Kulturen und Identitäten in Europa die besten Werte eines jeden Mitgliedstaats fördert. Hinsichtlich der neuen institutionellen Beziehungen, die sich aus der Umsetzung des Vertrages von Lissabon ergeben, und mit Blick auf die neuen Herausforderungen bei der Entwicklung moderner Gesellschaften, glaube ich, dass die Europäische Union mit dieser Kommission ihre Fähigkeit gestärkt hat, nicht nur intern, sondern auch weltweit in den aktuellen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rahmen einzugreifen.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Unser Votum gegen die Europäische Kommission ergibt sich automatisch aus der Tatsache, dass wir nicht einverstanden sind mit ihrem Programm, mit den meisten der Positionen, die in den Anhörungen vertreten wurden, sowie mit dem Inhalt des Vertrages von Lissabon, den die Kommission verteidigen will, den wir jedoch ablehnen.

Es stimmt zwar, dass die Europäische Kommission eine der wichtigsten Institutionen der Europäischen Union ist, es stimmt aber auch, dass das Kollegium der Kommissare aus Mitgliedern besteht, die von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union nominiert wurden. Und da die Mehrheit ihrer Regierungen

rechtskonservativ oder sozialdemokratisch sind und ähnliche Politiken verfolgen, überrascht es nicht, dass sich die Europäische Kommission auch in diese Richtung bewegt, um ihren neoliberalen, militaristischen und föderalistischen Kurs weiter auszubauen. Daher haben wir praktisch keine Antwort erhalten auf die gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme, vor denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Bürgerinnen und Bürger derzeit stehen.

Wir kämpfen für ein anderes Europa, ein Europa der Gerechtigkeit und des sozialen Fortschritts, in dem wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt Realität sind, und dessen wesentliche Ziele Frieden und die Zusammenarbeit zwischen souveränen und gleichberechtigten Staaten sind.

Robert Goebbels (S&D), *schriftlich*. – (FR) Ich habe für die neue Kommission „Barroso II“ gestimmt. Seit den Europawahlen im Juni 2009 befindet sich die Europäische Union in einem politischen Vakuum, das durch das verspätete Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon noch verschlimmert wurde. Es ist daher dringend erforderlich, dass die neue Kommission, als einzige europäische Institution mit legislativem Initiativrecht, jetzt aktiv wird. Mit Ausnahme von Frau Jeleva, die ihre Kandidatur zurückziehen musste, haben die Abgeordneten alle 26 berufenen Kommissare einzeln unterstützt. Eine Ablehnung des Kollegiums hätte keinen Sinn ergeben. Somit war die Abstimmung über die Einsetzung der Kommission eine reine Formalität, ein „administratives Ja“. Wenn ich auch für die Kommission Barroso II gestimmt habe, so habe ich jedoch nicht vor, sie bedingungslos politisch zu unterstützen. Ich werde die Kommission auf Grund ihrer politischen Initiativen beurteilen.

Sylvie Goulard (ALDE), *schriftlich*. – (FR) Obwohl das Kollegium aus einigen hochkarätigen Mitgliedern besteht, habe ich aus zwei Gründen gegen die Ernennung der Kommission gestimmt. So sind die Fehler der vorherigen Kommission in Wirtschafts- und Währungsfragen (Lissabon-Strategie, Überwachung der Eurozone) hinlänglich bekannt. Was die Außenvertretung der EU anbelangt, so verfügt Baronin Ashton weder über die notwendigen Fähigkeiten noch scheint sie wirklich engagiert zu sein, wie wir bei der Tragödie in Haiti gesehen haben. Sie gehörte der Regierung Blair an, die unter Verletzung des Völkerrechts in den Irak einmarschiert ist und eine Ausnahme von der Charta der Grundrechte ausgehandelt hat.

Mathieu Grosch (PPE), *schriftlich*. – Ich habe dieser Kommission zugestimmt, weil sie insgesamt bewiesen hat – besonders nach ihrer (Neu-)Besetzung –, dass sie die Arbeit erfolgreich aufnehmen kann. Auch ist das Resultat der Verhandlungen zwischen der Kommission und dem Parlament zufriedenstellend. Insbesondere finde ich es wichtig, dass die Kommission keinen Freischein für die nächsten fünf Jahre bekommt, sondern dass sie sich einer „Dauerbewertung“ unterwerfen soll.

Es bleibt eine besondere Herausforderung, die Politik zwischen den verschiedenen Bereichen, z. B. Umwelt, Soziales und Wirtschaft, kohärent zu gestalten und die Kommunikation nach außen so zu gestalten, dass die EU-Politik für alle Bürger transparenter und verständlicher wird. <BRK>

Sylvie Guillaume (S&D), *schriftlich*. – (FR) Ich habe gegen Herrn Barrosos Kommission gestimmt, da sie nicht meine Anforderungen bezüglich der Förderung von sozialen Reformen erfüllt, die wir dringend brauchen, um wieder aus der Krise herauszukommen, in der wir uns befinden. Es ist deutlich, dass diese Kommission beileibe kein treibender Motor für ein politisch starkes Europa sein wird, und dass sie meilenweit von dem Europa entfernt ist, das ich mir so sehr wünsche. Mit unklar definierten Ressorts und geschwächter Macht werden dieser Kommission die Mittel fehlen, um zu handeln, und sie wird sicherlich eher nationale als europäische Interessen wahren.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *schriftlich*. – Ich habe für das neue Kollegium der Kommissare gestimmt. Aus Sicht Schottlands, der Nation, die ich vertrete, muss sich die neue Kommission wichtigen Fragen und Herausforderungen stellen. Bei den sich anbahnenden Reformen der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) und der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) müssen die grundlegenden Interessen Schottlands in diesen Politikfeldern anerkannt werden, und ich rufe die zuständigen Kommissare dazu auf, zu gewährleisten, dass Schottlands Küstenregionen und ländliche Gemeinden sozial und wirtschaftlich aufblühen können. Schottland ist eines der wichtigsten potentiellen Gebiete zur Energieerzeugung, dies gilt insbesondere für erneuerbaren Energiequellen. Die Kommission sollte daher einen Schwerpunkt auf Projekte und Initiativen setzen, die die Förderung des enormen Potentials Schottlands als Lieferant für saubere, grüne Energie unterstützen.

Als Mitglied einer europafreundlichen Partei hoffe ich, dass diese Kommission wieder ein wenig Vertrauen in die EU herstellen kann, das vielen Schotten, beispielsweise als unmittelbare Folge ihrer Erfahrungen mit der verfehlten Gemeinsamen Fischereipolitik, abhanden gekommen ist.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *schriftlich*. – (RO) Die Kommission Barroso Nummer II wird als erste unter dem Vertrag von Lissabon arbeiten, zusammen mit dem Europäischen Parlament, das durch seine erweiterten Befugnisse ein sichtbarer und aktiverer Partner als jemals zuvor sein wird. Auf Grundlage des Abstimmungsergebnisses haben wir ein Kommissionskollegium berufen, dessen Auftritt insgesamt nicht wirklich problemlos verlief, was der Fall der von Bulgarien nominierten Kommissarin und ihre anschließende Auswechslung verdeutlichen. Die Tatsache, dass es uns gelungen ist, die Zusammensetzung des Kollegiums zu ändern, stellt wirklich einen Erfolg für das Europäische Parlament allgemein und speziell für unsere Fraktionen dar. Zu einem Zeitpunkt jedoch, da jegliche Verzögerung bei dieser Entscheidung die EU in eine missliche Lage hätte bringen können und der Vorwurf der Ineffizienz durchaus gerechtfertigt gewesen wäre, glaube ich, dass es die angemessenste Option war, zu Gunsten dieses Kollegiums zu stimmen. Wichtig ist nun, dass sich die neue Kommission so schnell wie möglich an die Arbeit macht und mit dem Europäischen Parlament gleichzieht, das bereits vor sieben Monaten gewählt worden ist, zumindest was die getane Arbeit betrifft. Wir können nur auf eine gute Zusammenarbeit hoffen, bei der die Ziele und Aktionspläne eine konkretere Form annehmen, als es in den Anhörungen dargestellt wurde.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – (PL) Ich habe mich bei der Abstimmung über die Zusammensetzung der Europäischen Kommission enthalten, da es neben den guten Kandidaten auch sehr viele schwache und sehr schwache gab. Es ist für mich nicht vertretbar, dass man für Ämter wie das des Leiters der europäischen Diplomatie, des Kommissars für Wirtschaft und Währung und des Kommissars für Beschäftigung und Soziales die Ernennung von Leuten unterstützt, die für deren Ausübung ungeeignet sind. Wir sollten daran denken, dass wir uns immer noch in einer Krise befinden, und dass wir immer noch einen Ausweg aus dieser Krise suchen. Europa kann sich deshalb keine Kommissare leisten, die jetzt erst über ihr Ressort lernen werden. Ich wundere mich über das Verhalten des Präsidenten der Europäischen Kommission, der nach fünfjähriger Amtszeit und mit soviel Erfahrung als Leiter der Kommission so schwache Kandidaten vorgeschlagen hat. Ganz ehrlich gesagt: Ich hätte gegen die vorgeschlagene Zusammenstellung der Kommission stimmen sollen, aber neben den schwachen gab es auch mehrere sehr gute Kandidaten, darunter den polnischen, Janusz Lewandowski. Trotz meiner Enthaltung wünsche ich der gesamten Kommission größtmöglichen Erfolg, denn das ist wirklich wichtig für alle Europäer.

Tunne Kelam (PPE), *schriftlich*. – Ich stimmte für das Kollegium der Kommissare und bringe damit vor allem mein Vertrauen für den Kommissionspräsidenten zum Ausdruck. Ich halte die Zusammensetzung der Kommission nicht für ideal. Die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik stellt für mich weiterhin ein Problem dar, da sie weder über die nötige außenpolitische Erfahrung noch über eine klare Vision darüber verfügt, wie die Außen- und Sicherheitspolitik der EU geführt werden soll. Dennoch halte ich es für sehr wichtig, dass die Kommission im Rahmen ihres vollen Mandats die Arbeit aufnimmt und dazu die breite Unterstützung des Europäischen Parlament erhält, denn meiner Meinung nach sind die Kommission und das Europäische Parlament die engsten Verbündeten bei der Gestaltungen der gemeinsamen EU-Politiken.

Alan Kelly (S&D), *schriftlich*. – Wir alle wünschen der neuen Kommission alles Gute. Sie hat viele Prioritäten, aber wir sind uns zweifellos alle über eines einig: Es ist notwendig, Arbeitsplätze zu schaffen. Vor allem danach sollte die neue Kommission beurteilt werden. Seien wir doch einmal ehrlich; viele Mitgliedstaaten erleiden einen wirtschaftlichen Zusammenbruch oder stehen kurz davor. Die Kommission wird danach gemessen werden, inwieweit sie diese Situation rückgängig machen und eine kluge soziale Marktwirtschaft entwickeln wird, in der Europa weltweit führend in allen Bereichen der Wirtschaft ist. Ich hoffe vor allem, dass die irische Kommissarin, Frau Geogheghan Quinn, mit ihrem Ressort für Innovation und Forschung eine führende Rolle innerhalb der neuen Kommission einnehmen wird. Sie wird beim Wiederaufschwung Europas eine entscheidende Rolle spielen, und dafür wünsche ich ihr alles Gute.

Morten Løkkegaard (ALDE), *schriftlich*. – (DA) Herr Präsident, viele schöne Worte sind über Herrn Barrosos neue Kommissionsmannschaft gefallen – und das zu Recht.

Ich ergreife nun das Wort, da es nötig ist, auf einen großen Fehler im Zusammenhang mit der neuen Kommission hinzuweisen: Man sucht vergebens nach dem Posten des Kommissars für Kommunikation. Er wurde ganz einfach ABGESCHAFFT, und das zu einem Zeitpunkt, an dem wir – mehr denn je – eine angemessene, koordinierte und gut durchdachte Kommunikationspolitik innerhalb der EU brauchen.

Vor einigen Wochen richtete ich im Namen der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa ein Schreiben an Herrn Barroso, in dem ich unsere Besorgnis zum Ausdruck brachte und ihn fragte, WARUM wir keinen Kommissar für Kommunikation mehr haben.

Wir haben niemals eine Rückmeldung erhalten – was vielleicht an sich schon eine Art Antwort ist, wenn auch keine zufriedenstellende.

Niemand scheint sich also richtig sicher zu sein, warum die EU keinen Kommissar für einen so unglaublich wichtigen – tatsächlich ganz entscheidenden – Bereich hat, falls die vielen großen Reden über die Annäherung der EU an ihre Bürgerinnen und Bürger und die Schaffung eines europäischen öffentlichen Raumes mehr als leere Worte sein sollen.

Ich warte immer noch auf eine Antwort von Herrn Barroso – möglichst eine Antwort, die eine gute Strategie für Kommunikation für die kommenden fünf Jahren beinhaltet.

Isabella Lövin (Verts/ALE), schriftlich. Ich teile die Kritik am Verfahren zur Ernennung der Kommission, wie in der Entschließung der Fraktion der Grünen erläutert, besonders die Kritik an der mangelnden Transparenz, der Tatsache, dass Mitgliedstaaten ihre Kandidaten eher auf Grund innenpolitischer Erwägungen als nach ihrer Eignung auswählen und dass es nicht möglich ist, einzelne Kandidaten abzulehnen. Ich konnte jedoch nicht gegen die komplette Kommission stimmen, da die designierten Kommissare für absolut entscheidende Schlüsselbereiche wie Klima, Umwelt, Entwicklung, humanitäre Hilfe sowie Landwirtschaft und Fischerei alle als sehr kompetent und engagiert gelten. Daher habe ich mich bei der Abstimmung über die neue Kommission enthalten.

Thomas Mann (PPE), schriftlich. – Der Wahl der EU-Kommission habe ich soeben zugestimmt, obwohl mir das nicht leichtgefallen ist. Denn während der Anhörungen stellte sich heraus, dass etliche der von den Mitgliedstaaten vorgeschlagenen Kandidaten weder über ausreichendes Fachwissen verfügten, noch in der Lage waren, konkrete Vorstellungen über ihr Ressort oder gar Zukunftsvisionen zu entwickeln. Auch die Rahmenvereinbarung zwischen EP und Kommission über die künftige Zusammenarbeit lässt viele Fragen offen. Sie ist derzeit ein Katalog von Wünschen des EP, dem die Verbindlichkeit fehlt. In konkreten Verhandlungen muss jetzt im Detail präzisiert werden, inwieweit die Rechte von uns Volksvertretern durch den Vertrag von Lissabon deutlich gestärkt werden konnten. In der Interinstitutionellen Vereinbarung gibt es dennoch wichtige Fortschritte: Die Folgen aller Maßnahmen der Kommission sollen regelmäßig, von unabhängiger Seite, bewertet werden. Über Personalveränderungen in der Kommission wird das Parlament frühzeitig unterrichtet. Bei internationalen Konferenzen erhält der EP-Delegationsleiter einen Beobachterstatus. An den jährlichen Arbeitsprogrammen der EU wirkt das EP qualifiziert mit. Schließlich verpflichtet sich die EU-Kommission, innerhalb von drei Monaten einen Bericht über ihre Gesetzesinitiativen abzuliefern. Deshalb habe ich heute „Ja“ gesagt zur neuen Barroso-Kommission. <BRK>

Bogdan Kazimierz Marcinkiewicz (PPE), schriftlich. – (PL) Mit einem Votum für die Europäische Kommission bringe ich meinen Vertrauensvorschuss und meine Hoffnung zum Ausdruck, die ich dem neugewählten Kabinett von Herrn Barroso entgegenbringe. Trotz vieler Kontroversen und der Wahrscheinlichkeit, dass es einigen Kommissaren an Erfahrung mangelt, denke ich, wir sollten es der Europäischen Kommission ermöglichen, sich anbahnende Themen anzupacken. Nur durch aktive Beteiligung und richtige Arbeit werden die Kommissare ihren wahren Wert unter Beweis stellen können. Ich hoffe, dass das neue Kabinett in enger Zusammenarbeit mit dem Rat der Europäischen Union und dem Europäischen Parlament und mit effektiver Kontrolle beweisen wird, dass ich richtig abgestimmt habe.

David Martin (S&D), schriftlich. – Ich begrüße die Ernennung der neuen Kommission und erwarte mit Freude, dass sie die gegebenen Versprechen wahrmacht. Besonders erfreut bin ich über die Bestätigung von Cathy Ashton als Hohe Vertreterin, und ich bin mir sicher, dass ihre ruhige, diplomatische Art ganz Europa zugute kommen wird.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), schriftlich. – (FR) Die Kommission Barroso II ist, wie die Wahl ihres Präsidenten zeigt, eine Fortsetzung der vorigen Kommissionen, und damit der neoliberalen Politik, welche die EU in eine langfristige wirtschaftliche, soziale und ökologische Krise geführt hat, die fortan ihre eigene ist. Weder das von Herrn Barroso vorgestellte Programm noch die Nominierungen für die Kommissarsposten deuten auf irgendeinen Wechsel in den politischen Zielen der Kommission hin.

Die Kommission Barroso II liegt irgendwo zwischen der Beibehaltung und der Verschlimmerung der denkbar schlechtesten Situation und verkörpert ein Europa, das auf die Zerstörung des Sozialen und auf den von den neoliberalen Eliten so innig geliebten Atlantismus beschränkt wurde, ein Europa, das sich weigert, mit dem neoliberalen Dogma zu brechen, ausschließlich an den Profit zu denken, welches die Menschen und den Planeten zerstört. Meine Aufgabe als Abgeordneter ist es, ein Europa der gerechten Verteilung des Wohlstands und der Umweltplanung zu schaffen, das die Völker brauchen. Ich werde daher gegen die Kommission stimmen, da diese im absoluten Gegensatz dazu steht.

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Nach mehrwöchigen Anhörungen mit den Kommissaren wäre dies nicht der passende Zeitpunkt, die Qualität eines Kommissionskollegium in Frage zu stellen, das bereits in verschiedenen Ausschüssen viele Stunden lang sehr nützliche Erläuterungen über die anstehenden Politiken gegeben hat.

Daher ist es jetzt an der Zeit, der EU eine Kommission zur Verfügung zu stellen, die in der Lage ist, auf die schwierigen jüngsten Geschehnisse zu reagieren. Dies gibt hier den Tenor der Erklärung zur Abstimmung wieder, die bezüglich der Entschließungsanträge B7-0071/2010, B7-0088/2010 und B7-0089/2010 abgegeben wurde. Der Unterzeichnete begrüßt vor allem, dass die Europäische Union nun besser gerüstet ist, sich den Problemen von heute und den Herausforderungen der Zukunft zu stellen.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), schriftlich. – (FR) Als überzeugte Europäerin und infolge der Annahme der Rahmenvereinbarung zwischen der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament für die nächsten fünf Jahre habe ich, wie die Mehrzahl meiner Kollegen der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), der Ernennung der neuen Europäischen Kommission zugestimmt. Das Abstimmungsergebnis ist deutlich: 488 meiner Kolleginnen und Kollegen haben wie ich die Berufung des Kollegiums der Kommissare befürwortet. Ich möchte herausstellen, dass wir die Kommission zum ersten Mal in der europäischen Geschichte als echter Mitgesetzgeber ernannt haben. In einem krisengeschüttelten Europa mit einem neuen institutionellen Rahmen brauchen wir Ehrgeiz und ein großes verbindendes Projekt, um für die europäischen Bürgerinnen und Bürger ein stärkeres Europa zu schaffen. Daher rufe ich die Europäische Kommission entschieden dazu auf, unverzüglich die Arbeit aufzunehmen.

Rareș-Lucian Niculescu (PPE), schriftlich. – (RO) Ich habe aus zwei Gründen für die Kommission Barroso Nummer II gestimmt. Erstens hat sie ein glaubwürdiges und realistisches Programm vorgelegt, das meiner Ansicht nach den derzeitigen Anforderungen entspricht. Und ich hoffe, dass das neue Kollegium dazu übergehen wird, dieses Programm so bald wie möglich umzusetzen. Zweitens setzt sich die Mannschaft von Herrn Barroso aus vielen zuverlässigen Experten zusammen, die, und daran glaube ich fest, entscheidend zum Erfolg der Reformen, die wir in den kommenden Jahren benötigen, beitragen werden.

Wojciech Michał Olejniczak (S&D), schriftlich. – (PL) Die polnische Delegation der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament hat dafür gestimmt, das Vertrauensvotum für die neue Europäische Kommission zu verlängern. Wir sind uns jedoch auch über die Schwächen der neu ernannten Kommission und die geäußerten Vorbehalte gegenüber der Kompetenz einiger Kommissare im Klaren. Wir mussten lange auf die neue Europäische Kommission warten. Man muss jedoch auch gestehen, dass die neue Kommission die überwältigende Mehrheit der Stimmen erhalten hat. Das ist ein starkes Mandat für die Zukunft. Andererseits hat aber kaum jemand ohne irgendwelche Vorbehalte gestimmt. Ein Problem ist sicherlich, dass sich bei 27 Kommissaren die jeweiligen Zuständigkeitsbereiche oft überschneiden. Dies ist keine besonders klare Situation.

Viele Kolleginnen und Kollegen weisen auch auf das Problem der übermäßigen Kontrolle einiger Kommissare durch Herrn Barroso hin. Wir begrüßen es, dass die neue Kommission eine Beurteilung der sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzkrise durchführen wird. Ich bin jedoch sehr darüber enttäuscht, dass Herr Barroso in seiner Rede keine näheren Angaben zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik oder der Kohäsionspolitik gemacht hat. Diese Bereiche werden sicherlich zu den wichtigsten Aufgabengebieten der Europäischen Kommission in der kommenden Legislaturperiode zählen.

Justas Vincas Paleckis (S&D), schriftlich. – (LT) Die Bürgerinnen und Bürger und Institutionen der EU-Mitgliedstaaten sollten danach streben, dass die besten und stärksten Kandidaten Kommissare werden. Sowohl die Länder, die Kandidaten aufstellen, als auch die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben große Verantwortung. Leider teilen einige Staaten diese Auffassung nicht. Man hat bisweilen den Eindruck, dass die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten schwache oder „ungeliebte“ Politiker nach Brüssel schicken, um in ihren Hauptstädten eine Stelle frei zu machen. Dies ist eine gefährliche Tendenz. Das Europäische Parlament allerdings versucht, den schwachen Kandidaten, die von ihren Regierungen entsendet und vom Kommissionspräsidenten Barroso bewilligt wurden, oder denen, deren finanzielle Interessen unklar sind, die „rote Karte“ zu zeigen. Vor fünf Jahren sind zwei Kandidaten gescheitert, dieses Jahr einer. Da jedoch Abgeordnete bis jetzt noch nicht das Recht haben, für einzelne Kommissare zu stimmen, geben wir unsere Stimme für das Kollegium der Kommissare ab. Und da die Mehrzahl der Kandidaten einen guten Eindruck machten, habe ich für die neue Europäische Kommission gestimmt.

Alfredo Pallone (PPE), schriftlich. – (IT) Europa braucht dringend eine starke Führung, die diese Kommission voll und ganz verkörpert.

Die neue Kommission wird die schwierige Aufgabe haben, nachhaltiges Wachstum durch die vollständige Umsetzung des europäischen Wirtschaftsmodells zu fördern; das heißt des Modells der sozialen Marktwirtschaft.

Die Stärkung des Binnenmarkts muss der Schlüssel zur Erhaltung eines gesunden Wettbewerbs sein, mit dem Ziel, Arbeitsplätze und Wachstum zu schaffen. Ich bin besonders stolz darauf, dass Italien im neuen europäischen Exekutivorgan weiterhin mit Leistung und Kompetenz aufwartet, und zwar durch Herrn Tajani, dem mit dem Ressort für Industrie eines der Schlüsselgebiete anvertraut wurde, das für die Bewältigung der Krise und die Neuorganisation der europäischen Produktionsstruktur von strategischer Bedeutung ist.

Im Laufe dieses nächsten Mandats muss sich die Kommission klare Prioritäten setzen und der Immigrations- und Energiepolitik ein europäisches Gesicht geben, und somit der Union eine einheitliche Vorgehensweise bieten, deren Realisierung sich derzeit als schwierig erweist. Sie wird für die Europäischen Union auch eine Außen- und Sicherheitspolitik führen müssen, die diesen Namen auch verdient.

Teresa Riera Madurell (S&D), schriftlich. – (ES) Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie ist verantwortlich für Forschung, Energie und die Weiterentwicklung der Informationsgesellschaft. Dies sind drei Prioritäten zum Ausweg aus der Krise und zur Regeneration unseres Produktionssystems, für das meine Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament mehr Wettbewerb und Innovation aber auch mehr soziale und umweltbezogene Nachhaltigkeit wollen. Forschung und Innovation sind wichtige Triebkräfte für Veränderung. Herr Barroso hat sich verpflichtet, 3 % in Forschung und Entwicklung zu investieren. Wir haben jedoch mit Sorge festgestellt, dass dieser Bereich allmählich in politischen Zeitplänen und in den Haushaltsmitteln immer mehr an Bedeutung verliert. Die Kommission hat sich diesbezüglich klar verpflichtet. Wirtschaftlicher Aufschwung wird sich weitgehend aus einer Veränderung unseres Energiemodells ergeben. Die Zukunft der Wirtschaft liegt in der Zukunft der grünen Wirtschaft. Auch die Kommission hat dieses Ziel erneut bekräftigt. Bezüglich der Informationsgesellschaft sind wir uns darüber einig, dass wir vor vielen Herausforderungen stehen, um jedem überall den Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien zu gewährleisten. Die Kommissare, die unseren Ausschuss besucht haben, sind wesentliche, spezifische Verpflichtungen eingegangen, und wir haben ihnen unser Vertrauen ausgesprochen, aber wir werden mit Sicherheit dafür sorgen, dass diese Verpflichtungen auch eingehalten werden.

Bart Staes (Verts/ALE), schriftlich. – (NL) Ich habe auf die Frage, ob wir Barroso II als Motor, Initiator und Inspirator für das Europäische Projekt betrachten, mit „Nein“ gestimmt. Barroso ist nicht die starke Führungspersönlichkeit, die wir brauchen. Unter ihm sind fünf äußerst entscheidende Jahre vorübergezogen. Jahre, in denen die EU eine weniger neoliberale und dafür sozialere Politik hätte führen können. Jahre, in denen Europa kleine und mittlere Unternehmen hätte fördern können. Jahre, in denen er die Förderung der Qualität der unabhängigen europäischen Medien und die Demokratisierung der europäischen Entscheidungsprozesse hätte unterstützen können, um Millionen von Bürgern wieder mehr Vertrauen in das europäische Kooperationsprojekt zu geben. Nichts davon wurde umgesetzt.

Durch eine blinde Fokussierung auf Liberalisierung, hohe Börsenkurse und makroökonomisches Wachstum ist das soziale und nachhaltige Gesicht der Europäischen Union verblasst. Die Welt wird gerade von drei Krisen heimgesucht: von einer Finanz- und Wirtschafts-, einer Sozial- sowie einer Umweltkrise. Eine ausbleibende kollektive Antwort schürt öffentlichen Zynismus und politischen Nihilismus. Barrosos schwache und diffuse politische Strategie lässt nicht gerade auf Veränderung hoffen. Er ließ zu, dass Mitgliedstaaten bisweilen vollkommen unfähige Kandidaten durchsetzen und er teilte die Ressorts mancher Kommissare auf, was zu Unklarheit darüber führte, wer nun eigentlich für entscheidende Politikbereiche zuständig ist. Barroso hat keine Visionen und keinen politischen Mut, und das tut Europa nicht gut. Daher habe ich mit „Nein“ gestimmt.

Nuno Teixeira (PPE), schriftlich. – (PT) Dem Parlament und der Kommission werden Schlüsselfragen der Europäischen Union gegenüberstehen, nämlich der Weg aus der Krise durch Erholung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes, die Sanierung der öffentlichen Haushalte der Mitgliedstaaten sowie die Verhandlungen über den Finanzrahmen für die Zeit nach 2013, bei dem – und das möchte ich betonen – die Kohäsionspolitik eine ganz besondere Rolle spielen wird. Ich hatte die Gelegenheit, den designierten Kommissar für Regionalpolitik, Johannes Hahn, bezüglich seines Interesses an der Schaffung eines spezifischen Programms zur dauerhaften finanziellen Unterstützung der Regionen in äußerster Randlage zu befragen. Ich habe ihm auch einen Vorschlag für ein flexibleres System der Inanspruchnahme von Strukturfonds durch „Übergangsregionen“ unterbreitet, das sind jene Regionen, die zwischen den Zielen „Konvergenz“ und „Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ liegen. Der designierte Kommissar hat sich nicht nur als kompetent

und konsequent erwiesen, er zeigte sich auch bereit, diese Möglichkeiten zu prüfen, weshalb ich zuversichtlich bin, dass er sich auch in Zukunft bereitwillig und mit viel Fingerspitzengefühl für Regionen in äußerster Randlage, wie etwa Madeira, einsetzen wird. Ich habe dieser Kommission unter der Führung von José Manuel Barroso mein Vertrauensvotum gegeben, da sich die Kommissare im Allgemeinen technisch gut vorbereitet, seriös und ambitioniert gezeigt haben, sich den Herausforderungen der EU stellen zu können, ohne die Werte zu vergessen, auf denen die EU aufgebaut ist, nämlich Solidarität und territorialer Zusammenhalt.

Róza Gräfin Von Thun Und Hohenstein (PPE), schriftlich. – (PL) Ich habe für die Ernennung der Kommission gestimmt, obwohl ich im Falle einiger Kommissare gerne eine gesonderte Meinung abgegeben hätte. Wie wir alle wissen, kann das Parlament nur über die Zusammensetzung der gesamten Kommission abstimmen. Obwohl ich nicht gerade erfreut über die Wahl von Baronin Ashton bin, besteht das Kollegium der Kommissare doch größtenteils aus äußerst kompetenten und erfahrenen Mitgliedern. Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), der ich angehöre, hat beschlossen, die Kommission zu unterstützen, damit die Europäische Union effizient arbeiten kann. Wenn ich gegen die Ernennung der Kommission gestimmt hätte, wäre dies ein Auflehnen gewesen und hätte als mangelnde Loyalität gegenüber meiner Fraktion gewertet werden können, aber es hätte die Entscheidung des Parlaments nicht beeinflusst. In Herrn Barrosos neuer Kommission finden sich erfahrene und kluge Politiker, wie etwa Herr Barnier und Frau Reading, mit denen ich eng zusammenarbeiten werde. Herr Lewandowski, der für den Haushalt zuständig ist, wird sicher ebenfalls einen hervorragenden Kommissar abgeben. Wir können wirklich stolz sein. Dem Europäischen Parlament ist es auch gelungen, auf Bulgarien einzuwirken, sodass Frau Jeleva, die auf dem Gebiet der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit nicht besonders qualifiziert war, durch Frau Georgieva ersetzt wurde. Ich halte dies für einen großen Erfolg und einen konstruktiven Beitrag des Europäischen Parlaments zur Bildung der neuen Kommission. Ich denke, dass wir durch vernünftige Vorschläge und indirekten Einfluss auf Herrn Barroso und die Mitgliedstaaten derzeit am effektivsten arbeiten können. Gegen die Kommission zu stimmen, hätte eine Verlängerung der kostspieligen Verhandlungen bedeutet und hätte im Endeffekt nicht unbedingt zu einem besseren Ergebnis geführt als das, was wir erreicht haben.

Georgios Toussas (GUE/NGL), schriftlich. – (EL) Die Mitglieder der Europäischen Kommission haben das Vertrauensvotum von den politischen Vertretern des Kapitals bekommen, aber nicht von den Arbeitern. Die Mitglieder der Europäischen Kommission wurden von den neoliberalen und sozialdemokratischen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und durch die Stimme des Europäischen Parlaments ernannt, wobei das einzige politische Kriterium für ihre Wahl darin bestand, dass sie ungehindert den Interessen des Kapitals dienen werden. Die Mitglieder der Europäischen Kommission haben sich auch bemüht, dies in den Anhörungen in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments zu bekräftigen, indem sie ohne zu zögern folgende Punkte unterstützten: die imperialistische Ausrichtung der EU, die Stärke ihrer volksfeindlichen Politik und der Militärinterventionen auf internationaler Ebene, um die Profite des Kapitals zu erhöhen; ihr Einsatz für die Vollendung des Binnenmarktes und der vier Freiheiten des Maastrichter Vertrages, für Wettbewerbsfähigkeit und kapitalistische Umstrukturierungen, um günstige Bedingungen für die Konzentration des Kapitals zu schaffen; das Fördern von volksfeindlichen Maßnahmen durch umfassende Angriffe auf die Stellen, das Gehalt sowie soziale und Versicherungsrechte der Arbeiter, um die Profite der Monopolisten zu steigern; eine Erweiterung und Stärkung von reaktionären Bestrafungsinstrumenten, um Demonstrationen der Arbeiter und des Volkes zu unterdrücken. Die europäischen Abgeordneten der Griechischen Kommunistischen Partei haben gegen diese Europäische Kommission gestimmt, die die Politik der Ausbeutung der Arbeiter, der armen Bauern und der Selbständigen beibehalten und verschärfen wird.

Geoffrey Van Orden (ECR), schriftlich. – Wir wollen eine pragmatische Europäische Kommission, die Reformen, wie Deregulierung und eine Senkung der Ausgaben der EU, durchsetzen und sich dabei auf Management-Fragen anstatt auf politische Integration konzentriert. Einige der nominierten Kommissare sind zwar kompetent, andere sind es wiederum nicht. Das Amt des Hohen Repräsentanten ist ein Produkt des Vertrages von Lissabon. Ich billige diesen Vertrag oder seine Erzeugnisse nicht. Er hat keine demokratische Legitimität. Baronin Ashton wurde durch heimliche Absprachen unter den europäischen sozialistischen Parteien ausgewählt, ein nachträglicher Einfall des britischen Premierministers. Neben ihrem Mangel an Erfahrung für die erforderlichen Aufgaben hat sie eine höchst zweifelhafte Vergangenheit als Schatzmeisterin der Kampagne für nukleare Abrüstung (CND). Diese subversive Organisation versuchte, Großbritannien auf dem Höhepunkt des kalten Krieges einseitig zu entwerfen und schürte Beunruhigung und Mutlosigkeit. Es gibt viele Kandidaten mit kommunistischem Hintergrund. Einige Kandidaten, wie etwa László Andor, haben gezeigt, dass sie von ihren Ressorts nur wenig Ahnung haben und schienen gewillt, immer mehr nutzlose Regeln durchzusetzen. Ich halte es für untragbar, dass das Parlament nicht über einzelne Kommissare sondern nur über die Kommission als Ganzes abstimmen kann. Obwohl ich einige Kandidaten akzeptieren könnte,

würden andere von mir eine Gegenstimme erhalten. Aus Solidarität mit meiner Fraktion habe ich mich enthalten.

Angelika Werthmann (NI), schriftlich. – (DE) Herr Barroso, ein pragmatische Grund, für die designierten Kommissare zu stimmen, ist ganz einfach der, dass die Arbeit, die getan werden muss, nun endlich beginnen kann. Dies wird wertvolle Steuergelder sparen. Herr Barroso, Sie haben bei der Wahl der Kommissare Ihr Können bewiesen. Einige der designierten Kommissare sind hervorragend. Außerdem haben einige unter ihnen eindeutig das Potential, sich zu entwickeln. Sie sollten die Möglichkeit erhalten, sich, wie sie möchten, mit den Herausforderungen Europas vertraut zu machen. Jedoch gibt es auch einige designierte Kommissare, die zu wünschen übrig lassen, die nicht über das Fachwissen verfügen und anscheinend nicht den nötigen Ehrgeiz besitzen, die Spitzenpositionen in Europa zu besetzen.

Aus diesen Gründen habe ich den Vorschlag für eine Kommission in dieser Form abgelehnt. Ich würde es begrüßen, wenn Kommissare auf viel transparentere Art und Weise ernannt würden, und wenn man besser qualifizierte weibliche Kommissare finden könnte.

Anna Záborská (PPE), schriftlich. – (FR) Ich habe für den Entschließungsantrag und damit für die neue Kommission gestimmt. Das Europäische Parlament stellt Herrn Barroso und dem Kollegium der Kommissare keinen Blankoscheck aus. Ich habe jedoch Präsident Barroso während seiner ersten Legislaturperiode regelmäßig getroffen, als ich zur selben Zeit die Arbeit des parlamentarischen Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter beaufsichtigte. Ich wurde deshalb Zeuge seiner vernünftigen Herangehensweise bei der Leitung der Arbeit der Kommission und seines Respekts gegenüber seinen Mitmenschen und dem Gemeinwohl. Ich freue mich auch sehr für den slowakischen Kandidaten, der unfairen Angriffen ausgesetzt war, die auf Ignoranz und nichts anderem als kleingeistigen politischen Gründen basierten. Wenn Verleumdung und Minderheiten durch Schmutzkampagnen dazu benutzt werden, aus kleingeistigen politischen Gründen die Integrität einer politischen Persönlichkeit in Frage zu stellen, dann markiert das den Anfang vom Ende der institutionellen politischen Kultur. Ich wünsche allen Mitgliedern der Europäischen Kommission aufrichtig alles Gute in ihren Bemühungen, eine ausgezeichnete Arbeit zu vollbringen.

8. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 14.40 Uhr unterbrochen und um 15.00 Uhr fortgesetzt)

VORSITZ: FRAU KRATSA-TSAGAROPOULOU

Vizepräsidentin

9. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

10. Schwierige geldpolitische, wirtschaftliche und soziale Situation in den Ländern der Eurozone (Aussprache)

Die Präsidentin. – Das nächste Thema sind die Kommentare des Rates und der Kommission zur schwierigen finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Lage in den Ländern der Eurozone.

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Frau Präsidentin, wir befinden uns in einer noch nie dagewesenen Situation in der Eurozone, weil dies seit Einführung des Euros die erste weltweite Finanzkrise ist. Was in der Eurozone und in der gesamten Europäischen Union geschieht, ist, dass wir, obwohl wir die Krise nicht verursacht haben und die Krise hier nicht entstanden ist – wir wissen, dass sie ihren Ausgang in den Vereinigten Staaten nahm –, die Auswirkungen genauso zu spüren bekommen haben wie das Land, in dem sie begann.

Offensichtlich ist die Situation der Defizite der öffentlichen Hand das Ergebnis der Krise und der positiven Maßnahmen seitens der Regierungen, um unter anderem einen Zusammenbruch des Finanzsystems zu verhindern. Diese Defizite bedeuten aber unvermeidlich, dass die Regierungen weniger Spielraum für ihre eigene Haushaltspolitik haben.

Die Debatte dreht sich um die wirtschaftliche, finanzielle und soziale Lage. Angesichts der wirtschaftlichen Lage muss man sagen, dass die Eurozone als Ganzes die Rezession langsam hinter sich lässt. Sie konnte das Risiko einer Deflation vermeiden, obwohl ein offensichtliches Missverhältnis zwischen den Wachstumsraten besteht und das Wachstum sich noch nicht völlig eingependelt hat. Wir müssen für nachhaltiges und konsolidiertes Wachstum sorgen. Das ist ein fundamentales Ziel der Wirtschaftspolitik in der gesamten Eurozone, aber wir befinden uns nicht mehr in einer Rezession. Die Eurozone als Ganzes hat die Rezession hinter sich gelassen.

Es stimmt jedoch, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen hinterherhinkt. In diesem Jahr wird es in der Eurozone immer noch hohe Erwerbslosigkeit geben, aber wir sind auf dem richtigen Weg zu mehr Wachstum. Um dieses Thema wird es nämlich auch in der inoffiziellen Sitzung des Europäischen Rates am Donnerstag gehen: die Bedeutung von Wachstum, um zu nachhaltigem Wachstum zurückzukehren, das soziale Modell Europas aufrechtzuerhalten und wieder mit der Schaffung neuer hochwertiger Arbeitsplätze zu beginnen.

Bezüglich des Währungssystems und trotz der Tatsache, dass auf den Wertpapiermärkten Spannungen vorherrschen, haben sich die Europäische Union und ihre Institutionen korrekt verhalten. Die Europäische Zentralbank hat gute Arbeit geleistet und leistet sie immer noch mit der Prüfung von Strategien, die uns aus der Krise führen sollen. Daher ist es nur vernünftig, die Anreize auch im Jahr 2010 nicht auszusetzen. Die Europäische Zentralbank hat nämlich nach und nach diese Anreize eingestellt und hebt jetzt einige der angenommenen Maßnahmen auf. Ein Beispiel ist der Abbau der den Banken gewährten Barkredite, was durch die Rückkehr der Kreditmärkte zur Normalität ermöglicht wurde.

Es sollte auch darauf hingewiesen werden, dass Eurogroup und Ecofin die Krise ebenfalls gut bewältigt und eine Überwachungsstruktur für das Finanzsystem geschaffen haben, das in diesem Haus noch zu besprechen sein wird. Wir hoffen, dass dies eines der zentralen Elemente der politischen Debatten während der Ratspräsidentschaft Spaniens sein wird.

In Bezug auf die soziale Lage leiden wir offensichtlich unter den Folgen einer hohen Arbeitslosigkeit in der gesamten Eurozone. Auch wenn es Unterschiede in Bezug auf den Umfang der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Ländern der Eurozone gibt, ist sie zweifelsohne momentan das Hauptproblem aller Europäer. Sie wollen Arbeitsplätze und sie wollen Wachstum, das Arbeitsplätze schafft. Nicht die unbeständigen, unsicheren Arbeitsplätze, die in einigen Ländern der Eurozone vorhanden sind, sondern hochwertige Arbeitsplätze.

Unter anderem sollte auch darauf hingewiesen werden, dass hohe Arbeitslosigkeit offensichtlich die „automatischen Stabilisatoren“ ausgelöst hat, die letztlich zu Arbeitslosenhilfe und Subventionen geführt haben. Dies wiederum hat die Defizite beeinflusst, unter denen die Mitgliedstaaten infolge unseres politischen und sozialen Systems leiden, das diejenigen schützt, die sich in äußerst gefährdeten Situationen befinden, wie beispielsweise diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben.

In Zukunft – und damit komme ich zu einem anderen Thema, das wir am Donnerstag bei der inoffiziellen Sitzung des Europäischen Rates behandeln werden – muss die Beschäftigungspolitik an erster Stelle stehen. Diese Politik trägt den Namen „Europa 2020“ und sie steht für Wachstum und die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze.

Zum Schluss, Frau Präsidentin, glaube ich, dass in diesem Fall bewiesen wurde, dass es absolut wichtig war, die Eurozone zu koordinieren und zu stärken, und dass sie weiterhin ein Ort mit deutlicher finanzieller und wirtschaftlicher Absicherung sein wird. Es hat sich herausgestellt, dass die Eurozone gestärkt werden muss, und dass sie ausgedehnt werden kann, wenn es Länder gibt, die die Anforderungen erfüllen, aber dass Expansion auch positiv zu beurteilen ist.

Auch – und damit komme ich zum Schluss – ist es wichtig, dass wir uns weiter um Integration und wirtschaftliche Konvergenz in der Europäischen Union bemühen. Es gibt immer noch ein Ungleichgewicht zwischen den wirtschaftlichen Positionen in der Union. Wir müssen von dieser Währungsunion zu einer echten Wirtschaftsgemeinschaft kommen, so, wie es in den Verträgen vorgesehen ist. In den Verträgen geht es um eine wirtschaftliche und monetäre Einheit, und so wird sie auch beschrieben, aber die Währungseinheit wurde vor der Wirtschaftseinheit umgesetzt.

Ebenfalls in den Verträgen festgehalten ist die Koordination der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik. Sie ist eine Verpflichtung und eines der Prinzipien, eine der Linien oder Ideen, die die spanische Präsidentschaft verfolgen wird. Koordinierte öffentliche Politiken waren immer dann effizient, wenn sie wirklich genau koordiniert worden sind. Das war der Fall, als das Europäische Konjunkturbelebungsprogramm ausgearbeitet wurde, als eine Steuerpolitik umgesetzt wurde, die die Glaubwürdigkeit des lebenswichtigen Stabilitäts- und

Wachstumspaktes unterstrich. Es war auch der Fall, als koordinierte Finanzstrategien erstellt wurden, beispielsweise Bankbürgschaften und die Erhöhung der Garantiefonds. Kurz gesagt, alles, was Wirtschaftswissenschaftler als „Skaleneffekte“ bezeichnen, passiert auch auf politischer Ebene, denn dort führt eine gute Koordination zu guten Ergebnissen.

Das ist die Vision des Rates in dieser schwierigen Situation, die wir gerade überwinden, und wir müssen wesentlich gestärkter und gefestigter aus ihr hervorgehen. Dies ist zweifellos eines der Hauptziele des inoffiziellen Treffens des Europäischen Rates am Donnerstag:

Joaquín Almunia, *-Vizepräsident der Kommission.* – Frau Präsidentin, die Kommission ist besorgt über die beträchtlichen wirtschaftlichen und steuerlichen Herausforderungen, die Griechenland zu meistern hat. Die schwierige Lage in Griechenland ist eine gemeinsame Sorge für die Eurozone und für die EU insgesamt, da große und nicht abbaubare Inlands- und Außenhandelsdefizite die makrofinanzielle Stabilität des Landes bedrohen und ein ernsthaftes Risiko der Ausweitung in andere Teile der Eurozone darstellen.

Die griechischen Behörden und das griechische Volk sind sich der vor ihnen liegenden Herausforderung bewusst. Am 15. Januar legte die Regierung ein ehrgeiziges Stabilitätsprogramm vor, mit dem diese Probleme behoben werden sollen. Das Programm sieht einen Defizitabbau der rund 12,7 % im Jahr 2009 auf unter 3 % im Jahr 2012 vor. Den Anfang soll in diesem Jahr eine Berichtigung des BIP um 4 Prozentpunkte machen. Dieses Programm zeugt von einem angemessenen Ehrgeiz angesichts des Umfangs der notwendigen Konsolidierung, wobei es sich ja nur um ein Anfangsprogramm handelt. Genauer gesagt, die griechischen Behörden haben ein konkretes Maßnahmenpaket für 2010 angekündigt. Einige dieser Maßnahmen wurden bereits dem griechischen Parlament vorgelegt und sollen in Kürze umgesetzt werden. Pläne für spätere Programmjahre liegen zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Einzelnen vor.

Am 3. Februar letzte Woche hat die Kommission einem integrierten Konzept- und Überwachungsmechanismus zugestimmt. Damit wird unsere Beurteilung des Stabilitätsprogramms mit einer Empfehlung für das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit kombiniert. Das Haushaltsdefizit soll bis 2012 auf unter 3 % gedrückt werden, wie die Regierung in dem Programm vorgesehen hat. Eine weitere Empfehlung nach Artikel 121(4) des EU-Vertrages wird hier zum ersten Mal angewendet, um sicherzustellen, dass die Wirtschaftspolitik Griechenlands mit unseren breit angelegten Wirtschaftspolitikrichtlinien und dem ordnungsgemäßen Funktionieren unserer Wirtschafts- und Währungsunion in Einklang steht. Wir haben auch ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, um sicherzustellen, dass Griechenland sich der Probleme annimmt, die dafür verantwortlich sind, dass bis jetzt keine zuverlässige Haushaltsstatistik vorgelegt werden konnte, und die Kommission hat ihre sofortige Initiative hinsichtlich der Kontrollbefugnis für Eurostat angekündigt.

Was das Stabilitätsprogramm betrifft, so unterstützt die Kommission Griechenland voll und ganz bei seinen Bemühungen, die schwierige Wirtschafts- und Steuersituation zu beheben. Die Maßnahmen und die in diesem Programm herausgestellten strategischen Absichten sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die erfolgreiche große Regierungsanleihe am 25. Januar scheint darauf hinzuweisen, dass die Marktteilnehmer diese Sichtweise teilen, und dies trotz der hohen Zinssätze; die Erhöhungen der anschließenden Spreads zeigen ebenfalls, dass sie vorsichtig bleiben.

Trotzdem gibt es Risiken hinsichtlich der Programmziele und der mittelfristigen Steuerberichtigung. Das im Programm umrissene makro-ökonomische Szenario ist recht optimistisch, doch es gibt einige Unsicherheiten bezüglich der Ertragsprognosetrends, speziell die geschätzte Auswirkung der Bemühungen, in einer Wirtschaftsflaute gegen Steuerhinterziehung vorzugehen. Angesichts der jüngsten Marktentwicklungen scheinen auch Zins- und Aufwandsprognosen auf niedrigem Niveau zu sein. Was die Empfehlungen des Verfahrens bei übermäßigem Defizit betrifft, schließen sich unsere Empfehlungen hinsichtlich der in diesem Jahr zu ergreifenden Maßnahmen den von den griechischen Behörden in ihrem Stabilitätsprogramm angekündigten Maßnahmen an. Dazu gehören Maßnahmen, die im ersten Quartal dieses Jahres umgesetzt werden müssen, wie Lohnkostensenkungen, Personalabbau im öffentlichen Dienst, Vorantreiben der Gesundheits- und Rentenreform, Erhöhung von Steuern und Verbrauchssteuern und Reform der Finanzverwaltung. Einige dieser Maßnahmen wurden bereits dem griechischen Parlament vorgelegt und sollen in Kürze umgesetzt werden. Die griechischen Behörden wurden von der Kommission in unserem Vorschlag an den Rat dazu aufgefordert, bis Mitte März einen ausführlichen Umsetzungsbericht vorzulegen, in dem die ergriffenen Maßnahmen und der Zeitplan für diese Maßnahmen erläutert werden. Ebenfalls sollte eine Risikobeurteilung durchgeführt werden, damit, falls Risiken auftreten, gegebenenfalls Abhilfemaßnahmen ergriffen werden können.

In diesem Zusammenhang begrüßt die Kommission die Ankündigung vom 2. Februar über weitere Maßnahmen. Hervorzuheben sind insbesondere die Nullrunde bei den Gehältern im öffentlichen Dienst und eine Anhebung der Verbrauchssteuern auf Treibstoffe, um die Haushaltsziele für dieses Jahr zu sichern, sowie die Bereitschaft der griechischen Behörden, gegebenenfalls weitere Maßnahmen zu ergreifen und schnellstens umzusetzen.

Was die späteren Programmjahre betrifft, fordern wir weitere Korrekturen dauerhafter Natur, die Fortsetzung der Finanzverwaltungsreformen und ein verbessertes Haushaltssystem. Es versteht sich von selbst, dass Griechenland sich weiterhin um Verbesserungen bei der Beschaffung und Verwendung allgemeiner staatlicher Hilfen bemühen muss. Da diese Pläne weniger ausführlich sind, schlagen wir die Einrichtung eines engen Berichtssystems vor, im Rahmen dessen die griechischen Behörden vierteljährlich über durchgeführte Maßnahmen, erzielte Ergebnisse und noch umzusetzende Maßnahmen berichten. Dieses enge Berichtssystem soll sicherstellen, dass die Pläne wie vorgesehen durchgeführt werden. Wir haben auch den Empfehlungen zugestimmt, den Widerspruch zwischen den allgemeinen Richtlinien der Wirtschaftspolitik und den Risiken aufzuheben, die angesichts des fortschreitenden Verlustes der Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft, der Vergrößerung der Außenhandelsdefizite sowie des großen Spreads auf den Finanzmärkten gegenüber Referenzschuldsscheinen eine ordnungsgemäße Funktion der Wirtschafts- und Währungsunion gefährden.

Ferner sind gleichgerichtete Bewegungen der Spreads in anderen Ländern ein deutliches Zeichen für die Gefahr eines Übergreifens auf andere Mitgliedstaaten. In diesem Zusammenhang erwarten wir von Griechenland, dass es ein umfassendes Strukturreformprogramm auflegt, das auf die Steigerung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung, das Voranbringen der Renten- und Gesundheitsreform, einen besser funktionierenden Arbeitsmarkt und die Effizienz des Lohnverhandlungssystems abzielt, wodurch die Funktion des Produktmarktes und das Geschäftsumfeld gefördert und die Stabilität des Banken- und Finanzsektors aufrecht erhalten werden.

Wie sehen die nächsten Schritte in diesem sehr detaillierten Überwachungsverfahren aus? Eurogroup und Ecofin werden unsere Empfehlungen nächste Woche diskutieren und dann sollte Mitte März ein erster Bericht vorliegen, in dem der Zeitplan für die Umsetzung zur Absicherung der Ziele für 2010 ausgearbeitet ist. Dann sollte Griechenland im Vierteljahresrhythmus ab Mai über die Art und Weise Bericht erstatten, wie es den Entscheidungen und Empfehlungen des Rates entspricht. Jeder Bericht muss der Kommission zur Bewertung vorgelegt werden. Es ist klar, dass bei den ersten Anzeichen von Risiken zusätzliche Maßnahmen umgesetzt werden müssten. Daher ist es äußerst wichtig, dass die griechische Regierung im Bedarfsfall darauf vorbereitet ist, gegebenenfalls weitere der Maßnahmen zu ergreifen, auf die man bereits hingewiesen hat.

Zusammenfassend möchte ich sagen, wir befinden uns in einer noch nie dagewesenen Lage, aber wir werden sie überstehen. Griechenland hat ein ehrgeiziges Programm in Angriff genommen, um seine Defizite zu korrigieren und seine öffentliche Verwaltung und Wirtschaft zu reformieren. Das Land verdient Hilfe bei dieser schwierigen Aufgabe, und die Kommission unterstützt Griechenland. Zusammen mit dem Willen der Behörden, die Probleme zu lösen, wird der integrierte Überwachungsmechanismus der Wächter über eine erfolgreiche Umsetzung der konsolidierenden Steuermaßnahmen und Strukturreformen sein, durch die Griechenland wieder auf einen zukunftsfähigen Weg zurückfindet. Eine rechtzeitige und rigorose Umsetzung der Haushaltsmaßnahmen und Strukturreformen – und sowohl Steuermaßnahmen als auch Strukturreformen sind in dem Programm enthalten, das die griechischen Behörden angenommen haben – und die enge Überwachung der Situation sind der Schlüssel, um eine angemessene Lösung für die gegenwärtigen Spannungen auf unseren Märkten zu finden.

Corien Wortmann-Kool, im Namen der PPE-Fraktion. – (NL) Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) hat die Initiative zu dieser Debatte ergriffen, weil die Probleme in den Ländern der Eurozone dringend einen starken europäischen Ansatz erfordern. Darüber sind wir sehr besorgt.

In den letzten Jahren haben die Mitgliedstaaten sich zu oft vom Stabilitäts- und Wachstumspakt entfernt. Darum fordere ich den Rat heute auf, sich beim Gipfeltreffen am kommenden Donnerstag und beim Ecofin-Treffen nächste Woche auf breiterer Ebene und umfänglich zu einer stärkeren Koordination der Währungspolitik zu verpflichten, und zwar nicht nur soweit es Griechenland betrifft.

Die spanische Präsidentschaft kann in ihrem eigenen Land auch mit gutem Beispiel vorangehen, weil die Lage dort ähnlich dringlich ist.

Herr Präsident, im Namen meiner Fraktion biete ich Ihnen meine uneingeschränkte Unterstützung für die Art und Weise an, in der die Europäische Kommission mit Griechenland umgeht. Wir kommen zwar Monate

zu spät, aber es ist absolut notwendig. Das Gleiche muss auch für andere Länder in der Gefahrenzone gelten. Die Lösung liegt nicht darin, mehr Gelder aus dem europäischen Haushalt zur Verfügung zu stellen, sondern Reformpläne wirklich umzusetzen.

Ich hoffe, Sie arbeiten auch an einem Notfallplan für den Fall der Fälle, und untersuchen daher alle Möglichkeiten, einschließlich der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Gleichzeitig müssen wir angesichts des Umfangs der Haushaltsprobleme einen kühlen Kopf bewahren. Die Reaktionen der Finanzmärkte sind viel zu übertrieben. Dadurch wird die Vordringlichkeit noch unterstrichen, die europäische Regulierung der Finanzmärkte schnellstens zu verstärken.

Udo Bullmann, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Herr Kommissar Almunia, gerade in dieser Übergangszeit danke ich Ihnen für Ihr Engagement in Ihrem vergangenen Mandat und wünsche Ihnen eine glückliche Hand für die neuen Aufgaben. Diesen Wunsch möchte ich auch auf Ihren Nachfolger, Herrn Rehn, ausdehnen. Ich wünsche ihm Courage und Fortüne für die wichtigen Aufgaben, vor denen er steht.

Die momentane Situation hat drei Botschaften für uns. Botschaft Nr. 1: Das, was Kommissionspräsident Barroso uns als Konzept EU 2020 vorgestellt hat, ist eine dünne Suppe. Diese dünne Suppe wird bei weitem nicht ausreichen, um die Kohärenz in der Europäischen Union herzustellen, die wir dringend brauchen, um Situationen, wie wir sie derzeit durchleben, künftig zu vermeiden. Es muss Fleisch in diese Suppe, und ich hoffe, dass die Termine der nächsten Wochen Gelegenheit bieten, hier Anreicherungen vorzunehmen. Wir brauchen dringend eine stärkere wirtschaftspolitische Koordination. Die spanische Präsidentschaft hat Recht, wenn sie das unterstreicht. Es gibt keine Gründe, verehrte Präsidentschaft, dass Sie sich hier Angst machen lassen.

Botschaft Nr. 2: Natürlich gibt es in einigen Mitgliedstaaten Modernisierungsdefizite, und die Zahlen dürfen nicht lügen. Aber es gibt in mehr als einem Land Modernisierungsdefizite. Und es gibt auch Länder, die müssen mehr tun, weil sie mehr tun können. Ich habe keinen Zweifel, dass der neue griechische Finanzminister, Herr Papakonstantinou, einen tollen Job macht, und ich kenne keinen ernsthaften Politiker, der das bestreitet. Er verdient unser Vertrauen, wir sollten ihn stärken.

Botschaft Nr. 3: Die Europäische Union muss gewappnet sein. Wenn die Märkte die Eurozone testen, dann muss Europa in der Lage sein, eine Antwort zu geben. Die Antwort muss auch unkonventionell sein können. Wenn es weiter Spekulationen gegen einzelne Länder gibt, müssen wir in der Lage sein, Kredite zu den durchschnittlichen europäischen Ratingbedingungen zur Verfügung zu stellen. Das wird zu organisieren sein. Wir finden hier auch eine Stütze im Vertrag von Lissabon, entsprechend tätig zu werden. Meine Herren in Rat und Kommission, seien Sie darauf vorbereitet, wenn gehandelt werden muss!

Guy Verhofstadt, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – (NL) Ich denke, dass ich im Gegensatz zu den Vertretern der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokratien) nicht ernsthaft für das Eingreifen der Kommission plädiere.

Zuallererst müssen wir, so glaube ich, erkennen, dass das, was wir jetzt mit Griechenland erleben, auch die Folge eines Versagens der Lissabon-Strategie ist. Die Länder haben sich in den letzten zehn Jahren tatsächlich immer weiter voneinander entfernt. Der Abstand zwischen Deutschland und Griechenland hat sich im letzten Jahrzehnt nicht verringert, sondern sogar noch vergrößert. Ursache hierfür ist die Tatsache, dass wir die Lissabon-Strategie viel zu energielos verfolgt haben.

Zweitens glaube ich auch, dass von den europäischen Institutionen, nämlich der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank, ein taktisch-strategischer Fehler begangen wurde, weil sie nicht sofort reagiert haben. Die Maßnahmen wurden viel zu spät ergriffen. Sechs Wochen lang wurden von den europäischen Führungsverantwortlichen alle möglichen Erklärungen abgegeben, dass die griechische Führungsspitze Maßnahmen ergreifen muss, dass die Maßnahmen nicht streng genug waren, oder dass sie überhaupt kein Vertrauen in die Kompetenz der griechischen Führers haben, und so weiter. Das haben wir alle gehört. Ich sage Ihnen, dass wir zum Teil alle für die Reaktion der Finanzmärkte in Bezug auf Griechenland verantwortlich sind. Wie können wir jetzt erwarten, dass die Finanzmärkte Vertrauen in einen Club haben, dessen Mitglieder selbst kein Vertrauen mehr zu Griechenland und die von Griechenland vorgeschlagenen Maßnahmen haben? Daher glaube ich, dass der Ansatz falsch war. Wenn die Europäische Zentralbank und die Europäische Kommission von Anfang an schneller ein Paket für Griechenland geschürt hätten, wäre es zu keiner Infektion der Eurozone in der Art und Weise gekommen, wie wir sie aktuell erleben.

Es kann auch keiner behaupten, dass uns die Probleme Griechenlands nicht bekannt waren. Seit drei oder vier Monaten ist Griechenland Thema in den Lobbys der Europäischen Kommission, und es war zu hören,

dass es früher oder später Probleme mit Griechenland geben würde. Und das ist nämlich der einzige Grund, meine Damen und Herren, warum es ein Rating für Griechenland mit seinem Defizit in Höhe von 12,7 % gibt, aber kein Rating für das Vereinigte Königreich mit einem Defizit von 12,9 %. Daher geht es nicht mehr länger nur um Zahlen; es geht um die Finanzmärkte, die sich auf Griechenland stürzen, weil wir selbst nicht genug Zusammenhalt, Vertrauen und Solidarität ausstrahlen. Diese Situation hätte durch hartes Durchgreifen der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank vermieden werden können.

Eine Strategie oder eine Empfehlung, Herr Kommissar: Lassen Sie uns hierfür eine eigene Lösung finden! Ich bin absolut dagegen, den IWF, den Internationalen Währungsfonds, mit ins Boot zu holen, um die Probleme in der Eurozone zu lösen. Wir werden die Problemen in der Eurozone selbst lösen, wir brauchen den IWF nicht.

Ich komme jetzt zum letzten Punkt, und dabei geht es um mehr als Griechenland. Die aktuelle Situation ist ein Testfall für den Zusammenhalt und die interne Einigkeit des Euros.

Pascal Canfin, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – (FR) Frau Präsidentin, im Namen der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz möchte ich der spanischen Präsidentschaft mitteilen, dass wir ihre Analyse des politischen Willens zur Einführung neuer Governance-Werkzeuge und im Hinblick auf eine Wirtschaftsgemeinschaft, die mehr ist als eine Währungsunion, wie Herr Bullmann erläutert hat, unterstützen. Sie haben bei diesem Vorhaben die volle Unterstützung unserer politischen Fraktion.

Fakt ist, dass wir, abgesehen von Griechenland, das hier auf dem Spiel steht, meiner Meinung nach alle Werkzeuge für die wirtschaftliche Führung in der Eurozone überprüfen müssen und hierbei insbesondere den Stabilitäts- und Wachstumspakt. Über die Hälfte der Mitgliedstaaten in der Eurozone halten sich nicht mehr an den Stabilitäts- und Wachstumspakt.

Außerdem sollten wir nicht vergessen, dass Spanien noch vor kurzem, nämlich bis zur Krise, die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes voll erfüllt hat. Trotzdem befand sich das Land zwei Jahre später in einer radikal veränderten Situation mit einer Arbeitslosenquote von 20 %, weil man eben jene Kriterien außer Acht gelassen hatte.

Was bedeutet das? Es bedeutet, dass Spanien bis vor kurzen mit einem Stabilitäts- und Wachstumspakt, der sich stark auf das Kriterium der öffentlichen Finanzen konzentriert – was zwar absolut notwendig, aber nicht ausreichend ist –, die Schulden und Defizite der öffentlichen Hand kontrollierte, aber gleichzeitig ein rapides Ansteigen seiner Privatschulden zuließ. Privatschulden sind explodiert, es gab eine Spekulationsblase auf dem Immobilienmarkt und eine Rezession größeren Ausmaßes als anderswo. Die Folge war, dass eine enorme Summe öffentlicher Gelder eingeschossen werden musste. Dies ist also der Beweis, dass man mit einem engstirnigen Blick auf den Stabilitäts- und Wachstumspakt und einem Standpunkt der Eurozonen-Führung, der sich nur auf öffentliche Schulden konzentriert, den Gesamtüberblick verliert, durch den man die nächste Krise hätte voraussehen und verhindern können.

Daher würde ich gerne wissen, welche Vorschläge sowohl die spanische Präsidentschaft als auch die Kommission vorlegen können, um natürlich den Stabilitäts- und Wachstumspakt erneut zu bestätigen, aber ihn vor allem in einen größeren Rahmen zu setzen.

Zweitens: Sie sagen, und das völlig zu Recht, dass die öffentlichen Finanzen besser kontrolliert werden müssen, dass eine Rückkehr zu einer stabileren Schuldenhöhe notwendig ist. Ist Ihrer Ansicht nach dazu einzig und allein eine Kürzung der öffentlichen Ausgaben notwendig oder könnten auch bestimmte Steuern erhöht werden? Wenn ja, welche? Welche Rolle kann außerdem unsere steuerliche Kooperation dabei spielen, den Mitgliedstaaten wieder mehr Spielraum zu geben, damit sie ihre Defizite in den Griff bekommen, und zwar nicht nur durch eine Ausgabenkürzung, sondern auch durch mehr Spielraum, damit sie ihre Einnahmen erhöhen können.

Kay Swinburne, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Frau Präsidentin, die Spreads der Staatsverschuldung haben sich in den letzten Monaten in einigen Euro-Mitgliedstaaten dramatisch vergrößert, was zu viel Spekulation auf den Märkten über Ausfälle, Bail-outs und sogar die Existenzfähigkeit bestimmter Mitgliedstaaten innerhalb des Euro-Systems geführt hat.

Die EU kann diesen Mitgliedstaaten über die EZB keine Steuerkriterien auferlegen. Trotzdem haben die Auswirkungen dieser Krise Rückwirkungen auf die EU und die EZB, da eine Lösung, internationales Vertrauen in das Euro-Modell und die zukünftige reibungslose Funktion des Euro-Staatsschuldenmarktes abzustimmen sind.

Wir haben im vergangenen Jahr viel Zeit und Energie darauf verwendet, Verfahren, Überwachungsmöglichkeiten, Transparenz und ein effizientes Risikomanagement für die Teilnehmer an den internationalen Kapitalmärkten zu erkunden. Diese Maßnahmen betreffen den Wertpapier-Sekundärmarkt, aber ich denke, es gibt gute Gründe, dasselbe Prinzip auch auf den Primärmarkt anzuwenden, insbesondere in der einzigartigen Situation der in der Eurozone Schuldverschreibungen ausgebenden Mitglieder.

Speziell in Großbritannien wurde Northern Rock insolvent, als sie sich Geld auf den kurzfristigen Märkten beschafften, um langfristige Verbindlichkeiten zu finanzieren. Als der Markt das Geschäftsmodell in Frage stellte und eine Anleihe ablehnte, ist es de facto kollabiert. Einige Mitgliedstaaten der Eurozone haben nun mit genau den gleichen Problemen zu kämpfen. Ich schlage vor, dass die EZB, die keine Vollmacht für Budgets oder Kapitalbeschaffung hat, Informationen über das Schuldenfälligkeitsprofil erhalten kann, wenn sie der Ansicht ist, dass der Mitgliedstaat den Bewegungen am Kurzfristmarkt zu stark ausgesetzt ist.

Griechenland muss sich in den nächsten Wochen 31 Milliarden EUR beschaffen. Portugal muss bestehende Schulden in Höhe von 17 % seines BIP verlängern, und das zu einem Zeitpunkt, an dem auch Frankreich Schulden in Höhe von 20 % seines BIP verlängern muss. Das Schuldenfälligkeitsprofil bleibt den Mitgliedstaaten überlassen, aber durch die kumulierende Wirkung, wenn der Markt gleichzeitig angezapft wird, wird die EU in Krisenzeiten stark belastet, und das führt zu Problemen bei der Kapitalbeschaffung am Markt.

In der Eurozone sollte die EZB vielleicht einen Überblick über die vermehrte Ausgabe von Schuldverschreibungen haben und Mitgliedstaaten in Sachen verantwortliches Management beraten.

Zusammenfassend wäre ein erster Schritt für die EU und speziell für die Mitgliedstaaten der Eurozone, sich um eine nachhaltige Schuldenfälligkeitsstrategie zu bemühen, da die absolute Schuldenhöhe zur jetzigen Zeit weniger wichtig ist als die Höhe der Schulden, die zur Umwandlung anstehen.

Nikolaos Chountis, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (EL) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die neue Kommission beginnt ihre Arbeit mit einer großen Lüge: Nicht nur, dass der Vertrag von Lissabon und die Lissabon-Strategie uns nicht vor der Krise schützen können, sie sind eine der Ursachen, warum es überhaupt zu dieser Krise gekommen ist. Sie sind auf ganzer Linie gescheitert.

Die globale Krise hat die Grenzen, die Dauerhaftigkeit und die Strukturprobleme des europäischen Allgemeinmodells der zukunftsfähigen Entwicklung hervorgehoben. Der Stabilitätspakt existiert nicht mehr; die Krise hat ihn vernichtet, wie die Defizite und die Geschwindigkeit beweisen, in der die öffentliche Verschuldung in Deutschland, Spanien, Italien, Portugal, Großbritannien und Griechenland steigt.

Die Krise betrifft nicht nur Griechenland. Sie betrifft die Europäische Union und aufgrund der getroffenen Entscheidungen die Eurozone. Die Linke hat davor gewarnt und sich gegen diese Strategien gestellt. Leider bestanden die Rechten und die Sozialdemokraten darauf, für die Krise dieselben Werkzeuge einzusetzen.

Mit der Lissabon-Strategie haben wir den Sozialstaat demontiert. Wir reden über ein Europa der Zusammenarbeit, während die Europäische Zentralbank den Handelsbanken Geld zu einem Zinssatz von 1 % leiht, den Mitgliedstaaten bei Anleihen auf den Geldmärkten jedoch einen Zinssatz von 6 % abverlangt. Die Europäische Union folgt den Vereinigten Staaten in ihrem Modell und in ihrem Militärdienst. Wie kann es sein, dass wir US-Kreditratingunternehmen wie Moody und andere als offizielle Richter über die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten akzeptieren und uns von ihnen die Wirtschaftspolitik diktieren lassen?

Wir müssen unseren Stabilitätspakt ändern und ihn durch einen Entwicklungs- und Beschäftigungspakt ersetzen. Die Europäische Union kann und darf sich nicht auf der Basis der Lohnkosten auf globaler Ebene am Wettbewerb beteiligen. Letztendlich müssen wir dafür sorgen, dass es keine Förderung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Rücken der Zerstörung der Arbeitsbeziehungen und –rechte gibt

Nikolaos Salavrakos, im Namen der EFD-Fraktion. – (EL) Frau Präsidentin, früher am Tag haben wir Aussagen zur Programmgestaltung von Herrn Barroso und zu seinem neuen Team der Kommissare gehört.

Ich persönlich habe den Eindruck bekommen, dass wir als Mitglieder zwar im selben Boot sitzen, aber nicht derselben Flotte angehören. Es gibt einen riesigen Unterschied.

Daher sehe ich, gestützt auf die Programmaussagen von Herrn Barroso, der Zukunft der Europäischen Union mit engeren Bindungen zwischen den Mitgliedstaaten und besonders auf der Wirtschafts-, Sozial- und Entwicklungsebene entgegen. Ich befürchte jedoch, dass es einen riesigen Anstieg an „Streukapital“ und

„Spekulativkapital“ geben wird, das die Märkte bewegen und auf ihnen bewegt werden wird. Durch Förderung und anschließendes Verlassen der lokalen Märkte wie ein vorüberziehender Wirbelsturm wird die reale Wirtschaft zerstört und es werden Gewinne ohne wirkliche Investitionen abgezogen. Der Euro hat natürlich das Potenzial für „Streukapital“ zwecks Spekulation auf Wechselkurse begrenzt.

Das ist somit der Grund für die Angriffe, unter denen Griechenland heute leidet und wofür es besonderer Unterstützung bedarf. Man darf auch nicht vergessen, dass die Europäische Union nach den Statistiken für das Jahr 2008 rund 38 % des globalen Vermögens erwirtschaftet; ich denke, dass die Europäische Union in der aktuellen Währungskrise versagt hat oder ihre Macht, wirtschaftlich in die globalen Finanzmärkte eingreifen zu können, nicht ausüben wollte.

Ich möchte gerne diesem Parlament und meinen Kollegen eine Botschaft senden, und zwar eine Botschaft von Schumpeter: Es gibt eine schöpferische Zerstörung, die Europa, die europäische Währung und Griechenland verschont, die aber absolut notwendig ist, um sowohl Griechenland als auch den anderen Mitgliedstaaten die Solidarität der Mitgliedstaaten zu beweisen.

Jean-Marie Le Pen (NI). – (FR) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, was heute in Griechenland und Portugal und morgen in Spanien und Irland geschieht, ist skandalös. Dieselben angelsächsischen Agenturen, die sich höflich zurückgelehnt hatten, während Schurken faule Wertpapiere ausgegeben und gehandelt haben, und die nichts haben kommen sehen, sind nun die strengsten von allen gegenüber diesen Mitgliedstaaten, die dringend Hilfe auf einem Finanzsektor suchten, der das nicht verdient hat.

Die durch die Verantwortungslosigkeit der Märkte und Banken verursachte Krise und dieser riesige Betrag an Geldern sind direkt dafür verantwortlich, dass die Haushaltsdefizite und öffentlichen Schulden angestiegen sind, welche dieselben Märkte nun zu bestrafen versuchen.

So sieht der von Herrn Sarkozy, der Europäischen Union und den G20 angekündigte ethische Kapitalismus aus. Die einzige Lektion, die diese Bankster aus der Krise gelernt haben, ist, dass der Steuerzahler eine immer sprudelnde Quelle für Einkommen, Gewinne und Bürgschaften ist, denn Gerüchten zufolge geht diese Panik auf eine US-Bank, die von der US-Regierung Finanzhilfe erhielt, und zwei Hedge-Fonds zurück, die sowohl von den exorbitanten Zinssätzen, die man Griechenland auferlegt hatte, als auch vom Markt für Kreditausfall-Swaps profitieren wollten.

Es wird nicht ausreichen, Hedge-Fonds zu regulieren - wovor Sie sich fürchten - oder die Derivatmärkte, wie Herr Barnier es vorschlägt. Es hat keinen Zweck, eine europäische Wirtschaftsregierung zu bilden. Das Europa der Siebenundzwanzig befindet sich sowieso im gleichen Schlamassel, und Solidarität ist keine Option. Es ist die internationale freie Kapitalbewegung, die es zu hinterfragen gilt, anderenfalls gibt es keine Erholung, sondern nur eine Wiederholung der Krise.

Jean-Paul Gauzès (PPE). – (FR) Frau Präsidentin, Herr Präsident, Herr Kommissar, wie schon Frau Wortmann-Kool vor mir erwähnte, stimme ich natürlich den Positionen der Kommission zu, wie in Bezug auf die aktuelle Lage in Griechenland entschieden wird.

Was die spanische Präsidentschaft betrifft, haben wir erfreut das Ziel zur Kenntnis genommen, das Sie sich selbst zur Verbesserung der Koordination der Wirtschaftsstrategien gesetzt haben. Dieser starke politische Wille muss auch vorhanden sein, wenn es darum geht, zwei wichtige laufende Projekte zu überprüfen: die Strukturierung einer echten Form der Finanzaufsicht und die Regulierung der Hedge-Fonds.

Es stimmt, Europa darf nicht zur Festung werden, aber ein Sieb darf es genauso wenig sein. In diesen beiden Bereichen muss die Präsidentschaft wirklich Spielraum haben, damit sie produktiv mit dem Parlament verhandeln kann. Wir erwarten vom Rat in seiner nächsten Sitzung, dass er ein starkes Signal an die Öffentlichkeit und den Markt sendet: Die Öffentlichkeit muss wieder Vertrauen in den Euro gewinnen und der Markt muss seine Solidarität mit Griechenland zeigen. Der Rat muss deutliche Zeichen setzen, dass er sich nicht von den Versuchen zur Destabilisierung des Euros durch gewisse Spekulanten einschüchtern lässt, die nicht zögern, gegen solche Mitgliedstaaten zu spekulieren, die gegenwärtig wirtschaftliche und soziale Problemen bewältigen müssen.

Pervenche Berès (S&D). – (FR) Frau Präsidentin, Herr López Garrido, Kommissarinnen und Kommissare, diese Debatte ist nicht nur wichtig, weil der Euro unter Beschuss steht, sondern auch, weil wir am Donnerstag das erste Gipfeltreffen unter der Leitung von Präsident Van Rompuy haben werden.

Ich möchte erwähnen, dass die Europäer heute fest zusammenstehen und davon überzeugt sind, dass wir dem IWF nicht erlauben können, in Griechenland einzugreifen. Das begrüße ich, weil es ansonsten heißt,

dass wir vor dem, was wir seit so vielen Jahren verlangen, nämlich wirtschaftliche Governance in der Eurozone, die Tür schließen.

Wenn wir wirtschaftliche Governance für die Eurozone wollen, dann heißt das, dass wir der Volatilität der Märkte begegnen müssen, dass wir uns mit Mitteln zur Reaktion wappnen und mit den Märkten Schritt halten müssen. Aktuell verfehlen wir dieses Ziel eindeutig.

Ich sehe außerdem, dass die Lage in unserem europäischen Verwaltungsapparat aktuell so ist, dass Ihnen, wenn Sie nicht Teil der Eurozone sind, „geholfen“ werden kann, während die Dinge, wenn Sie zur Eurozone gehören, wesentlich komplizierter sind. Ich hätte nie gedacht, dass die Eurozone zu einem solidaritätsfreien Raum wird. Dabei basiert die Funktion der Eurozone genau auf dem Konzept der Solidarität.

Egal wie die Exportstrategie aussieht, egal mit welchem Defizit es zu kämpfen hat, egal wie hoch es öffentlich verschuldet ist - keines der Mitgliedsländer der Zone hat die Chance, aus dieser Krise zu entkommen, wenn ein Glied dieser Kette angegriffen wird.

Aber was sehen wir heute? Einen Mechanismus, der so funktioniert, dass die Finanzmärkte die verschiedenen Parteien gegeneinander ausspielen, unsere Fähigkeit zu Solidarität testen und unsere Fähigkeit, das eigentliche Konzept der Eurozone am Leben zu erhalten, auf die Probe stellen. Denn das Konzept der Eurozone besteht darin, dass wir unsere eigenen Strategien entwickeln müssen, wenn wir uns selbst Spielraum schaffen und über die Spekulation als den einzig verfügbaren Mechanismus hinausblicken wollen.

Diese Fähigkeit jedoch, im Grunde etwas immun gegen die Art und Weise zu werden, in der die Devisenmärkte vor der Einführung des Euros mit den Rating-Mechanismen in Sachen Staatsverschuldung funktioniert haben, ist damit wieder in die Eurozone selbst eingeführt worden.

Und darauf müssen wir unser Augenmerk richten. Das geht weit über die Vorschläge hinaus, die heute vorgelegt wurden, und es liegt an Präsident Van Rompuy, mit diesen Projekten am nächsten Donnerstag anzufangen. Das wäre sehr wichtig.

Peter van Dalen (ECR). – (NL) Griechenland hat uns erst vor kurzem Einsicht in den tatsächlichen Umfang seiner Schulden gegeben. Sie sind noch viel größer als gedacht. Das Haushaltsdefizit erreicht fast 13 %. Leider haben auch Spanien, Portugal und Italien hohe Haushaltsdefizite.

Europa darf sich nicht ein Trojanisches Pferd einhandeln. Und das wäre nämlich der Fall, wenn diesen Ländern Unterstützung gewährt wird, wie einige Leute das wollen. Das darf nicht passieren, denn dann würden wir schlechte Politik mit einem Bonus belohnen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt besagt ganz eindeutig, wie Länder im Falle einer Krise reagieren müssen, und der Pakt sagt primär, was getan werden muss, bevor eine Krise eintritt, nämlich rechtzeitig für einen strengen Haushalts- und Ausgabenplan zu sorgen. Die Niederlande machten damit vor ungefähr einem Jahr den Anfang. Die südeuropäischen Mitgliedstaaten haben damit zu lange gewartet. Glücklicherweise haben sie nun damit begonnen, ihre Angelegenheiten in Ordnung zu bringen – besser spät als nie!

Ich verfolge die von ihnen ergriffenen Maßnahmen mit großem Interesse. Wenn die Börsenmärkte und der Euro in der Zwischenzeit ein bisschen absinken, dann wäre das weder für die Investoren noch für die Exportunternehmen eine Katastrophe, ganz im Gegenteil.

Charalampos Angourakis (GUE/NGL). – (EL) Frau Präsidentin, das Gerede über spekulativen Druck auf die Eurozone und den Euro, das Gerede über die Gefahr, dass die Wirtschaft in Griechenland und in anderen Ländern Südeuropas infolge der öffentlichen Finanzprobleme, der übermäßigen Schulden und des Defizits kollabiert, dient der Europäischen Union, den bürgerlichen Regierungen und anderen imperialistischen Vereinigungen nur als Entschuldigung für die Beschleunigung und Verstärkung der kapitalistischen Neustrukturierungen und die stärkere Ausbeutung der arbeitenden und basisdemokratischen Bevölkerung.

Die Europäische Union und die Regierungen erpressen und terrorisieren die Arbeiter, damit sie den Regulierungen der Marktwirtschaft und dem europäischen Konstrukt des Großunternehmens zustimmen, um ihnen dann Lohn- und Rentenkürzungen, flexible Arbeitsverträge, drastische Einschnitte bei den Sozialleistungen und ein Übermaß an krassen Steuermaßnahmen aufzuerlegen, bzw. kleine und mittlere Bauern von ihrem Land zu vertreiben.

Es ist eine Lüge zu behaupten, dass die kapitalistische Krise nur auf Misswirtschaft und Korruption zurückzuführen ist. Schulden und Defizite sind die das Werk des kapitalistischen Systems, des Vertrags von Maastricht und natürlich der Lissabon-Strategie. Nur aus diesem Grund rufen die bürgerlichen Regierungen

und die Europäische Union, die die volle Verantwortung für die jetzt vorliegende Situation tragen, die arbeitenden Klassen, die basisdemokratischen Klassen auf, nationalen Kampagnen zuzustimmen und sich daran zu beteiligen. Die Arbeiter sollten ihnen jedoch die kalte Schulter zeigen, denn die Interessen der Plutokratie sind, da wir in einer kapitalistischen Gesellschaft leben, nicht dieselben wie die der Arbeiter.

Die Arbeiter demonstrieren massenweise als Reaktion auf den Krieg, der ihnen erklärt wurde, und wir begrüßen das und unterstützen sie.

Barry Madlener (NI). – (NL) Griechenland könnte sogar damit drohen, sich selbst zusammen mit anderen Ländern für zahlungsunfähig zu erklären, dank jahrelanger schwacher Politik des linken Flügels mit linksgerichteten Politikern, die in Europa Ämter bekleidet haben: Gordon Brown, Barroso, Schulz, Cohn-Bendit, Guy Verhofstadt. Herr Verhofstadt, würden Sie mir bitte auch zuhören? Milliarden sind in schwache Mitgliedstaaten geflossen und Griechenland schien schon zum Zeitpunkt seines Beitritts Zahlen manipuliert zu haben, aber nein, auf diesem Auge waren Sie blind. Europa musste und würde expandieren. Dank schwacher Politiker wie Ihnen sind diese Wirtschaften künstlich aufgeblasen worden und nun geht ihnen die Luft aus.

Und was passiert jetzt? Sie fahren geschäftsmäßig mit ihrer desaströsen Politik fort. Wer klopft da an die Tür der Europäischen Union? Noch mehr arme Länder: Albanien, Island, Mazedonien, Kroatien, Serbien, der Kosovo und sogar die Türkei. Arme Länder, die ebenfalls unter enormer Korruption leiden. Dann ist da noch Spanien, das trotz einer hohen Arbeitslosenquote 700.000 illegale Einwanderer legalisiert hat, die auch noch ihre Familien hergebracht haben – und das bei einer Arbeitslosenquote in Spanien von 20 %.

Herr Präsident, diese Einwanderungspolitik muss ein Ende haben.

Anni Podimata (S&D). – (EL) Frau Präsidentin, es kann keinen Zweifel geben, dass Griechenland, wie andere Länder in der Eurozone auch, einem riesigen öffentlichen Defizit und Schulden gegenüber steht, und dass, wie Sie wissen und wie von den Kommissaren erwähnt, die griechische Regierung bereits ein umfassend fundiertes und ehrgeiziges, aber realistisches Programm auf den Tisch gelegt hat, um diese Probleme in den Griff zu bekommen.

Es kann auch kein Zweifel daran bestehen, dass sich Griechenland, wie andere Länder in der Eurozone, im Epizentrum eines koordinierten Spekulationsdrucks befunden hat und immer noch befindet, dessen Hauptziel in der Unterminierung des Euros und des wirtschaftlichen Zusammenhalts in der Eurozone liegt. Hier handelt es sich nicht um ein griechisches, ein portugiesisches oder ein spanisches Problem; es ist ein europäisches Problem, und wir haben die Pflicht, die wahren Ursachen für diese Situation aufzuzeigen.

Wie schon vor Jahren weisen wir dringend darauf hin, dass die weltweite Kreditkrise mit der unkontrollierten Funktion der Finanzmärkte verbunden ist. Heute müssen wir genauso direkt feststellen, dass der unkontrollierte Betrieb des Spekulativkapitals ein grundlegender Parameter für die aktuelle Situation in der Eurozone und schädlich für das Geld des europäischen Steuerzahlers ist.

Unsere oberste Pflicht heute muss also die Verteidigung des Euros und der Eurozone gegen den Druck von Spekulationen sein und zweitens müssen wir erkennen, dass wir nicht länger an einer eng festgelegten einheitlichen Währung festhalten können, und dass bis zu einer echten Wirtschaftskonvergenz zwischen allen Staaten der Eurozone sowohl die so genannten Kriechspur-Wirtschaften als auch die Glaubwürdigkeit der Eurozone an sich und die Stabilität des Euros betroffen sein werden.

Burkhard Balz (PPE). - Frau Präsidentin! Es ist mir auch noch nicht so häufig passiert, dass ich übersehen werde. Trotz alledem komme ich jetzt gerne zu meiner Rede.

Wir alle wissen, dass nicht alle Mitgliedstaaten der Eurozone gleich stark von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen sind. Länder, die besonders hart betroffen sind, müssen jedoch aus meiner Sicht weitreichendere Maßnahmen treffen als diejenigen, die weniger in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Die Stabilität des Euro muss dabei selbstverständlich das entscheidende und auch übergeordnete Ziel bleiben. Das gilt auch für die Maßnahmen zur Konsolidierung von Haushalten der einzelnen Euro-Mitgliedstaaten, die nicht nur im Interesse der Länder selbst liegen, sondern natürlich auch im Interesse der Länder, die eben nicht so stark betroffen sind.

Allerdings müssen wir uns auch genau überlegen, welche Maßnahmen nötig sind und welche Maßnahmen vielleicht weniger zielführend sind, um Ländern hier zu helfen. Wir könnten zwar den wirtschaftlichen Sorgenkindern in der Währungsunion zum Beispiel mittels einer Gemeinschaftsanleihe mehrerer Staaten

der Eurozone helfen, günstiger an Geld zu kommen, doch kann dieses günstige Geld von außen kaum die akuten Probleme lindern und wird auch nichts an den Ursachen ändern.

Diese Länder haben aus meiner Sicht in der Vergangenheit wichtige Reformen versäumt, wofür sie nun die Quittung bekommen haben. Die Probleme sind deswegen zum großen Teil hausgemacht und müssen von den betreffenden Ländern künftig auch selbst gelöst werden. Deswegen müssen wir strikte Spar- und Reformprogramme durchführen, wie es die Kommission angekündigt hat. Es wäre aus meiner Sicht ein fatales Signal, wenn am Ende immer der Steuerzahler aushelfen müsste. <BRK>

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL). – (FR) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, hier wurden viele interessante Dinge gesagt, aber ich denke, wir müssen den Mut haben, genau die Kriterien in Frage zu stellen, auf denen die Europäische Union heute ruht. Es gibt in den Verträgen von Lissabon und Maastricht sogar einen Artikel, der es der Europäischen Union verbietet, Griechenland zu helfen.

Dass man den Spekulanten freien Lauf gelassen hat, indem man ihnen erlaubt hat, Kapital frei zu bewegen, und die Befürwortung von Steuerkonkurrenz, die zum Wegfall der Kapital- und Unternehmenssteuern geführt hat, bedeutet, dass die nationalen Haushalte nach und nach ausgetrocknet werden, und jetzt werden die Völker mit Vorschlägen wie dem, der von Herrn Almunia kam, aufgefordert, diesen Schlamassel auszubaden, indem ihre Gehälter ausgequetscht, ihr Rentenalter heraufgesetzt und ihr soziales Sicherheitssystem zerstört wird.

Daher muss jedes einzelne dieser Kriterien geändert werden, der Wachstums- und Stabilitätspakt muss durch einen menschlichen Entwicklungspakt für Arbeit, Beschäftigung und Ausbildung ersetzt werden, und die Entscheidung, die Rolle und die Aufgaben der Europäischen Zentralbank zu ändern, muss gefasst werden, damit der Euro eine gemeinsame einigende Währung wird und nicht eine Währung, mit der spekuliert werden kann, wie es heute der Fall ist. Die Entscheidung muss getroffen werden, um neue Initiativen gegen Steuerhinterziehung und Kapitalflucht einzuführen und Steueroasen zu beseitigen, wie es versprochen wurde. Und der letzte Punkt ist, dass Courage nötig ist, um spekulative Kapitalbewegungen zu besteuern.

Andrew Henry William Brons (NI). Frau Präsidentin, es gibt eine natürliche Beziehung zwischen dem Gesundheitszustand einer Staatswirtschaft und dem Wert ihrer Währung. Wenn die Wirtschaft wächst, sollte auch der Wert ihrer Währung wachsen, damit sie im Falle von Importen von preiswerten Waren und Dienstleistungen profitieren kann. Analog gilt, wenn eine Wirtschaft stagniert oder sogar abnimmt, sinkt auch der Wert der Währung, was zu einem Export-Boom und damit zu einer Erholung der Wirtschaft führt, immer vorausgesetzt natürlich, dass die produzierenden und die Dienstleistungsindustrien des Landes noch nicht durch die Globalisierung zerstört wurden.

Leider kann sich die Währung einer Nation, die in der Euro-Zwangsjacke steckt, nicht nach den Bedürfnissen ihrer Wirtschaft und ihres Volkes richten. Das hat Großbritannien zwischen 1990 und 1992 gelähmt, als wir uns im Wechselkursmechanismus befanden. Jetzt stranguliert es Griechenland und andere Mitgliedstaaten der Eurozone.

Das sollte eine Warnung für jedes andere Land außerhalb der Eurozone sein. Treten Sie uns bei, aber auf eigene Gefahr. In kurzer Zeit schon werden Sie feststellen, dass die Bedürfnisse Ihrer Wirtschaft unbeachtet bleiben. Wenn Sie sich dann entscheiden, auszutreten, werden Sie sich mit Schulden gegenüber der Eurozone konfrontiert sehen, die durch ihre eigene abgewertete Währung noch aufgebläht wurden.

José Manuel García-Margallo y Marfil (PPE). – (ES) Frau Präsidentin, zum ersten Mal in der Geschichte des Euros sprechen wir hier über die Finanzlage einer Handvoll von Ländern. Ich sage ausdrücklich „Länder“, weil die spanische Präsidentschaft sich anhörte, als spräche sie über das Weltall und Kommissar Almunia erwähnte nur Griechenland. Ich würde gerne wissen, ob der Kommissar in seiner Schlussrede weiterhin dabei bleibt, dass die Probleme Spaniens und Portugals ähnlich wie in Griechenland sind, und wenn ja, was er dagegen zu tun gedenkt.

Wir sind aber leider hier, um über diese finanziellen Situationen zu sprechen, weil die Finanzen einiger weniger die Kreditwürdigkeit der Währung insgesamt ruinieren könnte und die Tür zu einem Europa der zwei Geschwindigkeiten öffnen könnte. Der Abstand könnte sich noch vergrößern, wenn die von der spanischen Präsidentschaft erwähnte Ausstiegsstrategie umgesetzt wird. Dann könnten wir nämlich herausfinden, dass die weniger entwickelten Länder mit monetären Schwierigkeiten und härteren Währungsstrategien kämpfen müssen und, was noch wichtiger ist, viel mehr Geld aufbringen müssen, um Schulden zu bezahlen. Dadurch stünden ihnen weniger Mittel zur Verfügung, um Arbeitsplätze zu schaffen. Glauben Sie mir, meine Damen und Herren, ohne eine nachhaltige Wirtschaft wird es unmöglich sein,

ausgeglichene Finanzen zu schaffen. Ohne Arbeitsplätze werden die Steuereinkünfte weiter fallen und die Zahlungen für die Arbeitslosenunterstützung werden weiter ansteigen.

Wir befinden uns in einer Vertrauenskrise und das erste, was man in einer Vertrauenskrise tun muss, ist, die Wahrheit sagen. Wir müssen sagen, wie es geschehen konnte, dass wir heute hier stehen. Was werden die betroffenen Länder unternehmen, um sich aus eigener Kraft aus ihrer Verschuldung zu retten? Sind die Stabilitätspakte glaubwürdig oder nicht? Wir müssen vor allen Dingen wissen, was sie zur Korrektur ihrer Wirtschaften unternehmen werden, weil es, wie ich bereits sagte, ohne nachhaltiges Wachstum keine nachhaltige Wirtschaft oder nachhaltige Finanzen geben kann.

Elisa Ferreira (S&D). – (PT) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, in einer Währungsunion kann es keine Angriffe auf Griechenland, Spanien, Irland oder Portugal geben, sondern nur Angriffe auf die Union und Angriffe auf den Euro. Diese Angriffe nutzen jedes Anzeichen von Fragilität oder jegliche Schwachstelle in der Solidität des Blocks als Einheit gnadenlos aus. In diesem Zusammenhang muss ich Ihnen, Herr Kommissar, sagen, dass Ihre Äußerungen unangemessen und gefährlich waren, aber da sie von jemandem mit Ihrer Erfahrung und Ihrem Hintergrund kamen, kann ich nur annehmen, dass sie einen Ausbruch gegen die Eigensinnigkeit und Untätigkeit der Kommission darstellen, der auch Sie angehören. Denn die Währungsunion ist, wie Sie wohl wissen, mehr als eine einheitliche Währung, ein Stabilitätspakt oder eine einzige Zentralbank.

Eine Währungsunion muss für eine lange Zeit nachhaltig sein, sie kann sich nicht mit der Suche nach kurzfristigen Nennindikatoren begnügen, sie kann die reale Wirtschaft, wirtschaftliches Wachstum oder Beschäftigung nicht außer Acht lassen und sie kann die mit ihr einhergehenden wesentlichen internen Abweichungen regionaler und sozialer Art nicht ignorieren. Das hat die Kommission bei ihrer Arbeit für die „EWU der 10“ sehr wohl erkannt.

Aus diesen Gründen hat jeder Mitgliedstaat seine Pflichten. Wer da jedoch glaubt, die Währungsunion ist ein Projekt, das jetzt abgeschlossen ist, macht einen unverzeihlichen Fehler. Wir müssen aufhören zu reden und endlich handeln. Die Lissabon-Strategie hat nicht funktioniert, weil sie weder Mittel noch Instrumente hat. Wenn wir wollen, dass die Währungsunion fest bestehen bleibt, müssen wir heute Begriffe wie „Solidarität“ und „wirtschaftspolitische Koordination“ durch konkrete Mittel und Instrumente ersetzen, die es aber bis jetzt noch nicht gibt.

Die Kommission ist nicht eingesetzt worden, um das zu tun, was sie immer schon getan hat, sondern um ihre Lektion zu lernen und eine neue Phase einzuleiten. Das erwarte ich und ich vertraue darauf, dass sie es tut.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL). – (PT) Frau Präsidentin, in dieser Debatte musste unbedingt sichergestellt werden, dass die Europäische Union mit ihrer monetaristischen Politik und den blinden Kriterien des Stabilitätspakts Schluss macht. Es war äußerst wichtig, den sozialen Fortschritt zu bekräftigen, damit die Lösung der durch Arbeitslosigkeit und Armut entstandenen Probleme erste Priorität erhält, damit die Produktion und die Arbeitsplatzbeschaffung mit Rechten gestützt werden, damit der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt garantiert wird, damit Haushaltsstützmaßnahmen für solche Länder umgesetzt werden, die sich in sehr ernsten Situationen befinden, insbesondere durch Gewährung von Mitteln, ohne dass die nationalen Regierungen gleichziehen müssen. Leider haben wir darüber gar nichts gehört.

Kommissar Almunia bestand auf denselben Strategien und denselben neoliberalen Rezepten und versuchte dabei, dieselben Leuten wie immer die Konsequenzen der schlechten Politik der Europäischen Union tragen zu lassen, einschließlich, Herr Kommissar, für Ihre eigene Verantwortung für die traurigen und beklagenswerten Äußerungen gegenüber Griechenland, Spanien und Portugal, die im Falle meines eigenen Landes Portugal beispielsweise zur Entfesselung von massiven Spekulationen geführt haben. Die Spekulanten haben nämlich tatsächlich von Ihren Äußerungen profitiert. Mein eigenes Land und andere haben aber infolge dieser Äußerungen und der derzeitigen Strategien nur verloren. Aus diesen Gründen sagen wir Ihnen, dass es Zeit ist, die Politik zu ändern.

Othmar Karas (PPE). - Frau Präsidentin, meine Herren Kommissare! Der Euro ist unser Schutzschild, er hat sich nachweislich als Stabilitätsanker erwiesen. Das zeigt uns auch, dass die Maastricht-Kriterien und der Stabilitäts- und Wachstumspakt eine wesentliche Grundlage für die Defizit-Strategie, eine Grundlage für die Exit-Strategie zu sein haben. Aber nicht alleine. Beide Strategien müssen gepaart sein mit nachhaltiger Wachstums- und Beschäftigungspolitik. Wir müssen die Europa-2020-Strategie mit den anderen verbinden. Und wir brauchen eine Innovationsvereinbarung, eine Investitionsvereinbarung und eine Koordinationsvereinbarung in der Europäischen Union, die alle Mitgliedstaaten umfasst.

Ich trete dafür ein, dass die Finanzminister den Drei-Punkte-Plan von Kommissar Almunia vom 22. Dezember 2004 zur Stärkung von Eurostat raschest in die Tat umsetzen. Fünf Jahre Behinderung für vernünftige, notwendige Maßnahmen! Wir brauchen eine Aufwertung von Eurostat, eine Überprüfung der Statistiken der Mitgliedstaaten und eine Koordination der Statistiken von EZB und Europäischer Union. Wir benötigen eine Eröffnungsbilanz der Europäischen Kommission, wir benötigen einen Kassensturz der Mitgliedstaaten auf einer gemeinsamen Kriteriengrundlage der Kommission, und wir benötigen ein *Steering Committee* zwischen Kommission, Eurostat, EZB, EIB und den Mitgliedstaaten für nationale Aktionspläne.

Verantwortung, Aufrichtigkeit und Öffentlichkeit sind gefragt, kein Versteckspiel oder Katz-und-Maus-Spiel der Mitgliedstaaten und der Finanzminister!

Antolín Sánchez Presedo (S&D). – (ES) Herr Präsident, die Wirtschaftskrise hat uns den Wert des Euros und der wirtschaftlichen Koordination erkennen lassen.

Es ist unbestritten, dass die Rolle, die die Eurozone und die Europäische Zentralbank für Stabilität und als Antwort auf die Kreditkrise gespielt haben, und die konzertierte Aktion auf europäischer und internationaler Ebene, bei der Sie, Herr Almunia, eine bedeutende Rolle gespielt haben, wichtige Beiträge geleistet haben, um die schlimmsten und verhängnisvollsten Auswirkungen der Krise zu verhindern.

Die Krise hat einen erheblichen Niedergang der Wirtschaftsaktivitäten, große Verluste von Arbeitsplätzen und eine beträchtliche Zerstörung öffentlicher Finanzen verursacht. Obwohl es so scheint, als gäbe es Anzeichen für eine aufkeimende Erholung, zeigen die Prognosen für dieses Jahr einen Rückgang der Beschäftigung und einen Anstieg der Staatsschulden in der Europäischen Union.

Die Krise hat auch die Unterschiedlichkeit der Situationen und die Unterschiede zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten zu Tage gefördert. Spannungen sind aufgetreten; Spannungen, die – und da sollten wir nicht naiv sein – nicht nur mit den Wirtschaftsprinzipien oder dem Wirtschaftspotenzial zusammenhängen. Wir müssen sicherstellen, dass sie nicht dazu führen, dass wir unsere ernstzunehmende wirtschaftliche Wechselbeziehung und unsere wichtigsten Engagements vergessen.

Die Europäische Union sieht sich ihren größten Herausforderungen seit ihrer Gründung gegenüber. Jemand hat die internationale Erholung mit den Buchstaben LUV beschrieben: L für Europa, U für die Vereinigten Staaten und V für die Schwellenländer.

Europa darf nicht hinterherhinken. Es ist Zeit für Reformen, Vorstellungen und Integration. Die erste Priorität sollte darin liegen, das Potenzial für das Wachstum unserer Wirtschaft zu erhöhen.

Alfredo Pallone (PPE). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Schwäche und die kürzliche Krise in bestimmten Ländern der Eurozone sind nicht nur das Ergebnis der Schwierigkeiten von Griechenland, Portugal und Spanien, sondern auch der Union selbst.

Dies ist nicht nur ein Problem wirtschaftlicher Ressourcen, sondern es ist auch ein politisches Problem. Bevor wir uns um kranke Länder kümmern, muss sich Europa um sich selbst kümmern, denn das wahre Problem hinter dieser Krise ist die Schwäche der Union. Allgemeine und effektive Regeln und Instrumente sind erforderlich.

Als Erstes müssen wir die Überwachungsreform beschleunigen und ein System schaffen, das tatsächlich funktioniert und nicht nur die vorhandenen Behörden reproduziert, die sich als ineffizient herausgestellt haben für die Vorhersage und Bewältigung der aktuellen Krise; wir müssen über die bisher herrschende bürokratische Logik hinausgehen, um mit den systemischen Krisen fertig zu werden.

Zweitens ist es daher notwendig, die Steuerpolitik zu koordinieren und zu harmonisieren, selbst auf die Gefahr hin, dass wir die etwas zurückhaltenderen Länder zurücklassen müssen. Einige behaupten, Intervention seitens des Internationalen Währungsfonds sei erforderlich, und ignorieren dabei das katastrophale Signal, das diese Handlungsweise an die Finanzmärkte hinsichtlich der Richtung, in welche sich die Eurozone bewegt, sendet. Im Falle der gegenwärtigen Krisensituation in einigen Ländern der Eurozone hat die Europäische Union die politische, soziale und moralische Pflicht, Maßnahmen zu ergreifen.

George Sabin Cutaş (S&D). – (RO) Bestimmte Länder der Eurozone stehen im Augenblick vor ernststen finanziellen Problemen, die sich im Umfang der öffentlichen Schulden und Haushaltsdefizite zeigen, die wesentlich höher sind als die im Stabilitäts- und Wachstumspakt erlaubten Schwellen. Die Hauptlogik hinter dem Stabilitäts- und Wachstumspakt war es, durch das Deckeln öffentlicher Schulden „versteckte“ Maßnahmen zu verhindern. Jedoch vergaß man hierbei, den notwendigen Anstieg öffentlicher Schulden zu berücksichtigen,

wenn die finanzielle Situation sich auf makro-ökonomischer Ebene verschlechtert; außerdem werden sie vom exponentiellen Anstieg der privaten Schulden beeinflusst.

Die rasche Abnahme des Finanzstatus in bestimmten Mitgliedstaaten stellt eine Bedrohung sowohl der Stabilität des Euros als auch der Kohäsion auf der Ebene der Europäischen Union dar. Um solche Folgen zu vermeiden, müssen die Mitgliedstaaten Solidarität zeigen, indem sie gemeinsame Maßnahmen ergreifen, um den Ländern, die in Schwierigkeiten stecken, gemeinsame Unterstützung anzubieten. Die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes müssen gelockert werden. Das ist eine Option, die in der Erklärung zur Schlussakte des Vertrages von Lissabon vorgesehen ist.

Daher liegt es immer noch in unserer Verantwortung, einen gemeinsamen politischen Willen zu zeigen und die Reform des Paktes umzusetzen, die jetzt zu einer Notwendigkeit geworden ist.

Theodoros Skylakakis (PPE). – (EL) Frau Präsidentin, zahlreiche Mitglieder haben hier über die Hilfe gesprochen, die Griechenland benötigt. Das ist die falsche Botschaft. Eine fruchtlose Debatte über Hilfe ist keine Hilfe. Griechenland hat offensichtlich riesige finanzielle Probleme, kann aber damit umgehen. Es gibt diesbezüglich einen breiten Konsens, sowohl unter den politischen Kräften als auch – und das ist noch wichtiger – im griechischen Volk.

Ich habe auch gehört, dass Spekulanten das Hauptproblem für den Euro sind. Als der Euro gestützt wurde, was waren da die Spekulanten? Euro-Philanthropen? Wir müssen uns anschauen, was wir falsch machen.

Auch die griechischen Statistiken müssen besprochen werden. Und dabei sollten wir nicht vergessen, dass es auch europäische Statistiken waren. Wussten Eurostat, die Europäische Kommission und ECOFIN nicht, dass die Schulden Griechenlands ohne ein entsprechendes Defizit wohl kaum noch größer werden konnten? Sind die Schulden, und nicht nur die Schulden Griechenlands, jemals über längere Zeit auf 60 % gefallen? Meiner Meinung nach besteht das Grundproblem in der Eurozone darin, dass ihre Regeln hauptsächlich auf der Grundlage politischer Kriterien angewandt wurden, und dass diejenigen, die die Kontrolle haben, und diejenigen, die kontrolliert werden, ein und dieselben sind.

Ein zweites Problem, über das noch zu wenig gesprochen wurde, ist der Gesamtverlust der Wettbewerbsfähigkeit und die breiter werdende Wettbewerbskluft zwischen Nord und Süd. Es gibt keine Eurozone, keine Währungszone, wenn zwischen ihren Mitglieder eine breiter werdende Wettbewerbskluft besteht. Er ist ein fatales und langfristiges Risiko für die Kohäsion der Eurozone, und es ist eine Frage, die uns sicherlich beschäftigen sollte.

Robert Goebbels (S&D). – (FR) Frau Präsidentin, mit diesem Sturmloch einiger internationaler Banken gegen den Euro wird die Welt einmal mehr mit der Dummheit und Habgier der Märkte konfrontiert.

Es stimmt, dass die englischsprachigen Ländern noch nie für den Euro waren. Trotzdem ist der Euro die stabilste Währung der Welt geworden. Tatsächlich bilden der Dollar und der Euro ein Duopol. Ein Duopol wird immer instabil sein. Es wird immer Bewegungen zwischen den beiden Währungen geben. Wenn die Märkte aber nur ein bisschen Gespür haben, sollten sie sehen, dass die Defizite in der Eurozone insgesamt weit unter denen der Vereinigten Staaten oder Japans liegen.

Es stimmt zwar, dass die neue griechische Regierung eine wenig beneidenswerte Haushaltssituation geerbt hat, aber es ist auch klar, dass, selbst wenn Griechenland zahlungsunfähig würde, was aber völlig undenkbar ist, die Eurozone nicht zusammenbrechen würde. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat soeben einen Haushalt mit einem Defizit von 1600 Milliarden USD vorgelegt. Um dieses Defizit auszugleichen, muss Washington sich jeden Tag über 5 Milliarden USD leihen. Die zusätzlichen Jahresschulden von Griechenland betragen weniger als die Summe der zusätzlichen Schulden der Vereinigten Staaten für eine Woche. Welches Land gefährdet nun die Stabilität der Weltfinanzen? Griechenland oder die Vereinigten Staaten?

Europa muss angesichts der Dummheit der Spekulanten für mehr Transparenz und weitere praktische Regulierungen der viel zu gefräßigen Märkte sorgen, Frau Präsidentin.

Diogo Feio (PPE). – (PT) Frau Präsidentin, in einer Debatte über die Wirtschaftslage einiger Mitgliedstaaten der Eurozone ist die Abhilfe klar: Wir brauchen eine engere wirtschaftliche und monetäre Einheit, wir brauchen eine höhere Wettbewerbsfähigkeit und wir brauchen mehr Solidarität. Ich spreche Sie an, Herr Kommissar, als jemanden, noch dazu als Portugiese, der die Schwierigkeiten sehr gut kennt, die mit dem Anwachsen der öffentlichen Schulden einhergehen, wenn es schwierig wird, das Defizit zu kontrollieren, und die Ausgaben der öffentlichen Hand übermäßig hoch werden. Diese Länder brauchen Solidarität und die richtigen Signale. Leider waren die Signale nicht gut, die die von Kommissar Almunia neulich gemachten

Kommentare aussenden, als er die portugiesische und spanische Situation mit der von Griechenland verglich. Es waren bedauerliche und unkluge Äußerungen, die sofort Auswirkungen auf dem Markt zeigten. Die Aktienbörsen in Lissabon und Madrid fielen; die Dinge sollte nicht schlimmer gemacht werden als sie ohnehin schon sind.

Politische Führung ist extrem wichtig. Ich weiß nur, dass wir diese Lektion für die Zukunft lernen müssen, denn nur dadurch können wir zu einer besseren Wirtschaftsunion finden, die Europa in größerem Maße unterstützt, um Solidarität zu schaffen und zu verstehen, dass die Situationen in den verschiedenen Mitgliedstaaten völlig anders und nicht vergleichbar sind. Wenn wir diese Lektion annehmen, dann wird die Zukunft der Eurozone gewiss besser.

Frank Engel (PPE). – (FR) Frau Präsidentin, es ist Folgendes festzustellen: Die Wirtschafts- und Währungsunion ist tatsächlich monetär, aber kaum wirtschaftlich. Die Währungsprobleme Europas stehen im Konflikt zu der wirtschaftlichen und haushaltstechnischen Souveränität der Mitgliedstaaten.

Zum jetzigen Zeitpunkt können spekulative Angriffe auf den Euro katastrophale Folgen haben. Griechenland, Portugal, Irland und Spanien werden davon am meisten betroffen. Dahinter aber ist die gesamte Eurozone in Gefahr.

Um das schlimmste zu vermeiden, muss Europa schnellstens eine Art gemeinsamer Governance für seine Wirtschafts- und Haushaltspolitik einführen. Im Grunde geht es genau darum in einer Wirtschaftsunion. Nur so werden wir zusammen eine realistische Chance haben, die öffentlichen Finanzen in der Eurozone und darüber hinaus zu konsolidieren.

Mit den aktuellen Instrumenten und unter Beibehaltung der Haushaltsouveränität der Mitgliedstaaten bleibt die Konsolidierung, so fürchte ich, ein frommer Wunsch – mit allen Konsequenzen.

Edward Scicluna (S&D). – Frau Präsidentin, wir müssen die Schwächen in der Eurozone erkennen und uns ihnen mit Energie widmen, denn die Alternativen sind zu trostlos, um sie in Erwägung zu ziehen. Eine eklatante Schwäche ist das Fehlen einer starken und zentralen Überwachungsfunktion der gesamten Wirtschaft in der Eurozone.

Besondere Aufmerksamkeit verdient zunächst der Wegfall des Cash-Flow-Accountings seitens der EU-Mitgliedstaaten und ihre Finanzen. Zweitens müssen die öffentlichen Finanzen und das Berichtswesen nach bewährten EU-Standards auditiert werden. Drittens sollte eine Aufsicht für Wirtschaftsprognosen vorgesehen werden, da diese immer wieder Ursache für unnötige und irreführende Hochrechnungen öffentlicher Finanzen gewesen sind. Viertens müssen die Ergebnisse der Belastungstests der EU regelmäßig veröffentlicht werden. Und zum Schluss sollten wir meiner Meinung nach die Mitglieder der Eurozone abschrecken, den leichten Weg der Finanzierungstechnik und steuerlichen Einmaleffekte zu gehen und damit echte Korrekturen zu verzögern, die, wie wir alle wissen, aus glaubwürdigen und nachhaltigen Ausgabenprogrammen stammen müssen.

Olle Schmidt (ALDE). – (SV) Frau Präsidentin, was in Griechenland geschieht, ist nicht nur ein Problem für die, die Teil der Eurozone sind, sondern für die gesamte EU. Daher ist es wichtig, dass diese schwierige Situation von der EU in verantwortlicher Weise behandelt wird. Griechenland muss seinen Teil beitragen, seine Versprechungen einhalten und seine Politik reformieren. Für mich, der sich leidenschaftlich wünscht, dass Schweden so schnell wie möglich der Eurozone beitrifft, ist es von äußerster Wichtigkeit, dass wir in der EU diese schwierige Situation lösen. Es muss vor allem gesagt werden, dass der Euro unglaublich erfolgreich darin war, selbst die schwersten Finanzkrisen zu überstehen. Wer wollte behaupten, dass 16 Einzelwährungen besser wären als nur eine starke Währung? Niemand!

Griechenland hat sich über die Hintertür in die Eurozone geschlichen, und wir haben dadurch erkannt, wie wichtig es ist, dass die Beitrittsregeln hart, aber fair sind. Eine geregelte Wirtschaft ist Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand, auch für die Länder außerhalb der Eurozone, und das gilt natürlich genauso für die Länder, die Teil der Eurozone sind. Diejenigen, die über Spekulation reden, sollten daran denken, dass eine geregelte Wirtschaft und geregelte öffentliche Finanzen hierfür die Grundlage sind.

Michail Tremopoulos (Verts/ALE). – (EL) Frau Präsidentin, für Griechenland, über das hier viel geredet wird, ist das Problem nicht nur ein Problem der öffentlichen Finanzen. Es geht um den vollständigen Zusammenbruch des Modells, das in den letzten fünfzehn Jahren umgesetzt wurde, und das die griechische Wirtschaft auf den Boden permanenten Wachstums und anhaltender Expansion im Bereich des Privatkonsums stellen sollte.

Darüber hinaus haben einige Leute über Jahre hinweg behauptet, dass Ausgaben für Rüstung Ausgaben für die Entwicklung sind. Laut SIPRI verschwendet Griechenland 3,3 % seines BIP. Das ist der zweithöchste prozentuale Anteil in der NATO nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Griechenland ist in absoluten Zahlen mit 4 % Anteil am globalen Handel weltweit der fünftgrößte Waffenimporteur. Es wurden natürlich Einsparungen im Rüstungshaushalt für das Haushaltsjahr 2010 geplant. Das griechische Verteidigungsministerium hat ein Budget von 6 Milliarden EUR, das sind 6,63 % weniger als vorher.

Eine Änderung der Rüstungsdiplomatie, die uns in diese ausweglose Situation gebracht hat, wäre wünschenswert. Griechenland hat keine Kolonien, die es ausbeuten kann, aber es hat Durchhaltevermögen. Wir müssen außerdem die Solidarität Europas aktivieren und internationale Initiativen für einen weltweiten Green New Deal fördern.

John Bufton (EFD). – Frau Präsidentin, welche Zukunft hat der Euro im Lichte der Probleme in Griechenland und, da wir schon einmal dabei sind, in Spanien, Italien, Portugal und Irland? Großbritannien muss sich irgendwie bestätigt fühlen, dass wir niemals der Eurozone beigetreten sind. Es scheint, dass nichts weiter von der Wahrheit entfernt sein könnte als das Versprechen von Stärke durch Solidarität.

Das Problem der 16 Nationen in der Eurozone ist die Frage, wer am Geldhahn dreht. Mit geringer Steuerkoordination und ohne ein Finanzministerium wird die Zugehörigkeit zum Euro keinesfalls zu einem Zaubertrank für eine gute und gesunde Wirtschaft. Es stellt sich heraus, dass, wenn der Markt einbricht, niemand Ihnen mehr aus der Patsche helfen wird. Stattdessen ergreift man die Gelegenheit zu einer größeren Kontrolle, während Sie schon auf den Knien sind. Wir müssen abwarten und sehen, wie Griechenland darauf reagiert, ein wirtschaftliches Protektorat der Europäischen Union zu werden, und ob es zu Bürgerunruhen kommt. Ist das wirklich der Traum von Europa? Wer ist als nächster dran: Spanien, Portugal, Italien oder Irland? Vielleicht sollten Mitgliedstaaten und insbesondere die Staaten der Eurozone lang und breit über das Hier und Jetzt nachdenken, bevor sie sich den Gesprächen zur Wirtschaftspolitik nach 2020 zuwenden, wenn es vielleicht nicht einmal mehr einen Euro gibt, den es zu schützen gilt.

Herr Barroso sprach heute Morgen über den europäischen Traum: Für das gute Volk der Griechen ist er zum europäischen Albtraum geworden.

Andreas Mölzer (NI). – Frau Präsidentin! Bekanntlich hat die EU-Kommission nunmehr Griechenland wegen des explodierenden Haushaltsdefizits praktisch unter Kuratel gestellt. Dieser massive Eingriff in nationalstaatliche Souveränität lässt sich wirklich nur dadurch rechtfertigen, dass man eben die Gemeinschaftswährung retten muss bzw. drohenden Schaden von anderen Teilnehmerländern abwenden muss. Offenbar aber existiert der Grundstein, die wesentliche Voraussetzung für die Einführung des Euro, nämlich der Stabilitätspakt, nur auf dem Papier. Viele Mitgliedstaaten und der Rat haben ihre Energie in den letzten Jahren weniger auf Haushaltsdisziplin als auf die Aufweichung dieses wichtigen Übereinkommens gelegt. Und die Kommission hat dieser Entwicklung mit nur halbherzigen Verfahren gegen Defizitsünder zugeesehen.

Wir müssen nun also darauf drängen, dass die zunehmende Nettoverschuldung der Mitgliedstaaten drastisch zurückgefahren wird, wenn wir unsere Währung und unseren Wirtschaftsraum nicht ernsthaft in Gefahr bringen wollen. Dazu sind wirklich maßgeblich wichtige und energische Maßnahmen notwendig. <BRK>

Elena Băsescu (PPE). – (RO) Ich denke, dass jeder Mitgliedstaat darauf vorbereitet sein muss, der Eurozone beizutreten, wenn er mögliche extrem schwere Beeinträchtigungen seiner nationalen Wirtschaft vermeiden will. Die wirtschaftliche Instabilität, die einige Länder der Eurozone erfahren haben, muss unter Kontrolle gebracht werden, um zu vermeiden, dass die Konsequenzen in der gesamten Europäischen Union spürbar werden. Die Ökonomien Griechenlands, Spaniens und Portugals verzeichneten hohe Haushaltsdefizite im Jahr 2009, und zwar nicht nur wegen der Weltwirtschaftskrise, sondern auch wegen der von ihren eigenen nationalen Regierungen ergriffenen unzureichenden Maßnahmen.

Gemäß den Verhandlungen mit dem IWF und der Europäischen Union wird Rumänien den Konvergenzplan für die Eurozone Ende Februar vorlegen. Mein Land hat vorgeschlagen, dem Wechselkursmechanismus, bei dem es sich ja um die Phase vor dem Beitritt zur Eurozone handelt, im Jahr 2012 beizutreten. Das heißt, dass unser Haushaltsdefizit unter 3 % fallen muss.

Stavros Lambrinidis (S&D). – (EL) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, ich danke Ihnen für die freundlichen Worte über die von der griechischen Regierung ergriffenen Maßnahmen. Die Regierung hat in der Tat rigorose Maßnahmen ergriffen, und die Europäische Kommission hat in der Tat das Programm der Regierung bestätigt.

Es wurde in der Tat ein sehr rigores Programm bestätigt, um die Anwendung der von der Regierung initiierten und gewünschten Maßnahmen zu überwachen.

Und trotzdem erhöhten sich die Spreads. Das Problem ist nicht das reservierte Verhalten der Märkte, wie Sie sagten. Das Problem ist, dass die Märkte spekuliert haben, und zwar mutwillig. Genau die Leute, die die Krise verursacht hat, wollen jetzt mit den von ihnen erzeugten Trümmern Geld machen. Und was macht die Europäische Kommission?

Ich frage Sie Folgendes: Erstens: Werden Sie jetzt reagieren? Und zwar nicht nur durch strenge Überwachung der Staaten, sondern auch mit strenger Überwachung der Märkte – und wenn ja, was werden Sie tun?

Zweitens: Es ist inakzeptabel, dass sich das Gerede über den Internationalen Währungsfonds in der Eurozone nun schon so viele Monate hinzieht. Aber der Internationale Währungsfonds macht nur eines: Er verlangt rigorose Maßnahmen und gibt dann günstige Darlehen, sodass kein Raum für Spekulanten bleibt. Beabsichtigen Sie Schritte zur finanziellen Unterstützung der Länder durchzuführen, die derart rigorose öffentlichen Finanzprogramme anwenden?

Czesław Adam Siekierski (PPE). – (PL) Die in einigen Ländern der Eurozone eingetretene Situation erfordert sorgfältige Überlegungen. Die Gründe für diese Situation nur in der Wirtschaftskrise zu suchen, ist nicht gerechtfertigt. Viele der Ursachen liegen woanders. Erstens wurden die großen Unterschiede im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung der verschiedenen Eurozonenländer ignoriert. Zweitens wurde die Disziplin des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nicht eingehalten. Die Haushaltsdisziplin wurde nicht verantwortungsvoll eingehalten, wodurch es zu einem starken Anwachsen der öffentlichen Finanzdefizite kam. Drittens wurden Banken und andere Finanzinstitutionen nicht angemessen überwacht – und das gilt nicht nur für diese Länder. Wie können wir dagegen angehen? Gemäß dem Solidaritätsprinzip muss das von einzelnen Ländern vorbereitete Reparaturprogramm von der Europäischen Union unterstützt werden, die es der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank ermöglicht, die Ausführung des Programms zu überwachen. Denn es ist genauso unannehmbar, dass die Kosten der Krise primär von den ärmsten Staaten getragen werden sollten; ein Beispiel dafür waren die Proteste der griechischen Bauern.

Georgios Papanikolaou (PPE). – (EL) Frau Präsidentin, ungefähr zehn Jahre nach Einrichtung der Eurozone wird deutlich, dass die Europäische Union zwar existiert, aber wir leider noch sehr weit von einer Wirtschaftsunion entfernt sind. Wir sehen, dass der Angriff auf den Euro über die schwächsten nationalen Ökonomien epidemische Ausmaße annimmt, und dass Europa letztendlich zu einem Zuschauer wird, nicht so sehr, weil es überrascht ist, sondern eher, weil es nicht die finanziellen Möglichkeiten hat, zu reagieren.

Es gibt mit Ausnahme des Wettbewerbsausschusses keine Institution, die Eingriffe und Maßnahmen der nationalen Ökonomien in Zeiten einer Rezession koordinieren kann. Leider gibt es keine Einstimmigkeit und keine gemeinsame Entschlossenheit unter den Mitgliedstaaten, obwohl wir eine gemeinsame Währung haben.

Ich glaube, dass die heutige Prüfung nicht nur für ein einzelnes Land bestimmt ist. Hier geht es um den Euro an sich. Ich möchte gerne glauben, dass, als wir uns für eine einheitliche Währung entschieden haben, wir uns auch dafür entschieden hatten, nur mit einer Stimme zu sprechen und Einigkeit zu demonstrieren.

Mairead McGuinness (PPE). – Frau Präsidentin, vielen Dank, dass Sie so viele Ein-Minuten-Reden zu diesem Thema zugelassen haben. Ich nehme an, dass die neue Kommission erfreut ist, dass sie sich etabliert hat, aber sie wird wegen der Probleme, die wir hier diskutieren, keine Eingewöhnungszeit haben.

Da sind diejenigen, die die Probleme der Eurozone feiern, aber ich denke, die meisten von uns wollen eine Lösung sehen. Nach etwas über zehn Jahren sollten wir, so denke ich, das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. In diesem Sinne wird, wenn man der heutigen Debatte zuhört, klar, dass es in einigen Mitgliedstaaten ernsthafte Probleme gibt, und dass der Schweregrad der Probleme unter diesen Staaten variiert – und Irland ist einer davon. Jedoch waren die Regeln meiner Ansicht nach nicht effizient. Wir müssen vorher handeln und nicht erst reagieren, wenn die Krise uns erreicht hat. Das ist zu spät. Wir müssen den Märkten voraus sein; wir können die Märkte nicht, wie andere versucht haben uns einzureden, zurechtschneiden, also brauchen wir eine strikte und rechtzeitige Überwachung und genaue Prüfung und dann sofortiges Handeln. Ich wünsche Ihnen viel Glück.

Hans-Peter Martin (NI). - Frau Präsidentin! Bei aller Kritik, die Leute wie ich an konkreten Missständen in der Europäischen Union äußern, waren wir immer sehr für die Einführung des Euros. Noch als Korrespondent

des „Spiegel“ habe ich erlebt, wie gegen Währungen spekuliert worden ist, und gegen so etwas hat uns der Euro auch geschützt.

Was wir allerdings jetzt erleben, ist ein massivster Vertrauensverlust von Sparern und insbesondere von Bürgerinnen und Bürgern in Ländern, in denen die Haushaltskriterien einigermaßen eingehalten worden sind. Meine Frage, Herr Kommissar: Ist Ihnen denn in den letzten Jahren nicht sehr deutlich geworden, dass Griechenland schummelt? Die Gerüchte waren doch massiv. Wir wussten doch, dass Griechenland die Kriterien von Anfang an eigentlich nicht erfüllt hatte. Warum ist da nicht entsprechend intensiver kontrolliert worden? Wie denken Sie in Zukunft mit dieser doch so heiklen Frage umzugehen? Ich meine das durchaus auch in Bezug auf mein eigenes Heimatland Österreich, wo ähnliche Gerüchte jetzt die Runde machen, wie sie vor Jahren über Griechenland die Runde gemacht haben. <BRK>

Arturs Krišjānis Kariņš (PPE). – (LV) Frau Präsidentin, die Angriffe von Spekulanten auf Griechenland, Spanien oder Portugal sind nicht die Ursache des Problems, sondern die Folge. Wir wissen nur allzu gut, dass keine Familie über lange Zeit mehr Geld ausgeben kann als sie einnimmt. Die Folge ist Zahlungsunfähigkeit. Dasselbe gilt für Regierungen. Keine Regierung kann es sich lange leisten, mehr Geld auszugeben als sie über Steuereinkünfte einnimmt. Das Ergebnis ist entweder Zahlungsunfähigkeit der Regierung oder, wie wir gerade erfahren müssen, Angriffe auf die Währung durch Spekulanten. Was diese Länder tun müssen, hat Litauen fast eineinhalb Jahre lang vorgeführt, als das Land vor einigen Jahren in die Krise geraten war, nämlich die Ausgaben ihrer Regierung drastisch durch eine so genannte interne Devaluation zu senken. Ich würde vorschlagen, dass die griechische Regierung von der litauischen Regierung lernt, wie man solche Entscheidungen trifft. Sie müssen getroffen werden und wurden auch in der Vergangenheit in Europa bereits getroffen. Vielen Dank

Diego López Garrido, amtierender Ratsvorsitzender. – (ES) Frau Präsidentin, ich glaube, wir hatten eine sehr breite Debatte mit großem Bewusstsein und Sorge für die wirtschaftliche Situation. Es war auch eine sehr konstruktive Debatte mit einer Reihe von Punkten, denen wir bei der Beurteilung der Situation zustimmen können.

Zunächst denke ich, hat sich während der Debatte ein allgemeines Vertrauen in die Eurozone herausgestellt. Die Eurozone wird zweifellos gestärkt hervorgehen aus diesen plötzlichen Bewegungen der Märkte, die sich nicht aus der Situation der realen Wirtschaft heraus erklären lassen. Die Herren Karas, Sánchez Presedo und Goebbels haben darüber gesprochen, was es heißt, wenn man sich, wie jemand das beschrieb, unter dem Schutzschild der Eurozone befindet. Wir sind davon überzeugt, dass, wenn es keinen Euro gegeben hätte, die Krise die europäischen Länder noch weit mehr beeinträchtigt hätte.

Außerdem glauben wir nicht, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt in der Krise ist. Der Beweis dafür ist das von Kommissar Almunia angesprochene detaillierte Verfahren zur Überwachung der von der griechischen Regierung umgesetzten Programme.

Die Probleme in der Eurozone werden innerhalb der Eurozone gelöst. Entsprechende Mechanismen sind vorhanden, wenn, wie ich in meiner vorherigen Rede erklärt habe, Europa eindeutig aus der Rezession kommt und sich aus der schwersten Krise löst, die wir in fast einem Jahrhundert erlebt haben. Das wird in einer relativ kurzen Zeitspanne geschehen, was die wirtschaftliche Stärke der Europäischen Union beweist, und auch, dass die Regierungen sofort gehandelt haben, als etwas geschah, das möglicherweise zu einem Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems hätte führen können. Natürlich musste dieser sofortige Eingriff zu Defiziten führen. Bis jetzt waren 21 Länder der Europäischen Union in dieser Situation, die die logische Folge der entscheidenden Intervention ist, weil es, wie ich bereits sagte, in Europa unter anderem soziale Schutzsysteme gibt, das heißt, dass die am stärksten gefährdeten Menschen Hilfe aus der Staatskasse erhalten müssen.

Herr Canfin fragte mich, welche Vorschläge die spanische Präsidentschaft diesbezüglich machen kann. Wie ich bereits erwähnte, gab es kurzfristige Eingriffe seitens der Regierungen. Es entwickelt sich eine Strategie, die uns aus dieser Situation herausbringen kann, aber um uns mittelfristig aus der Krise zu bringen, schlägt der spanische Ratsvorsitz ganz klar eine Wirtschaftsunion vor. Er schlägt vor, dass es nicht nur eine Währungsunion geben sollte, sondern dass die Wirtschaftsunion ebenfalls einen wichtigen Platz in der Europäischen Union einnehmen sollte, übrigens auch eine Forderung im Vertrag von Lissabon.

In Artikel 5 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union heißt es ganz eindeutig: „Die Mitgliedstaaten koordinieren ihre Wirtschaftspolitik innerhalb der Union.“ „Die Union trifft Maßnahmen zur Koordinierung der Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten.“ „Die Union kann Initiativen zur Koordinierung der Sozialpolitik [...] ergreifen.“

So heißt es im Vertrag von Lissabon und ich stimme daher sehr den Bewegungen zur Harmonisierung zu. Frau Wortmann-Kool, Herr Feio und Herr Papanikolaou beispielsweise bezogen sich in ihren Reden darauf. Herr Bullmann wie auch Frau Podimata erwähnten die Notwendigkeit einer sozio-politischen Koordinierung. Ähnlich waren auch die Positionen von Herrn Canfin von der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz und von Herrn Pallone und Herrn Gauzès, die über den Bedarf an Regulierung für die Finanzmärkte sprachen. Herr Verhofstadt sprach über die Notwendigkeit eines internen Zusammenhalts in der Union. Alles zusammen nennen wir Wirtschaftsunion, einen inneren wirtschaftlichen Zusammenhalt in der Union.

Das muss unser Ziel sein, mit klarer politischer Führung der Union, und sie findet bereits statt. Wir müssen darüber nachdenken, dass sich übermorgen – zufälligerweise genau dann, wenn auch der spanische Ratsvorsitz der Union beginnt – der inoffizielle Europäische Rat trifft, um, politisch gesprochen, die Zügel in dieser Situation in die Hand zu nehmen. Ich bin sicher, dass er ebenso eine starke europäische Botschaft an die Öffentlichkeit und die Wirtschafts- und Sozialakteure sendet, eine pro-europäische Botschaft, eine Botschaft für die europäische Einigkeit, für Vertrauen in die europäischen Regierungen, wozu auch die griechische Regierung gehört, und für Vertrauen in unsere Möglichkeiten.

Dieses Treffen des Europäischen Rates ist wichtig. Es wird jetzt abgehalten, um unsere Anstrengungen auf eine Strategie des Wachstums und der Arbeitsplatzbeschaffung zu konzentrieren, die wir Europa 2020 nennen. Ich bin überzeugt, dass der ursprüngliche Unterbau für diese Strategie bei diesem sofortigen und sehr frühen Treffen des Rates gelegt wird, was heißt, dass wir sofort und unter der politischen Führerschaft der Europäischen Union in dieser Zeit der Not handeln wollen.

Joaquín Almunia, *Vizepräsident der Kommission*. – (ES) Frau Präsidentin, vielen Dank an alle Mitglieder dieses Hauses, die sich an der Aussprache beteiligt haben, und für ihre Hinweise zu Strategien, Haltungen und Vorschlägen der Europäischen Kommission. Wir, mein Kollege Olli Rehn und ich, werden sie festhalten.

Erlauben Sie mir, noch einige Dinge zu sagen, die ich in vier Punkten zusammenfasse. Es gab zahlreiche Reden, und ich kann nicht auf jede einzelne eingehen, aber ich denke, dass ich mit meinen vier Punkten im Wesentlichen auf alles antworte.

Erstens stimme ich, wie ich dies schon viele Male im Parlament in meinen nahezu sechs Jahren als Kommissar für Wirtschaft und Währung gesagt habe, vollkommen der Notwendigkeit einer besseren Koordinierung innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion und innerhalb der Europäischen Union zu. Alle Mitgliedstaaten der Union, die noch nicht Mitglieder der Eurozone sind, oder anders gesagt, noch nicht Teil der letzten Phase der Wirtschafts- und Währungsunion sind, werden es bald sein, abgesehen von zwei Mitgliedstaaten, für die es Ausnahmeregelungen gibt. Ich denke jedoch wirklich, dass wir in den nächsten paar Jahren erleben, dass sie ihre Ausnahmeregelung aufgeben und auch der Wirtschafts- und Währungsunion beitreten wollen.

Für eine bessere Koordinierung im Hinblick auf die Steuerpolitik und andere makro-ökonomische Strategien und die Strukturpolitik müssen wir die Überwachung vertiefen und ausdehnen. Das gilt auch für die Aktivitäten bezüglich Analyse und Aussprache sowie die Empfehlungen auf der Grundlage dieser Analysen und Aussprachen.

Erinnern Sie sich: Dies war eine der ersten Schlussfolgerungen des Berichts über die ersten 10 Jahre der Wirtschafts- und Währungsunion, den ich Ihnen noch vor Lehman Brothers im ersten Halbjahr 2008 ihm Namen der Kommission vorgelegt hatte. Seitdem haben wir in der Kommission, in der Eurogroup und im Rat sowie auch hier im Parlament darüber debattiert, wie die Überwachung verbessert werden kann, wie sie ausgedehnt werden kann. Herausgekommen ist das Herzstück der Überwachung und der Rahmen für die Haushaltsdisziplin, nämlich der Stabilitäts- und Wachstumspakt, mit dem wir die Überwachung gleichzeitig erweitert haben.

Ich stimme denjenigen von Ihnen zu, die gesagt haben, dass es nicht nur darum geht, eine Steuer- und Haushaltspolitik umzusetzen, die unseren Regelungen entspricht, sondern dass wir weiter gehen müssen, weil es andere Ungleichgewichte gibt, die Wachstum, Beschäftigung und die Lage der öffentlichen Finanzen gefährden.

Ich stimme all denjenigen unter Ihnen zu, die gesagt haben, wir brauchen hierfür nicht den Internationalen Währungsfonds zur Hilfe zu rufen. Es stimmt, dass alle unsere Länder Mitglieder des Internationalen Währungsfonds sind, aber wir können und müssen allein mit diesem Problem fertig werden.

Wenn wir ausreichend koordiniert sind, wenn wir politischen Willen haben, wenn wir die im Vertrag vorgesehenen Werkzeuge nutzen, wenn wir unsere Absichtserklärungen und Hauptziele bis zur letzten

Konsequenz durchführen, haben wir mehr als genug Kapazität und Werkzeuge, um das zu tun, was wir tun müssen, um schwierige Situationen wie die, in der wir uns gegenwärtig befinden, zu überwinden.

Zum Fall Griechenland möchte ich zwei Dinge erwähnen, die Gegenstand der Debatte waren und die ich bereits im Einzelnen besprochen habe. Erstens hat Herr Verhofstadt, der leider nicht mehr anwesend ist, gesagt, die Kommission hat zu spät eingegriffen. Ich weiß nicht, wie schnell Herr Verhofstadts Land die Kommission gebeten hat, in Haushaltsangelegenheiten tätig zu werden, aber ich würde ihn gerne daran erinnern, dass Anfang Oktober in Griechenland gewählt wurde. Zwei Wochen nach der Regierungsübernahme korrigierte die neue griechische Regierung die Meldung, die wir ein paar Tage vor den Wahlen erhalten hatten, und änderte das Defizit von 6 % auf 12,7 % - und das in drei Wochen!

Das war mehr als nur eine statistische Korrektur. Bei diesem massiven Anstieg des Defizits in Griechenland muss weitgehend jegliche Kontrolle der Haushaltspolitik gefehlt haben. Das ist keine Sache der Statistik. Sie haben auch nicht Eurostat gebeten, hier eine Lösung zu finden. Das ist ein Problem des Managements aufgrund einer Regierung, die zugelassen hat, dass die Einnahmen abnahmen, oder nichts unternommen hat, als die Einnahmen abnahmen, und die es ermöglichte, weitere Ausgaben zu tätigen oder Ausgaben forciert hat, weil die Wahlen vor der Tür standen. Das ist, offen gesagt, passiert.

Außerdem habe ich in Verbindung mit den statistischen Problemen und in Antwort auf Herrn Martin - ich denke, Herr Karas sagte das - Ende 2004 dem Rat im Namen der Kommission vorgeschlagen, dass wir die Fähigkeit von Eurostat stärken sollten, damit Audits durchgeführt werden können, wenn es statistische Probleme gibt, die nicht über Standardmitteilungen gelöst werden können. Eurostat stellt die Daten nicht zusammen. Eurostat erhält Mitteilungen von den Mitgliedstaaten. Um hinter die Behörden zu schauen, die die Mitteilungen machen, braucht Eurostat Vollmachten, die es aber nicht hat. Die Kommission hat um diese Vollmachten gebeten, aber der Rat hat sie ihr nicht gewährt. Ich habe dem Rat gesagt, dass wir erneut um diese Vollmachten ersuchen werden. Mein Kollege Olli Rehn, der ab morgen ohne weitere Übergangszeit für Wirtschaft und Währung zuständig sein wird, hat einen Vorschlag zur Annahme durch die neue Kommission auf ihrer ersten offiziellen Sitzung vorbereitet, nachdem Sie uns dafür heute freundlicherweise Ihre Zustimmung gegeben haben.

Nach dieser Mitteilung hat die griechische Regierung einen Haushalt für 2010 vorgelegt, der vor den Wahlen nicht vorgelegt wurde. Nicht nur die Kommission, sondern auch Eurogroup und Ecofin haben im Lichte der neuen Situation das übermäßige Defizit genehmigt. Das taten wir mit Empfehlungen, die erst vorbereitet werden konnten, als wir das von der griechischen Regierung ausgearbeitete und am 15. Januar zugesandte Programm vor uns liegen hatten. Auf der Grundlage dieses Programms haben wir, wie ich bereits sagte, die Empfehlungen am 3. Februar gegeben.

Es stimmt, wenn wir einen Zauberstab gehabt hätten, hätten wir noch in der Wahlnacht handeln können. Ich kann Ihnen aber sagen, dass die griechische Regierung, die Kommission, Eurogroup und Ecofin meiner Meinung nach schnellstens gehandelt haben. Ecofin begann bereits, die Situation zu erörtern, noch bevor wir ihnen Vorschläge gemacht hatten. Es gibt keine Möglichkeit, wie wir schneller hätten handeln können, wenn unser Ziel tatsächlich die Lösung der Probleme war. Wenn wir nichts als Kommentare abgeben wollen, können wir natürlich handeln.

Drittens, ich stimme vollständig zu, dass wir das Vertrauen in den Euro und in die Wirtschafts- und Währungsunion stärken müssen. Dafür ist jeder verantwortlich: die Mitgliedstaaten, die Kommission, der Rat und das Parlament.

Am Rande sei noch Folgendes bemerkt: Jemand von Ihnen hat sich auf Kommentare bezogen, die ich gemacht habe, als ich die Empfehlungen für das griechische Programm vorgestellt habe. Ich bitte Sie im Interesse des Vertrauens, sich nur auf Äußerungen zu beziehen, die ich wirklich gemacht habe, und nicht auf solche, von denen andere behaupten, dass ich sie angeblich gemacht habe. Das ist alles, worum ich bitte.

Schließlich noch ist das Treffen des Rates am 11. Februar, also übermorgen, wie Herr López Garrido unter anderem erwähnt hat, ein sehr wichtiges Treffen. Es ist ein Sondertreffen des Rates, da nur wenige Punkte auf der Tagesordnung stehen. Bei dem Treffen wird es zwei Beiträge geben, vom Präsidenten der Kommission und vom Vorsitzenden des Europäischen Rates. Anschließend folgt eine offene politische Aussprache, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt extrem wichtig ist angesichts der Spannungen auf den Finanzmärkten, wie wir sie in der Eurozone nicht erlebt haben, seit die einheitliche Währung geschaffen wurde, sowie angesichts einer Krise, die schlimmer ist als alles, was wir in 80 Jahren erlebt haben. Wir müssen in dieser Situation reagieren, nicht nur mit einer Ausstiegsstrategie, sondern mit einer mittelfristigen Strategie, damit dieses Jahrzehnt sich durch Wachstum und Beschäftigung auszeichnet.

Wenn Sie mir eine Minute für meine letzten Worte als Kommissar für Wirtschaft und Währung erlauben, erzähle ich Ihnen, was ich gerne am Ende dieser Sitzung des Europäischen Rates hören würde. Ich würde gerne die klare Aufforderung an jeden einzelnen Mitgliedstaat hören, und in diesem Fall beginnend mit Griechenland, dass sie ihren Verpflichtungen nachkommen und Maßnahmen umsetzen sollen, zu denen sie sich als Mitglieder einer Wirtschafts- und Währungsunion verpflichtet haben, dass sie den Empfehlungen folgen, die ihnen von den Behörden der Wirtschafts- und Währungsunion gegeben werden. Wir müssen von allen Mitgliedstaaten verlangen, dass sie alle von uns ausgearbeiteten Regelungen erfüllen und einhalten.

Zweitens hätte ich gerne eine politische Verpflichtung auf höchster Ebene für mehr Koordination, bessere Koordination und die Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion als Wirtschaftszone und nicht nur als Zentralbank für die Wirtschafts- und Währungszone, nicht nur als eine Empfehlungen gebende Körperschaft.

Sowohl innerhalb als auch außerhalb unserer Grenzen muss die Wirtschafts- und Währungsunion, die Eurozone, laut und deutlich und glaubwürdig sprechen, weil dadurch das Vertrauen unserer Bürger und das der anderen Bürger der Europäischen Union und der Welt in unsere Währung und in unser Projekt steigt, bei dem es sich nicht nur um ein wirtschaftliches Projekt handelt, sondern das weit darüber hinaus geht.

Zum guten Schluss wünsche ich mir, dass die Führer Europas den griechischen Behörden sagen: „Im Austausch für Ihre Bemühungen erhalten Sie unsere Unterstützung.“ Unterstützung kann es nicht umsonst geben, denn dadurch würde ein Klima für zukünftige Ungleichgewichte und zukünftige Krisen geschaffen. Die Unterstützung muss eindeutig sein, und wir haben die Werkzeuge, um unsere Hilfe im Austausch für klare Verbindlichkeiten zu geben, für die jeder seine rechtmäßige Verantwortung übernimmt.

Die Präsidentin. - Die Aussprache wird geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich. – (PT) Ich hoffe, dass die europäischen Kommissare ein stabilitätsfördernder Faktor sein werden, und dass sie rigorose und fundierte Aussagen machen, im Gegensatz zu den jüngsten Äußerungen des Kommissars Joaquín Almunia, der fehlende Klugheit bewies und zu den Verlusten an den Börsenmärkten sowie dem fehlenden Vertrauen bei den internationalen Investoren in Bezug auf Portugal und Spanien beigetragen hat.

Um der Krise Herr zu werden, legten die EU-Mitgliedstaaten Konjunkturprogramme auf, gaben der Wirtschaft Stimuli und Anreize und mussten infolgedessen ihre Defizite erhöhen. Jedoch haben wir auch von Mitgliedstaaten gehört, die entweder aus Inkompetenz oder vorsätzlich falsche Zahlen über ihre Defizite bekannt gegeben haben. Die jüngsten Ereignisse haben die Europäische Union gezwungen, den Vorschlägen für eine Überwachung neuen Schwung zu geben und eine strengere Strategie für wirtschaftliche Koordination einzuführen.

Es wurde auch vorgeschlagen, offiziell ein System zur Überwachung der Höhe des Defizits eines jeden Mitgliedstaates umzusetzen, um auf diese Art und Weise schnell Korrekturmaßnahmen festlegen zu können und jede nicht wieder rückgängig zu machende Situation zu vermeiden. Dieses System sollte fast in Echtzeit funktionieren. Es ist auch wichtig, die Berechnungsformel für Defizite zu klären, damit eine Schönung der öffentlichen Konten vermieden wird und der immer wiederkehrende Einsatz von Entbudgetierungstechniken verhindert wird, mit denen die Höhe des Defizits getarnt werden soll.

João Ferreira (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Infolge der Situation in Griechenland hat sich eine Kampagne gebildet, die von einigen Leuten auf andere Länder auszudehnen versucht wird. Das ist verabscheuungswürdig und enthüllt die wahren Ziele der Hauptprotagonisten, zu denen die Europäische Kommission selbst und einige der Hauptwirtschaftsmächte der EU gezählt werden müssen.

Der Druck, der auf Länder wie Griechenland, Portugal und Spanien ausgeübt wird, damit sie ihre Defizite bekämpfen, kann nicht von den Interessen spekulativen Finanzierungskapitals und seinem Ziel, einen Revierkampf Euro gegen Dollar zu entfachen, getrennt werden. Es sind diese Interessen, die hier verteidigt werden, und das sogar auf Kosten des Interesses der Menschen in diesen Ländern.

Mehrere Fragen stellen sich:

- Welche objektiven Gründe gibt es für uns, das Jahr 2013 mit Defiziten von unter 3 % zu erreichen (ungeachtet dessen, was im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum geschehen mag)?

- Was bringt eine Wirtschafts- und Währungsunion, die keine Politik der Solidarität und des Zusammenhalts umsetzt?

- Wenn die EZB regulär Geld zu Zinssätzen an Nationalbanken verleihen kann, die niedriger sind als die auf internationalen Märkten, warum geht das nicht auch bei Regierungen?

- Warum wurden keine Instrumente geschaffen, die es diesen Ländern ermöglichen würden, bei größeren Schwierigkeiten eine Finanzierung zu Zinssätzen zu erhalten, die niedriger und enger an die Zinssätze anderer Länder angeschlossen sind?

Ivari Padar (S&D), schriftlich. – (ET) Die finanzielle Situation in einigen Ländern der Eurozone, die wir heute näher betrachtet haben, zeigt deutlich die Risiken, die durch ein Wegbewegen von den Vereinbarungen im Stabilitäts- und Wachstumspakt hervorgerufen werden. Im Lichte des Problems insgesamt lässt sich ablesen, wie wichtig zuverlässige Statistiken sind. Wir müssen sicherlich ernste Schlüsse aus diesem ganzen Problem ziehen und in jedem Land sowohl innerhalb als auch außerhalb der Eurozone liegt der Ausweg darin, dass wir unsere Probleme ehrlich zugeben und unsere eigenen Maßnahmen planen müssen, um aus den Schwierigkeiten herauszukommen und Solidarität aus der Europäischen Union zu erhalten. Gleichzeitig können die beschriebenen Probleme nicht gelöst werden, indem die Ausweitung der Eurozone verzögert wird. Wenn es Länder gibt, die die notwendigen Kriterien erfüllt haben, dann müssen diese Länder selbstverständlich zur Eurozone zugelassen werden. Die Zeit hat bewiesen, dass eine einheitliche Währung eine zusätzliche Garantie für Zuverlässigkeit in schwierigen Zeiten ist.

Jarosław Leszek Wałęsa (PPE), schriftlich. – (PL) Herr Almunia, Polen bereitet sich auf den Beitritt zur Eurozone vor und daher schauen wir sorgfältig auf die Probleme in den Mitgliedstaaten der Eurozone. Leider haben mehrere Länder Probleme und die europäische Währung erlebt nun ihre größte Herausforderung seit ihrer Einführung. Meine Damen und Herren, Griechenland wird es allein nicht schaffen. Ich stimme mit denjenigen überein, die vor mir gesprochen haben und sagten, dass wir eine engere Koordination der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten brauchen. Die Weltwirtschaftskrise hat zu einer Destabilisation vieler Ökonomien geführt und die Weltmärkte befürchten angesichts einer wenn auch nur fragilen Erholung, dass inkompetente Aktionen von den Regierungen der Mitgliedstaaten ergriffen werden könnten, um einen Zusammenbruch der Eurowährungsmärkte zu verhindern. Der einzige realistische Ausweg aus dieser Situation, der einzige Weg, um einen Zusammenbruch des Währungsmarktes zu verhindern, ist eine Überbrückungshilfe für Griechenland sowie langfristige geplante Aktionen zur Stabilisierung der Europosition.

(Die Sitzung wurde einige Minuten ausgesetzt)

VORSITZ: Diana WALLIS

Vizepräsidentin

11. Fortschritte bei der Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen und Schließung des Lagers (Aussprache)

Die Präsidentin. – Beim nächsten Thema handelt es sich um die Erklärungen des Rates und der Kommission zu den Fortschritten, die bei der Umsiedlung von Häftlingen aus Guantánamo und der Schließung des Lagers gemacht wurden.

Diego López Garrido, amtierender Ratspräsident. – (ES) Frau Präsidentin, wie Sie wissen, hat die Europäische Union die von Präsident Obama gemachte Zusage begrüßt, das Gefangenenlager Guantánamo zu schließen. Diese in seiner Eröffnungsrede gemachte Zusage wurde am 15. Juni des vergangenen Jahres in einer gemeinsamen Erklärung der Europäischen Union und deren Mitgliedstaaten mit den Vereinigten Staaten begrüßt.

Wir sprechen uns für die Anwendung der Rechtsvorschriften und die jederzeitige Einhaltung der Menschenrechte aus, worin die Vereinigten Staaten in dieser Erklärung mit uns natürlich übereinstimmen. Eine Fortführung des Gefangenenlagers Guantánamo schien damit unvereinbar, zumal dieses zu einem von Al Kaida nur zu gerne genutzten Vorwand für Propaganda geworden war.

Es ist richtig, dass der für die Schließung des Lagers vorgesehene Zeitrahmen von einem Jahr nunmehr verstrichen ist. Ebenso richtig ist es jedoch, dass es Schwierigkeiten gibt, wofür wir Beispiele anführen können, wie etwa im Falle früherer Gefangener aus dem Jemen, die nicht in der Lage sind, unverzüglich dorthin zurückzukehren. Wir stellen des Weiteren fest, dass dieses Thema in den Vereinigten Staaten überaus

kontrovers diskutiert wird, wobei wir die Tatsache begrüßen, dass Präsident Obama sich beharrlich weiter um eine Schließung des Lagers bemüht, den erheblichen Widerständen zum Trotz, denen er sich im Kongress nicht nur von republikanischer, sondern auch von demokratischer Seite gegenüber sieht.

Einige Inhaftierte haben unterdessen Guantánamo verlassen und sehen, trotz den Bedenken, die dies in den Vereinigten Staaten hervorgerufen hat, einem Gerichtsverfahren vor ordentlichen Gerichten der USA entgegen, wie etwa Khalid Sheikh Mohammed, der vorgebliche Kopf hinter dem Attentat vom 11. September.

Wir haben daher in unseren Kontakten mit den USA unseren Standpunkt stets klargemacht, so auch unlängst beim Brüssel-Besuch des Sondergesandten der Vereinigten Staaten in dieser Angelegenheit, Daniel Fried, der vormals für die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union zuständig war und nun für die Abwicklung der Schließung des Lagers Guantánamo die Verantwortung trägt. Bei seinem Besuch in Brüssel und im Kontext des zwischen der EU und den USA regelmäßig geführten Menschenrechtsdialogs wurden von Seiten der Europäischen Union Bedenken im Hinblick auf den Rückgriff auf sogenannte Militärkommissionen und eine länger währende Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren geäußert, und selbstverständlich brachten wir unsere Ablehnung der Todesstrafe zum Ausdruck. Hierbei handelt es sich um eindeutige, unverrückbare Positionen, welche die EU in ihren Beziehungen mit den USA von je her vertritt und auch künftig vertreten wird.

Ich kann mir vorstellen, dass im Rahmen des transatlantischen Dialogs zwischen den Gesetzgebungsorganen oder auch in zwischen Parlamentsabgeordneten unterhaltenen Beziehungen Sie Ihrerseits bereits Gelegenheit hatten, besagte Prinzipien zu vertreten.

Meiner Überzeugung nach hat die Europäische Union ihre Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten erfüllt, die in der von mir bereits erwähnten gemeinsamen Erklärung dargelegt ist. Einzelne Mitgliedstaaten haben sich bereits zur Aufnahme von vormals oder derzeit noch in Guantánamo festgehaltenen Personen bereit erklärt, und die Zahl an Häftlingen, welche die EU einschließlich der dem Schengen-Raum als EU-Partner angeschlossenen Schweiz derzeit aufzunehmen vermag, beträgt danach ungefähr 16.

Wie dem auch sei, wissen Sie natürlich auch, dass die Entscheidung über die Aufnahme oder Nichtaufnahme eines Häftlings aus Guantánamo selbstredend Sache des jeweiligen Mitgliedstaates ist. Gegenstand des unter den Innenministern der Mitgliedstaaten der Europäischen Union vereinbarten Mechanismus war die Umsetzung dieses Wunsches, den USA behilflich zu sein. Wir haben uns von je her für eine Schließung des Lagers Guantánamo ausgesprochen, dessen Einrichtung offenkundig den fundamentalsten Menschenrechten widersprach. Die Europäische Union muss daher das in ihrer Macht Stehende dazu beitragen, damit dies geschehen kann, und dies – ich sage es noch einmal – unter Respektierung der von jedem Mitgliedstaat individuell und souverän getroffenen Entscheidungen im Hinblick auf die Möglichkeit einer Aufnahme solcher Häftlinge. Wir können feststellen, dass von den 242 Personen, die zum Amtsantritt von Präsident Obama in Guantánamo festgehalten wurden, 44 das Lager seither verlassen haben.

Die Existenz dieses Gefangenenlagers stellt natürlich eine erhebliche Belastung der transatlantischen Beziehungen dar. Die gemeinsame Erklärung zur Schließung wurde in der Erwartung verabschiedet, dass sich Vergleichbares in Zukunft nicht wiederholen würde. Dies ist selbstverständlich auch die Absicht der US-Regierung, und die von der Europäischen Union vertretene Position hatte fraglos ihren Anteil an der Änderung der Haltung der Vereinigten Staaten und ihrer Politik mit Bezug auf das Lager Guantánamo.

Wie bereits festgestellt, wollen wir außerdem – und auch dies ist Teil der gemeinsamen Erklärung der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten – die Möglichkeit erkunden, uns zwischen der EU und den USA auf eine Reihe von Prinzipien zu verständigen, die im Kontext unserer Anstrengungen um die Terrorismusbekämpfung, die ebenfalls Gegenstand der gemeinsamen Erklärung sind, als gemeinsamer Bezugspunkt dienen können.

Der Europäischen Union ist die endgültige Schließung des Gefangenenlagers in Guantánamo Bay ein großes Anliegen, und wir begrüßen es, dass Präsident Obama an seiner diesbezüglichen Zusicherung festhält.

Paweł Samecki, *Mitglied der Kommission*. – Frau Präsidentin, die Europäische Union, darunter auch die Europäische Kommission, hat stets die Schließung des Gefangenenlagers in Guantánamo Bay gefordert. Wie bereits vom Minister erwähnt, hat die Europäische Union zunächst mit der Schlussfolgerung des Rates Justiz und Inneres vom 4. Juni 2009 und dem angeschlossenen Mechanismus zum Informationsaustausch und danach mit der am 15. Juni 2009 verabschiedeten Gemeinsamen Erklärung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten mit den Vereinigten Staaten von Amerika über die Schließung des US-Gefangenenlagers

in Guantánamo Bay und die zukünftige Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung einen zweistufigen Rechtsrahmen zur Unterstützung der Schließung des Lagers Guantánamo geschaffen.

Die Schlussfolgerungen des Rates und die gemeinsame Erklärung stellen eindeutig klar, dass die Entscheidung über die Aufnahme und den Status ehemaliger Gefangener in der alleinigen Verantwortung und Zuständigkeit des aufnehmenden EU-Mitgliedstaates bzw. des dem Schengen-Raum angeschlossenen Landes liegt. Die nach dieser Regelung aufgenommenen vormaligen Häftlinge haben in den Mitgliedstaaten der EU Zugang zu Rehabilitationsmaßnahmen nach geltendem nationalem Recht.

Im Zusammenhang mit der oben erwähnten Erklärung zur Schließung von Guantánamo richtete der Ratsvorsitzende am 16. Juni 2009 einen Brief an den stellvertretenden Leiter der US Detention Policy Task Force, der US-amerikanischen Arbeitsgruppe zur Internierungspolitik. Darin legte die Europäische Union ein inoffizielles Arbeitspapier mit Grundsätzen des Internationalen Rechts vor, die für die Bekämpfung des Terrorismus von Relevanz sind. Der Brief enthält unmissverständliche Erklärungen zu erwarteten verfahrensbezogenen Garantien wie etwa dem Zugang zu Rechtsmitteln zur Prüfung von Verhaftung, Inhaftierung und Verlegung, sowie zum Verbot der Folter. Diese wurden im Dialog über Terrorismusbekämpfung und Internationales Recht eingehend erörtert.

Die Kommission erachtet diese Garantien für bedeutsam für diesen Dialog, da sie zu einem besseren Verständnis der Art und Weise beitragen, in der bei der Bekämpfung des Terrorismus Rechtsstaatlichkeit und Internationales Recht, darunter internationale Menschenrechtsnormen, internationales Flüchtlingsrecht und humanitäres Völkerrecht, zu beachten sind. Wie bereits erwähnt, lehnt die Europäische Union die Todesstrafe ab und hat in Einzelfällen diesbezüglich bereits bei Drittstaaten, darunter auch den USA, im Bemühen interveniert, deren Vollstreckung zu verhindern. Die Kommission wird für den Fall, dass von einem US-Zivilgericht oder einem Militärausschuss gegen einen früheren Guantánamo-Häftling die Todesstrafe verhängt werden sollte, geeignete Schritte in Erwägung ziehen. Die Europäische Kommission begrüßt die von Präsident Obama bislang ergriffenen Maßnahmen zur Schließung des Lagers Guantánamo und hofft, künftig weitere Fortschritte beobachten zu können.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, *im Namen der PPE-Fraktion*. – (ES) Frau Präsidentin, Herr López Garrido als Kommissionsmitglied, Ich möchte zunächst einmal betonen, dass das Europäische Parlament seine Meinung zur Situation der Häftlinge in Guantánamo bei verschiedenen Gelegenheiten durch verschiedene Resolutionen zum Ausdruck gebracht hat.

In seiner Rede zum Amtsantritt sagte Präsident Obama zu, das Gefangenenlager Guantánamo binnen Jahresfrist zu schließen. Diese Frist ist am 22. Januar verstrichen, und die Tatsache, dass das Lager nach wie vor besteht, beweist einmal mehr, dass es im politischen Leben oftmals einfacher ist, ein Versprechen zu geben als es einzuhalten.

Auch hat, wie der Vertreter des amtierenden Ratsvorsitzenden feststellte, der persönliche Vertreter von Präsident Obama die Europäische Union besucht, ist dabei mit unserem Präsidenten sowie mehreren Mitgliedstaaten zusammengetroffen und hat um deren Mitarbeit gebeten, die es unter einer Reihe von Prämissen, die das Kommissionsmitglied erwähnt hat, zu gewähren gilt. Eine dieser Prämissen besteht darin, dass es sich hierbei um ein von der Vorgängerregierung der Vereinigten Staaten geschaffenes Problem handelt, und dass die Europäische Union zur Zusammenarbeit aufgefordert ist, dabei jedoch gewisse Voraussetzungen wie insbesondere die Sicherheit der Mitgliedstaaten zu beachten hat.

Diesbezüglich möchte ich an die von einigen Mitgliedstaaten gefällte Entscheidung erinnern, zu denen auch mein eigenes Land zählt, das derzeit den Ratsvorsitz inne hat. Ich möchte den Vertreter des spanischen Ratsvorsitzes fragen, ob er darüber nachdenkt, zusätzliche Maßnahmen im Bemühen zu ergreifen, die Reaktion der Mitgliedstaaten auf die Probleme zu harmonisieren, wie sie sich insbesondere mit Bezug auf den Jemen ergeben haben, oder ob er beabsichtigt, diese Entscheidung dem souveränen Kontext jedes einzelnen Mitgliedstaats zu überlassen, wie dies die Minister für Justiz und Inneres beschlossen haben.

Gestatten Sie mir, Frau Präsidentin, noch eine letzte Frage: Entspricht es tatsächlich den Fakten, dass 100 von den rund 190 verbliebenen Häftlingen in ihre Herkunftsländer oder in Drittstaaten geschickt worden sind, und dass 40 vor US-amerikanische Gerichte gestellt werden sollen? Danach würden 50 Personen in Haft bleiben, obwohl nicht genügend Beweismaterial für deren weitere Inhaftierung vorliegt, weil nach Erachten der US-Bundesregierung von dieser Personengruppe eine Gefahr ausgeht, die ihrer Freilassung entgegensteht. Ich möchte die Kommission und den Rat fragen, was man dort über die Situation dieser 50 Personen denkt, die keinem Verfahren vor einem ordentlichen Gericht der Vereinigten Staaten entgehen.

Ana Gomes, im Namen der S&D-Fraktion. – (PT) Guantánamo ist zwar ein Werk der Bush-Regierung, es wäre jedoch ohne die Unterstützung durch europäische Verbündete und ohne das Schweigen der Europäischen Union nicht möglich gewesen. Von daher obliegt es der Union, ihren Werten und Interessen gemäß zu handeln und alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um dieses schmutzige Kapitel unserer Geschichte zu einem Abschluss zu bringen.

Das Ansehen, das die EU in der Welt genießt, die transatlantischen Beziehungen, die Bekämpfung des Terrorismus und die Freizügigkeit innerhalb des Schengen-Raums erfordern es gleichermaßen, dass die Bitte um Aufnahme von Häftlingen aus Guantánamo eine gemeinsame und übereinstimmende europäische Antwort findet. Diese Antwort kommt jedoch nur sehr zögerlich und beschränkt sich bislang auf bilaterale Abkommen zwischen den USA und einzelnen Mitgliedstaaten.

Die Vorstellung ist schockierend, dass große Staaten wie Deutschland, das Vereinigte Königreich, Italien, Polen und Rumänien, die sich bei den außerordentlichen Überstellungen, den Geheimgefängnissen und in Bezug auf das Lager Guantánamo selbst zu Komplizen von Bush gemacht haben, sich möglicherweise ihrer Verantwortung entziehen und die Appelle der Obama-Regierung ungehört verhallen lassen. Hierbei handelt es sich um ein Thema für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, das es von den Außenministern der Europäischen Union im Hinblick auf Artikel 24 des Vertrages von Lissabon im Geiste einer wechselseitigen politischen Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu erörtern gilt.

Es obliegt dem Hohen Vertreter, der nunmehr nach Artikel 30 des Vertrags über das Initiativrecht verfügt, eine wahrhaft europäische Strategie vorzuschlagen und anzuführen, die auf eine schnellstmögliche Schließung von Guantánamo abzielt und dabei die erforderliche Unterstützung im Hinblick auf die individuelle gesundheitliche Wiederherstellung und soziale Wiedereingliederung der freigelassenen Häftlinge einschließlich ihres Rechts auf Familienzusammenführung gewährleistet.

Ich muss in diesem Zusammenhang den Beitrag meines eigenen Landes, Portugal, anerkennen, das als erstes der Obama-Regierung diese Unterstützung zugesagt hat, das seine europäischen Partner dazu aufgefordert hat, es ihm gleichzutun, und das bereits Personen aufgenommen hat, die zu Unrecht Jahre der Inhaftierung in Guantánamo durchlitten haben.

Sarah Ludford, im Namen der ALDE-Fraktion. – Frau Präsidentin, einzelne europäische Regierungen haben sich an illegalen Überstellungen, an Folter und illegaler Inhaftierung aktiv beteiligt. Andere wiederum haben Unterstützung im Hintergrund geleistet. Wiederum andere wollten von alledem nichts wissen. Es geht hierbei also nicht etwa um etwas, das sich einfach irgendwo „weit weg“ ereignet hätte. Darin liegt einer der Gründe für unser anhaltendes Interesse.

Natürlich haben Mitglieder des Europäischen Parlaments über viele Jahre die Schließung von Guantánamo gefordert, von daher begrüßen wir sehr die Ankündigung von Präsident Obama und sehen auch die Schwierigkeiten, die es bereitet, die von George Bush hinterlassene verfahrenre Situation in Ordnung zu bringen. Dessen ungeachtet ist es ausgesprochen enttäuschend, dass noch immer fast 200 Personen dort festgehalten werden. Wir begrüßen auch vorbehaltlos die vor US-Bundesgerichten angestrebten Verfahren gegen Personen wie Khalid Sheikh Mohammed, fragen uns jedoch, warum dies nicht bereits vor acht Jahren geschehen ist. Die beste Art und Weise mit Terroristen umzugehen, stellen strafrechtliche Verurteilungen dar.

Wir werden die EU-Regierungen weiterhin dazu drängen, mehr Häftlinge für eine Umsiedlung aufzunehmen, und dies sowohl aus Gründen der transatlantischen Solidarität als auch aus Einsicht in die ihnen aus ihrer Verstrickung erwachsende Schuld, und wir verwahren uns dabei vor chinesischen Drohungen in Bezug auf die Uiguren. Es ist nicht hilfreich, dass die Vereinigten Staaten sich nicht in der Lage sehen, auch nur einen der 17 Uiguren auf ihrem Territorium aufzunehmen.

Ein Angehöriger meines eigenen Wahlkreises, Shaker Aamer, der über einen legalen Aufenthaltsstatus im Vereinigten Königreich verfügt und dessen britische Frau und vier britischen Kinder im Londoner Stadtviertel Battersea leben, sitzt auch nach acht Jahren noch immer im rechtsfreien Raum Guantánamo fest. Offenbar ist er das Opfer eines Komplotts zwischen den Regierungen der USA und des Vereinigten Königreichs, das darauf abzielt, ihn über kurz oder lang in sein Heimatland Saudi-Arabien abzuschicken. Er ist ein unmittelbarer Zeuge von Folter, die ihm selbst und Mithäftlingen zugefügt wurde, und das nicht nur durch US-amerikanische, sondern auch durch britische Geheimagenten. Es käme beiden Seiten sehr zupass, wenn seine Aussage vor einem britischen Gericht verhindert werden könnte.

Wie gesagt, begrüßen wir die Bemühungen um eine Schließung von Guantánamo, wenden uns jedoch gegen Militärausschüsse und sonstige fortwährende Missstände. Auch Europa muss mehr unternehmen.

Heidi Hautala, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (FI) Frau Präsidentin, Herr López Garrido, die von Ihnen erwähnten Hohen Vertreter der US-Regierung haben bei ihrem jüngsten Brüssel-Besuch auch uns Abgeordnete des Europäischen Parlaments getroffen.

Dem Parlament kommt selbstredend eine potentielle Schlüsselrolle dabei zu, Mitgliedstaaten dabei zu ermutigen, sich um die Ausformulierung einer gemeinsamen Politik im Hinblick auf die Schließung des Lagers Guantánamo zu bemühen. Es ist ganz offensichtlich, dass Guantánamo nach wie vor ein schreiendes Symbol der Ungerechtigkeit darstellt, und dass seine Schließung im Interesse der Europäischen Union liegt.

Wir haben die Meinung geäußert, die das Europäische Parlament auch in seiner Entschließung im Februar des vergangenen Jahres zum Ausdruck gebracht hat. Wir haben ihnen auch zu verstehen gegeben, dass wir nicht allein an einer Unterredung über die künftige Unterbringung der Guantánamo-Häftlinge interessiert sind, sondern mit den Vereinigten Staaten auch die Auffassung erörtern wollten, dass deren Politik hinsichtlich der Behandlung der Inhaftierten wie auch deren Strafgesetzbuch einer umfassenden Reform bedürfen, um diese mit den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit in Einklang zu bringen.

Herr López Garrido, Kommissar, ich würde mir wünschen, dass Sie dies ernst nehmen und diese Angelegenheit mit den US-Vertretern im Rahmen der von Ihnen erwähnten Dialoge erörtern.

Abschließend möchte ich noch sagen, wie wichtig es ist, dass die Europäische Union sich selbst gegenüber Rechenschaft über ihre eigene Verstrickung in diese geheimen Verhaftungen und Gefangenenerlager ablegt. Ich möchte auf die umfangreiche Arbeit verweisen, die mein Kollege, Herr Coelho, in der vorigen Legislaturperiode geleistet hat. Wir müssen diese Arbeit fortführen, weil die Europäische Union bis zum heutigen Tage in keiner Weise dargelegt hat, welche Rolle ihre Mitgliedstaaten bei diesen geheimen Verhaftungen und Gefangenenerlagern gespielt haben.

Ryszard Czarnecki, *im Namen der ECR-Fraktion.* – (PL) Frau Präsidentin, Bezug nehmend auf die Erklärung meines geachteten Kollegen und Vorredners möchte ich betonen, dass in Wirklichkeit keine handfesten Belege oder konkrete Fakten im Hinblick auf die Existenz von Gefangenenerlagern und Gefängnissen der CIA in verschiedenen europäischen Staaten vorliegen, zumindest nicht, was Polen angeht. Um es noch einmal zu wiederholen: Bereits seit einigen Jahren ist das Lager Guantánamo Gegenstand von Debatten im Europäischen Parlament. Ich möchte hervorheben, dass wir über dieses Thema auch bereits seit dem Amtsantritt von Präsident Obama gesprochen haben, von daher scheint es mir, als könnten wir dieses Problem nicht ausschließlich der ach so schrecklichen und bösen Regierung von George Bush Junior anlasten. Offenbar ist der Sachverhalt etwas komplizierter. Ich sage dies, weil der Vertreter des Rates und der spanische Ratsvorsitz meinte, die US-Amerikaner wären ihren Zusagen noch nicht in vollem Umfang nachgekommen.

Zum Schluss möchte ich noch kurz anmerken, dass ich es für äußerst positiv erachte, dass die Europäische Union Stellung zu Fragen nimmt, welche die bürgerlichen Freiheiten betreffen. Lassen Sie uns jedoch auch der Opfer gedenken – jener, die Opfer von Terroristen darstellen.

Die Präsidentin. – Herr Czarnecki, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Hautala?

Ryszard Czarnecki (ECR). – (PL) Frau Präsidentin, Ich bezog mich auf die Erklärung meines geachteten Kollegen aus der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz, der vor mir das Wort ergriffen hat.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – (FI) Frau Präsidentin, Herrn Czarnecki ist möglicherweise nicht bekannt, dass am 22. Dezember 2009 eine europäische Regierung die Existenz eines solchen geheimen Gefangenenerlagers auf ihrem Territorium erstmals zugegeben hat. Dies geschah, als ein litauischer Parlamentsausschuss erklärte, dass ein CIA-Gefängnis dieser Art im Krieg gegen den Terrorismus in Litauen betrieben worden sei.

Ich freue mich, in diesem Zusammenhang anmerken zu können, dass die litauische Regierung als Reaktion auf diese Enthüllung einschneidende Maßnahmen ergriffen hat.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Frau Präsidentin, ich danke der geachteten Abgeordneten für diesen Hinweis, möchte jedoch darauf hinweisen, dass ich als Vertreter Polens, nicht Litauens, spreche.

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße ausdrücklich, dass sich das Europäische Parlament erneut mit dem Thema der unverzüglichen Schließung des Foltergefängnisses in Guantánamo beschäftigt, und schließe mich den Worten und Positionen

aller Kolleginnen und Kollegen an, die hier auch ein entschiedenes Agieren der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten einfordern.

Es ist wirklich und in Wahrheit ein Problem der transatlantischen Zusammenarbeit. Fast 800 Menschen aus über vierzig Ländern wurden dort unter Missachtung der Genfer Konvention inhaftiert, ohne Anklage, ohne Anwalt, ohne Prozess. Es liegen zahlreiche Berichte über die Ermordung und über schlimmste Misshandlungen und Demütigungen von Gefangenen vor. Dass sich die meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union bis heute davor gedrückt haben, sich als Drittländer zur Aufnahme von Häftlingen aus Guantánamo bereitzuerklären, halte ich für eine Schande und für kläglich, und ich fordere die Kommission auf, dieses Thema umgehend wieder in den Rat einzubringen, einschließlich des Themas des Aufdeckens der Mitverantwortung von europäischen Ländern bei der illegalen Inhaftierung von Gefangenen dort.

Vielleicht noch einen Gedanken: Die Nutzung von Guantánamo als Foltergefängnis stellt einen klaren Verstoß gegen den ursprünglichen Pachtvertrag dar, und vielleicht sollten Frau Ashton und die anderen für Außenpolitik zuständigen Mitglieder der Kommission hier mit mir die Regierung der USA auffordern, einen symbolreichen Strich unter das Kapitel der Schande zu ziehen und Guantánamo an Kuba zurückzugeben. <BRK>

Mike Natrass, im Namen der EFD-Fraktion. – Frau Präsidentin, ich stamme aus den West Midlands, der Heimat der so genannten „Tipton Taliban“, die in Guantánamo festgehalten wurden. Als Abgeordneter der UKIP muss ich mich dem Standpunkt anschließen, dass die Ergreifung einer Person zur Deportation in ein anderes Land, um ihr dort ohne Gerichtsaufsicht den Prozess zu machen und sie anschließend im Ausland zu inhaftieren, ein inakzeptables Vorgehen darstellt. Es stellt einen Affront gegen Freiheit, Demokratie, verantwortliches Handeln und elementare Menschenrechte dar.

Ich kann Ihnen eine Liste britischer Bürger vorlegen, die auf diese Weise in schmutzige und untaugliche Gefängnisse in Haft gezwungen wurden, und das nicht etwa durch die CIA im Rahmen von deren Überstellungsprogramm, sondern durch Mitgliedstaaten der EU nach dem von diesem Haus geschaffenen europäischen Haftbefehl. Es wurde in der EU gemacht. Bevor Sie also mit dem Finger auf die USA weisen, blicken Sie in den Spiegel und erkennen Sie Ihre eigene Scheinheiligkeit.

Franz Obermayr (NI). – Frau Präsidentin! Die Schließung von Guantánamo ist sicher ein Signal dafür, dass die USA die Verletzung von Menschenrechten auch im Zeichen des Kampfes gegen den Terrorismus eingestehen müssen und beenden wollen. Ich begrüße daher diesen Schritt. Die Slowakei, Italien und andere Mitgliedstaaten haben sich bereit erklärt, Häftlinge aufzunehmen. Meines Erachtens muss das auf europäischem Niveau besprochen werden, da auch ein Ex-Gefangener dank Schengen in jeden anderen Mitgliedstaat gelangen könnte. Im Wesentlichen gilt es aber, vorab drei Punkte zu klären.

Erstens – und das ist weder schändlich noch kläglich, Herr Scholz – muss das Sicherheitsrisiko für das Aufnahmeland geklärt sein. Es muss auch ein konkreter Bezug des Häftlings zum jeweiligen Mitgliedstaat geprüft werden. Und letztlich und grundsätzlich sollte vorab schlüssig zu klären sein, warum der betroffene Gefangene nicht auch in den Vereinigten Staaten untergebracht werden kann. <BRK>

Carlos Coelho (PPE). – (PT) Herr López Garrido, Kommissar, das Lager Guantánamo war einer der größten Fehler der Bush-Regierung. Es stellte eine Verletzung internationaler Abkommen wie beispielsweise des Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe und der Konvention gegen gewaltsames Verschwindenlassen dar und eröffnete die Möglichkeit zu willkürlicher Behandlung, zur Missachtung der Menschenrechte, zur Inhaftierung Unschuldiger und zu Misshandlungen.

Präsident Obama hatte ganz richtig festgestellt, dass eine Schließung von Guantánamo unverzichtbar sein würde, um den Vereinigten Staaten von Amerika die moralische Autorität wiederzugeben, die sie durch den Rückgriff auf außergerichtliche Instrumente bei der Terrorismusbekämpfung eingebüßt hat. Präsident Obama fälltte noch am Tage seines Amtsantritts im Weißen Haus die Entscheidung, die vor Militärtribunalen anhängigen Verfahren auszusetzen, und kündigte die Schließung des Lagers Guantánamo an. Das war keine leichte Aufgabe, insbesondere angesichts der mangelnden Kooperation auf Seiten des US-Kongresses.

In diesem Europäischen Parlament waren wir von jeher geteilter Meinung, was die transatlantische Strategie angeht, hingegen gelangten wir zu einem breiten Konsens gegen das Schandgefängnis. Im in der Frage des Irak-Kriegs tief gespaltenen Rat gelang es, unter allen Außenministern zu einer einstimmigen Forderung zur Schließung des Lagers Guantánamo zu gelangen. Wie Herr Salafranca Sánchez-Neyra bereits angemerkt hat, haben verschiedene Mitgliedstaaten sich bereits damit einverstanden erklärt, ehemalige Häftlinge in ihrem

jeweiligen Staatsgebiet aufzunehmen: Frankreich, Portugal, Irland, Belgien, das Vereinigte Königreich, Italien und Ungarn. Die Entscheidung über eine Aufnahme von Häftlingen aus Guantánamo stellt die souveräne Entscheidung jedes einzelnen Mitgliedstaates dar, sollte jedoch in auf europäischer Ebene koordinierter Weise getroffen werden. In einem Europa der Freizügigkeit ohne Binnengrenzen ist ein Informationsaustausch unter den Mitgliedstaaten unverzichtbar.

Herr López Garrido, Kommissar, um meiner Sorge über die sich nur schleppend ändernde Lage in den USA Ausdruck zu geben, möchte ich Folgendes fragen: Was könnte Ihrer Meinung nach die Europäische Union ansonsten noch tun, um Unterstützung zu leisten? Was haben wir bislang zu tun versäumt, obwohl wir es tun könnten? Und worin liegen Ihrer Meinung nach derzeit die Hürden oder besonderen Schwierigkeiten für die Europäische Union dabei, diese Hilfe zu leisten?

María Muñoz De Urquiza (S&D). – (ES) Frau Präsidentin, Guantánamo war eine rechtliche und humanitäre Verirrung, vielleicht das sichtbarste Beispiel für die unilaterale, internationale Recht völlig missachtende Vorstellung der Bush-Regierung von der internationalen Gesellschaft und den internationalen Beziehungen. Nach dem Bush-Desaster gab es viel Reparaturarbeit zu leisten, und Präsident Obama hat sich nun dieser Aufgabe angenommen.

Den passenden Grundstein hierfür legte er mit seiner Ankündigung der Schließung des Lagers Guantánamo. Diese mutige Entscheidung, die er als eine seiner ersten Amtshandlungen fällte und die darauf zielt, die Glaubwürdigkeit der Vereinigten Staaten in der Welt wiederherzustellen, war zugleich eine Geste gegenüber der Gemeinschaft der Muslime. Unterdessen ist die selbst auferlegte Frist bis zur Schließung des Lagers am 22. Januar verstrichen, und noch immer befinden sich 192 Personen in Haft.

Wenn den Regierungen der Europäischen Union wirklich an einer echten strategischen Beziehung gelegen ist, müssen sie die von Präsident Obama gefällte Entscheidung unterstützen, und die beste Art und Weise, dies zu tun, besteht in der Aufnahme von Gefangenen aus Guantánamo oder anderweitig dort festgehaltenen Personen. Spanien und weitere Länder der Europäischen Union tun dies bereits auf Grundlage der erwähnten gemeinsamen Erklärung vom 15. Juni, mit der ein gemeinsamer Rahmen für die Aufnahme von Flüchtlingen geschaffen wurde.

Wenn es sich auch in technischer Hinsicht um eine unilaterale, souveräne Entscheidung handelt, die jeder Mitgliedstaat gesondert fällen muss, so sollte doch die Europäische Union mit vereinten Maßnahmen ihre Unterstützung für eine gemeinsame Entscheidung der EU demonstrieren, wie sie das Parlament, insbesondere die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament, zu verschiedenen Anlässen gefordert hat.

Dies betrifft 50 Gefangene: jene, die für eine Entlassung in Frage kommend befunden wurden. Hierbei handelt es sich um eine Zahl, welche die 27 Mitgliedstaaten nicht überfordern sollte. Zusätzlich zu den vorhandenen Mechanismen für den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten und den Ländern, die dem Schengen-Raum angeschlossen sind und sich an der Aufnahme von Häftlingen beteiligen, benötigen wir einen Austausch von Informationen und Erfahrungen über geeignete Wege einer gesellschaftlichen Integration vormaliger Häftlinge.

Ivo Vajgl (ALDE). – (SL) Zunächst einmal möchte ich den Vertretern sowohl des Rates als auch der Kommission für deren proaktiven Standpunkt zum Thema Guantánamo danken. Guantánamo stellt seit dem ersten Tag, dem Tag, an dem das Gefängnis in Betrieb genommen wurde, eine Anomalie und eine Schande dar. Im unmittelbaren Gefolge der schockierenden Attentate vom 11. September ließ sich seine Eröffnung vielleicht noch nachvollziehen, seither jedoch sind Jahre vergangen. Unterdessen besteht das Schandmal Guantánamo fort, und alle unter uns, die von den Werten der westlichen Zivilisation wie etwa der Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit überzeugt sind, erfüllt diese Vorstellung weiterhin mit Scham.

Heute morgen gelangte ich zufällig auf die Website einer staatlichen US-amerikanischen Organisation namens Joint Task Force Guantánamo. Man könnte lachen, wenn die Realitätsferne der dortigen Schilderung der Lage in Guantánamo nicht so traurig wäre. Der Ort wird als 5-Sterne-Hotel beschrieben mit allem Komfort, den man sich nur wünschen kann. Es ist höchste Zeit, dass wir an Herrn Obama die Forderung richten, diesem Schandmal mit der Schließung ein Ende zu bereiten und uns die Beleidigung durch eine solche Scheinheiligkeit fortan zu ersparen.

Hélène Flautre (Verts/ALE). – (FR) Frau Präsidentin, auch ich hoffe, dass auf europäischer Ebene alles unternommen wird, um die Mitgliedstaaten zu ermutigen, ihrer Verantwortung nachzukommen und jene

Guantánamo-Häftlinge bei sich aufzunehmen, die nachweislich unschuldig sind. Sie sind Opfer und müssen eine sichere Heimstatt auf europäischem Boden finden.

Wie jeder weiß, wird die Schließung des Lagers Guantánamo indes weder in den USA noch in Europa ein Ende der Diskussion über Menschenrechte und Terrorismusbekämpfung bedeuten. Wie Sie bereits anmerkten, lässt die Anti-Terror-Gesetzgebung in den Vereinigten Staaten auch künftig eine unbefristete Untersuchungshaft sowie Verfahren vor Militärgerichten zu. In Europa, nun ja, sind die Guantánamo-Häftlinge nicht einfach so vom Himmel gefallen. Ich meine wirklich, dass es bislang versäumt wurde, diesem Thema gebührende Beachtung zu schenken.

Frau Hautala erwähnte zu Recht die am 22. Dezember von Litauen beschlossene parlamentarische Untersuchung. Dieser Beschluss verdient höchstes Lob. Es handelt sich um einen exemplarischen Akt. Er muss uns als Beispiel dienen. Denn Schlussfolgerungen wurden aus diesen rechtswidrigen Praktiken auf europäischem Boden bislang keine gezogen, und meiner Meinung nach wäre dies Sache der Europäischen Kommission, wäre dies Sache des Rates.

Wir müssen jede nur erdenkliche Schlussfolgerung aus den rechtswidrigen Praktiken ziehen, die stattgefunden und zur Eröffnung des Lagers Guantánamo geführt haben, wobei es sich um eine Entscheidung handelt, an der die Mitgliedstaaten uneingeschränkt Mitverantwortung tragen.

Rachida Dati (PPE). – (FR) Frau Präsidentin, lassen Sie mich zunächst einmal feststellen, dass wir erst vor kurzem erfahren haben, dass das Gefangenenerlager Guantánamo nicht wie geplant 2010, sondern erst 2013 geschlossen werden soll – mit anderen Worten, zum Ende der Amtszeit von Präsident Obama. Obwohl die Schließung damit länger dauert als ursprünglich geplant, können wir froh sein, dass Sie immerhin im Gange ist, schließlich hätte das Vorhaben ebenso gut aufgegeben werden können. Die Schließung erfolgt in Reaktion auf einen von Europa vorgebrachten Wunsch. Daher können wir nicht einerseits jahrelang an den USA wegen des Gefangenenerlagers Kritik üben und es dann andererseits am erforderlichen Willen und Ehrgeiz fehlen lassen, unseren Beitrag zu einer Lösung des Problems zu leisten.

Vor kurzem traf ich den Generalstaatsanwalt der USA, Eric Holder, der mir das Ausmaß der Aufgabe dargelegt, zugleich jedoch den nachdrücklichen Wunsch der Vereinigten Staaten bewusst gemacht hat, hierbei auf die Unterstützung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zählen zu können. Eine solche Unterstützung als Beitrag zur Schließung des Gefangenenerlagers würde die Aufnahme einzelner Häftlinge durch Europa bedeuten. Wir kommen daher nicht umhin, den Vereinigten Staaten im Rahmen einer konzentrierten Anstrengung dabei zu helfen, einen Schlussstrich unter eine Einrichtung zu ziehen, gegen die wir Europäer uns seit vielen Jahren wenden.

Katarína Neveďalová (S&D). – (SK) Warum sollte die Europäische Union die Folgen US-amerikanischer Politik zu tragen haben? Es wäre einfacher, an die USA und deren Präsidenten, der dabei ist, ein Wahlversprechen einzulösen – worin ihn nebenbei bemerkt zahlreiche führende Politiker öffentlich unterstützen – zu appellieren, dieses große und unliebsame Problem selbst zu lösen. Vieles an dieser Sache betrifft jedoch auch die Europäische Union. Terroristen haben auch bereits die EU bedroht und angegriffen, und sie stellen weiterhin eine Bedrohung der ganzen Welt und damit auch der EU als einen von deren integralen Bestandteilen dar. Haben wir bereits den Anschlag auf die Londoner U-Bahn, auf Deutschland, Holland, Spanien und die Dutzende weiterer, vereitelte Attentatsversuche vergessen? Wir sitzen daher in dieser Sache mit den USA in einem Boot. Dies geht uns alle an.

Unser Augenmerk sollte sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt eher in besonderer Weise auf die Vorbeugung und die Beseitigung negativer Einflüsse auf diese Personen sowie alle erdenklichen Anstrengungen richten, diese Personen bei ihrer gesellschaftlichen Wiedereingliederung zu unterstützen, damit sie in ein normales Leben zurückkehren und ein anständiges Leben im Kreise ihrer Familie führen können.

Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE). – (ES) Frau Präsidentin, ich möchte noch einmal auf den von Frau Flautre vorhin angeschnittenen Punkt zu sprechen kommen. Es ist von großer Wichtigkeit, dass wir Präsident Obama bei der Schließung des Lagers Guantánamo Unterstützung leisten. Schließlich fordern wir dies bereits seit langem, und es ist dabei unverzichtbar, dass wir in der Europäischen Union auch über die erforderliche Unterstützung für eine Aufnahme aller der Personen verfügen, um deren Aufnahme die Obama-Regierung uns dieser Tage ersucht.

Dies sollte uns indes nicht vergessen lassen, dass das Gefängnis zu einem Gutteil auch deshalb existiert hat, weil die USA in dessen Einrichtung von Europa bestärkt wurden. Uns kommt daher eine historische Verantwortung zu, die wir keinesfalls verschleiern können. Wir müssen Unterstützung zur Schließung von

Guantánamo leisten, weil es ebenso wesentlich darauf ankommt, dass wir unserer Verantwortung als Europäer nachkommen, denn es geht hier um eine europäische Verantwortung.

Lange Zeit hat Europa einfach weggesehen, wie etwa im Falle der Lufttransporte. In seiner Zeit als Premierminister Portugals hat der amtierende Vorsitzende der Europäischen Kommission Flüge über portugiesisches Territorium nach Guantánamo genehmigt und zugelassen. Meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates und der Kommission, diese Verantwortung vor der Geschichte kann unter keinen Umständen unbeachtet bleiben.

Georgios Papanikolaou (PPE). – (EL) Frau Präsidentin, ganz richtig stimmen wir allesamt darin überein, die von den Vereinigten Staaten von Amerika gefällte Entscheidung, das Gefangenlager Guantánamo zu schließen, in praktischer Weise zu unterstützen, und selbstverständlich drängen wir die Mitgliedstaaten der Union zur Aufnahme vormaliger Häftlinge.

Dass Guantánamo ein Fehler seitens der Vereinigten Staaten von Amerika in deren Bemühungen um eine Bekämpfung des Terrorismus war, ist allgemein anerkannt. Wir haben nun dafür Sorge zu tragen, dass sich derlei in Zukunft nicht wiederholen kann, schon gar nicht in Europa. Leider jedoch enthält der Bericht, der kurz vor dem Menschenrechtsrat der UNO im März 2010 vorgelegt werden soll, ernste Verdachtsmomente hinsichtlich der Praxis der geheimen Inhaftierung in Mitgliedstaaten der Europäischen Union wie etwa Großbritannien, Rumänien und Polen.

Wir können nicht einerseits ein solches Verhalten verurteilen und sagen, dass sie mit der Schließung von Guantánamo richtig handeln, und andererseits ein ähnliches Verhalten tolerieren, von dem wir möglicherweise meinen, dass es kein so schwerwiegendes Problem darstellt. Wir alle müssen unserer Verantwortung ins Auge sehen.

Janusz Władysław Zemke (S&D). – (PL) Frau Präsidentin, ich möchte an das anknüpfen, was mein Vorredner hier geäußert hat. Weil Sie ganz kategorisch feststellten, Herr Papanikolaou, dass es widerrechtliche Gefängnisse in Europa gegeben habe, unter anderem in Polen und Rumänien. Als Pole möchte ich ganz klar feststellen, dass kein substanzieller Beweis existiert, dass es solche Gefängnisse in Polen gegeben hat. So lautet mein erster Kommentar. Nun mein zweiter Kommentar: Ich denke, dass wir uns in diesem Parlament einig darüber sind, dass Guantánamo nicht länger existieren sollte. Indes lässt sich sehr leicht erkennen, dass sich die Schließung des Gefangenlagers als ein überaus komplizierter Prozess erweisen wird und niemand dabei Hilfestellung leisten möchte. Wir müssen uns die Frage stellen, wie diesem Umstand abgeholfen werden kann. Nun, ich möchte die folgende Frage stellen: Hat es Veränderungen bei der Art und Weise gegeben, wie die Häftlinge untergebracht und verhört werden? Denn viele Methoden sind dort zum Einsatz gelangt, vom gewaltsamen Eintauchen des Kopfes von Gefangenen unter Wasser bis hin zum Schlafentzug über viele Nächte. Haben wir Gewissheit, dass diese unmenschlichen Techniken dort nicht länger zum Einsatz gelangen?

Krisztina Morvai (NI). – (HU) Ich freue mich, dass meine Abgeordnetenkollegen sich so sehr über die schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte ereifern, die im Namen der Terrorismusbekämpfung in Guantánamo stattfinden. Ich halte diesen Zorn indes nur dann für glaubhaft, wenn Sie am Ende eine Zusicherung abgeben, die meinen zahlreichen darauf zielenden Erklärungen folgt, der Sache jenes Guantánamo-Lagers nachzugehen, das hier vor unserer Haustüre in Europa, in Ungarn, existiert. Ich wiederhole zum x-ten Male, dass in Ungarn zwölf der politischen Opposition angehörige Personen seit nahezu einem Jahr unter Terrorismus-Vorwurf in Untersuchungshaft festgehalten werden, und dies unter den gleichen Bedingungen und unter ebensolcher Verletzung der Strafprozessrechte wie im Falle derer, die in Guantánamo in Haft sitzen. Ich möchte meine Abgeordnetenkollegen um Handzeichen bitten, wer von Ihnen bereit ist, diesen Fall ernst zu nehmen und sich an einer detaillierten Untersuchung zu beteiligen. Ich warte auf das Handzeichen der Frau Präsidentin und meiner Abgeordnetenkollegen.

Diego López Garrido, amtierender Ratspräsident. – (ES) Frau Präsidentin, ich möchte zwei spezifische Angelegenheiten diskutieren, die angesprochen worden sind: einerseits durch Herrn Salafranca und andererseits durch Herrn Scholz.

Bei der ersten geht es um den Jemen. In Bezug auf den Jemen liegen mir keinerlei Beweise vor, dass eine spezifische Entscheidung gefällt worden wäre oder gefällt werden soll, die den Jemen mit Gefangenen in Verbindung bringen, die von dort stammen und sich nun in Guantánamo befinden. Die Situation im Jemen war das Thema von Beschlüssen des ersten Treffens des Rates für Auswärtige Angelegenheiten in der Geschichte der Union. Es hat nur ein gewöhnliches Treffen des Rates für Auswärtige Angelegenheiten gegeben, und zwar am 25. Januar, und es gab einen Beschluss, in welchem der Jemen dazu aufgefordert wurde, ein Programm mit politischen Reformen in größerem Umfang in Angriff zu nehmen, worin das

Guantánamo-Problem jedoch keinerlei Erwähnung fand. Diese Beschlüsse finden selbstverständlich unsere Unterstützung, ebenso wie die Konferenz, die am 27. Januar in London abgehalten wurde.

Was zum zweiten die von Herrn Scholz gemachte Anspielung auf den territorialen Status von Guantánamo Bay und eine mögliche Änderung desselben angeht, so handelt sich hierbei um eine Frage, die aus dem internationalen Vertrag erwächst, der im Jahr 1903 zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba geschlossen wurde. Es handelt sich von daher um ein bilaterales Problem zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten.

Ich denke, wir sind uns alle darin einig, dass das Gefangenenerlager Guantánamo für eine Reihe von schweren Menschenrechtsverletzungen und rechtlichen Verirrungen steht, die wir nicht dulden können, von denen wir nicht möchten, dass sie sich wiederholen, und welche die Europäische Union aufs schärfste kritisiert hat. Aus eben diesem Grund möchten wir mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten zusammenarbeiten, der entschieden hat, Guantánamo ein Ende zu bereiten und das Gefängnis zu schließen. Er hat sich jedoch nicht etwa darauf beschränkt, sondern darüber hinaus den Beschluss gefasst, die Strafvollzugspolitik der Vereinigten Staaten einer Prüfung zu unterziehen.

Von daher bestehen triftige Gründe für die von Herrn Vajgl vorgebrachten Anmerkungen zur immanenten Notwendigkeit, dieses Gefängnis aufgrund massiver Menschenrechtsverletzungen zu schließen, wie auch für andere diesbezüglich geäußerte Kommentare. Darüber hinaus bin ich in jedem Fall davon überzeugt, dass die Tatsache, dass Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern der Welt oder in Europa stattfinden, nicht bedeutet, dass diese Situation nicht kritisiert werden sollte oder wir nicht darauf hinarbeiten sollten, sicherzustellen, dass sich derlei nicht wiederholt. Ich beziehe mich dabei auf die von Herrn Natrass gehaltene Rede, weil ich mir natürlich sicher bin, dass er mir darin zustimmt, dass in Europa nichts dem Gefangenenerlager Guantánamo Vergleichbares existiert.

Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten haben sich sehr sorgfältig mit diesem Problem befasst. Ich habe die am 15. Juni des vergangenen Jahres getroffene Erklärung erwähnt, in welcher die Vereinigten Staaten und die Europäische Union sich verpflichtet haben, sich für die Festigung der Menschenrechte und die Bekämpfung des Terrorismus einzusetzen. Dies betrifft die im Lager Guantánamo verletzten Menschenrechte, ebenso jedoch die Notwendigkeit, dass der Kampf gegen den Terrorismus unter bedingungsloser Achtung von Freiheit, Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit geführt wird. Es ist wichtig, dass wir darin auf einer Linie liegen. Herrn Coelho's Worte über die Bedeutung eines Beitrags der Europäischen Union hierzu finden daher meine volle Zustimmung.

Wir sprechen jedoch nicht nur über den von den Vereinigten Staaten gefassten Beschluss zur Schließung des Lagers Guantánamo mit all den damit einhergehenden Problemen, auf die ich in meiner ersten Rede eingegangen bin. Es verdient ebenso Anerkennung, dass Präsident Obama mit dieser Schließung radikal mit der Vergangenheit bricht. Damit wird ein neues Kapitel aufgeschlagen, nicht nur, was Guantánamo selbst angeht, sondern auch in Bezug auf sämtliche Praktiken, die im Umfeld des Lagers gang und gäbe waren. Ich denke, dies wird ganz deutlich, wenn wir einen Blick auf die von Präsident Obama ergriffenen Maßnahmen werfen.

Er hat der Inhaftierung an geheimen Orten durch die CIA ein Ende bereitet und angeordnet, dass fortan sämtliche in den USA festgehaltenen Gefangenen beim Internationalen Komitee vom Roten Kreuz registriert werden. Er hat den „erweiterten“ Verhörmethoden, auch soweit solche von der CIA praktiziert wurden, ein Ende gesetzt. US-Ermittler können sich damit künftig nicht mehr auf Rechtsgutachten zu Folter und Verhörmethoden berufen, die nach dem 11. September als Rechtfertigung auftauchten, was natürlich ein neues Kapitel bedeutet. Ebenso wurde die Politik der Überführung von Gefangenen einer neuerliche Überprüfung mit dem Ziel unterzogen, zu gewährleisten, dass diese mit internationalem Recht im Einklang steht.

Dies begrüßen wir, wie wir es auch in der gemeinsamen Erklärung zum Ausdruck gebracht haben. Wir begrüßen die Tatsache, dass eine grundlegende Überprüfung der in den USA geltenden Richtlinien zu den Haftbedingungen, zum Häftlingstransport, zum Ablauf von Gerichtsverfahren, zu Verhörmethoden sowie zur Bekämpfung des Terrorismus stattgefunden hat. Wir haben daher in der Erklärung ausdrücklich festgestellt, dass wir die von den Vereinigten Staaten mit der von Präsident Obama am 22. Januar 2009 unterzeichneten Anordnung gemachte Zusage zur Kenntnis genommen haben, sämtliche mit der Sicherheit im Zusammenhang stehenden Fragen zu überdenken und die diesbezüglich getroffenen Maßnahmen einer umfassenden Prüfung zu unterziehen.

Ich meine, dass man dies einmal hervorheben sollte. Damit dies auch gelingt, bedarf es natürlich der Zusammenarbeit, und Frau Muñoz de Urquiza hat dies sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. der

Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten. Europa hat das Gefängnis vielfach kritisiert, und Europa ist von daher gehalten, im größtmöglichen Umfang mit den USA zusammenzuarbeiten, wenn dies auch auf zweierlei Begrenzungen stößt. Die eine betrifft die Vereinigten Staaten und besteht darin, dass es letzten Endes um die Rechtsvorschriften der Vereinigten Staaten geht und um deren Souveränität, die dabei Anwendung findet. Die andere besteht darin, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihrerseits souverän darüber entscheiden, ob sie Häftlinge aus Guantánamo aufnehmen oder nicht.

Es versteht sich von selbst, dass der amtierende Ratspräsident sich ausdrücklich für eine Zusammenarbeit ausspricht und unter Achtung des Rechts eines jeden Landes und eines jeden Bürgers auf Sicherheit hierzu ermuntert, was von daher einen weiteren Grundsatz darstellt, den es zu berücksichtigen gilt. Wie Frau Gomes feststellte, müssen wir für die Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union werben, ebenso jedoch auch für die zwischen den Mitgliedstaaten der Union.

Wir müssen dabei untereinander kooperieren, untereinander einen Dialog führen, und ein Teil des Dialogs muss dabei über das eigentliche Thema Guantánamo hinausgehen. Dieser Punkt wurde in einigen der Reden bereits angeschnitten, so beispielsweise von Frau Hautala und Herrn Czarnecki: das Thema der Opfer. Meiner Meinung nach handelt es sich hierbei um einen der Dialogbereiche, die wir in unseren Beziehungen mit den Vereinigten Staaten zur Sprache bringen sollten. Nach meiner Überzeugung handelt es sich bei dem Dialog im Hinblick auf die Opfer und die verschiedenen terroristischen Straftaten um eine Sache, der wir uns künftig werden annehmen müssen, auf jeden Fall jedoch wird mit den Vereinigten Staaten diesbezüglich bereits ein eingehender Dialog geführt.

Lassen Sie mich zum Schluss feststellen, dass die Europäische Union in der Guantánamo-Frage sich in unzweideutiger Weise für eine Schließung des Gefangenenlagers ausspricht. Die Europäische Union vertritt den eindeutigen Standpunkt, dass Menschenrechte und grundlegende Freiheiten aus keinerlei Grund verletzt werden sollten, und spricht sich dabei selbstverständlich für eine Bekämpfung der Terrorismus und die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten aus. Hierbei handelt es sich um eine glaubwürdige Position angesichts der Tatsache, dass es, wie nicht zu leugnen ist, einen radikalen Wandel gegeben hat, einen offensichtlichen radikalen Wandel gegenüber der Vergangenheit, was die Strategien des Antiterror-Kampfes der Vereinigten Staaten und von Präsident Obama sowie eine ganze Reihe von Grundsätzen angeht, welche die Haftbedingungen, den Häftlingstransport und die Verhörmethoden betreffen. Dies ist die Position, die wir stärken und zu deren Konsolidierung wir beitragen müssen. Der Rat steht von daher für eine Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten, um das zu erreichen, was wir alle anstreben, nämlich die endgültige Schließung des Gefangenenlagers Guantánamo.

Paweł Samecki, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, lassen Sie mich zunächst noch einmal wiederholen, dass nach unserer festen Überzeugung, die wir alle innerhalb der Europäischen Union teilen, es in unser aller Interesse liegt, dass das Gefangenenlager Guantánamo geschlossen wird, und, wie ich zuvor bereits festgestellt habe, die Kommission weitere Fortschritte seitens der US-amerikanischen Regierung bei der Schließung des Lagers erwartet.

Als Anmerkung zum Einwurf von Herrn Scholz möchte ich noch einmal unterstreichen, dass unserer Überzeugung nach die primäre Verantwortung für das Lager Guantánamo bei den Vereinigten Staaten liegt. Die Kommission ist jedoch der Meinung, dass wir, die Europäische Union, uns bei der Lösung des Problems so hilfsbereit wie nur möglich zeigen sollten, und eine Reihe bedeutender Schritte wurden ja auch bereits von der Obama-Regierung in die Wege geleitet. Diese wurden vom Minister erwähnt.

In Antwort auf die Frage von Herrn Zemke sollten wir in der Tat erwähnen, dass Obama dem Einsatz erweiterter Verhörmaßnahmen und -methoden ein Ende gesetzt hat, was wir begrüßen.

In Antwort auf die von Herrn Salafranca Sánchez-Neyra vorgebrachte Frage über die 50 Häftlinge, über deren Schicksal noch nicht entschieden worden ist, sind wir der Überzeugung, dass die US-Regierung diesen 50 Fällen weiter nachgehen und am Ende einen Status oder eine Lösung ähnlich dem beziehungsweise der vorangegangener Fällen finden wird.

Da der Kommission der Bericht der Arbeitsgruppe bislang noch nicht vorliegt, können wir Ihnen keinerlei nähere Aufklärung liefern, insgesamt jedoch eint uns die Überzeugung, einen für alle Seiten geordneten Verfahrensablauf zu wünschen.

Schließlich sind wir davon überzeugt, dass wir auch weiterhin eine koordinierte Herangehensweise der EU an diese Frage unterstützen sollten, und wir werden die Beiträge und die diesbezüglichen Bemühungen des Parlaments zu schätzen wissen.

Die Präsidentin.– Die Aussprache ist geschlossen.

12. Wichtigste Zielsetzungen für die Konferenz der CITES-Vertragsparteien (Aussprache)

Die Präsidentin.– Nach der Tagesordnung folgt die Aussprache über:

– die von Jo Leinen im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit an den Rat gerichtete mündliche Anfrage (O-0145/2009 – B7-0003/2010) zu zentralen Zielen bei der vom 13. bis zum 25. März in Doha stattfindenden Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten frei lebender Tiere und Pflanzen (CITES), und

– die von Jo Leinen im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit an die Kommission gerichtete mündliche Anfrage (O-0146/2009 – B7-0004/2010) zu zentralen Zielen bei der vom 13. bis zum 25. März in Doha stattfindenden Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten frei lebender Tiere und Pflanzen (CITES).

Jo Leinen, Verfasser. – Frau Präsidentin, Herr Ratspräsident, sehr geehrte Vertreter der Kommission! 2010 ist das internationale Jahr der Artenvielfalt und die EU ist dabei, eine neue Strategie für die Biodiversität voranzutreiben, also für den Schutz der Tier- und Pflanzenarten innerhalb des Gebietes der Europäischen Union. Es würde viel zur Glaubwürdigkeit der Europäischen Union beitragen, wenn wir auch international, auf der globalen Ebene, die gefährdeten Tier- und Pflanzenarten schützen und uns dafür einsetzen würden.

Da gibt es im nächsten Monat die Gelegenheit bei der 15. Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen, der sogenannten CITES-Konvention in Doha. Die EU muss sich zum Anwalt all der Arten machen, die durch verschiedene Einflüsse, insbesondere durch Übernutzung oder durch zerstörerische und illegale Praktiken, gefährdet oder sogar vom Aussterben bedroht sind. Der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit hat sich eingehend mit dem Thema beschäftigt und legt dem Plenum morgen einen Vorschlag zur Empfehlung vor, und wir würden uns wünschen, dass auch Rat und Kommission sich diesen Empfehlungen anschließen können.

Ich will wegen der Kürze der Zeit nur einige exemplarische Arten nennen, die unseres Erachtens einen hohen oder sogar höheren Schutz brauchen. Da ist einmal der afrikanische Elefant. Wir sind definitiv gegen die Herabstufung dieses Tieres aus Anhang I in Anhang II. Es muss bei dem Verbot des internationalen Handels, insbesondere mit Elfenbein, bleiben. Da ist zweitens der asiatische Tiger. Der ist nun wirklich von der Ausrottung bedroht, und wir fordern mit vielen Vertragsstaaten die Verschärfung der Schutzbestimmungen, insbesondere gegen den illegalen Handel mit Körperteilen und Derivaten des Tigers. Wir wissen, dass im asiatischen Raum ein großer Markt für Tigerknochen und Bestandteile des Tigers existiert, der diese Tiere bedroht. Da ist drittens der Schutz der Eisbären. Der Klimawandel bedroht sowieso den Lebensraum dieser Tierart, und auch hier gibt es einen zunehmenden Handel mit Körperteilen von Eisbären. Also hier sind wir auch für die Heraufstufung von Anhang II in Anhang I. Ich will noch den Schutz verschiedener Arten der Haie erwähnen. Es gibt eine Überfischung verschiedener Haiarten, insbesondere des Heringshais und des Dornhais, aber auch anderer Haiarten.

Soweit gibt es Konsens bei uns. Nun komme ich zu dem umstrittenen Thema. Umstritten ist die Einstufung des Roten Thunfisches, der im Mittelmeer und im Atlantik vorkommt. Meine Damen und Herren, wir kennen die Empfehlungen der Ad-hoc-Arbeitsgruppe der FAO, der Welternährungsorganisation, die den Roten Thunfisch in Anhang II belassen will. Wir kennen aber auch die Expertise des wissenschaftlichen Gremiums der Artenschutzkonvention, die den Roten Thunfisch in Anhang I hochstufen will. Hintergrund sind die Daten, die sich da vor einem auftun. Die Bestände des Roten Thunfisches sind zwischen 1957 und 2007 um 75 % reduziert worden, und allein in den letzten zehn Jahren hat ein Rückgang um 60,9 % stattgefunden. Es gibt eine Dynamik und eine Beschleunigung der Gefährdung dieses Fisches, und deshalb sind wir im Ausschuss mit großer Mehrheit der Meinung gewesen, diese Art gehört in den Anhang I.

Damit werden nur internationale Fangflotten eingeschränkt und verboten, nicht aber das Fischen vor Ort. Also die kleinen, lokalen Fischer können weiterhin diesen Fisch fischen, und die Erhaltung des Fisches in der Ökosphäre ist allemal wichtiger als das allseitige Vorhandensein von Sushi und Sashimi. Das ist der Konflikt, vor dem wir stehen. Wir müssen langfristig denken und sollten den Roten Thunfisch in Anhang I gebührend schützen. <BRK>

Silvia Iranzo Gutiérrez, *amtierende Ratspräsidentin*. – (ES) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es ist für mich eine große Ehre, als Vertreterin des amtierenden Ratsvorsitzes zu Ihnen zu sprechen. Ich bin Ihnen überaus dankbar für Ihr Interesse an den Positionen, die wir auf der vom 13. bis zum 25. März in Doha (Katar) stattfindenden nächsten Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten frei lebender Tiere und Pflanzen vertreten werden.

Der Rat erachtet das Washingtoner Artenschutzabkommen für ein Instrument von fundamentaler Bedeutung für den Schutz von von der Ausrottung bedrohten Pflanzen- und Tierarten. Wir müssen daher eine aktive Rolle einnehmen, um sicherzustellen, dass CITES als ein effektives Werkzeug im zweifachen Interesse der Bewahrung wie der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen Fortbestand hat.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Europäische Union deutlich restriktivere Regelungen praktiziert als dies das Übereinkommen selbst vorsieht, und darin dem Vorsorgeprinzip im Interesse des Erhalts der Artenvielfalt beziehungsweise der Eindämmung von deren Verlust folgt.

Die kommende Vertragsstaatenkonferenz, die im März in Doha stattfinden wird, bietet eine hervorragende Gelegenheit zur Diskussion einer Reihe von Vorschlägen, die Einstufung verschiedener Pflanzen- und Tierarten in den Anhängen zum Übereinkommen entsprechend dem Bedrohungsgrad zu ändern, wie auch weitere Vorschläge, die auf eine vermehrte Umsetzung und Beachtung des Übereinkommens abzielen.

Die Europäische Union wird auf der Vertragsstaatenkonferenz eine konstruktive Rolle spielen, und ich bin besonders gespannt darauf, die Ansichten des Parlaments zu den verschiedenen Themen zu hören, die auf dem Tisch liegen.

Wir haben im Hinblick auf die Abfassung der Entschließung – die, wie ich höre, morgen zur Abstimmung gestellt werden soll – zu den strategischen Zielen, die sich die Europäische Union im Hinblick auf die Konferenz setzen sollte, mit Interesse die Debatten verfolgt, die im parlamentarischen Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit geführt worden sind.

Ich muss dazu feststellen, dass der Rat noch immer auf einen Vorschlag der Kommission im Hinblick auf die Position wartet, welche die Europäische Union in Bezug auf die Dokumente und Vorschläge einnehmen sollte, die der Vertragsstaatenkonferenz zur Debatte und gegebenenfalls zur Annahme vorgelegt werden. Dies macht es zum gegenwärtigen Zeitpunkt schwierig, Fragen zu diesen Themen in detaillierter Weise zu beantworten.

Sobald dem Rat der Vorschlag der Kommission vorliegt, wird der spanische Vorsitz dafür Sorge tragen, dass dieser einer Prüfung unterzogen wird, sodass der diesbezügliche Beschluss rechtzeitig vor Beginn der Vertragsstaatenkonferenz angenommen werden kann. Der spanische Vorsitz wird das Parlament darüber hinaus über die Position des Rates unterrichten, sobald sich dieser auf eine solche verständigt hat.

Wie bei vorangegangenen Treffen der CITES-Vertragsstaatenkonferenz werden die Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um den gemeinsamen Standpunkt der EU zu verteidigen und dafür Sorge zu tragen, dass er mit den Strategien der Europäischen Union im Einklang steht.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass jegliche Ergänzung zu den Anhängen zu CITES auf den im Übereinkommen formulierten Einschlusskriterien beruhen sollte, welche dem Erhaltungszustand der betreffenden Arten Rechnung tragen.

Im Interesse einer Verbesserung des Erhaltungszustands, einer Minimierung unnötiger Verwaltungslasten sowie zur Gewährleistung einer unmittelbaren Zuordnung von Ressourcen zu Bereichen, die unter Bewahrungsaspekten ernsthafte Sorge bereiten, sollten diese Änderungsanträge darüber hinaus die Bedeutung von Kontrollen im Zusammenhang mit CITES berücksichtigen.

Die CITES-Vertragsstaatenkonferenz wird erneut einschneidendere Maßnahmen zum Schutz von durch übermäßige Ausbeutung bedrohten Arten beschließen müssen, wozu der internationale Handel einen Beitrag leisten könnte.

Die Europäische Union muss dafür Sorge tragen, dass das Übereinkommen auch weiterhin ein wesentliches Instrument im Dienste der Erhaltung und der nachhaltigen Nutzung wertvoller Wildtiere und -pflanzen darstellt.

Der Vorsitz, der darin mit den Mitgliedstaaten und der Kommission zusammenarbeitet, wird die Konferenz in Doha in diesem Geiste besuchen und in konstruktiver Weise dazu beitragen, sie zum Erfolg zu führen.

Ich warte darauf, meine Damen und Herren, Ihre Meinungen dazu zu hören, welche Ziele es auf dieser kommenden 15. Vertragsstaatenkonferenz zu verteidigen gilt, und ich werde diese Ihre Meinungen an den Rat weiterleiten. Ich weiß, dass der Rat im Hinblick auf die Teilnahme an der Konferenz die Unterstützung des Parlaments genießt und wir uns in der Zielsetzung einig sind, dass das CITES-Übereinkommen auch weiterhin einen substantiellen Beitrag zur nachhaltigen Nutzung unseres Planeten leisten sollte, zu unserem eigenen Nutzen ebenso wie dem künftiger Generationen.

Paweł Samecki, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, die anstehende 15. Vertragsstaatenkonferenz bietet in der Tat eine einzigartige Gelegenheit, die Bewahrung und den Status zahlreicher vom Handel betroffener Arten zu verbessern.

Die Europäische Union stellt einen der Hauptabsatzmärkte für aus wildlebenden Tieren und Pflanzen produzierte Erzeugnisse dar. Ihr kommt von daher besondere Verantwortung dabei zu, dafür Sorge zu tragen, dass der Handel mit solchen Produkten in nachhaltiger Weise erfolgt und diesbezüglich im Rahmen des CITES-Übereinkommens robuste internationale Vorschriften verabschiedet werden.

Es ist ein Anliegen der Kommission, sicherzustellen, dass der internationale Handel sich nicht nachteilig auf bedrohte Pflanzen- und Tierarten auswirkt. Ihre bisherige diesbezügliche Führungsrolle innerhalb von CITES wird die EU auch bei der nächsten Konferenz wahrnehmen. Die Kommission wird in den kommenden Tagen eine Empfehlung im Hinblick auf die von der EU bei der Konferenz zu vertretende Position verabschieden. Die gemeinsame EU-Position wird sodann vom Rat übernommen werden.

In ihren Diskussionen mit den Mitgliedstaaten wird die Kommission darauf achten, dass die abschließende gemeinsame Position ehrgeizige und wissenschaftlich fundierte Maßnahmen unterstützt. Ich möchte auch dem Parlament für seine Haltung zu den besonders umstrittenen Themen danken, die auf der CITES-Vertragsstaatenkonferenz auf der Tagesordnung stehen werden. Diese Entschliebung sendet eine klare Botschaft, der wir werden Rechnung tragen müssen.

Zwar steht die Position der Europäischen Union noch nicht bis in die letzten Einzelheiten fest, jedoch kann ich zu den Grundsätzen und Prioritäten Stellung nehmen, die unsere Entscheidungen bei den besonders heiklen Problemen leiten werden, die in Doha zur Diskussion anstehen.

Zunächst einmal erachtet die Europäische Union CITES für ein geeignetes Instrument zur Regulierung des Handels mit allen hiervon betroffenen Arten. Dies gilt gleichermaßen für Land- wie für Meereslebewesen, unabhängig davon, inwieweit diese Gegenstand von kommerziellen Interessen sind.

In diesem Sinne hat die Europäische Union Vorschläge zur Regulierung des Handels mit zwei Haiarten vorgelegt: dem Herings- und dem Dornhai. Es ist von größter Bedeutung, dass Haie endlich den Schutz erfahren, den sie nach jahrzehntelanger Überfischung verdienen.

Ihre Aufnahme in den CITES-Anhang II würde dem unkontrollierten internationalen Handel mit Hai-Produkten ein Ende bereiten, der eine der Hauptursachen für die Reduzierung der Bestände darstellt. Im Falle einer solchen Aufnahme würde der Handel mit besagten Hai-Produkten sich künftig auf Ware aus nachhaltig bewirtschafteten Beständen beschränken.

Die Europäische Union schlägt darüber hinaus vor, unter den Schutz der CITES-Übereinkunft auch den Tiger zu stellen, der eine der meistgefährdeten Arten weltweit darstellt. Der Umstand, dass 2010 zum Internationalen Jahr des Tigers erklärt worden ist, bietet eine ideale Gelegenheit zur Stärkung der gegenwärtig innerhalb von CITES vorhandenen Mechanismen einer kompromisslosen Bekämpfung des illegalen Handels mit dieser Spezies und einer verbesserten Transparenz im Hinblick auf die Bewahrung der Tigerpopulationen in den Arealstaaten.

Lassen Sie mich darüber hinaus einige weitere wichtige Vorschläge ansprechen, die das Parlament ebenfalls explizit vorgebracht hat. Der erste betrifft den Blauflossenthun. Ich muss an dieser Stelle wiederholen, dass wir in dieser Frage bislang zu keiner abschließenden Position gelangt sind. Was ich Ihnen sagen kann, ist, dass innerhalb der Kommission Besorgnis über den aktuellen Bestand besteht und wir uns nach Kräften darum bemühen, zu einem geeigneten Vorschlag zu gelangen, der dazu beitragen wird, dieses Problem auf internationaler Ebene anzugehen. Die abschließend von der Kommission eingenommene Position wird die neuesten wissenschaftlichen Daten zu den Beständen wie auch das Ergebnis des Treffens der Internationale Kommission für die Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik berücksichtigen, das im November des vergangenen Jahres stattgefunden hat.

Der zweite Punkt sind Elefanten und der Elfenbeinhandel. Hierbei handelt es sich um ein innerhalb von CITES und insbesondere unter den Ländern Afrikas selbst seit langem kontrovers diskutiertes Problem. Die Kommission ist überaus besorgt über das Ausmaß, das die illegale Jagd nach Elefanten und der illegale Handel mit Elfenbein in jüngster Zeit angenommen hat.

Die Elefanten bedürfen eines verbesserten Schutzes, und die Kommission wird keine Lösungen unterstützen, welche die Gefahr eines weiteren Anstiegs der Wilderei in sich tragen. In diesem Zusammenhang sind wir der Überzeugung, dass es der falsche Schritt wäre, wenn die anstehende Vertragsstaatenkonferenz sich auf eine Wiederaufnahme des Elfenbeinhandels verständigte.

Wir vertreten ferner den Standpunkt, dass die CITES vorgelegten Empfehlungen, die dahin gehen, eine Reihe von Elefanten-Populationen vom CITES-Anhang I in den CITES-Anhang II herabzustufen, einer objektiven Beurteilung auf Grundlage der innerhalb von CITES vereinbarten Bestimmungen bedürfen.

Gestatten Sie mir noch ein paar Worte zum auf ein Verbot eines internationalen Handels mit Eisbären zielenden Vorschlag der USA. Wir alle sind uns darüber bewusst, dass die Eisschmelze in der Arktis eine dramatische Bedrohung für den Fortbestand dieser Art bedeutet. Diesem Problem ist zu allererst mit einer überaus ehrgeizigen Politik zum Klimawandel zu begegnen, und meiner Meinung nach hat die EU einen klaren Weg aufgezeigt, den es in dieser Sache einzuschlagen gilt. Wir sind ferner davon überzeugt, dass es sich zu prüfen lohnt, wie jede zusätzliche Bedrohung dieser Spezies sich entschärfen ließe. Ein internationaler Handel findet zwar nur in beschränktem Umfang statt, könnte jedoch den Druck, der auf der Art lastet, möglicherweise weiter erhöhen. Unsere abschließende Position wird davon abhängen, inwieweit die von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Maßnahmen reale Vorteile für den Fortbestand bieten.

Was schließlich noch die Frage der Korallen anbelangt, so steht außer Zweifel, dass rote und rosa Korallen in vielen Regionen der Welt in übermäßigem Umfang abgeerntet werden. Auf der letzten CITES-Konferenz 2007 unterstützte die Europäische Union den Vorschlag der Vereinigten Staaten einer Regulierung des internationalen Handels mit beiden Arten, und wir haben neuerlich einen Vorschlag der USA zur COP15-Konferenz mitinitiiert. Meiner Überzeugung nach sollte die Europäische Union angesichts der Tatsache, dass nach vorliegenden neuen Erkenntnissen die Lage sich in keiner Weise gebessert hat, an dieser Unterstützung konsequent festhalten. Ich möchte dabei betonen, dass eine solche Regulierung keineswegs ein Handelsverbot zu Folge hätte, sondern lediglich sicherstellen würde, dass dort, wo Handel getrieben wird, man dem Prinzip der Nachhaltigkeit folgt.

VORSITZ : Libor Rouček

Vizepräsident

Sirpa Pietikäinen, *im Namen der PPE*. Herr Präsident! Im Hinblick auf die Beschlussfassung bezüglich CITES bin ich der festen Meinung, dass das Verfahren der Beschlussfassung transparent sein und ausschließlich auf rein wissenschaftlichen Fakten basieren sollte. Denn das ist der Hintergrund für die Entschließung des Parlaments in Bezug auf Eisbären, Elefanten, Tiger, asiatische Großkatzen und Haie.

Insbesondere im Hinblick auf die Frage, ob der Rote Thun (auch Blauflossen-Thunfisch genannt) in Anhang I des Washingtoner Artenschutzübereinkommens aufgenommen werden soll, möchte ich noch auf ein paar Aspekte zu sprechen kommen. Zuerst einmal ist man sich in breiten Teilen der wissenschaftlichen Gemeinschaft darüber einig, dass ein internationales Handelsverbot notwendig ist, um die Existenz der Art in der Zukunft zu gewährleisten. Laut ICCAT beträgt die derzeitige Biomasse der Laichbestände weniger als 15 % des Werts, der vor Beginn des Fischfangs ermittelt wurde. Von diesen wissenschaftlichen Schätzungen ausgehend besteht ein realer Grund zur Sorge, dass die Rogner im Jahre 2012 praktisch ausgestorben sein werden.

Die Mehrheit der Ad-hoc-Arbeitsgruppe der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) ist der Meinung, dass alle verfügbaren Belege für den Vorschlag sprechen, den Nördlichen Roten Thun in den Anhang I des Washingtoner Artenschutzübereinkommens aufzunehmen, und sie erklärt darüber hinaus, dass durch diese Aufnahme wenigstens sichergestellt würde, dass die jüngsten längst nicht mehr nachhaltigen Fänge im Ostatlantik und im Mittelmeer reduziert werden. Aufgrund der Tatsache, dass die Arbeitsgruppe eine einstimmige Entscheidung treffen muss und es großen Widerstand von Seiten Japans gibt, war dies nicht der abschließende Vorschlag der Experten. Nichtsdestoweniger darf die Meinung der unbestrittenen Mehrheit der Gruppe nicht ungeachtet bleiben. Darüber hinaus wird eindeutig auf Grundlage von wissenschaftlichen Entscheidungen zu dem Schluss gekommen, dass die Kriterien für die Aufnahme des Roten Thuns in den Anhang I des Washingtoner Artenschutzübereinkommens erfüllt sind.

Dies mag in verschiedenen Fällen eine Angelegenheit der politischen Meinung sein, aber was die Artenvielfalt und das Aussterben anbelangt, so dürfen wir weder Kompromisse eingehen, noch feilschen. Denn ohne Fisch kein Fang.

Kriton Arsenis, *im Namen der S&D.* – (EL) Herr Präsident! Herr Leinen hat bereits alles gesagt, was auch ich sagen wollte, deshalb möchte ich mich jetzt nur noch kurz auf das Thema Thunfisch konzentrieren.

Wir müssen uns diesem Thema wirklich von einem wissenschaftlichen Ansatz her widmen. Der Rote Thun ist unmittelbar vom Aussterben bedroht. Deshalb ist der absolute Schutz vor internationalem Handel, mit anderen Worten, dem Handel außerhalb der Europäischen Union, die einzig geeignete Lösung. Das CITES-Sekretariat hat letzte Woche seinen Vorschlag angekündigt, den Thunfisch in Anhang I aufzulisten, was ein Verbot des internationalen Handels bedeuten würde.

Es hat gesagt und ich zitiere: 'the Secretariat concurs with the majority of the FAO ad hoc expert advisory panel that these species meet the criteria for inclosing appendix I'. („Das Sekretariat stimmt mit der Mehrheit der Ad-hoc-Arbeitsgruppe der FAO darin überein, dass diese Art das Kriterium für die Aufnahme in Anhang I erfüllt.“) Mit anderen Worten, es unterstützt diesen Vorschlag in dem entsprechenden FAO-Vorschlag, der wiederum auf dem ICCAT-Vorschlag basiert.

Der wissenschaftliche Teil der Debatte ist demnach gelöst worden. Lassen Sie uns nun das Problem aus politischer und gesellschaftlicher Perspektive betrachten. Der Thunfisch-Bestand bricht zusammen. Forschungsinstitute behaupten weiter, dass es ohne internationales Handelsverbot in ein paar Jahren keinen Roten Thun mehr geben wird. Die Regulierung der Fischerei ist bislang gescheitert. Statt der von der ICCAT für das Jahr 2008 vorgeschlagenen 19.000 Tonnen Roten Thun wurden geschätzte 50.000 Tonnen gefangen.

Wir schlagen vor, dass der internationale Handel heute gestoppt werden sollte, wo uns noch Zeit bleibt, den Thunfisch zu retten, dass der Handel innerhalb der Europäischen Union aufrecht erhalten bleiben soll, welcher nicht von CITES beeinflusst ist, und dass die Europäische Union aber gleichzeitig auch die Fischer und Betriebe, die von dem Exportverbot betroffen sind, entsprechend entschädigen sollte.

Die S&D-Fraktion hat diesbezüglich einen Änderungsantrag vorgelegt. Damit wäre eine Erholung des Bestands an Rotem Thun und eine Fortsetzung des Handels möglich. In diesem Hinblick ist es auch in Form einer Ausnahme vorgesehen, dass das weltweite Handelsverbot vollständig aufgehoben wird, sobald sich der Thunfischbestand erholt hat, und nicht erst schrittweise, wie es für andere Arten gilt. Wenn der internationale Handel nicht verboten wird, wird der Bestand an Rotem Thun zusammenbrechen, der Fischereisektor wird untergehen und niemand wird ein Recht auf Entschädigungen haben.

Wenn wir ernsthaft die Fischer schützen wollen, müssen wir die Aufnahme des Roten Thuns in den Anhang I des Washingtoner Artenschutzübereinkommens unterstützen. Andernfalls werden Arbeitsplätze und eine wundervolle und einmalige Art für immer verloren gehen.

Chris Davies, *im Namen von ALDE.* Herr Präsident! Heute sollen wir eigentlich einen neuen Aufbruch für Europa repräsentieren, aber was haben wir stattdessen? Wir haben einen Kommissar und einen Minister, die sich auf einen Dienst nach Vorschrift beschränken. Das ist nicht ihr Fehler, Herr Kommissar, aber gehen Sie bitte zum Kollegium zurück und sagen Sie ihnen, dass wir uns mit den für die fraglichen Schriftsätze zuständigen Kommissaren erst aussprechen müssen.

Es ist fast genauso beschämend wie diese EntschlieÙung hier vor uns, in der die einzelnen vom Aussterben bedrohten Arten lediglich nacheinander aufgeführt werden: ein getreues Abbild menschlichen Versagens, was die Planung der Zukunft angeht. Natürlich wird durch das Thema Roter Thun, das zweifellos die Debatte beherrschen wird, die ganze Angelegenheit hervorgehoben, sie wird darauf konzentriert, und es handelt sich dabei ja auch um eine Art, die allein in europäischen Gewässern vorkommt. Der teuerste Fisch der Welt, der jeweils für Zehntausende von Euro verkauft wird. Japan betreibt Lagerwirtschaft en masse. In Japan, wo das Wort „Konservierung“ offensichtlich die Bedeutung von „Kaufen en masse“ hat, wird der Fisch getötet und dann für 20 oder 30 Jahre eingefroren, so dass er in ein paar Jahrzehnten gegessen werden kann. Dann wird jedoch kein Fisch mehr im Mittelmeer übrig sein, aber die Leute werden immer noch Sushi essen können, sofern sie es sich leisten können.

Dieser Fall ruft sogar das organisierte Verbrechen im Fischereiwesen auf den Plan, was in Anbetracht der enormen Geldmenge, um die es geht, nicht verwunderlich ist. Die Mafia schaltet sich also in dieses Geschäft ein. Und Sie berufen sich auf die ICCAT, die Internationale Kommission zur Erhaltung der Thunfischbestände. „Erhaltung der Thunfischbestände“! Die Art hat bislang einen Rückgang von 80 bis 90 % verzeichnet. Sie

steht vor dem Aussterben und Sie berufen sich auf eine Organisation, die angeblich deswegen eingerichtet wurde, um sich um den Schutz von Thunfisch zu bemühen! Nun, die Organisation hat auf ganzer Linie versagt. Die Ziele, die sie sich selbst gesetzt hat, werden absolut nicht erreicht werden. So wird wissenschaftliche Beratung ignoriert und Quoten werden viel zu hoch angesetzt. Nun werden einige Abgeordnete sagen, dass Anhang II ausreichend sei, aber dafür gibt es keinerlei Beweise. Anhang II wird nicht für den entscheidenden Unterschied sorgen. Sie werden in ein paar Jahren ankommen und sagen, „Tut mir leid, da hab ich wohl falsch gelegen.“ Aber dann wird kein Thunfisch mehr da sein.

Lassen Sie uns deshalb den Vorschlag unterstützen, diesen Fisch in Anhang I aufzunehmen. Besinnen wir uns darauf, dass es an der Zeit ist, der Gier der Menschheit Einhalt zu gebieten; Es ist an der Zeit, über die Zukunft unserer Meere nachzudenken.

Bart Staes, *im Namen von Verts/ALE*. – (NL) Die Art, wie Menschen mit natürlichen Ressourcen umgehen, die Art, wie Menschen Lebensräume zerstören und Raubbau an Wildpflanzen und Tierarten betreiben, die Art, wie Menschen illegalen Handel mit Flora und Fauna betreiben, stellt einen permanenten Angriff auf die Artenvielfalt des Raumschiffs Erde dar.

Aber genau diese Artenvielfalt ist von entscheidender Bedeutung. Dies erklärt auch die enorme Bedeutung von CITES (dem Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten) und das ist der Grund dafür, warum die Konferenz in Doha im kommenden Monat so wichtig ist. Wir haben eine überzeugende EntschlieÙung vor uns. Wir müssen uns jedoch auch eingestehen, dass im Hintergrund Versuche unternommen werden, diese EntschlieÙung zu schwächen. Es ist ein heftiger Kampf darüber ausgebrochen. Und das ist genau der Grund, warum ich jeden, und vor allem meine Kollegen aus den südlichen Ländern, von der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament auffordern möchte, mit viel Nachdruck sicherzustellen, dass die im Rahmen ihrer Umweltpolitik erfolgten Empfehlung der Kommission, den Roten Thunfisch in den Anhang I des Washingtoner Artenschutzübereinkommens aufzunehmen, angenommen wird. Dies ist für das Überleben dieser Art von entscheidender Bedeutung.

Kartika Tamara Liotard, *im Namen von GUE/NGL*. – (NL) Herr Leinen, vielen Dank, Sie haben es auf den Punkt gebracht, wir können über viele Tierarten sprechen: Den Elefanten, den Asiatischen Tiger, Korallen. Ich möchte die Aufmerksamkeit jedoch speziell auf eine Tierart lenken.

Gestern hat der Blijdorp Zoo in Rotterdam verkündet, dass es keinem einzigen Zoo in Europa gelungen ist, Eisbären zu züchten. Die europäischen Zuchtprogramme für Eisbären sind nicht erfolgreich und das sind vor allem deshalb schlechte Neuigkeiten, weil der Eisbär in der freien Wildbahn vom Aussterben bedroht ist. Das Meereis schmilzt und der Lebensraum des Eisbären geht fortschreitend verloren. Innerhalb der nächsten 45 Jahre werden bis zu 70 % der in freier Wildbahn lebenden Eisbären verschwinden. Darüber hinaus ist der Eisbär auch durch Trophäenjagd und Handel bedroht. Es gibt offensichtlich Leute, die es aufregend finden, auf Eisbären zu schießen, was ich persönlich wahrlich widerwärtig finde.

Aus diesem Grund fordere ich die EU auf, den Vorschlag für ein Verbot des kommerziellen Handels in Bezug auf Eisbären zu unterstützen, bevor es zu spät ist, und der Rote Thun gehört ebenso und ohne großes Federlesen in den Anhang I.

Anna Rosbach, *im Namen der EFD*. – (DA) Herr Präsident! Wir haben uns heute hier versammelt, um über vom Aussterben bedrohte Arten zu sprechen. Die Rede ist von Haien, Thunfisch, Eisbären, Großkatzen und Elefanten. Wir reden über Fangquoten, Artenschutz, den Erhalt von Lebensräumen und so weiter und so fort. Wir debattieren darüber, ob diese Tiere unter Anhang I oder II aufgeführt werden sollen, oder ob sie schlichtweg entbehrlich sind.

Und in diesem Parlament sind mindestens zwei Seiten mit jeweils unterschiedlichen Einstellungen vertreten. Die eine Seite möchte den vollständigen Schutz einer langen Liste von Arten, die alle vom Aussterben bedroht sind. Für die andere Seiten können die Fang- und Verbrauchsquoten nicht hoch genug sein, und sie verspricht den Fischern vor Ort kurzsichtige Fischereirechte, die innerhalb kürzester Zeit zu einer Ausrottung bestimmter Arten führen werden.

Was wir brauchen, ist ein ausgewogener Mittelweg, mit dem gewährleistet wird, dass wir und unser Planet auch in Zukunft gedeihen werden. Die uns hier vorliegenden Dokumente sind so voller technischer Details, dass der Eindruck entstehen könnte, wir seien alle Experten auf diesem Gebiet. Sollten wir stattdessen nicht lieber unsere Zeit damit verbringen, uns gemeinsam dafür einzusetzen, dass Fisch und Schalentiere in ihren Brutperioden generell nicht gefangen werden dürfen, und sicherzustellen, dass Tiere, Pflanzen und Meere

auch auf lange Sicht überlebensfähige Nahrungsmittellieferanten bleiben, indem wir den Tieren, die wir essen, ein für ihre Art angemessenes Leben geben, bevor sie durch den Menschen auf würdige Weise getötet werden?

Unser Denken ist zu kurzfristig und wir vergessen dabei die Artenvielfalt, die unser Planet braucht. Es geht nämlich nicht nur um die vom Aussterben bedrohte Flora und Fauna. Das Ganze ist eine sehr viel komplexere Angelegenheit. Es gibt so vieles, das es zu bewältigen gilt - und wie überraschend wäre es, wenn wir diesmal rechtzeitig damit anfangen würden, Schutzmaßnahmen zu ergreifen, anstatt erst wieder im aller letzten Moment zu reagieren.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (NI). – (RO) Die Statistiken zeigen, dass der Rote Thunfisch in Mengen gefangen wird, die weit über die erlaubten Quoten hinausgehen, was bedeutet, dass die Population des Roten Thuns mit jedem Jahr schwindet. Der von Monaco vorgelegte Vorschlag, den Roten Thun in den Anhang I des Washingtoner Artenschutzübereinkommens aufzunehmen, kann sich in Anbetracht der Tatsache, dass diese Art aussterben wird, wenn nicht schnelle und drastische Maßnahmen zu ihrem Schutze ergriffen werden, als heilsam erweisen.

Im Jahre 1992 ist von der Internationalen Kommission zur Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik die Empfehlung zur Überwachung des Handels mit Rotem Thun angenommen worden. Bedauerlicherweise hat sich dieses Instrument als absolut unbrauchbar erwiesen. Im Jahre 2007 ist von der Internationalen Kommission zur Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik ein weitaus umfangreicheres Programm, die so genannte „Fangdokumentationsregelung für Roten Thun“, die im Frühjahr 2008 in Kraft getreten ist, angenommen worden. Und obwohl dies ein Schritt nach vorne war, ist es immer noch zu früh, um eine Auswertung in Bezug auf die Wirksamkeit dieses Programms vorzunehmen. Daraus resultierend drängt sich mir folgende Frage auf: In welchem Ausmaß kann die Position der Europäischen Union, sich für eine Aufnahme des Roten Thuns in den Anhang I einzusetzen, im Rahmen der Washingtoner Artenschutzkonferenz den Wunsch bestimmter Gremien und Länder, die nicht Mitglieder der Europäischen Union sind, nach einer Zauderpolitik ausgleichen, bis die hypothetischen Ergebnisse der jüngsten Initiativen von der Internationalen Kommission zur Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik ausgewertet werden können?

Elisabetta Gardini (PPE). – (IT) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe gehört, wie der Minister CITES als effektives Instrument und die Kommission es als geeignetes Instrument beschrieben hat.

Dem stimme ich zu. Lassen Sie uns deshalb dieses Instrument nicht verändern, welches bis jetzt, im Gegensatz zu dem, was viele Mitglieder gesagt haben, in der Tat sehr wohl funktioniert hat. Seit der Thunfischfang reguliert wird und seit niedrigere Fangquoten festgelegt wurden, sind den Fischern nicht nur mehr, sondern auch größere Thunfische ins Netz gegangen.

Dieses Instrument funktioniert. Die Aufnahme einer Art, die - Gott sei Dank - immer noch Millionen von lebenden Exemplaren beziffert, in Anhang I, der Arten betrifft, die wirklich vom Aussterben bedroht sind, würde einen sehr gefährlichen Präzedenzfall schaffen.

Wir warten auf die jüngsten Zahlen und ich hoffe, dass wir unsere Regulierungsmaßnahmen dann genau auf diese Zahlen stützen werden, denn, wie ein berühmter amerikanischer Journalist einmal gesagt hat: „Zahlen lügen nicht, aber Lügner können zählen“, und wie sie lügen! Wir sind daran gewöhnt, insbesondere was umweltpolitische Themen angeht, mit sehr widersprüchlichen Zahlen konfrontiert zu werden, Es wird einige Zahlen geben, die lügen und andere, die es nicht tun.

Der Rote Thun steht nicht vor der Ausrottung, aber der Rote Thun muss reguliert werden. Wir dürfen nicht vergessen, dass es ganze Gemeinschaften gibt, deren Existenz auf dieser traditionellen Aktivität beruht, die seit mindestens 11.200 Jahren betrieben wird, und zwar so sehr, dass die UNESCO in einigen Fällen sogar überlegt, diese Aktivität als bewahrungswürdig und förderungswürdig anzusehen.

Edite Estrela (S&D). – (PT) Herr Präsident! Die UN erklärt, dass die biologische Vielfalt derzeit in der schlimmsten Krise seit dem Aussterben der Dinosaurier vor 65 Millionen Jahren steckt. Die Zerstörung von Korallenriffen in den Tropen, die wachsende Wüstenbildung in Afrika und die Abholzung von Wäldern bedrohen die biologische Vielfalt und wirken sich auf viele Wirtschaftsbereiche, wie Nahrungsmittelherstellung, Tourismus, Pharmaindustrie und Energiegewinnung negativ aus.

Die UN gibt außerdem zu, dass das im Jahre 2002 gesetzte Ziel, das Ausmaß des Verlusts der biologischen Vielfalt bis zum Jahre 2010 zu reduzieren, nicht erreicht wurde. Mit CITES wurde ein grundsätzliches internationales Übereinkommen über die Erhaltung wild lebender Arten mit der Absicht geschaffen, den

durch den internationalen Handel betriebenen Raubbau an wilden Fauna- und Floraarten zu verhindern. Der Verbrauch natürlicher Ressourcen durch den Menschen, die Zerstörung von Lebensräumen, der Klimawandel, der Raubbau an wild lebenden Arten und illegaler Handel sind die Hauptursachen für die Reduzierung der Artenvielfalt.

Aus diesem Grund ist eine Garantie dafür wichtig, dass im Internationalen Jahr der Artenvielfalt mit den grundlegenden strategischen Zielen der Europäischen Union in Zusammenhang mit der bevorstehenden Vertragsstaatenkonferenz des Washingtoner Artenschutzübereinkommens insbesondere das Ziel des Schutzes der biologischen Artenvielfalt, und damit etwas, das für das Wohlergehen und das Überleben der gesamten Menschheit grundlegend ist, berücksichtigt wird.

Wir müssen uns ehrgeizig zeigen und den Schutz aller vom Aussterben bedrohter Arten fordern.

Gerben-Jan Gerbrandy (ALDE). – (NL) Ich könnte über all die Arten auf der Tagesordnung der CITES-Konferenz Ende März sprechen, aber ich möchte mich auf eine beschränken, weil sie so perfekt zeigt, wie wir als biologische Art derzeit vorgehen: Der Rote Thun.

Es handelt sich hierbei um einen prächtigen, imposanten Fisch, der seit Jahrhunderten gefangen wird, und den wir seit Jahrhunderten verspeisen. Bedauerlicherweise steht dieser Fisch nun kurz vor dem Aussterben. Nach Jahren des Missmanagements durch Politiker, die Empfehlungen von Biologen von Mal zu Mal ignoriert haben, die es zugelassen haben, dass kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen der Vorrang vor langfristigen Perspektiven dieses Sektors eingeräumt wurde, haben wir nun keine andere Wahl mehr als den Handel mit dem Roten Thun vollständig zu verbieten.

Es liegen derzeit Änderungsanträge vor, in denen eine andere Handlungsoption als die des Verbots vorgeschlagen wird, aber dafür ist es bedauerlicherweise schon zu spät. Vor ein paar Wochen sind bereits 120.000 Euro für einen einzigen Roten Thun gezahlt worden. Das ist die derzeitige Realität. Das erklärt auch die enormen Mengen illegal gefangener Fische, die sich schätzungsweise auf das Doppelte der festgesetzten Quote belaufen. Aus diesem Grund sind Quoten kein wirklicher Ausweg. Angesichts der illegalen Fänge sind sie sinnlos. Die einzige Rettung für den Roten Thun ist ein internationales Handelsverbot.

Ich weiß, dass das für den Sektor schwerwiegende Folgen haben wird, ich bin mir dessen voll und ganz bewusst, aber lassen Sie uns aus dieser Erfahrung unsere Lehren ziehen: Wenn das Meer einmal leer ist, wird das für diesen Sektor sowieso das Aus bedeuten. Lassen Sie uns aus diesem Grund sorgsamer mit unserer Umwelt umgehen, aus wirtschaftlichen wie aus ökologischen Gründen.

Ich appelliere an die Europäische Kommission, die Entscheidung so schnell wie möglich dem Rat zu präsentieren, damit der Rote Thun in den Anhang I aufgenommen wird, und ich fordere den spanischen Vorsitz auf, über seinen eigenen Schatten zu springen und diese Entscheidung anzunehmen.

Meine Damen und Herren, im 17. Jahrhundert haben die Menschen den Dodo ausgerottet. Lassen Sie uns als Menschen nun zeigen, dass wir durchaus die Fähigkeit besitzen zu lernen, und verhindern wir, dass der Rote Thun zum Dodo des 21. Jahrhunderts wird.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – (NL) Im März wird es einen weiteren UN-Gipfel geben, der sich dann mit dem Handel bedrohter Tierarten beschäftigen wird. Das ist die Gelegenheit für die EU, sich erneut als Einheit zu präsentieren, und vor allem für die Wissenschaft, eine wichtige Funktion zu übernehmen. Lassen Sie uns einen Blick darauf werfen, was die Wissenschaft uns zu sagen hat. Die Option für kurzfristige Interessen mag sehr wohl eine Entscheidung für die kurzfristigen Interessen von Fischern und Jägern bedeuten, aber auf lange Sicht bedeutet dies das Aussterben von Tierarten sowie das Aus für viele Sektoren.

Die Alternative ist die Option für langfristige Lösungen, im Falle des Roten Thuns reden wir von 2012! Das ist aber nicht die lange Sicht, das ist morgen. Sie müssen deshalb den Empfehlungen des Europäischen Parlaments in Bezug auf ein Handelsverbot für Roten Thun nachkommen, aber es muss ebenso ein Handelsverbot für Eisbären geben, und darüber hinaus muss der Afrikanische Elefant auf die besagte Liste gesetzt werden, um zu verhindern, dass er in zunehmendem Maße wieder gejagt wird.

Schließlich wird auch eine Delegation des Europäischen Parlaments an der Artenschutzkonferenz in Doha teilnehmen. Ich wünsche mir, dass diese Delegation des Europäischen Parlaments auch ihren Teil dazu beitragen wird, die Position der EU zu verdeutlichen, so dass wir gemeinsam sicherstellen können, dass diese Tierarten für unsere Zukunft gerettet sind.

Willy Meyer (GUE/NGL). – (ES) Herr Präsident! Ich möchte den spanischen Vorsitz auffordern, zwar den Roten Thun zu bewahren, aber ebenso die traditionellen, *Almadraba* genannten Fischfangmethoden des Mittelmeerraumes zu erhalten. Diese Methoden, die in einer Koexistenz mit dem Roten Thun seit mehr als tausend Jahren bestehen, sind für ihn niemals zu einer Bedrohung geworden. Was den Roten Thun aber tatsächlich bedroht, sind illegaler Fischfang, Ringwadenfischerei und die Ausbreitung von Farmen.

Das sind die wahren Probleme des Roten Thuns. Wir sollten jedoch nicht unfair sein: Wir müssen in der Lage sein zu unterscheiden, was den Roten Thun tatsächlich gefährdet, was diese Form des industriellen Fischfangs – die Ringwadenfischerei – ist, und diese von den traditionellen Fischfangmethoden abgrenzen.

Die Politik muss fair sein, und aus diesem Grund müssen wir einen Weg suchen, mit dem der Thunfisch erhalten bleibt, ohne dabei jedoch die traditionellen Fischfangmethoden zu bestrafen. Ich denke, dass es manchmal einfach unmöglich ist, ein perfektes Gleichgewicht zu finden, aber wir müssen wenigstens versuchen, diesen Weg zu finden, so dass wir diese Art retten können und sicherstellen, dass sie nicht ausgerottet wird, ohne dabei jedoch die traditionellen Fischfangmethoden wie die *Almadraba*-Technik zu belangen.

Bogusław Sonik (PPE). – (PL) Herr Präsident! In den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind zahlreiche Fälle von illegalem Handel mit vom Aussterben bedrohten Tierarten bekannt geworden. Bei Grenzkontrollen finden Zöllner in Flaschen gezwängte Vögel und Schildkröten, die in Autos zwischen Chassis und Polsterung gequetscht werden. Laut eines Berichts der polnischen Zollbehörde ist im Jahre 2008 die Rekordmenge von sage und schreibe 200.889 lebenden Exemplaren geschützter Tiere und Produkte, die aus geschützten Tieren gefertigt wurden, beschlagnahmt worden. In Indien hat zum Beispiel ein unbeholfener Kampf gegen Schmuggler zu der Situation geführt, dass die Population des Bengalischen Tigers durch den dramatischen Anstieg von Wilderei erneut bedroht ist.

Die Europäische Union, die über gemeinsame Außengrenzen verfügt, sollte insbesondere darauf achten, nicht zu einem Markt zu werden, in den geschützte Tiere oder Pflanzen ungestraft geschmuggelt oder eingeführt werden können. Die Europäische Kommission sollte ihr besonderes Augenmerk auf eine Aufklärungskampagne und eine angemessene Kommunikation mit den Bürgern legen. Ziel dieser Politik sollte es sein, dass Bewusstsein europäischer Touristen zu schärfen. Jedes Jahr werden von Zollbeamten Produkte in den Koffern von aus fernen Ländern zurückkehrenden europäischen Reisenden gefunden, die aus Exemplaren von vom Aussterben bedrohten Tier- und Pflanzenarten hergestellt wurden. Die sich gerade in Gang befindliche Aussprache über die Population des Roten Thuns ist absolut gerechtfertigt. Die Statistiken sprechen für sich. Die Population dieser Art ist in den letzten 50 Jahren um bis zu 75 % zurückgegangen. Die Mittelmeerbestände des Roten Thuns sind ebenfalls massiv bedroht. Die Aufnahme des Roten Thuns in den Anhang I der Washingtoner Artenschutzkonvention würde deshalb nur zu Recht erfolgen und der einzige Weg sein, ihre Ausrottung zu verhindern.

Antolín Sánchez Presedo (S&D). – (ES) Herr Präsident! Ich teile die Bedenken in Bezug auf die biologische Situation der Population des Roten Thun und ich stimme damit überein, dass wirksame Schutz- und Bestandsmaßnahmen angenommen werden müssen, die nicht nur verhindern, dass diese Art ausgerottet wird, sondern auch die Nachhaltigkeit in der Fischerei und einen verantwortungsvollen Handel gewährleisten.

Mein Land arbeitet seit Jahren darauf hin. Zusätzlich zu dem traditionellen Beispiel der *Almadraba*-Fangtechnik hat es eine Schutzzone im Mittelmeer eingerichtet, die Flotte der Ringwadenfischerei auf sechs Schiffe reduziert und mit der Annahme eines Förderprogramms für die Art und der Dokumentation der Handelsüberwachung Pionierarbeit geleistet.

Die Aufnahme des Roten Thuns in den Anhang I des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten frei lebender Tiere und Pflanzen (CITES) würde ein internationales Handelsverbot zur Folge haben, ohne dabei jedoch die zugrunde liegenden Probleme zu lösen. Das Fangvolumen wird nicht begrenzt, die Fischereiflaggen können entsprechend der Verbraucherländer ausgetauscht werden und sie läuft den jüngsten Vereinbarungen von der Internationalen Kommission zur Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik (ICCAT), der regionalen Fischereiverwaltungsorganisation, die für das Management dieser Fischerei zuständig ist, zuwider. Es hätte also demzufolge eine Schwächung der internationalen Regulierung der Meere und des Prinzips des verantwortlichen Fischfangs zur Folge.

Wir müssen uns stattdessen mit den Ursachen der Probleme beschäftigen. Deshalb plädieren wir für eine Reduzierung der Fänge, wie sie bereits innerhalb der ICCAT vereinbart wurden, oder sogar für ein entsprechendes Moratorium, wenn dies durch wissenschaftliche Dokumente, die für die nächste Saison erarbeitet werden, belegt werden sollte. Wir möchten, dass die Europäische Union den Einsatz ihrer Kontrollen

verschärft und den Empfehlungen der ICCAT nachkommt, die Rückverfolgbarkeit von Fangverfahren und Verkäufen zu gewährleisten.

Dieses Maßnahmenpaket ist mit der Aufnahme des Roten Thuns in Anhang II des Washingtoner Artenschutzübereinkommens kompatibel, jedoch nicht mit Anhang I, der einem anderen Szenario vorbehalten bleiben und nicht für Umstände genutzt werden sollte, die seine entsprechende Glaubwürdigkeit als ein CITES-Instrument untergraben würden.

Von dieser Aussprache heute hier muss jedoch auf jeden Fall ein klares Signal ausgehen: Die Europäische Union ist voll und ganz der Nachhaltigkeit des Roten Thuns verpflichtet und wird die notwendigen Maßnahmen für seine Erhaltung ergreifen. Die Industrie muss beweisen, dass Quoten wirken und umgesetzt werden, und dass illegaler Fischfang kontrolliert werden kann.

Um die Fischerei zu erhalten, müssen wir die Arten retten.

Pat the Cope Gallagher (ALDE). – (GA) Herr Präsident! Der Bestand an Rotem Thun im Atlantik und im Mittelmeer ist etwas, was uns alle beunruhigt. Die diesbezüglichen wissenschaftlichen Informationen sind über jeden Zweifel erhaben. Von der ICCAT, der für den Erhalt des Roten Thuns und die Vergrößerung und den Erhalt seines Bestands zuständigen internationalen Kommission, sind enorme Anstrengungen unternommen worden. Wenn der Rote Thun in Anhang I des Washingtoner Artenschutzübereinkommens aufgenommen wird, so wird der Fang des Roten Thuns für mindestens zehn Jahre vollständig verboten sein.

– Das Fischereiwesen in Europa so zu behandeln, ist unzumutbar. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass es der ICCAT ermöglicht wird, ihre Arbeit zu tun.

Für das Jahr 2006 betrug das zulässige Fangvolumen zum Beispiel insgesamt 36.000 Tonnen. Das zulässige Fangvolumen für dieses Jahr ist auf 13.500 Tonnen reduziert worden. Und für 2011 wird es laut Vorschlag der ICCAT eine weitere Reduzierung um mindestens 50 % auf ein Gesamtvolumen von unter 6.750 Tonnen geben. Darüber hinaus sind für die Jahre 2012 und 2013 weitere Reduzierungen in Bezug auf das zulässige Fangvolumen vorgesehen.

Die von der ICCAT ergriffenen Maßnahmen müssen sorgfältig überwacht werden. Wenn sie sich als unzureichend herausstellen sollten, muss ein totales Verbot unter Anhang I in Betracht gezogen werden.

Ist aus der Sicht Irlands – und lassen Sie mich erwähnen, dass wir abgesehen von der Tatsache, dass wir einen Beifang von 100 Tonnen Roten Thun haben, kein begründetes Interesse daran hegen – tatsächlich zu erwarten, dass wir diesen Beifang nach dem Fang und seiner Tötung dann wieder zurück ins Meer werfen? Das ist mit Sicherheit kein vernünftiger Umgang. Ich glaube, dass es notwendig ist, vernünftige und realistische Maßnahmen zu ergreifen, und zwar um sowohl den Bestand als auch den Fischereisektor in Europa zu schützen.

Während hier Personen anwesend sind, denen der Schutz des Thunfischs sehr am Herzen liegt, möchte ich denjenigen sagen, die eventuell aus eher ländlichen Regionen kommen, die auf die Fischerei angewiesen sind, dass sie auch an die andere hier bedrohte Art denken mögen, und damit meine ich unsere Fischer.

Aus diesem Grund werde ich für den Änderungsantrag stimmen, den Roten Thun in den Anhang II aufzunehmen.

Isabella Lövin (Verts/ALE). – (SV) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schauen Sie sich doch einmal in diesem Plenarsaal um. Die leeren Sitzplätze können stellvertretend für all die Raubfische angesehen werden, die binnen 50 Jahren aus den Weltmeeren verschwunden sind. Es ist den weltweiten Fischereifloten gelungen, die für das Ökosystem so wichtigen Raubfische auf dem gesamten Planeten auszurotten. Darin eingeschlossen sind Thunfisch, Kabeljau und Lachs. Die EU ist die zweitgrößte Fischereination in der Welt und wir sind zweifellos für das Schwinden der Fischbestände verantwortlich.

So wurden in den Jahren 2000 bis 2008 mittels EU-Fischereifonds mehr als 23 Millionen Euro für den Aufbau einer neuen Flotte für den Thunfischfang ausgegeben, und damit für eine Industrie, die den Steuerzahler jedes Jahr auch Millionen für die Überwachung zur Bekämpfung des illegalen Fischfangs kostet. Und all das nur damit 70 % des Fischfangs dann nach Japan exportiert und dann bei exklusiven Geschäftsessen verspeist werden können.

Ich möchte Sie alle daran erinnern, dass die Aufnahme des Roten Thuns in den Anhang I des Washingtoner Artenschutzübereinkommens nicht gleichbedeutend mit einem Verbot der klein- und mittelständischen

Fischereiwirtschaft in Europa ist, sondern lediglich die Exporte stoppen wird, die von den Steuerzahlern intensiv bezuschusst werden. Es wäre auf jeden Fall ein guter Einstieg in das von der UN ausgerufenen Internationale Jahr der Artenvielfalt.

Catherine Soullie (PPE). – (FR) Herr Präsident! Heute sind weniger als 15 % des ursprünglichen Bestands an Rotem Thun vorhanden. Angesichts solcher Zahlen scheint die Lösung nahe liegend. Wir sollten dabei jedoch nicht die durch diese Entscheidung, über die wir hier uns und heute aussprechen, betroffenen Arbeitsplätze vergessen. Es muss betont werden, dass es nicht das Ziel von CITES ist, die Fischerei zu verbieten, sondern lediglich den internationalen Handel mit dieser Sorte Fisch, der zu 80 % nach Japan exportiert wird.

Mit dem Schutz des Thunfisches wird einerseits natürlich eine vom Aussterben bedrohte Art geschützt, andererseits wird damit aber auch die Fortsetzung eines ausgeglicheneren und nachhaltigeren Fischfangs gefördert, und damit eines Fischfangs, der für unseren Binnenmarkt bestimmt ist und Arbeitsplätze schafft. Ich bin für die Idee, den Roten Thun in den Anhang I des Washingtoner Artenschutzübereinkommens aufzunehmen, und während ich davon ausgehe, dass diese Entscheidung positiv sein wird, wird die Unterstützung der Kommission dabei von entscheidender Bedeutung sein, weil dies zur Folge hätte, dass der Fischereisektor vollständig reformiert werden kann.

Meine Frage betrifft deshalb die Bedingungen einer solchen Unterstützung. Frankreich beantragt eine 18-monatige Verlängerung in Verbindung mit finanziellen Maßnahmen für die von einem Handelsverbot betroffenen Fischer und Reeder. Wie lautet die diesbezügliche Meinung der Kommission?

Darüber hinaus mache ich mir, so wie viele meiner Kollegen, über die Fairness Gedanken. Wie können wir garantieren, dass von Booten unter der Flagge von Ländern wie Tunesien oder Libyen usw. das internationale Handelsverbot ebenso strikt eingehalten wird wie von uns? Wie sehen die neuen Kontroll- und Strafmaßnahmen aus?

Unsere Politik der nachhaltigen Wirtschaftsaktivitäten muss praxisbezogen sein und mag manchmal in bestimmten Sektoren auch Unmut hervorrufen, aber ich hoffe, dass die Kommission und der Rat nicht den Blick für die Anpassungen verlieren werden, die erforderlich sind, um diese Maßnahmen umzusetzen.

Guido Milana (S&D). – (IT) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich unterstütze - und ich habe auch bereits diesbezügliche Änderungsanträge eingereicht - die Aufnahme des Roten Thuns in den Anhang II. Diese Unterstützung lässt mich wahrlich nicht wie einen Verbrecher fühlen. Im Gegenteil, ich bin in etwa auf derselben Wellenlänge wie diejenigen, die vor mir und angefangen bei Frau Gardini, eine andere Meinung geäußert haben.

Es ist absolut falsch, Tiger, Eisbären, Elefanten und Thunfisch gleichzusetzen. Die FAO würde es sich selbst niemals gestatten, etwas anderes zu sagen oder eine andere Position für diese anderen vom Aussterben bedrohten Arten zu vertreten. Eine andere Meinung darüber zu haben, wie das Thema Thunfisch zu behandeln ist, bedeutet aber sicherlich nicht, dass Artenvielfalt als um jeden Preis zu verteidigender Wert missachtet wird.

Der Sinn und Zweck eines Entschließungsantrags ist absolut unterstützungswürdig. Zu einem Zeitpunkt, an dem einige Leute einen Rückschritt in Bezug auf die Einschätzung der Thunfisch-Biomasse im Meer zu machen scheinen, bedeutet ein schneller Entscheid für die Aufnahme in Anhang I wohl auch, dass über die Nebeneffekte dieser Entscheidung, die schwerwiegend und in vielen Wirtschaftszweigen irreversibel sind, hinweggesehen wird.

Das gilt in gewissem Maße auch für das Thema Korallen und die entsprechende Aufnahme in den Anhang II. Denn auch hier liegen Daten vor, aus denen nicht definitiv die Ausrottung oder Gefährdung der Tiefseekoralle, eine Korallenart, die in einer Tiefe von mehr als 150 bis 200 Metern vorkommt, hervorgeht, und das ist es doch, was durch diese Maßnahme bezweckt werden soll.

Carl Haglund (ALDE). – (SV) Herr Präsident! Es war einmal vor langer Zeit möglich, den Roten Thun oben in meinem Teil der Ostsee zu fangen, aber wir wissen ja, wie die Situation heute aussieht. Der Rote Thun ist aufgrund der massiven Überfischung vom Aussterben bedroht.

Wir haben hier und heute diese ziemlich traurige Aussprache, weil zur rechten Zeit nicht die richtige Entscheidung getroffen wurde. Wir sind nun schließlich hier, weil die Entscheidungsträger sich seit Jahren weigern, den wissenschaftlichen Empfehlungen Gehör zu schenken. Demzufolge stehen wir nun vor dem Problem, in Anbetracht der Situation drastische Maßnahmen ergreifen zu müssen. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch noch einmal auf die bereits von Menschen auf diesem Gebiet gemachten Fehler

aufmerksam machen. Die kanadische Küste liefert ein gutes Beispiel dafür, wie es dem Menschen gelungen ist, den Kabeljaubestand vollständig zu zerstören. Dieser ist aufgrund von Überfischung vollständig zusammengebrochen und man hatte dort die gleiche Diskussion wie wir sie heute hier führen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass dem Roten Thun ein ähnliches Schicksal widerfährt. Aus diesem Grund ist der Vorschlag Frankreichs, neben anderen, nicht besonders geeignet, weil er genau diesen Effekt provozieren könnte.

Die Tatsache, dass die Hälfte, oder fast der gesamte Fischereiausschuss hier sitzt, macht natürlich auch deutlich, dass in diesem Parlament sicher nicht optimal mit diesen Themen umgegangen wird; sprich, der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit diskutiert für sich und erarbeitet Ideen und dann kommen diejenigen von uns, die sich mit Fischereiangelegenheiten beschäftigen hier hin, und debattieren darüber. Das ist etwas, über das wir mal nachdenken sollten. Nichtsdestotrotz denke ich, dass der Vorschlag des Ausschusses gut ist. Er fußt auf einem soliden wissenschaftlichen Fundament, und es gibt keinen Grund, den vom Ausschuss gewählten Ansatz in Bezug auf diese Angelegenheit zu ändern.

Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE). – (ES) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für den Roten Thun ist bereits vor einiger Zeit schon die Alarmstufe Rot ausgelöst worden, und wir erhalten seit Jahren Informationen, die eindeutig zeigen, dass die Bestände schrumpfen und wie wir zu dieser Entwicklung beitragen, unter anderem durch öffentliche Subventionen. Die Europäische Union hat in den letzten Jahren allein 34 Millionen Euro für Modernisierungsmaßnahmen ausgegeben.

Ich denke, dass wir das einmal sagen müssen, dass wir für die Situation, in der wir derzeit stecken, selbst verantwortlich sind. Wir haben den Bestand an Rotem Thun bis kurz vor die Ausrottung gebracht und wir können jetzt nicht einfach so tun, als wäre dies nicht unsere Schuld. Wir haben nun die Gelegenheit, dieses Problem zu berichtigen, indem der Rote Thun in den Anhang I des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES) aufgenommen wird, und dies ist die einzige Möglichkeit, die wir haben, denn ich möchte betonen, dass viele Menschen für die Bestreitung ihres Lebensunterhalts darauf angewiesen sind.

Es ist richtig, dass es Sektoren gibt, die sich richtig verhalten haben, und diese können und sollten auch damit so weitermachen, aber dafür braucht es eben Thunfisch. Ohne Thunfisch werden sie nicht in der Lage sein, auch nur irgendetwas tun zu können. Die einzige Garantie dafür ist der Anhang I und aus diesem Grund ist jede Maßnahme, die sich eindeutig gegen diesen Vorschlag richtet, eine schlechte Maßnahme, die das Problem nur noch hinauszögern, es aber keinesfalls beenden wird. Damit wir uns nicht missverstehen, lassen Sie mich Folgendes klarstellen: Wir haben eine historische Verantwortung gegenüber dieser Art und gegenüber den Menschen und Familien, die davon ihren Lebensunterhalt bestreiten. Lassen Sie uns mutig und mit der Ehre, die einer Europäischen Union würdig ist, dieses Mal uns dieser Verantwortung stellen.

Ioannis A. Tsoukalas (PPE). – (EL) Herr Präsident! Von meinen Kollegen ist bereits jeder Aspekt dieser Angelegenheit angesprochen worden. Ich sollte vielleicht erklären, dass ich die von Herrn Milana bereits zuvor dargestellten Standpunkte unterstütze, und möchte sagen, dass wir im Hinterkopf behalten sollten, dass die Aufnahme vom Roten Thun in den Anhang I zahlreiche gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen haben wird, wie zum Beispiel Insolvenzen und die Schließung zahlreicher Unternehmen, insbesondere Klein- und Mittelbetriebe, Arbeitsplatzverluste und ein Wettbewerbsverlust für Europa.

Wir dürfen nicht vergessen, dass der Rote Thun einen 6 Milliarden Euro schweren internationalen Markt unterhält. Ich möchte vielmehr ein paar wissenschaftlich fundierte Vorschläge hören, die darauf abzielen, die Existenzfähigkeit der Populationen an Rotem Thun für die Zukunft sicherzustellen, und die darüber hinaus aber auch die Zukunftsfähigkeit europäischer Fischer und ihrer Familien berücksichtigen. Aus meiner Sicht ist der beste und am meisten geeignete Weg dafür die Aufnahme in Anhang II.

Es darf nämlich auch nicht vergessen werden, dass die Europäische Union da draußen nicht für sich alleine fischt, weder im Mittelmeer noch im Atlantik. Das Fangen von Rotem Thun ist eine globale Angelegenheit. Und die europäischen Fischer sind dabei einem harten und oftmals unfairen Wettkampf mit den nordafrikanischen Ländern ausgesetzt. Eine einseitiges Überleben von Thunfischpopulationen ist dabei jedoch Unsinn. Wir müssen sicherstellen, dass alle am Spiel Beteiligten sich an dieselben Regeln halten.

Darüber hinaus ist die Tatsache, dass Japan über einen Vorrat von 30.000 Tonnen tief gekühltem Roten Thun verfügt, gegebenenfalls auch von Interesse, und ein Verbot könnte dazu führen, dass der Bestandspreis von 10 Milliarden USD heute auf 20 Milliarden USD steigt.

Daciana Octavia Sârbu (S&D). Herr Präsident! Alle Elemente dieses Übereinkommens sind wichtig. Ich möchte mich jedoch auf das Thema Roter Thun konzentrieren.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir nun handeln, um einen Zusammenbruch des Bestands zu verhindern und eine Erholung der Anzahl von Rotem Thun zu ermöglichen. Im Jahre 2006 hat die Internationale Kommission zur Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik einen Aktionsplan erstellt, um die Dokumentation und die Überwachung der Bestände sowie die Kontrolle der Schiffe und Boote zu verbessern.

Es ist jedoch klar, dass das allein nicht ausreicht. Die Bestände, insbesondere der Ostbestand im Mittelmeer, befinden sich weiterhin in einem kritischen Zustand und es besteht das tatsächliche Risiko, dass wir sehr bald Zeugen des Aussterbens dieser bedrohten Art werden.

Die Vertragsstaatenkonferenz des Washingtoner Artenschutzübereinkommens sollte sich deshalb darauf einigen, den Roten Thun in den Anhang I des Übereinkommens aufzunehmen, und die Mitgliedstaaten und die Kommission müssen mehr unternehmen, um den illegalen Fischfang zu bekämpfen und die vereinbarten Beschränkungen und Quoten umzusetzen.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE). – (ES) Herr Präsident! Im Hinblick auf das mögliche Fangverbot für Roten Thun im Mittelmeer bin ich sehr besorgt darüber, dass illegaler Fischfang den legalen Fischfang verdrängen wird, und dass am Ende Unschuldige für die Sünden der Schuldigen bezahlen müssen.

Allein in Katalonien stehen hunderte Arbeitsplätze auf dem Spiel. Der dort praktizierte Fischfang ist respektvoll, vollständig geregelt und überwacht, was sowohl das Management der Fischerei als auch des Handels angeht.

Seit 2006 ist das Fangvolumen für den Roten Thun im Ostatlantik und dem Mittelmeer um 30.000 Tonnen auf 13.500 Tonnen reduziert worden. Die Mindestgröße für einen einzelnen Fisch ist von 10 auf 30 Kilo gestiegen und aus einer elf Monate dauernden Fangsaison ist eine elfmonatige Fangsperre geworden.

Abschließend denke ich, dass es bei den internationalen Experten in Bezug auf die Ausrottungsgefahr des Roten Thuns keinen gemeinsamen Konsens gibt. Wenn die Populationen zwischen 1970 und 2010 miteinander verglichen werden, sofern entsprechende Kontrolldaten vorliegen, dann liegt die Population des Roten Thuns bei über 15 %. Sie liegt zwischen 21 % und 30 % und damit eindeutig über den für die Aufnahme in den Anhang I des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten frei lebender Tiere und Pflanzen (CITES) festgelegten 15 %.

Carmen Fraga Estévez (PPE). – (ES) Herr Präsident! Auch ich möchte über kommerziell gefangene Fischarten sprechen und ich möchte deutlich herausstellen, dass regionale Fischereiorganisationen bereits für das Management und die Erhaltung dieser Arten zuständig sind. Man braucht in der Tat wirklich nur einmal den Text des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten frei lebender Tiere und Pflanzen (CITES) zu überfliegen, um zu erkennen, dass es dabei gegebenenfalls um Elefanten oder Eisbären, nicht jedoch um kommerziell gefangene Fischarten geht.

Ich bin nicht gegen einen Schutz des Roten Thuns, dies wäre absurd, selbst wenn es nur um seine Bedeutung für die Fangflotte ginge. Ich denke jedoch, dass die Maßnahmen von Organen ausgewählt werden müssen, die über die besten Experten sowohl auf dem Gebiet des Fischereimanagements als auch der wissenschaftlichen Forschung verfügen, weil es nämlich einen Grund dafür gibt, dass CITES auf externe Unterstützung zurückgreifen muss, wenn Vorschläge in Bezug auf diese Arten eingereicht werden.

Aus diesem Grund denke ich, dass der Vorschlag für die Aufnahme des Roten Thuns in den Anhang I des Washingtoner Artenschutzübereinkommens unnötig und nicht gerechtfertigt ist, weil er bereits den von der Internationalen Kommission zur Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik (ICCAT) festgelegten Maßnahmen unterliegt. Es wäre unfair, weil es unnötig eine Flotte zerstören würde, die sich gerade mit Nachdruck auf dem Weg befindet, den Fischfang zu reduzieren, und es wäre sogar kontraproduktiv, weil es zu einem unkontrollierten Schwarzmarkt für Roten Thun führen könnte.

Ich sehe den enormen Druck, dem die öffentliche Meinung im Allgemeinen und dieses Parlament, wie wir es gerade spüren, durch umweltpolitische NRO ausgesetzt sind. Meine Fraktion hat aus diesem Grund entschieden, die Aufnahme in den Anhang II zu befürworten, und zwar als ein Kompromiss zwischen dem Vorschlag des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit und denjenigen unter uns, die der Meinung sind, dass das Fischereimanagement nicht den regionalen Fischereiorganisationen entrissen werden darf. Unser Vorschlag beruht allerdings auch auf den wissenschaftlichen Empfehlungen für CITES. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hat empfohlen,

den Roten Thun lediglich in den Anhang II des Washingtoner Artenschutzübereinkommens aufzunehmen, was zeigt, dass der FAO-Bericht von vielen Leuten noch nicht mal gelesen wurde.

Catherine Bearder (ALDE). Herr Präsident! Ich begrüße die Zusicherungen, die an diesem Abend gegeben wurde, dass die EU keine Vorschläge unterstützen wird, die zu einem Anstieg der illegalen Jagd auf Elfenbein führen würden, und ich bin dennoch bestürzt zu hören, dass die Kommission dann hingeht und erklärt, dass alle Vorschläge, den Afrikanischen Elefanten nicht mehr in Anhang I, sondern nur noch in Anhang II des Washingtoner Artenschutzübereinkommens aufzuführen, objektiv auf Grundlage der von CITES festgelegten Regeln bewertet werden sollen.

Diese beiden Aussagen stehen in direktem Widerspruch zueinander. Jede Diskussion über eine Lockerung der Schutzmaßnahmen für Elefanten im Rahmen des Washingtoner Artenschutzübereinkommens wird die Wilderer in ihrer Hoffnung bestärken, dass es bald einen Markt für ihre auf illegale und grausame Weise beschafften Waren geben wird.

Sambia und Tansania verstoßen gegen das Übereinkommen, da sie nicht alle Länder mit Elefantenpopulationen befragt haben, wie es in Resolution 9.24 des Washingtoner Artenschutzübereinkommens als Kriterium für Änderungsanträge festgelegt ist. Wir erwarten, dass Kommission und Rat sicherstellen, dass sowohl die Verfassung von CITES als auch das beschlossene Moratorium respektiert werden. Wie beabsichtigen die beiden es zu verhindern, dass die illegalen Vorschläge von Tansania und Sambia von vornherein überhaupt auf der Tagesordnung landen?

Antonello Antinoro (PPE). – (IT) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass ich mit ausreichend Zuversicht sagen kann, dass der Beitrag von der Vorsitzenden des Fischereiausschusses, Frau Fraga Estévez, einige technische Informationen geliefert hat, die wir entweder bis dahin nicht so wahr haben wollten oder tatsächlich nicht gekannt haben.

Sie hat erklärt, wie die Empfehlung der FAO lautet, was die Wahrheit ist und was gefordert wird. Alles andere ist Manipulation und Konditionierung dieses Parlaments und vieler seiner Mitglieder. Ich möchte nicht, dass wir vergessen, dass Politik souverän sein muss, und dass wir den Einfluss und den Druck von wirtschaftlichen Gruppen, die wahrscheinlich andere Dinge wollen, von diesem Parlament fern halten müssen.

Wir wissen, dass in den letzten beiden Jahren der Preis für Thunfisch gefallen ist, und wir wissen, dass wir Beschränkungen festgelegt haben, durch die bereits eine Reduktion auf 40 % stattgefunden hat. Ausgehend von Untersuchungen, von denen keiner mit Sicherheit sagen kann, ob sie zutreffen, ist alles andere eine Manipulation von Seiten der wirtschaftlichen Mächte, die voraussichtlich das genaue Gegenteil dessen, wonach wir streben, wollen, nämlich dass der Thunfischpreis unverhältnismäßig ansteigt, und dafür sorgen, dass es dann am Ende nur die kleinen Betriebe mit ihren kleinen Fangflotten sind, von denen so viele Regionen in diesem wundervollen, unserem Europa abhängig sind, die die Rechnung dafür bezahlen.

Als Nächstes möchte ich die Empfehlung geben, dass die Kommission und der Kommissar, auch angesichts der Tatsache, dass die neue Kommission einen Minister für auswärtige Angelegenheiten umfasst und nun sicherlich adeliger als zuvor ist, sicherstellen, dass mit anderen nicht europäischen Staaten Abkommen geschlossen werden, so dass das Fangverbot für den Roten Thun nicht nur für Europa gilt, und dass eine Preiskontrolle, auch für nicht europäische Länder, angestrebt wird.

Wir unterstützen deshalb eindeutig den Änderungsantrag von Frau Estevéz mit all seinen Konsequenzen, was den Anhang II angeht.

Maria do Céu Patrão Neves (PPE). – (PT) Im November letzten Jahres hat die ICCAT umfangreiche Maßnahmen ergriffen, um den Fang von Rotem Thun zu beschränken: Eine Reduzierung des Fangvolumens von 22.000 auf 13.500 Tonnen für das Jahr 2010 und eine Beschränkung für das Ringwadenfischen auf den Zeitraum vom 15. Mai bis 15. Juni. Ehrgeizige und noch nie vorher da gewesene Maßnahmen, um es mit den Worten von Kommissar Joe Borg zu sagen. Diese Entscheidungen sind in Übereinstimmung mit den jüngsten wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Art getroffen worden, und ihre Auswirkungen sollten vor Ende 2010 bewertet werden.

Aus diesem Grund ist es unsinnig, neue Beschränkungen, die einer Aufnahme des Roten Thuns in den Anhang I gleichkämen, vorzubringen, welche in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht eine Strafe für den Sektor wären, insbesondere in der Phase der schweren Krise, in der er sich momentan befindet. Was der Fischereisektor stattdessen benötigt, ist ein dynamisches Gleichgewicht zwischen den drei Säulen seines Fundaments: Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft.

Im Hinblick auf die umweltpolitischen Anforderungen müssen diese wissenschaftlich fundiert sein, was auch tatsächlich der Fall bei der ICCAT-Tagung mit der aktiven Teilnahme der Europäischen Union gewesen ist. In Anbetracht dessen würde die Aufnahme des Roten Thun in den Anhang I einen schwerwiegenden Präzedenzfall für das Ignorieren der Notwendigkeit folgender Aspekte sein: Erstens, eine wissenschaftliche Basis für die Durchsetzung von Beschränkungen und zweitens, ein Gleichgewicht zwischen den Säulen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft. So würde der Weg für andere, überhastet und voreingenommen getroffene Entscheidungen geebnet werden, mit denen die Normen des zuständigen Managements pervertiert würden.

Alain Cadec (PPE). – (FR) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass der vom Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit gemachte Vorschlag, den Roten Thun in Anhang I des Washingtoner Artenschutzübereinkommens aufzunehmen, eine zu radikale Maßnahme darstellt. Aus diesem Grund möchte ich das von drei Anforderungen abhängig machen, die, so glaube ich, einen fairen Kompromiss ermöglichen.

Der Erste betrifft das unabhängige wissenschaftliche Gutachten, das bis Oktober 2010 veröffentlicht und auf der CITES-Tagung im September 2011 bestätigt werden muss. Ich glaube, dass dieses wissenschaftliche Gutachten von entscheidender Bedeutung ist. Wir müssen die Gewissheit haben, dass die Art tatsächlich bedroht ist, bevor wir eine radikale Entscheidung in Bezug auf Fang von und Handel mit Rotem Thun treffen.

Der Zweite ist, dass es unerlässlich ist, eine Garantie dafür zu haben, dass die Verordnung (EG) Nr. 865/2006 über das Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES) abgeändert wird, da dies zu einem allgemeinen Ausschluss für den internationalen Handel mit Rotem Thun führen wird. Dieser Änderungsantrag würde bedeuten, dass wir bekommen, was wir alle wollen: Das Überleben unserer klein- und mittelständischen Küstenfischerei, vor allem im Mittelmeerraum.

Der dritte Aspekt ist, dass meines Erachtens eine finanzielle Unterstützung seitens der Europäischen Union für die durch diese Entscheidung betroffenen Fischer und Reeder unbedingt notwendig ist, wenn wir uns für eine Aufnahme in den Anhang I entscheiden.

Und der letzte Aspekt ist, dass diese Entscheidung, falls sie unter den Bedingungen, die ich gerade aufgezählt habe, getroffen wird, mit entscheidend strengeren Kontrollen in Bezug auf den Kampf gegen illegale Fischerei einhergehen muss. Nur unter diesen Bedingungen und diese ausschließlich kann ich der Aufnahme des Roten Thuns in den Anhang I des Washingtoner Artenschutzübereinkommens zustimmen. Ohne diese Zusicherungen wäre eine Aufnahme in Anhang II nicht die schlechteste Lösung, wenn nicht sogar die beste.

Esther de Lange (PPE). – (NL) Herr Präsident! Wir können es uns nicht leisten, den Verlust der Artenvielfalt zu ignorieren. Das hätten auch meine Worte sein können, aber es sind die der Europäischen Kommission, die des Umweltkommissars, Herrn Dimas, um genau zu sein, die er während eines Austauschs über die Artenvielfalt im vergangenen Monat gesagt hat.

Ich vermute, dass die neue Kommission dies ebenso sieht und die Bedeutung der Artenvielfalt als ebenso wichtig erachtet. Falls dies nicht der Fall ist, so möchte man mir das mitteilen. Gerade weil sich die Europäische Kommission an der Diskussion um die Artenvielfalt beteiligt, wundere ich mich, dass sie zum einen alles tut, um Arten zu retten und den Verlust von Artenvielfalt zu bekämpfen, während eben die gleiche Organisation nicht, oder noch nicht, den Mut besitzt, einfach vorzuschlagen, dass eine bedrohte Tierart wie der Rote Thun, in den Anhang I des Washingtoner Artenschutzübereinkommens aufgenommen wird. Das klingt nach Zweigesichtigkeit. Natürlich müssen wir die Fischer finanziell unterstützen, die nach Treu und Glauben arbeiten, um über diesen Eingriff hinwegzukommen. Bei diesem Punkt stimme ich mit meinem Vorredner überein. Darüber hinaus müssen wir hartnäckiger gegen den illegalen Thunfischfang vorgehen.

Ich möchte jedoch, meine Damen und Herren der Kommission, noch einen Schritt weitergehen. Für mich ist das Washingtoner Artenschutzübereinkommen, und insbesondere der Rote Thun, ein Musterfall. Ein Musterfall dafür, ob Sie, die Kommission, in der Lage sind, Ihren Worten auch Taten folgen zu lassen. Ein Musterfall dafür, herauszufinden, ob diese neue Kommission Führungsqualitäten unter Beweis stellen kann, oder ob sie stetig den Mitgliedstaaten ihr williges Ohr leiht, die, wie wir wissen, hier zu keiner Einigung kommen werden, und ob sie es zu verhindern weiß, sich in Formulierungen und Debatten zu verstricken, und stattdessen Maßnahmen ergreift.

Ich habe lediglich Ihre Worte zitiert, Sie sagen, dass sie darauf vorbereitet sind, deshalb ist es jetzt an der Zeit, den Worten auch Taten folgen zu lassen, und ich möchte der Kommission sagen: Beginnen Sie mit dem Roten Thun.

Simon Busuttil (PPE). – (MT) Wenn wir die Fischer nach ihrem Gutdünken walten lassen, dass werden wir zum Abbau und der Ausrottung des Thunfischbestands beitragen. Gleichzeitig würden wir jedoch auch, Herr Präsident, wenn wir ein vollständiges Verbot für den Handel mit Thunfisch verhängen, die Fischer, die Gemeinschaft der Fischer, ihre Familien sowie die Gesellschaft, die von ihnen abhängig ist, zerstören.

Ich glaube jedoch, dass dies zwei Extreme sind: Wir sollten weder die Thunfischbestände ausrotten, noch sollten wir den Sektor zerstören, der voll und ganz darauf angewiesen ist. Zwischen diesen beiden Extremen gibt es jedoch einen Weg, den wir einschlagen können, und der zu einem Kompromiss führt. Es ist der Weg, mit dem man den Fischereisektor viel besser kontrollieren kann als bisher, ohne ihn dabei jedoch vollständig zu zerstören.

Deshalb glaube ich, dass die Aufnahme des Roten Thuns in den Anhang I des Washingtoner Artenschutzübereinkommens eine extreme Maßnahme ist, deren Ergreifung es zu vermeiden gilt. Wir sollten besser daran tun, das umzusetzen, was die ICCAT vorschlägt, die seit Jahren die Reduzierung der Fischfangquoten praktiziert. Um jedoch einen Kompromiss zu erzielen, könnten wir ihn auch in den Anhang II des Washingtoner Artenschutzübereinkommens aufnehmen.

Herr Präsident, um eine Ausrottung der Thunfischbestände zu verhindern, müssen wir den vielen Fischern, die darauf angewiesen sind, nicht ihre Existenzgrundlage entziehen. Es ist möglich, diese beiden Positionen miteinander zu vereinbaren.

Seán Kelly (PPE). Herr Präsident! Wenn Sie mir das Wortspiel verzeihen mögen, ich denke, es handelt sich hierbei um eine regelrechte Fangfrage: Wenn wir den Fischfang verbieten, vor allem den von Thunfisch, bedeutet dies das Aus für die Fischer. Verbieten wir ihn nicht, gibt's nichts mehr zu fangen.

Ich denke, dass eines der Schlüsselemente dabei, und dieser Punkt kommt in vielen unserer Debatten vor, der wissenschaftliche Nachweis ist. Es ist gesagt worden, dass der wissenschaftliche Nachweis nicht ausreichend zuverlässig und aktuell genug sei.

Deshalb möchte ich Kommission und Rat fragen: Sind Sie mit dem wissenschaftlichen Nachweis, der erstellt wurde, zufrieden? Weil Sie sich nämlich auf wissenschaftliche Beweise berufen können, aber dann tritt vielleicht jemand mit einer anderen Art von Empfehlung von anderen Wissenschaftlern auf den Plan.

Deshalb denke ich, dass hier ein Schlüsselement verborgen ist, und ich würde gerne hören, was Kommission und Rat dazu zu sagen haben.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – (ES) Herr Präsident! Wir haben heute gehört, dass illegaler Fischfang mit der Mafia verknüpft ist, und auch ich möchte mich für einen Sektor aussprechen, der bereits bei vielen Gelegenheiten gezeigt hat, dass er verantwortlich handelt.

Ich plädiere für die Notwendigkeit, den Fischfang zu kontrollieren. Ich plädiere ebenso für die Notwendigkeit, die Mafia zu kontrollieren. Das kann jedoch nicht ein Grund dafür sein, den Roten Thun in den Anhang I aufzunehmen.

Ich muss darüber hinaus erwähnen, dass die baskische Fischereiflotte, die durch diese Entscheidung, wenn sie denn so ausfiele, maßgeblich betroffen wäre, gezeigt hat, dass sie sehr verantwortlich handelt, weil sie, um den Sektor zu verteidigen, schon bei Gelegenheit darum gebeten hat, den Fischfang von anderen Sorten, wie zum Beispiel Sardellen, auszusetzen.

Und ich muss auch sagen, dass wir darauf hören sollten, was die Internationale Kommission zur Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik (ICCAT) sagt, da sie im Jahre 2009 einschneidendere und intensivere Managementmaßnahmen in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des wissenschaftlichen Ausschusses angenommen hat.

Ich möchte betonen, dass für das Jahr 2010 eine Fangquote von 3.500 Tonnen festgelegt worden ist. Im Jahre 2009 waren es 22.000 Tonnen und 2006 sind es 32.000 Tonnen gewesen. Aus diesem Grund ist ein Kompromiss geschlossen worden, um gegebenenfalls neue Kontrollmaßnahmen umzusetzen.

Ich bin gegen eine Aufnahme des Roten Thuns in den Anhang I, da dies viele Sektoren, einschließlich der Kleinbetriebe, zerstören könnte, was heute so noch nicht so zur Sprache gebracht worden ist. Wir sollten deshalb seine Aufnahme nur dann unterstützen, wenn sich diese Maßnahmen als nicht wirksam erweisen sollten.

Franz Obermayr (NI). - Herr Präsident! Lassen Sie mich als Alpineuropäer vom Wasser wieder auf das Land kommen. Ich möchte der Kommission gerne eine Bitte nach Doha mitgeben, und zwar betreffend die Anregung einer Kennzeichnungspflicht. Wie wir wissen, besteht für gezüchtete Greifvögel – ich denke hier an Falken – im Handel eine Kennzeichnungspflicht. Die Tiere sind registriert, sie sind mit Ringen oder bei größeren Tieren mit Chips gekennzeichnet, so dass bei Bedarf eine Identifikation möglich ist. Ohne Kennzeichnung kein Handel.

Da komme ich zum Punkt. Für andere Tierarten, die bedroht sind bzw. nachgezüchtet werden, wie etwa den Luchs in Mitteleuropa, existiert diese Pflicht nicht. So kann es passieren, dass freilaufende, freigekommene oder gehandelte Tiere nicht gekennzeichnet sind und eine genaue Erfassung nicht möglich ist. Das ist schlecht sowohl für die Verhaltensforschung als auch für die Bestandsforschung, und natürlich ist auch illegaler Handel leichter möglich. Daher schlage ich vor, dass diese Kennzeichnung als sinnvoller Beitrag zur Diskussion nach Doha mitgenommen wird. <BRK>

Mairead McGuinness (PPE). Herr Präsident! Ich bin in diesen Plenarsaal gekommen, um aufgeklärt zu werden, oder ich habe wenigstens gehofft, dass dies möglich sein würde, weil es zwei sehr stichhaltige Seiten in dieser Aussprache gibt, insbesondere, was den Roten Thun angeht.

Der erste Punkt, den ich machen möchte, ist, dass wir über illegale Fangtechniken gesprochen haben, und es scheint mir so, als ob die diejenigen, die sich dieser Techniken bedienen, sich nicht daran stören, was alles unter welchem Anhang aufgeführt ist. Sie werden damit fortfahren, bis wir eine effektive polizeiliche Kontrolle dieser Vorschriften und Bestimmungen haben.

Auf der einen Seite können wir die Logik für eine Klassifizierung unter Anhang I teilweise nachvollziehen, aber es gibt halt auch sozioökonomische Faktoren. Ich denke, dass wir uns deshalb auf die Ergebnisse konzentrieren sollten.

Es gibt den Aspekt der Rückwürfe und die Auswirkungen einer Anhang I-Kategorisierung in diesem Zusammenhang für die Fischer. Ich tendiere zu der Ansicht, aber ich werde später noch mit meinen Kollegen innerhalb der Fraktion darüber diskutieren, dass der Rote Thun nicht in Anhang I aufgenommen werden sollte und vielleicht ist der Anhang II der insgesamt bessere Ort. Es zeigt sich, dass trotz der Länge und Gehalt dieser Aussprache es immer noch Unklarheiten gibt, zumindest was mich betrifft.

Giovanni La Via (PPE). – (IT) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Bezug auf die kontroversen wissenschaftlichen Daten, über die verschiedene Parteien gesprochen haben, und im Hinblick auf ein Bestandsvolumen, das gewiss jetzt, und selbst im allerschlimmsten anzunehmenden Fall noch nicht so ist, dass eine Aufnahme in Anhang I gerechtfertigt wäre, glaube ich nicht, dass solch eine restriktive Maßnahme, selbst mit den Einschränkungen, die eindeutig bei bestimmten Regionen in Bezug auf die Fischerei verhängt würden, die beste Lösung ist.

Vor dem Hintergrund der Anstrengungen, die in den letzten Jahren in Richtung Reduzierung des Fangvolumens durch spezialisierte Thunfischfangunternehmen unternommen wurden, müssen wir, meiner Ansicht nach, diesen Ansatz weiterverfolgen, indem wir den Thunfisch unter Anhang II aufführen und nichts überstürzen, was für einige Regionen und für Betriebe in diesem Sektor nämlich extrem gefährlich wäre.

Silvia Iranzo Gutiérrez, amtierende Präsidentin des Rates. – (ES) Als Erstes möchte ich mich für all Ihre Beiträge bedanken, die ich als sehr nutzbringend für das Formen einer gemeinsamen Position, die die Europäische Union auf der nächsten Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES) einnehmen sollte. Die große Mehrheit hat die Validität des Washingtoner Artenschutzübereinkommens in Bezug auf die Erhaltung von Arten, die vom Aussterben bedroht sind, betont.

Wie ich bereits zu Beginn, nachdem die Kommission ihren Vorschlag dem Rat unterbreitet hatte, gesagt habe, wird der Rat in der Lage sein, seiner Position bei der CITES-Konferenz in Bezug auf die verschiedenen Aspekte auf der Tagesordnung für die Tagung in Verbindung mit den am meisten vom Aussterben bedrohten Arten Ausdruck zu verleihen. So sind beispielsweise von einigen Rednern wie Frau Bearder, die Tiger und Elefanten, oder wie Frau Liotard, die Eisbären angesprochen worden; die meisten Beiträge haben sich jedoch mit dem Fall des Roten Thuns befasst. In Zusammenhang mit diesem Thema haben wir eine Bandbreite unterschiedlichster Meinungen auf Grundlage verschiedenster Argumente gehört.

Der Rat kennt natürlich die Ergebnisse der letzten Tagung des wissenschaftlichen Ausschusses der Internationale Kommission zur Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik (ICCAT) vom Oktober 2009

ebenso wie die Empfehlungen der unabhängigen Expertengruppe der FAO vom Dezember 2009. Der Rat ist sich deshalb der Folgen des Vorschlags, den Thunfisch in die Anhänge des Washingtoner Artenschutzübereinkommens aufzunehmen, die es nicht nur in Bezug auf den Erhalt der Art, sondern auch in Bezug auf das Überleben traditioneller Fangmethoden einiger Fischereien, die sich als nachhaltig für diese Art erwiesen haben, haben wird, voll und ganz bewusst. Der Rat wird deshalb alle diese Aspekte sorgfältig bewerten, bevor er seine Position einnehmen wird.

Abschließend möchte ich nochmals den Dank des amtierenden Vorsitz des Rates an Sie für Ihre Reden und Beiträge in dieser entscheidenden Phase für die Herausbildung einer Position der Europäischen Union für die nächste CITES-Konferenz wiederholen und ich freue mich sowohl den Inhalt Ihrer Beiträge als auch Ihr großes Interesse an den Angelegenheiten, über die in Doha diskutiert werden wird, an den Rat weiterzugeben. Ich möchte Ihnen auch die Zusicherung des spanischen Vorsitzes übermitteln, dass der Erhalt und die nachhaltige Entwicklung bedrohter Tierarten gewährleistet wird. Wir wissen, dass der Rat diesbezüglich vom Parlament voll und ganz unterstützt wird.

Paweł Samecki, *Mitglied der Kommission*. Herr Präsident! Ich möchte zuerst eine allgemeine Bemerkung machen und sagen, dass ich für all die Beiträge der Redner in Bezug auf all die Themen, über die auf der kommenden Konferenz diskutiert werden wird, wirklich sehr dankbar bin.

Ich kann Ihnen versichern, dass die Kommission sich für einen nachhaltigen Handel sowohl zugunsten der Artenvielfalt als auch der Gemeinschaften, die in Harmonie mit den betreffenden Arten leben müssen, einsetzen wird.

Und jetzt noch ein paar detailliertere Kommentare in Bezug auf Ihre Beiträge: Erstens wird die Kommission, wie ich bereits erklärt habe, in Kürze ihre allgemeine Position in Bezug auf den Roten Thun einnehmen. Dies ist eine wichtige Angelegenheit, weil es dabei in erster Linie um die Fänge durch EU-Fischereiflotten geht. Man ist der Meinung, dass es sinnvoller ist, wenn statt der aus dem Amt scheidenden Kommission, die neue Kommission eine klare Position zu diesem Thema bezieht, weil die neue Kommission dann ja auch dafür verantwortlich sein wird, die EU-Position auf der Konferenz zu verteidigen oder dafür zu werben.

Ich bin wirklich zuversichtlich, dass durch diesen Vorschlag eine nachhaltige Zukunft sowohl für diese Art als auch das damit verbundene Fischereiwesen sichergestellt wird. Dies macht jedoch ein Gleichgewicht zwischen kurzfristigen und langfristigen Perspektiven in Bezug auf dieses Thema erforderlich. In Bezug aber jetzt auf spezielleren Aspekte und die Fragen, die von den verehrten Parlamentariern gestellt wurden, denke ich, dass bei der Frage nach der Unterstützung, die den betroffenen Fischern gegebenenfalls gegeben werden kann, wir betonen sollten, dass die Kommission bereit wäre, die Möglichkeit der Bereitstellung einer solchen Unterstützung im größtmöglichen Ausmaß zu bewerten; wir dürfen dabei jedoch auch nicht vergessen, dass die Zuteilungen im Rahmen des Haushaltsplans für viele Jahre entschieden worden sind, und dass wir angesichts unseres festen finanziellen Budgets für die Jahre 2007 bis 2013 auch die finanziellen Folgen bewerten müssen.

Es gibt eine spezielle Angelegenheit in Bezug auf den Vorschlag, den Roten Thun in den Anhang II aufzunehmen, und ich denke, dass es wichtig ist anzumerken, dass es sehr verschiedene Bestimmungen im Washingtoner Artenschutzübereinkommen gibt, die dann im Falle einer Aufnahme in Anhang II gelten würden. Es würde eine Reihe von Diskussionen in Bezug auf juristische und technische Fragen darüber geben, was eine Aufnahme in den Anhang II denn nun eigentlich für eine Bedeutung hat. Die praktischen Auswirkungen einer solchen Kategorisierung wären ungewiss. Aus diesem Grund müssen wir uns darüber Gedanken machen, was die Aufnahme des Roten Thuns in den Anhang II für praktische Konsequenzen hätte.

Im Hinblick auf die Frage nach den Elefanten, die von Frau Bearder aufgebracht wurde, gibt es verfahrenstechnische Schwächen bei den von Tansania und Sambia gestellten Anträgen, aber nach unserer juristischen Einschätzung reichen diese Mängel nicht aus, um diese Anträge verfahrensmäßig *ex ante* abzulehnen.

Abschließend möchte ich noch auf die Frage von Herrn Kelly zu sprechen kommen. Ist die Kommission mit den wissenschaftlichen Nachweisen zu diversen Themen zufrieden? Ich denke, dass es für die Kommission schwierig ist, wissenschaftliche Nachweise zu hinterfragen, weil dies bedeuten würde, dass die Kommission über bessere wissenschaftliche und forschungstechnische Kapazitäten als die Forschungsinstitute verfügen würde, was aber nicht der Fall ist. Deshalb ist es manchmal sehr schwierig, in Bezug auf einen wissenschaftlichen Nachweis eine Position zu beziehen.

Der Präsident. Ich habe sieben Entschließungsanträge ⁽²⁾ gemäß Regel 115 (5) der Geschäftsordnung erhalten.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch um 12.00 mittags statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Sergio Berlato (PPE), schriftlich. – (IT) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Debatte, die wir hier und heute über die 15. Vertragsstaatenkonferenz des Washingtoner Artenschutzübereinkommens führen, ist besonders für den rationalen Umgang mit wild lebenden Tier- und Pflanzenarten wichtig.

Der entsprechende Entschließungsantrag scheint sich für ein Verbot der Nutzung vieler Ressourcen auszusprechen. Ich beziehe mich dabei insbesondere auf den Vorschlag, die Mittelmeer-Edelkoralle in den Anhang II des Washingtoner Artenschutzübereinkommens aufzunehmen. Ich sollte betonen, dass man in der Wissenschaft der Meinung ist, dass die Art der Familie *Coralliidae* nicht vom Aussterben bedroht ist, angesichts der Reichhaltigkeit, mit der diese Art in den von ihr bevölkerten Gewässern vertreten ist. Die Aufnahme von Korallen in den Anhang II scheint deshalb zu extrem und läuft den wissenschaftlichen Daten zuwider. Der Handel mit Roten Korallen ist in breiten Regionen des Mittelmeers eine wichtige Einkommensquelle und eine Aufnahme in das Washingtoner Artenschutzübereinkommen würde entscheidende wirtschaftliche Folgen mit einer akuten Beunruhigung in der Öffentlichkeit und entsprechenden Arbeitsplatzverlusten in zahlreichen Ländern, einschließlich Italien, haben.

Aus diesen Gründen sind wir gegen eine Aufnahme dieser Artenfamilie in den Anhang II des Washingtoner Artenschutzübereinkommens. Darüber hinaus möchte ich die Europäische Kommission auffordern, die Position, die sie bis jetzt eingenommen hat, nochmals zu überdenken, da sie eher auf einem übermäßigen umweltpolitischen Extremismus als auf einer überlegten wissenschaftlichen Analyse zu basieren scheint.

Clemente Mastella (PPE), schriftlich. – (IT) Europa ist immer sensibel mit den Probleme in Zusammenhang mit der Ausbeutung von wild lebenden Arten und dem illegalen Handel mit Flora und Fauna umgegangen.

Ich möchte sie daran erinnern, dass CITES als Organisation trotzdem ihre eigenen Entscheidungen auf Ergebnissen und auf wissenschaftlichen Daten, die von geeigneten internationalen Organen ermittelt wurden, stützen sollte. Dabei sind vor allem zwei Punkte heikel: Der Vorschlag, die Arten *Corallium spp.* und *Paracorallium spp.* in den Anhang II aufzunehmen und der Antrag, den Roten Thun in den Anhang I aufzunehmen.

In Bezug auf Korallen denken wir, dass es richtig ist, unseren Widerspruch vor dem Hintergrund der Mitte Dezember 2009 von der wissenschaftlichen Expertengruppe der FAO geäußerten negativen Einschätzung weiterhin zu vertreten, die bei ihren Forschungen keine Daten über einen Schwund dieser Arten ermitteln konnte, welche ihre Aufnahme in den Anhang II rechtfertigen würden. All das würde die Wettbewerbsfähigkeit der Korallen-Kunsthandwerksindustrie ernsthaft gefährden, die in vielen Regionen und Städten Italiens (allen voran in Torre del Greco, Alghero und Trapani) eine große Bedeutung für Wirtschaft und Arbeitsplätze hat.

In Bezug auf den Thunfisch sind vor allem Länder wie Frankreich und Italien in den Fang des Roten Thuns involviert und deshalb auch am Schutz dieser Art interessiert, damit sie nachhaltig gefischt werden kann. Wir können diesen Antrag unterstützen, fordern jedoch, dass diese Aufnahme an die Bedingungen geknüpft werden, die Umsetzung der Entscheidung um 12 bis 18 Monate hinauszuschieben und Ausgleichszahlungen für den Sektor bereitzustellen.

Véronique Mathieu (PPE), schriftlich. – (FR) Im Gegensatz dazu, was einige Leute glauben machen wollen, ist CITES kein Instrument, das geschaffen wurde, um Handel zu verbieten. Vielmehr ist es Ziel dieses Instruments sicherzustellen, dass wild lebende Tier- und Pflanzenarten nicht durch den internationalen Handel in ihrem Überleben bedroht werden. Vor zwei Wochen hatte ich Gelegenheit, den namibischen Minister für Umwelt und Tourismus zu treffen. Indem in Namibia Elefanten ein tatsächlicher Geldwert beigemessen wird und damit ein streng regulierter Handel mit Elefanten ermöglicht wurde, sind die Bedingungen heute dort so, dass Wilderei bekämpft und verhindert wird. Dank dieser Maßnahmen ist die Anzahl der einzelnen zu dieser Art gehörenden Tiere, ein Fortbestand, der nicht vom Aussterben bedroht ist, deutlich gestiegen. Vor dem Hintergrund dieser Aspekte möchte ich Sie ermutigen, den Vorschlag von

(2) Siehe Protokoll

Tansania und Sambia, den Afrikanischen Elefanten aus Anhang I zu nehmen und ihn in Anhang II des Washingtoner Artenschutzübereinkommens aufzunehmen, zu unterstützen und den von Kenia vorgelegten Vorschlag abzulehnen.

Edward Scicluna (S&D), schriftlich. Ich glaube sehr an eine nachhaltige Entwicklung und habe keinen Zweifel daran, dass der Rote Thun als Art überfischt ist und Schutz braucht. Das Washingtoner Artenschutzübereinkommen ist erfolgreich dazu eingesetzt worden, in Fällen, wo Kontrollen der unzähligen Wilderer und Jäger vor allem in Entwicklungsländern unmöglich waren, exotische Arten vor dem Aussterben zu bewahren. Ist dies aber nun auch hier der Fall?

Der Rote Thun ist im Nordostatlantik überfischt, weil eine Hand voll Schleppnetzfischereien jeweils tausende von Tonnen fangen. Diese Schleppnetzfischereien kommen aus führenden EU-Ländern: Frankreich, Spanien, Italien. Die EU braucht kein internationales Umweltschutzorgan, das ihr dabei hilft, die in ihren Mitgliedstaaten praktizierte Fischereiindustrie zu kontrollieren.

Wir müssen natürlich pragmatisch bleiben. Wenn die internationale politische Meinung bedeutet, dass wir nicht verhindern können, dass der Rote Thun in das Washingtoner Artenschutzübereinkommen aufgenommen wird, dann lassen Sie uns wenigstens mit gesundem Menschverstand und einer angemessenen Verhältnismäßigkeit diese Art in Anhang II aufnehmen, so wie es auch von der FAO-Expertengruppe vorgeschlagen wurde. Den Roten Thun in den Anhang I des Washingtoner Artenschutzübereinkommens aufzunehmen würde die Wirtschaft meines Landes knapp 2 % des BIP kosten. Das wäre dann so, als ob man fordern würde, die gesamte Lachsindustrie in Schottland auf einen Schlag aufzugeben. Fast 1 % der Arbeiterschaft würde ihre Arbeitsplätze verlieren.

13. EFRE: Wohnungsbauvorhaben für marginalisierte Bevölkerungsgruppen (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Punkt ist die Aussprache über den Bericht von Lambert van Nistelrooij im Namen des Ausschusses für regionale Entwicklung über den Vorschlag einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates (EG) Nr. .../2009 Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung in Bezug auf Wohnungsbauvorhaben für marginalisierte Bevölkerungsgruppen.

(COM(2009)0382 - C7-0095/2009 - 2009/0105(COD)) (A7-0048/2009)

Lambert van Nistelrooij, Berichterstatter. – (NL) Das Europäische Parlament ist dynamisch, von Fischen und dem Washingtoner Artenschutzübereinkommen kommen wir nun zu den Menschen, weil es ebenso wichtig ist, dass auch sie auf verantwortungsvolle Weise behandelt werden. Ich bin froh, dass wir imstande sind, heute die Verordnung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung in Bezug auf die Unterbringung von Personen in schwierigen Verhältnissen, von marginalisierten Bevölkerungsgruppen in der gesamten Union abzuändern.

Ich bin ebenso froh darüber, dass es und gelungen ist, in der letzten Woche zu einer Einigung in erster Lesung über eine ganze Reihe von Problemen, die sich in Bezug auf Rechtsfragen innerhalb des Rahmenwerks des Vertrags von Lissabon ergeben haben, zu erzielen. Wir haben es geschafft, zusammen eine Formulierung für die erste Änderung einer Rechtsvorschrift im Rahmen des Vertrags von Lissabon, die erste Änderung einer Rechtsvorschrift in dieser neuen Wahlperiode, zu finden. Eine ganze Reihe weiterer Vorschläge sind blockiert worden, aber dieser Vorschlag wird es schaffen. Ich möchte mich darüber hinaus bei Ihnen, meine Damen und Herren, für den von Ihnen ausgeübten Druck bedanken. Wir haben gemeinsam gesagt, dass „dies eigentlich bereits ein Übereinkommen unter dem Vertrag von Nizza gewesen ist“. Es hat jedoch bis dato an genügend Fortschritt gemangelt. Es war an andere Bereiche gekoppelt, so dass unter dem schwedischen Vorsitz kein Übereinkommen erzielt werden konnte.

Es gibt auch Gespräche über die neue Situation in diesem Jahr, weil 2010 das Jahr zur Bekämpfung von Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung ist und damit das mit Abstand beste Jahr, um diese Form von Instrument auf den Weg zu bringen. Ich habe deshalb gemeinsam mit anderen großen Druck ausgeübt, um diesen Bereich abschließen zu können, gerade rechtzeitig, wie ich behaupten möchte.

Ich bin ebenso froh und zufrieden darüber, dass die Projekte, die ursprünglich für Problemgruppen in Stadtgebieten gedacht waren, nun auch in ländlichen Gegenden umgesetzt werden können. Darüber hinaus wird diese Vereinbarung für jedes Land in der Europäischen Union gelten.

Damit wird die Idee der Kohäsion als eine Kombination aus sozialem, wirtschaftlichem und territorialem Zusammenhalt weiter fortgesetzt. In diesem Vorschlag steht die gesellschaftliche Komponente, der soziale Zusammenhalt, an oberster Stelle. Im Laufe des Beratungsprozesses ist es mir auch gelungen, eine Reihe von Punkten herauszustellen, die ich Ihnen jetzt gerne noch einmal darlegen möchte: Erstens, die Ausdehnung auf alle EU-Länder, auf alle 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, zweitens, das Kriterium der Nachhaltigkeit und drittens, die Erstellung spezifischerer Kriterien für die Integration dieser Form von Wohnungsbauprojekten in die Gesellschaft: Viele der derzeitigen Standorte entsprechen eigentlich nicht den Anforderungskriterien und stehen eher für schlechte Wohnverhältnisse an schlechten Orten. Durch Umbaumaßnahmen an schlechten Orten werden keine Probleme gelöst. Die Anwendung der Fondsmittel, und wir sprechen hier von einer halben Milliarde Euro pro Jahr, die im Rahmen des Regionalfonds ausgezahlt werden können, ist an sich jedoch ungerechtfertigt, wenn wir keine guten Standorte auswählen. Daher die Notwendigkeit detaillierterer Kriterien.

Natürlich wird mit keiner dieser Maßnahmen das Problem der 9 Millionen Roma gelöst werden, aber Wohnraum ist von grundlegender Bedeutung, das physische Element an sich ist wichtig und da können sich die Mitgliedstaaten nun daran machen, aktiv zu werden. Ich fordere die Europäische Kommission, den scheidenden Kommissar, auf, eine Antwort auf die Frage zu geben, ob wir detaillierter über die Umsetzung des Gesamtpakets informiert und daran beteiligt werden.

Schließlich möchte ich noch sagen, dass ich in meinen vorherigen Posten unter anderem für das Problem der Wohnwagen in den Niederlanden zuständig gewesen bin, und ich habe erfahren, wie schwierig der Umgang damit ist. Ich bin in Rumänien und anderen osteuropäischen Ländern gewesen und ich kann vieles von dem, was ich da gesehen habe, nachvollziehen. Ich denke, dass es wirklich sehr gut ist, dass wir nun imstande sind, diese Entscheidung zu fällen. Ohne gute Wohnverhältnisse, gute Standorte und zusätzliche Maßnahmen in puncto Sozialpolitik, Ausbildung und Beschäftigung werden wir nicht erfolgreich sein können. Ich bin sehr glücklich darüber, dass wir dies tun können, und ich möchte jedem für die tadellose Zusammenarbeit in den letzten Monaten danken.

Paweł Samecki, *Mitglied der Kommission*. Herr Präsident! Der Vorschlag, über den wir heute hier debattieren, ist ein deutliches Zeichen für das Engagement aller EU-Institutionen, die Integration extrem marginalisierter und verarmter Bevölkerungsgruppen in die Durchschnittsgesellschaft zu fördern. Der Vorschlag entspricht dem Antrag von Parlament und Rat und bestätigt, dass die Strukturfonds ein wichtiges Mittel sind, nicht nur durch den rein finanziellen Beitrag, sondern auch aufgrund der Förderung eines integrierten Ansatzes im Kampf gegen soziale und wirtschaftliche Verhältnisse marginalisierter Bevölkerungsgruppen.

Der Vorschlag konzentriert sich insbesondere auf die Bevölkerung der Roma, die in Europa etwa 10 Millionen Personen umfasst. In Übereinstimmung mit den Grundprinzipien in Bezug auf die Einbeziehung der Roma werden jedoch in dem Vorschlag andere marginalisierte Gruppen mit gleichen sozial-wirtschaftlichen Verhältnissen nicht ausgeschlossen.

Im aktuellen Kompromissvorschlag werden die Wohnungsbauvorhaben für marginalisierte Bevölkerungsgruppen auf alle 27 Mitgliedstaaten und nicht nur auf die EU-12, wie von der Kommission anfänglich vorgeschlagen, ausgeweitet. Der bestehende Artikel 17 gilt nur für Wohnungsbauvorhaben in Stadtbereichen, während durch den Änderungsantrag vorgeschlagen wird, die Wohnungsbauvorhaben auch in ländlichen Gebieten zuzulassen. Diese Ausdehnung ist gerechtfertigt, da die Mehrheit der Roma in den EU-12 in ländlichen Gebieten und nicht in Stadtgebieten lebt.

Mit dem vorgeschlagenen Änderungsantrag wird sowohl die Renovierung bereits bestehender Wohnräume als auch der Bau neuer Häuser möglich. Dabei könnte sich sogar herausstellen, dass eine Renovierung der Häuser, die sich in einem sehr schlechten Zustand befinden, eher noch eine Verschwendung öffentlicher Ressourcen ist. Während der Aussprache über den Vorschlag ist vom Ausschuss für regionale Entwicklung ein spezifischer Verweis auf Maßnahmen gegen eine Segregation gefordert worden. In Erwägung 6 des Vorschlags werden nun solche Maßnahmen gegen die Segregation als Handlungsbeispiele eingeschlossen, die mit den Wohnungsbauvorhaben einhergehen sollten. Denn isolierte Siedlungen bedeuten in der Tat mangelnde Sicherheit, einen schwierigen Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung sowie eine Belastung durch gewalttätige Angriffe und Kriminalität. Die Bildung neuer marginalisierter Bereiche, wenn auch mit schönen und vom Europäischen Entwicklungsfonds finanzierten Häusern, ist dabei jedoch absolut nicht unser Ziel.

Wir wissen, dass von vielen Mitgliedstaaten eine Integrationspolitik für die Roma-Gemeinschaften mit einem besonderen Schwerpunkt auf die Wohnverhältnisse verfolgt wird. Dabei ist die Umsetzung dieser politischen Strategien absolut keine leichte Aufgabe. Die Strukturfonds können diese Arbeit unterstützen, indem durch

sie nicht nur der Wohnungsbau, sondern wichtiger noch, auch Maßnahmen zur Verbesserung der produktiven Leistungsfähigkeit dieser Gemeinschaften, wie zum Beispiel die Unterstützung für KMBs, Frauen, unternehmerische Initiativen usw. gefördert werden.

Ich möchte gerade in dieser Hinsicht betonen, dass es das Hauptziel der Kohäsionspolitik ist, regionale Wirtschaftsbereiche einander näher zu bringen, indem die produktiven Kapazitäten gefördert werden.

Wie Sie sicherlich wissen, wird die neue Verordnung von einer Erklärung der Kommission und den meisten Mitgliedstaaten begleitet werden, in der gesagt wird, dass die Förderfähigkeit von Wohnungsbauvorhaben zugunsten marginalisierter Bevölkerungsgruppen in der gesamten Europäischen Union im Rahmen des Europäischen Entwicklungsfonds eine einmalige Sache ist. Diese Ausnahme sollte jedoch in keiner Weise als eine generelle Öffnung der Kohäsionspolitik für die Finanzierung von Wohnungsbauvorhaben verstanden werden.

Ich möchte nun auf den Vorschlag des Ausschusses für regionale Entwicklung kommen, eine bestimmte Erwägung über Ausschussverfahren in den Text einzufügen. In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass im Prinzip bereits eine horizontale Lösung in Form von Übergangsbestimmungen in Bezug auf Ausschussverfahren zwischen den drei Institutionen gefunden worden ist. Der Zweck der Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission in Bezug auf die Umsetzung von Artikel 291 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist es, das Aufkommen institutioneller Diskussionen über jedes einzelne Dossier während der Übergangszeit bis zum In-Kraft-Treten einer neuen Rahmenregelung für das Ausschussverfahren zu verhindern. Aus diesem Grund bedauert die Kommission die Empfehlung einer Erwägung, aber sie wird aus diesem Grund das Übereinkommen in erster Lesung zwischen den Mitgesetzgebern nicht blockieren.

Ich freue mich auf die Aussprache.

Jan Olbrycht, *im Namen der PPE*. – (PL) Herr Präsident! Ich möchte betonen, dass der Änderungsantrag der Verordnung, der heute betrachtet wird, von zweifacher Bedeutung ist. Er richtet sich einerseits direkt auf das Problem der marginalisierten Bevölkerungsgruppen, selbst wenn diese Bezeichnung noch nicht ausreichend definiert ist. Andererseits wird durch ihn aber auch ein Element eingeführt, das auch sehr wichtig für die Wirtschaft ist: Ich rede von der Möglichkeit der Finanzierung des Wohnungsbaus durch den Europäischen Entwicklungsfonds, die für eine schwere Kontroverse in der letzten Legislaturperiode des Europäischen Parlament gesorgt hat. Dies ist zweifellos ein eher überraschender Effekt der Krise - Argumente, die von MdEPs vor einigen Jahren vorgebracht worden waren, sind abgelehnt worden, und Ausgaben für Wohnraum sind nur für die neuen Mitgliedstaaten angenommen worden, während es heute, vor dem Hintergrund neuer wirtschaftlicher und finanzieller Bedingungen, durchaus einen Konsens in Bezug auf den Einsatz von Fondsmitteln für Wohnraum in einem sehr spezifischen Zusammenhang gibt. Ich denke, dass das Experiment, das gerade durchgeführt wird, und das ein sehr positives Element darstellt, fortgesetzt werden sollte, und Ausgaben für Wohnraum sollten auch in Zukunft Teil der Kohäsionspolitik sein, so wie es bereits heute der Fall ist.

Georgios Stavrakakis, *im Namen der S&D*. – (EL) Herr Präsident! Ich möchte damit beginnen, dem Berichterstatter, Herrn van Nistelrooij zu danken, dem es dank seiner Ausdauer und Geduld während des letzten Trialogs gelungen ist, zu gewährleisten, dass dieser wichtige Bericht zur Aussprache heute und zur Abstimmung morgen vorgelegt werden kann, und dass wir so keine wertvolle Zeit verlieren, indem wir das Ganze auf März verschieben.

Der Bericht ist von extremer Bedeutung, weil in ihm Vorkehrungen in Bezug auf den Umfang der Verordnung über die Förderfähigkeit der Wohnungsbauvorhaben zugunsten marginalisierter Bevölkerungsgruppen gemacht werden, diese auf die gesamte Europäische Union auszuweiten und nicht nur auf die neuen Mitgliedstaaten, wie es in dem ursprünglichen Vorschlag der Europäischen Kommission vorgesehen war.

Es ist sowohl für die Mitglieder meiner Fraktion als auch für unseren Ausschuss undenkbar gewesen, dass die alten Mitgliedstaaten nicht mit in diese Umfangserweiterung der Verordnung mit eingeschlossen werden sollten, weil, wie wir alle wissen, das Problem mit den Wohnverhältnissen in Bezug auf marginalisierte Bevölkerungsgruppen, wie vor allem den Roma, eine ernsthafte Angelegenheit ist, die in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union gesellschaftliche Folgen hat.

Wir glauben, dass Bericht und Umfangserweiterung der Wohnungsbauvorhaben auf die gesamte Europäische Union den Zusammenhalt zwischen all den Regionen stärkt, ohne zwischen alten und neuen Mitgliedstaaten zu diskriminieren. Damit wird ein eindeutige Botschaft vermittelt, dass die Bereitstellung von Mitteln in der

Gemeinschaft auf dem Prinzip des Kampfes gegen gesellschaftliche Probleme basiert, unabhängig davon, in welcher Region der Union sie auch auftreten mögen.

Karima Delli, *im Namen von Verts/ALE*. – (FR) Herr Präsident! 2010 ist das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung und es ist genau dieser Hintergrund, vor dem wir, so hoffe ich, den Bericht von Herrn van Nistelrooij annehmen sollten, der einen Riesenfortschritt bei der Verbesserung der Lebensbedingungen von marginalisierten Bevölkerungsgruppen bedeutet, da Projekte für die Renovierung und den Bau neuer Häuser und für die Bekämpfung von Energiearmut in allen Mitgliedstaaten durch ihn Anspruch auf europäische Beihilfen über den Europäischen Entwicklungsfonds erhalten.

Auf diesen Vorschlag, der vom Europarat unterstützt wird, ist von all denjenigen schon so lange gewartet worden, die sich für den Respekt für die Integrationsrechte marginalisierter Bevölkerungsgruppen, vor allen der Roma, einsetzen.

Im Namen der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz begrüße ich die Tatsache, dass von der Union große Investitionen in die Verbesserung der Wohnverhältnisse für die meisten der marginalisierten Bevölkerungsgruppen getätigt worden sind, aber wir dürfen halt nicht damit aufhören, jetzt wo es einmal so gut läuft. Wir werden im Hinblick auf die tatsächliche Verwendung dieses Fonds ein wachsames Auge behalten, da er nicht dazu führen darf, dass marginalisierte Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt werden.

Es gibt derzeit zahlreiche Beispiele für städtische Renovierungsprojekte. Da wäre zum Beispiel die Restaurierung des Stadtkerns von Barcelona und die Maßnahmen zur Umgestaltung der historischen Zentren in den neuen Mitgliedstaaten, die sich aufgrund der Grundstücksspekulationen durch einen explosionsartigen Anstieg der Pacht- und Mietpreise als besonders erfolgreich herausgestellt haben. Dies hat jedoch wiederum dazu geführt, dass die meisten der benachteiligten Familien aus den Innenstädten vertrieben wurden.

Diese Personen müssen deshalb nun tatsächliche soziale Unterstützung und Zugang zu allen öffentlichen Dienstleistungen wie Ausbildung, Gesundheitsvorsorge und öffentliche Verkehrsmittel bekommen, aber sie müssen darüber hinaus, wie wir bereits während der Untersuchung des Ausschusses vorgeschlagen haben, ausreichende finanzielle Mittel erhalten, um in diesen Viertel weiterhin leben zu können, so dass diese nicht gentrifiziert werden.

Das Parlament wird die Projekte, die vor der Erneuerung des Fonds in 2013 durchgeführt werden, bewerten müssen und wird in die Entwurfsgestaltung der zukünftigen Verordnung, mit der die Kriterien für die Förderfähigkeit festgelegt werden, vor allem was die Transparenz angeht, miteinbezogen werden müssen, so dass sichergestellt wird, dass jede einzelne gefährdete Bevölkerungsgruppe tatsächlich auch von diesem Fonds profitiert und ihr langfristig damit eine würdige Existenz möglich wird.

Oldřich Vlasák, *im Namen der ECR*. – (CS) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben alle eine Vorstellung davon, wie Ghettos und Slums aussehen. Die Menschen, die unter diesem Umständen leben, verdienen das niedrigste Einkommen, sind oft arbeitslos oder von Sozialhilfe abhängig. Es sind Menschen, die die Raten ihrer Mieten, Strom- oder Wasserabgaben nicht rechtzeitig bezahlen. In diesen Vierteln sind Straßen und Hinterhöfe oft mit Müll übersät. Und alle gemeinschaftlich bewohnten oder nicht von einem Eigentümer besessene Gebäude verfallen einfach. Aus eigener Erfahrung wissen wir, dass hier die sozial marginalisierte Bevölkerungsgruppen leben. Sie können entweder aus ein paar Familien oder einzelnen Personen bestehen, die zusammen in einem Wohnblock oder in Gebäuden leben, oder sie können ein ganzes Viertel mit tausenden von Bewohnern umfassen. Das kann sowohl im Zentrum als auch in den Randgebieten einer Stadt sein oder sogar komplett außerhalb von bebautem Gebiet.

Es ist deshalb richtig, dass die vorgeschlagene Änderung eine Ausdehnung des Zuteilungsumfang europäischer Fondsmittel vorsieht, damit die Wohnverhältnisse marginalisierter Bevölkerungsgruppen mit eingeschlossen werden und die Investitionen von Ressourcen nicht nur in Städten, sondern auch in ländlichen Gegenden, sei es durch das Renovieren des bereits vorhandenen Gebäudebestands oder dem Bauen neuer Häuser, erfolgen können. Ich bin jedoch fest davon überzeugt, dass sich das Problem der Ghettos durch eine bloße physische Investition in die Infrastruktur nicht lösen lassen wird. Der Umstand, das Müll ordnungsgemäß entsorgt, Gebäudefassaden instand gesetzt, Eingangsbereiche renoviert und Gebäude gestrichen werden, bedeutet nämlich nicht, dass dieser Ort nicht in ein paar Jahren wieder genauso aussieht wie jetzt auch. Ghettos sind nicht nur eine Frage der Umgebung oder der Gebäude, sondern auch eine Frage der dort lebenden Menschen. Wir sollten deshalb in Zukunft nach Wegen suchen, diese Investitionen mit Sozialarbeit vor Ort zu kombinieren, sie mit Beschäftigungsunterstützung für Menschen, die in diesen Ghettos leben, zu verbinden und es vor allem jungen Leuten zu ermöglichen, aus dieser sozialen Armutsfalle zu entkommen. Denn nur auf diese Weise werden Ghettos und Slums ordentliche Bestandteile unserer Städte.

David Campbell Bannerman, im Namen der EFD. Herr Präsident! In Änderungsantrag 1 dieser Wohnungsbau-Verordnung wird die Ausweitung des Europäischen Entwicklungsfonds auf alle Mitgliedstaaten und damit ein Geltungsbereich nicht nur für die Länder, die 2004 beigetreten sind, vorgeschlagen. Damit ist dies direkt auch für Großbritannien relevant.

Die Entschließung hat deutlich gemacht, dass die Roma-Population die größte marginalisierte Bevölkerungsgruppe in dem Bericht ist, die Unterstützung erhält, plus andere mit ähnlichen sozioökonomischen Verhältnissen.

Der Gesamthaushalt für die europäische Kohäsionspolitik beläuft sich auf gigantische 347 Milliarden Euro für sieben Jahre und ist damit größer als so manche Volkswirtschaft.

Meine Wähler in Ostanglien sind bereits über das Ausmaß der Gemeinschaften von Zigeunern, insbesondere in Essex, tief beunruhigt. Sie werden verärgert reagieren, sollten auch nur durch eine diese Maßnahmen eine EU-Massenimmigration auch noch erleichtert werden.

Seit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die Labour-Partei im Jahre 1997 hat Großbritannien in den letzten 12 Jahren bereits einen Anstieg dieser Bevölkerungsgruppe auf 3,5 Millionen Menschen, und damit auf die Hälfte der Größe Londons, erlebt. Hinzu kommt die Tatsache, dass beinahe neun von zehn neuen Häusern in Großbritannien, 86 %, in den nächsten 30 Jahren vor einem Immigrationshintergrund errichtet werden, und Vorschläge wie dieser scheinen nichts weiter als ein weiterer Brückenkopf für eine große Zuwanderungswelle nach Großbritannien zu sein. Dafür haben wir keinen Platz. Es geht dabei um Raum und nicht um Rasse.

Eine durch Genehmigungen und Visen kontrollierte Einwanderung ist eine gute Sache, unkontrollierte Zuwanderung ist es hingegen nicht, zumal dies auf schnellstem Weg zum Extremismus führt, den keiner von uns haben möchte.

Franz Obermayr (NI). - Herr Präsident! Die Förderung von Wohnbauvorhaben für Haushalte in besonders schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Situationen ist an und für sich eine sehr gute Idee. Auch dass städtische und ländliche Gebiete nun gleichermaßen von Förderungen profitieren sollen, ist durchaus zu begrüßen. Jedoch darf die Förderung keinesfalls nur auf bestimmte Mitgliedstaaten und auf bestimmte Bevölkerungsgruppen abgestellt werden und diese Gruppen eindeutig favorisieren. Das wäre eine klare Diskriminierung der anderen. Genau das ist aber im vorliegenden Vorschlag der Fall. Er bezieht sich insbesondere auf die Bevölkerung der Roma beziehungsweise auch auf legale Migranten.

Weiters muss Marginalisierung immer bilateral bekämpft werden, auf der einen Seite von der öffentlichen Hand, aber auf der anderen Seite auch von den betroffenen Gruppen, die auch selbst aktiv zu ihrer Integration beitragen sollten. Es bedarf daher letztlich einer sehr sorgfältigen Evaluierung der Sinnhaftigkeit dieser ganzen Maßnahmen und eines klaren Nein zur Bevorzugung aufgrund ethnischer Kriterien. <BRK>

Livia Járóka (PPE). – (HU) Ich möchte die Änderungsanträge für den Europäischen Entwicklungsfonds begrüßen und meinem Kollegen, Herrn van Nistelrooij, zu seinem Bericht gratulieren. Durch den Europäischen Entwicklungsfonds werden viele Programme unterstützt, mit denen die Lebensbedingungen der Roma, Europas größter und am meisten ausgegrenzter Minderheit, bereits deutlich verbessert wurden und nach wie vor verbessert werden, während darüber jedoch auch andere Gruppen, die in ähnlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen leben, nicht vergessen werden.

Es ist schon lange Ziel gewesen, dass die Regelungen, die in Bezug auf Wohnverhältnisse gelten, sich nicht mehr nur auf die Städte beschränken, sondern sich auch auf den Bau neuer Wohnungen ausweiten sollten, und dass diese Formen der Unterstützung auch den alten Mitgliedstaaten zugänglich gemacht werden, da dieses Problem in ganz Europa auftritt. Regionen, die im Vergleich zum regionalen Durchschnitt relativ unterentwickelt und ghettoisiert sind, behindern die Entwicklung in ganz Europa. Ein beachtlicher Teil der Roma lebt in solchen benachteiligten Gebieten überall in Europa und damit in Gegenden, die mit Hilfe einer erheblichen Unterstützung entwickelt werden.

Nun wird eine schnelle und gemeinsame Hilfe gebraucht. Daher müssen wir gründlich über eine exklusive Abschirmung einiger Ressourcen auf Ebene der Europäischen Union nachdenken, um einige der statistischen Verwaltungseinheiten aus der Ebene LAU 1 auf den Standard zu bringen. Es ist sehr wichtig, einen integrierten Ansatz in diese Verordnung einzuarbeiten, um sicherzustellen, dass Regelungen im Kontext eines breiteren und komplexeren Rahmens umgesetzt werden, bei dem die Perspektiven wie Ausbildung, wirtschaftliche Aktivität und öffentliche Dienstleistungen berücksichtigt werden. Was gebraucht wird, um sich an die vom

Europäischen Parlament angenommen Positionen halten zu können, ist ein komplexer Aktionsplan der Gemeinschaft, der Parteien und Zyklen umfasst, und der mit Hilfe geeigneter finanzieller Mittel und Gesetzeskraft in der Lage ist, grundlegende Verbesserungen bei jedem der Laeken-Indikatoren, die das wahre Ausmaß sozialer Ausgrenzung widerspiegeln, zu erreichen.

Monika Smolková (S&D). – (SK) Zweck der Regionalpolitik ist es, wirtschaftliche und gesellschaftliche Unterschiede zu überwinden. Die EU hat 27 Mitgliedstaaten, die sich auf 271 Regionen aufteilen. In jeder vierten Region ist das BIP pro Kopf um 75 % niedriger als der Durchschnitt für die 27 EU-Länder. Dies ist ein alarmierender Wert.

Die europäische Regionalpolitik schafft Mehrwert durch Maßnahmen, die direkt vor Ort umgesetzt werden. Sie hilft bei der Finanzierung spezifischer Projekte, von der die Regionen, Städte und Dörfer sowie ihre Bewohner profitieren. Im letzten Jahr ist bereits mit der Änderung der Regelungen für den Europäischen Entwicklungsfonds durch die OEP ein Schritt in die richtige Richtung unternommen worden, so dass er von allen Mitgliedstaaten genutzt werden konnte, um den Energieverbrauch in Gebäuden zu senken.

Heute liegen uns bereits konkrete positive Ergebnisse vor. So haben wir in vielen Städten nicht nur wärmeisolierte Gebäude, sondern auch einen ästhetischen Wert, eine Lebensqualität und gesunkene Lebenskosten, die dabei keinesfalls außer Acht gelassen werden dürfen. Ich bin ein Mitglied aus der Ostslowakei und komme damit aus einer der Regionen, die weit unter dem EU-Durchschnitt liegen. Ich begrüße deshalb den neuen Entwurf für die Verordnung, der darauf abzielt, die Förderfähigkeit der Wohnungsbauvorhaben zugunsten marginalisierter Bevölkerungsgruppen zu erweitern.

Es gibt viele Bevölkerungsgruppen, die in diesem 21. Jahrhundert unter erniedrigenden Bedingungen leben. Ihr sozialer Status macht es ihnen unmöglich, dass sie selbst und ihre Familien in bessere Wohnungen ziehen können. Lokale Behörden werden deshalb nun in der Lage sein, diese Gruppe von Bewohnern schrittweise in die mehrheitliche Bevölkerung zu integrieren. Ich begrüße diesen Vorschlag und ich unterstütze ihn gemeinsam mit meinen Kollegen aus der Slowakei und der S&D-Gruppe.

Trevor Colman (EFD). Herr Präsident! Das Problem, das mit diesem Bericht und seinen Änderungsanträgen für den Europäischen Entwicklungsfonds angeblich angesprochen werden soll, ist das Problem der Wohnsitzlosen oder, wie es im Bericht so schön heißt, der marginalisierten Bevölkerungsgruppen. Die Lösung der EU sieht so aus, dass Millionen an Euro für die Renovierung und den Bau von tausenden von Häusern hineingebuttert werden.

Dieser Bericht hat sich anfänglich auf die Finanzierung von Wohnungsbau in Mitgliedstaaten, die der EU am oder nach dem 1. Mai 2004 beigetreten sind, konzentriert. Nun sollen Mittel aus dem Fonds an alle Mitgliedstaaten ausgezahlt werden. Gemäß Bericht des South-West Observatory von 2007 für die Counties im Südwesten Englands, hat diese Region ausschließlich aufgrund von Migration ein schnelles Bevölkerungswachstum zu verzeichnen. Trotz starkem und wachsendem Widerstand in der Öffentlichkeit gegen diese Entwicklung und der Unangemessenheit vieler der vorgeschlagenen Bebauungsstandorte, donnert das EU-Wohnungsbauprogramm in völliger Missachtung der demokratischen Prozesse über Großbritannien hinweg. -

Der South-West-Leaders' Council hat nun die Kontrolle über und die Genehmigung von Planungen übernommen - ein klassisches EU-Beispiel dafür, dass gesetzmäßige Kräfte einer nicht gesetzlichen Körperschaft verliehen werden. Die Stimmung in der Öffentlichkeit in Großbritannien zeichnet sich durch wachsendes Entsetzen aus. Und durch eine unbegrenzte, unkontrollierte Zuwanderung wird der öffentliche Unmut nur geschürt. Durch die Bereitstellung von Fondsmitteln zur Unterstützung des Wohnungsbaus in Großbritannien sowie die Ermunterung einer noch größeren Anzahl von Immigranten, auf unsere Insel zu kommen, wird einer bereits instabile Situation zusehends verschärft.

Sofern sich nicht, wie es ursprünglich beabsichtigt war, dieser Bericht nur auf die Länder bezieht, die der EU nach dem 1. Mai 2004 beigetreten sind, wird sich das Leben in Großbritannien, insbesondere in den ländlichen Gegenden, grundlegend mit einer entsprechenden heftigen Ablehnung durch die britische Bevölkerung verändern.

Iosif Matula (PPE). – (RO) Ich begrüße den Bericht, der präsentiert wurde, und gratuliere Herrn van Nistelrooij zu der Art und Weise, wie er ihn erstellt und abgeschlossen hat. Ich denke, dass der Europäische Entwicklungsfonds abgeändert werden muss, um es den Staaten zu ermöglichen, diese Finanzmittel zu nutzen, um Unterkünfte für marginalisierte Bevölkerungsgruppen zu renovieren und zu errichten. Ziel dieser

von den nationalen und lokalen Behörden ergriffenen Maßnahmen muss eine nachhaltige Integration dieser Gruppen sowohl in den Städten als auch auf dem Land sein.

Ich begrüße die Tatsache, dass bei den konzentrierten Bemühungen, die Gemeinschaft der Roma zu unterstützen, alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit eingeschlossen werden müssen. Das ist so, weil es sich bei der Roma-Population um die größte marginalisierte Bevölkerungsgruppe in Europa handelt, die über ein hohes Maß an grenzüberschreitender Mobilität innerhalb Europas verfügt. Wir müssen dabei jedoch die Bedürfnisse der anderen Gemeinschaften ebenso berücksichtigen, vor allem von solchen, die aus legalen Einwanderern bestehen, sowie von Gemeinschaften, die sich aus Arbeitern mit zeitlich befristeten Arbeitsverträgen in anderen EU-Ländern zusammensetzen. Aus diesen Gründen ist es eine gute Idee, zuzulassen, dass der Europäische Entwicklungsfonds für die Finanzierung von Unterkünften in allen EU-Ländern genutzt werden kann.

Ich glaube an den Erfolg dieses Programms und ich hoffe, dass wir damit fortfahren, indem wir eine neue Phase der Unterstützung von Familien marginalisierter Bevölkerungsgruppen einläuten, dadurch, dass wir ihnen geeignete Hilfsmittel an die Hand geben und sie bei der Suche nach Arbeitsplätzen und der Erhaltung ihrer Arbeitsplätze, insbesondere in der derzeitigen Krise, unterstützen. Ich unterstütze diesen Bericht, durch den auch Rumänien Zugang zu den Fondsmitteln für die Erleichterung der sozialen Integration marginalisierter Personen, einschließlich Roma, in sowohl städtischen als auch ländlichen Gebieten erhält.

Luís Paulo Alves (S&D). – (PT) Zweck dieses Berichts über den Europäischen Entwicklungsfonds ist eine Erweiterung der Förderfähigkeit von Wohnungsbauvorhaben zugunsten marginalisierter Bevölkerungsgruppen in unseren Mitgliedstaaten. Bis heute hat diese Unterstützung ausschließlich den marginalisierten Bevölkerungsgruppen gegolten, die in den Stadtgebieten unserer neuen Mitgliedstaaten leben. Mit anderen Worten und angesichts der Tatsache, dass die große Mehrheit der Bevölkerungsgruppen dieser Art auf dem Land und in Wohnheimen lebt, konnten sie bislang nicht von dieser Form der Unterstützung, eine Verbesserung der schlechten Unterkunftsqualität, profitieren.

Es ist letztendlich nichts anderes als das Schließen einer Lücke, indem den Mitgliedstaaten und ihren Regionen breitere politische Möglichkeiten zur Reduzierung spezifischer Schwierigkeiten dieser Gruppen eröffnet werden.

Ich begrüße ebenso die gleiche Behandlung aller Mitgliedstaaten, weil die marginalisierten Gruppen mit dem Bedarf an Hilfe und Integration insgesamt unsere Aufmerksamkeit verdienen, und zwar unabhängig davon, zu welchem Mitgliedstaat sie gehören.

Falls dieser wichtige Bericht im Kampf gegen die Armut und für die Menschenwürde in erster Lesung beschlossen wird, wird es außerdem möglich sein, ihn zügig in das Konjunkturprogramm zu integrieren und damit schnell auf die derzeitige Krise zu reagieren.

Sophie Briard Auconie (PPE). – (FR) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die europäische Kohäsionspolitik wurde eingeführt, um mit der Hilfe beträchtlicher finanzieller Ressourcen echte Antworten auf die Fragen, die sich aus anderen europäischen Politikstrategien ergeben, zu liefern. Sie sollte insbesondere den anfälligsten Mitgliedstaaten dabei helfen, mit dem Wettbewerb innerhalb des Binnenmarktes umzugehen.

Heute liegt ihre Hauptaufgabe darin, Lösungen auf die Herausforderungen zu finden, die durch das Öffnen der Grenzen und dem freien Reisen von Personen entstehen, was an sich ja eine gute Sache ist, aber zu vorübergehenden Problemen führen kann. Dieser Lebensbedingungen der Roma sind mit dieser Öffnung der Grenzen verbunden. Dies ist in besonderem Maße eine europäische Angelegenheit. Aus diesem Grund ist es nur richtig, dass alle Mitgliedstaaten in der Lage sein sollten, den Europäischen Entwicklungsfonds für den Wohnungsbau für Roma zu nutzen und damit eine wahre Solidarität unter den Europäern zu gewährleisten.

Ich habe mittels mehrerer im Ausschuss für regionale Entwicklung vorgelegter Änderungsanträge gefordert, dass diese Maßnahme auf alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union ausgeweitet wird. Ich bin deshalb sehr darüber erfreut, dass diese Idee aufgenommen wurde, und ich gebe diesem abgeänderten Text meine vollste Unterstützung.

Aus meiner Sicht muss diese Ausweitung der Förderfähigkeit des Wohnungsbaus für durch den Europäischen Entwicklungsfonds mitfinanzierte Aufwendungen uns dazu führen, über weitere mögliche, mittelfristige und langfristige Entwicklungen nachzudenken, sei es in Bezug auf die Finanzierung der Förderfähigkeit oder in Bezug auf die Zweckbestimmung von Mitteln für bestimmte strategische Prioritäten.

Kinga Gőncz (S&D). – (HU) Auch ich bin froh darüber, den Änderungsantrag für die Verordnung über den Europäischen Entwicklungsfonds begrüßen zu können, und ich glaube, das dies nun eine konkretes Instrument ist, welches eine wichtige Hilfe sein kann, wenn es darum geht, echte europaweite Lösungen für die Verbesserung der Situation der Roma-Gemeinschaften zu finden, selbst wenn dieses Instrument nicht nur ausschließlich für die Roma-Gemeinschaften gedacht ist, sondern auch anderen marginalisierten Bevölkerungsgruppen dient.

Zu den Kollegen, die über Immigration gesprochen haben, möchte ich sagen, dass es am Ende, wenn sich die Schwierigkeiten verringert, wenn sich die Lebensumstände verbessert haben, der Immigration entgegenwirken wird, und ich denke, dass wir dies hier auch als ein Ergebnis daraus erwarten dürfen.

Ich möchte nun ein paar Perspektiven aufzählen, die auf jeden Fall bei der Verordnung und ihrer Umsetzung berücksichtigt werden müssen. Es ist sehr wichtig, dass diese Ressourcen nicht nur in einer städtischen, sondern auch in einer ländlichen Umgebung zugänglich sein sollten, damit sie eingesetzt werden können, um die Versorgung mit Wohnraum durch Renovierungen und Neubauten zu verbessern, dass die Reduzierung von Ausgrenzung ein wichtiges Ziel sein sollte, und dass der entsprechende Ansatz ein integrierter Ansatz sein sollte. Aus diesem Grund sollte sie Hand in Hand mit Ausbildungs- und Beschäftigungsprogrammen einhergehen, damit eine nachhaltige und dauerhafte Lösung gegeben ist. Lassen Sie mich noch hinzufügen, dass die Verbesserung der Situation der Roma dem Dreivorsitz von großer Priorität ist. So werden vom spanischen Vorsitz derzeit große Schritte in diese Richtung unternommen, und der ungarische Vorsitz wird dies ebenso fortsetzen.

Seán Kelly (PPE). Herr Präsident! Zunächst einmal möchte ich meinem Kollegen, Herrn von Nistelrooij, für seinen Fleiß und seine Führungsübernahme auf diesem sehr wichtigen Gebiet mein Kompliment aussprechen.

Hauseigentümer zu sein, ist etwas, wonach viele Menschen streben, und es lässt mich an die ersten Zeilen eines Gedichts eines irischen Dichters denken, das ich vor langer Zeit gelernt habe. Es geht so: „Oh, to have a little house! To own the hearth, the stool and all! | The dresser filled with shining delph, The pile of turf against the wall!“. (Oh, ein kleines Haus zu haben! Einen eigenen Herd, einen Stuhl und alles zu besitzen! Die Anrichte ist gefüllt mit glänzendem Delfter Porzellan und an der Wand stapelt sich der Torf!)

Und ich denke, dass es genau das ist, was wir hier heute tun, nämlich dabei zu helfen, dass dieser Traum für viele Menschen und besonders für die Gemeinschaft der Roma überall in der Europäischen Union wahr wird.

Es ist betont worden und wir haben darüber debattiert, dass wir empfehlen, dies auch auf andere marginalisierte Gruppen auszudehnen. Ich hatte dabei insbesondere an meine eigene Region, Limerick, gedacht, an Orte wie Myross und Southill, die sehr unter Drogenhandel und der damit verbundenen Gewalt leiden. Dort gibt es nun einen großen Bedarf an Erneuerung, um diese schrecklichen Verhältnisse zu verbessern.

Dies wird mit diesen Vorschlägen möglich sein, und es wird auch sehr wichtig sein, die Bauindustrie anzukurbeln, die überall in der Europäischen Union durch die Wirtschaftsflaute sehr gelitten hat.

Wir kommen also gerade rechtzeitig mit unserem Plan, von dem die am meisten Benachteiligten profitieren können, so dass auch sie sich darauf freuen können, einmal ein eigenes Haus, einen Herd, einen Stuhl und glänzendes Porzellan zu haben.

Silvia-Adriana Țicău (S&D). – (RO) Die Förderfähigkeit der durch den Europäischen Entwicklungsfonds finanzierten Wohnungsbauvorhaben zugunsten marginalisierter Bevölkerungsgruppen wird den Mitgliedstaaten dabei helfen, die Ausschöpfung europäischer Fonds zu verbessern. Meine persönliche Meinung lautet, dass die Förderfähigkeit auf alle Mitgliedstaaten ausgeweitet werden muss.

Die Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 ist kürzlich abgeändert worden, um es allen Mitgliedstaaten zu ermöglichen, die Energieeffizienz der Häuser in ihrem Land zu verbessern. Im neuen Text wird eine Quote von 4 % festgelegt. Um der Textkonsistenz willen und um Bürokratie abzubauen, wäre es vielleicht eine gute Idee gewesen, denselben Prozentsatz beizubehalten.

In den neuen Bestimmungen wird der Bedarf an Förderung einiger städtischer Entwicklungsprojekte für Gebiete, die durch physischen Verfall oder soziale Ausgrenzung bedroht sind, sowie für marginalisierte Bevölkerungsgruppen vorgeschrieben. Darin eingeschlossen sind auch solche Gebiete, die unter Katastrophen, wie Hochwasser oder Erdbeben, gelitten haben. Ich möchte damit abschließen, Herr Präsident, die Kommission aufzufordern, die Kräfte mit den einzelnen Mitgliedstaaten zu bündeln und das Jahr 2010 für eine

Überarbeitung der Förderprogramme zu nutzen, um eine bessere Ausschöpfung der europäischen Fonds im Hinblick auf die Verbesserung des Bestands des sozialen Wohnungsbaus zu erreichen.

Jan Březina (PPE). – (CS) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist allgemein bekannt, dass insbesondere die Gesellschaftsgruppen, die ohnehin schon anfällig sind, unter den Folgen der derzeitigen Wirtschaftskrise zu leiden haben. Aus diesem Grund begrüße ich die Tatsache, dass von der EU nach Wegen gesucht wird, um diesen Menschen zu helfen. Während es bereits möglich ist, mit dem Europäischen Entwicklungsfonds einzugreifen, um in Städten lebenden marginalisierten Bevölkerungsgruppen zu helfen, sind bisher die ländlichen Gegenden praktisch von dieser Form der Intervention ausgeschlossen gewesen und mussten mit Zahlungen aus dem finanziell schwächeren Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums vorlieb nehmen. Ich bin fest davon überzeugt, dass dieses finanzielle Ungleichgewicht berichtigt werden muss. Es ist wichtig, dass anerkannte Aufwendungen nicht nur auf den Ersatz existierender Gebäude durch Neubauten beschränkt werden, sondern, dass auch die Renovierung bereits vorhandener Wohngebäude mit eingeschlossen wird. Auf diese Weise würde die Bandbreite möglicher Vorhaben extrem erweitert und die Wirksamkeit der Maßnahmen enorm gesteigert.

Denn gerade bei den neuen Mitgliedstaaten sind die Unterkunftsverhältnisse für diese Gruppen oftmals kritisch, und Lösungen erfordern ein schnelles und entscheidendes Eingreifen der öffentlichen Behörden. Den Europäischen Strukturfonds eröffnet sich eine große Gelegenheit, nationale Ressourcen, die alleine betrachtet nicht ausreichen, um eine grundlegende Verbesserung der Situation herbeizuführen, auf wirksame Weise zu unterstützen.

Ich stimme dem spezifischen Verweis auf die Roma-Population als größte marginalisierte Bevölkerungsgruppe voll und ganz zu und unterstütze gleichzeitig die Ansicht, dass von den speziell für die Roma vorgesehenen Maßnahmen andere Personen nicht ausgeschlossen werden dürfen, die in ähnlichen sozioökonomischen Verhältnissen leben.

Zigmantas Balčytis (S&D). – (LT) Überall in der Europäischen Union haben die Menschen Probleme, ihre Häuser zu renovieren, aber die Situation ist in den neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union besonders kompliziert. Die neuen Mitgliedstaaten werden alle durch eine Eigenschaft geeint: Sie haben allesamt unwirtschaftliche Apartmentblocks geerbt, deren Instandhaltung sehr teuer ist und Renovierungsmaßnahmen, wenn überhaupt, nur sehr langsam durchgeführt werden. Es ist deshalb sehr wichtig, dass der Gültigkeitsbereich dieser Verordnung nicht nur auf große, gesellschaftlich ausgegrenzte Gemeinschaften beschränkt ist, sondern dass ihre Bestimmungen auch für Gruppen gelten, die sozial besonders schwach gestellt sind, wie Behinderte, Arme, bedürftige junge Familien, Zuwanderer und andere, die ebenso unter gesellschaftlicher Isolation leiden und die nicht die Möglichkeit haben, ihr Zuhause zu renovieren. Ich bin davon überzeugt, dass durch die Nutzung der Unterstützung aus den Strukturfonds dieses Dokument jeder Region in der Europäischen Union die Gelegenheit gegeben wird, in soziale Infrastruktur zu investieren, und damit den Zugriff auf Unterkünfte zu gewährleisten, was wiederum nicht nur zu einer Minderung der gesellschaftlichen Isolation führen, sondern auch zur Entstehung einer stabilen Sozial-, Wirtschafts- und Umweltpolitik in der gesamten Gemeinschaft beitragen wird.

Czesław Adam Siekierski (PPE). – (PL) Herr Präsident! In dem Vorschlag der Europäischen Kommission in Bezug auf die Verordnung über den Europäischen Entwicklungsfonds wird vorausgesetzt, dass die Wohnungsbauvorhaben ausschließlich für Stadtgebiete und in Form einer Renovierung vorhandener Gebäude realisiert werden können. Mit den Bestimmungen werden keine ländlichen Gebiete abgedeckt, was bedeutet, dass viele Menschen aus marginalisierten Bevölkerungsgruppen, die in den Ländern Mittel- und Osteuropas leben, nicht von den vorgeschlagenen Lösungen profitieren werden. Das liegt an der Tatsache, dass die ärmsten Gruppen in den neuen Mitgliedstaaten, die soziale Ausgrenzung aufgrund ihres geringen materiellen Status erleiden, hauptsächlich auf dem Land leben.

Meiner Meinung nach wird die Verordnung durch die Umsetzung der Änderungsanträge zusätzlich aufgewertet, da so auch der Schutz für Bevölkerungsgruppen, die außerhalb von Stadtgebieten leben, ermöglicht wird und so die Arbeit durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums maßgeblich unterstützt wird. Änderungen dieser Art ermöglichen es, den materiellen Status der ärmsten Gemeinschaften, in denen die Menschen aufgrund ihres Wohnortes benachteiligt werden, zu heben. Dies liegt wiederum an der Tatsache, dass in den neuen Mitgliedstaaten der Unterschied zwischen dem Lebensstandard auf dem Land und dem in der Stadt viel gravierender als in Westeuropa ist. In diesem Teil Europas ist der materielle Status bedauerlicherweise nämlich immer noch eine spürbare Barriere für den Zugang zu Bildung, Beschäftigung und eine Teilnahme am kulturellen Leben. Die Gewährleistung besserer Wohnverhältnisse für Gruppen, die am meisten von der sozialen Ausgrenzung betroffen sind, wird ihnen

den Weg zu einer Verbesserung ihres sozialen Status ebnen und wird sie ermutigen, ihre eigene Entwicklung voranzutreiben. Lokale Regierungen und NRO sollten ihre Anstrengungen bündeln, um beim Kampf gegen soziale Ausgrenzung gemeinsam helfen zu können.

Nuno Teixeira (PPE). – (PT) Herr Präsident! Herr Kommissar! Erlauben Sie mir, dass ich damit beginne, die Rolle des Berichterstatters, Herrn van Nistelrooij, in Bezug auf seine Arbeit, einen Konsens in dieser Angelegenheit zu suchen, und ebenso in Bezug auf die Bereitschaft, die er stets gezeigt hat, andere Beiträge in seinen Bericht zu integrieren, hervorzuheben.

Wir werden morgen über die Änderungsanträge für den Europäischen Entwicklungsfonds abstimmen, die für die so genannten alten Mitgliedstaaten und ebenso für Portugal von besonderer Bedeutung sind. Durch diese Änderungen wird die Verwendung des Europäischen Entwicklungsfonds für den Wohnungsbausektor zugunsten marginalisierter Bevölkerungsgruppen ausgeweitet, da dieser Fonds momentan nur für Maßnahmen zur Entwicklung städtischer Gebiete eingesetzt werden kann.

Die Änderungsanträge, die von meinen Kollegen und mir vorgeschlagen wurden, und die von einer breiten Mehrheit des Ausschusses für regionale Entwicklung getragen wurden, werden es den alten, und damit nicht nur den neuen Mitgliedstaaten, so wie es zunächst im Entwurf vorgesehen war, ermöglichen, gleichermaßen von dieser Finanzierungsmöglichkeit zu profitieren.

Dabei war ich jedoch stets bemüht, keinen Präzedenzfall zu schaffen, den ich als gefährlich empfunden hätte, und der alle alten Mitgliedstaaten hiervon, und aller Wahrscheinlichkeit auch von zusätzlichen Verwendungen von Unionsgeldern ausgeschlossen hätte. Das wäre in Anbetracht der Tatsache, dass das Problem der Wohnverhältnisse, insbesondere der von marginalisierten Bevölkerungsgruppen, sowohl in den neuen als auch in den alten Mitgliedstaaten existiert, absolut nicht sinnvoll gewesen.

Ich begrüße die Gelegenheit, wiederholen zu dürfen, dass die Dauer der Mitgliedschaft in der Europäischen Union kein Kriterium für die Zuteilung von Strukturfonds sein darf, und dass dieses Kriterium auf der Stelle abgeschafft werden muss.

Die Verhandlungen über die Kohäsionspolitik nach 2013 müssen sich auf Solidarität zum Zwecke eines territorialen Zusammenhalts stützen und sie müssen in eine Richtung gelenkt werden, bei der die Regionen, die bei ihrer Nutzung gemeinschaftlicher Ressourcen mit gutem Beispiel vorangegangen sind, eher belohnt als bestraft werden.

Artur Zasada (PPE). – (PL) Herr Präsident! Im Zusammenhang mit der heutigen Debatte möchte ich die Aufmerksamkeit auf den kontroversen Vorschlag, Artikel 47 der Kommissionsverordnung von 2006 abzuändern, lenken. In diesem Artikel wird festgelegt, dass Gebiete, die für Wohnungsbaumaßnahmen ausgewählt werden, mindestens drei der in dem Artikel aufgeführten Kriterien erfüllen müssen. In der neuen Verordnung wird jedoch eine entsprechende Qualifizierung auf der Basis von nur einem der Kriterien vorgeschlagen, was bedeutet, dass in der Praxis Gebiete, die eigentlich nicht berechtigt sind, in der Lage sein werden, Fondsmittel zu beantragen, indem sie ihre Situation den gesetzlichen Anforderungen einfach anpassen. Ich möchte zum Beispiel darauf hinweisen, dass das Kriterium eines „niedrigen Grads wirtschaftlicher Aktivität“ in Neubausiedlungen in ländlichen Gegenden sehr leicht zu erfüllen ist. Und dann geht die Hilfe für den Wohnungsbau nämlich nicht dahin, wo sie am dringendsten benötigt wird, zu den Bedürftigen, sondern zu den Bauträgern und den reichen Bewohnern der Neubaugebiete.

Frédéric Daerden (S&D). – (FR) Herr Präsident! Herr Kommissar! Meine Damen und Herren! Es ist klar, dass der Wohnungsbau ein Thema ist, das sich nur schwierig auf europäischer Ebene handhaben lässt, weil er nur teilweise in den Aufgabenbereich der Europäischen Union fällt. Es wird jedoch im Allgemeinen akzeptiert, dass die Entwicklung von gutem Wohnraum nötig ist, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gewährleisten und um dabei zu helfen sicherzustellen, dass sich das Förderprogramm der Kommission als Erfolg erweist.

Ich bin deshalb darüber erfreut, dass die Finanzierung von Investitionen in den Wohnungsbausektor, und dabei insbesondere auf dem Gebiet der Energieeffizienz, in wachsendem Maße von den Strukturfonds abgedeckt wird; wir müssen jedoch noch weiter gehen. Deshalb sollten wir, abgesehen von diesem Vorschlag, unsere Aufmerksamkeit vor allem auf die Wohnsitzlosen lenken, von denen es in Europa schätzungsweise drei Millionen gibt.

Das ist der Grund, warum dieser Punkt beim belgischen Vorsitz, der in der zweiten Hälfte dieses Jahres sein Amt antreten wird, oberste Priorität besitzt. Ich hoffe, dass es dazu kommen wird, dass dieses Thema in die

Europäische Agenda aufgenommen wird, so dass wir darüber vermehrt formale Arbeit leisten können. Diese Arbeit wird unter anderem darin bestehen, präzise Methoden für die Erfassung der Anzahl von Wohnsitzlosen einzuführen, damit ein allgemeines Bewusstsein für dieses Phänomen entwickelt wird, sowie die Unterstützungen für den sozialen Wohnungsbau auszubauen.

Diane Dodds (NI). Herr Präsident! Ich weiß, dass dieser Bericht sich vor allem an Roma-Familien und andere spezifische Gruppen richtet.

Ich möchte betonen, dass all diese Leute einen sozialen Wohnungsbau verdienen und benötigen, der für diesen Zweck geeignet ist. Das Parlament sollte jedoch auch nicht vergessen, dass es viele Menschen in ganz gewöhnlichen Gemeinschaften gibt, und zwar sowohl in den Städten als auch auf dem Land, die in sehr schlechten Wohnungen leben, und denen es unmöglich ist, Zugang zu angemessenem Wohnraum zu erlangen. Diese Menschen müssen die Gewissheit haben, dass sich dieses Parlament ihre Bedürfnisse annimmt. Sie sind genauso von einer Ausgrenzung betroffen, sei es nun durch Armut, Drogen oder Kriminalität.

Ein Aspekt, der bei den Trägern des sozialen Wohnungsbaus in Nordirland Bedenken verursacht, sind die Regelungen in Bezug auf das öffentliche Auftragswesen. Und während sie in der Absicht handeln, einen fairen Wettbewerb innerhalb der Europäischen Union zu fördern, werden sie mit den unbeabsichtigten negativen Auswirkungen bei der Entwicklung von den so dringend benötigten Sozialwohnungen in den benachteiligten Gemeinschaften konfrontiert, und zwar hauptsächlich durch die Schwierigkeit, Grundstücke in einem Markt zu erstehen, der bis vor kurzem noch als spekulativ zu erachten war.

Nordirland hat darunter in diesem und im letzten Jahr sehr gelitten, weil das Problem zur Folge hatte, dass im Rahmen des Programms für den sozialen Wohnungsbau ein Ersatz für 500 bis 1.500 bereits geplante Häuser gefunden werden musste.

Das sind Aspekte, die wir ebenfalls ansprechen müssen. Ich möchte dieses Parlament dazu ermutigen, sich diesen Teil des Problems des Wohnungsbaus in benachteiligten Gemeinschaften einmal genauer anzuschauen.

Rareș-Lucian Niculescu (PPE). – (RO) Die neuen Verordnungen über die Förderfähigkeit des Wohnungsbaus sind ein Beispiel dafür, wie ein und derselbe Fonds mit einer größeren Wirksamkeit genutzt werden kann, ohne ihn dabei aufzustocken.

Dabei ist der erste entsprechende Schritt bereits im letzten Jahr erfolgt, als die Regelungen für die Verwendung europäischer Fonds zur Verbesserung der Energieeffizienz gelockert wurden. Ich möchte an dieser Stelle nur kurz sagen, dass dies ein kleiner Schritt gewesen ist, und dass der zugelassene Prozentsatz durchaus erneut überprüft werden könnte. Der zweite Schritt ist der, den wir heute unternehmen.

In beiden Fällen mussten dabei Textformulierungen angenommen werden, die in einigen Fällen vor einem ganz anderen Hintergrund, als der Phase, in der wir uns derzeit befinden, entstanden sind. Aus diesem Grund frage ich mich, ob nicht vielleicht auch andere Aspekte in Bezug auf die Verwendung europäischer Fonds erneut überprüft werden sollten, um diejenigen Kriterien abzuändern, die nicht mehr länger den aktuellen Anforderungen entsprechen.

Petru Constantin Luhan (PPE). – (RO) 2010 ist das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Bedauerlicherweise gibt es eine große Anzahl von Menschen, die schlimme Armut und Benachteiligung erleiden müssen, und das entgegen der grundlegenden Prinzipien und Werte der Europäischen Union. Die Lage dieser Bevölkerungsgruppen ist in der derzeitigen Phase der Wirtschaftskrise spürbar prekärer geworden. Vor diesem Hintergrund begrüße ich die Initiative, die Förderfähigkeitsbedingungen im Rahmen des Europäischen Entwicklungsfonds, ein wichtiges und zentrales Instrument im Kampf gegen die Armut, zu erweitern.

Aufgrund der schlechten Qualität von Wohnraum bin ich der Meinung, dass es nötig ist, die Erteilung von finanziellen Beihilfen zu beschleunigen. Dabei muss die finanzielle Unterstützung für den Wohnungsbau sowohl für städtische als auch für ländliche Gebiete angeboten werden. Darüber hinaus darf bei der Zuteilung der finanziellen Unterstützung kein Unterschied zwischen der Roma-Population und anderen sozialen Gruppen in ähnlichen Verhältnissen gemacht werden.

Paweł Samecki, Mitglied der Kommission. Herr Präsident! Zuerst einmal möchte ich dem Berichtersteller für seinen Bericht danken. Ich weiß ihn sehr zu würdigen. Als Zweites nun zwei Kommentare über den Inhalt dieser Debatte. Ich habe einige Bedenken über die potentiellen Nebeneffekte in Form von zusätzlicher Immigration gehört. Bei diesem Vorschlag geht es nicht um Anreize für eine Zuwanderung, es geht vielmehr

darum, wie wir mit dem derzeitigen Zustand umgehen. Ich denke, dass er, wie Frau Göncz angemerkt hat, vielmehr als Maßnahme gegen die Zuwanderung angesehen werden sollte.

Der zweite Kommentar bezieht sich auf den Inhalt. Die Kommission wird natürlich der Revision der Förderprogramme entgegentreten: Dies wird von der Initiative der nationalen und internationalen Behörden abhängen, aber wir werden solche Veränderungen sehr positiv bewerten.

Abschließend möchte ich es noch begrüßen, dass in dieser Debatte das Bekenntnis des Parlaments, die marginalisierten Bevölkerungsgruppen zu integrieren, deutlich geworden ist. Dies ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einem offenen und inklusiven Europa 2020. Ich denke, dass wir darauf vertrauen können, dass diese neuen Hilfsmittel von den nationalen und regionalen Behörden auf angemessene Weise eingesetzt werden.

Lambert van Nistelrooij, Berichterstatter. – (NL) Ich bin außerordentlich zufrieden über die Unterstützung und die Kreativität, aber zum derzeitigen Zeitpunkt möchte ich nichtsdestoweniger betonen, dass wir noch einen langen Weg vor uns haben. Wir werden gegebenenfalls das Rahmenwerk annehmen, aber dann müssen die Kriterien definiert werden, und das ist nach wie vor extrem spannend, weil man alles mit Geld machen kann, selbst Dinge, die falsch sind, und das ist es, was mir noch leichtes Kopfzerbrechen bereitet. Das ist etwas, woran ich die neue Kommission und den Rat sicherlich erinnern werde.

Ein zweiter Punkt ist der, dass es sich hierbei gewissermaßen um ein freiwilliges Rahmenwerk handelt. Dieses Rahmenwerk wird nun den Mitgliedstaaten in der Gesetzgebung angeboten. Dabei gibt es jedoch keine Garantie dafür, dass ihm danach Priorität eingeräumt wird. In diesem Zusammenhang fordere ich aktive Informationen von der Europäischen Kommission ein, weil dies eine prinzipielle Entscheidung betrifft. Uns ist heute gesagt worden, dass „wir für Europa entscheiden“; für diese neue Kommission mit ihrem sozialen Gesicht ist es wichtig, dass wir aktiv an der Umsetzung beteiligt sind. Ebenso müssen die betroffenen gesellschaftlichen Gruppen an der Umsetzung beteiligt werden, weil wir dann ein besseres Produkt und ein nachhaltigeres Ergebnis erhalten werden.

Ich möchte mich noch einmal bei jedem bedanken und ich hoffe morgen auf ein positives Ergebnis. Wir werden die Entwicklung aufmerksam weiterverfolgen und dabei die Situation vor Ort berücksichtigen.

Abschließend bleibt zu sagen, dass die Tatsache, dass wir das erste legislative Dossier unter dem neuen Vertrag sind, hauptsächlich der Priorität, die wir gesetzt haben, geschuldet ist.

Der Präsident. – Die Aussprache wird geschlossen.

Die Abstimmung wird am Donnerstag um 12 Uhr mittags stattfinden.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Ádám Kósa (PPE), schriftlich. Ich glaube fest daran, dass die Kommission Recht daran getan hat, den Änderungsantrag der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung in Bezug auf Wohnungsbauvorhaben für marginalisierte Bevölkerungsgruppen vorzuschlagen. Darüber hinaus denke ich, dass sich auch der Rat der Bedeutung dieses Vorschlags in Bezug auf die Betonung des Bedarfs an einer neuen integrierten Sicht der Dinge bewusst geworden ist. In Mitteleuropa, und vor allem in Ungarn, gibt es viele schwer behinderte Personen, die in alten, zerfallenen Gebäuden leben. Ein Großteil dieser Gebäude diente vor dem zweiten Weltkrieg als Schlösser oder Herrenhäuser, die jedoch unter dem Kommunismus in Vergessenheit gerieten, ebenso wie die Menschen, die in dieser Zeit dort einquartiert wurden. Ich weiß, dass eine Menge benachteiligter Gruppen unter besonderen Umständen leiden und spezielle Probleme haben, und ich bin fest davon überzeugt, dass die Folgen der finanziellen und wirtschaftlichen Krise von uns mit berücksichtigt werden müssen. Wir sollten derlei Änderungsanträge, die weitaus besser integrierte Projekte ermöglichen, bei denen gleichzeitig der Wohnungsbausektor, Tourismus, Arbeitsmarkt, die ländliche Entwicklung und die soziale Integration mit einbezogen werden, in Übereinstimmung mit den Meinungen bürgerlicher Interessenvertreter unterstützen. Wir können es nicht zulassen, dass das Geld der europäischen Steuerzahler in Sackgassen investiert wird. Wir müssen uns darauf konzentrieren, echte Lösungen zu finden.

14. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

15. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wurde um 20.10 Uhr unterbrochen.)